Dienstag, 19. April 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 90 - 16.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf.10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

Bürger sollen verstärkt für Parteien-Finanzierung sorgen

Sachverständige legen Bundespräsidenten Bericht vor / Gemeinnützigkeit

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland sollen mehr Geld erhalten, zugleich soll aber auch die Kontrolle über ihre Einnahmen verschärft werden. Dies ist der Kern des „Berichts zur Neuordnung der Parteienfinanzierung", den die Sachverständigen-Kommission gestern nach einjähriger Arbeit Bundespräsident Karl Carstens vorgelegt hat. Darin wird außerdem vorgeschlagen, daß die Bürger in Zukunft mit einer „dritten Stimme" bei den Wahlen zum Bundestag und zum Europäischen Parlament den Anteil der Parteien an der staatlichen Wahlkampfkosten-Erstattung entscheiden.

Nach den Worten des Kommissions-Vorsitzenden, des früheren Bundesverwaltungsgerichts-Präsidenten Walther Fürst, sollen die in dem 400seitigen Bericht gemachten Vorschläge „dazu beitragen, eine neue Grundlage des Vertrauens zwischen Bürgern und Parteien zu schaffen, wie es für eine parlamentarische Demokratie unerläßlich ist". Um das Hauptziel zu erreichen, den Schwerpunkt der Parteienfinanzierung vom Staat auf den Bürger zu verlagern, sollen nach den Vorschlägen der Kommission die Parteien in Zukunft gemeinnützige Organisationen sein. Denn der Staat, so heißt es in einer Zusammenfassung des Kommissions-Textes, sei „weder verpflichtet noch berechtigt, den Geldbedarf der Parteien zu befriedigen". Er könne ihnen deshalb auch das Risiko eines Fehlschlages ihrer eigenen Finanzierungsbemühungen nicht abnehmen. Durch Steuervergünstigungen und durch höhere Zuwendungen des Staates werden sich die Einnahmen der Parteien, auch über Spenden und Mitgliedsbeiträge, von jetzt insgesamt 350 Millionen Mark um etwa 60 Millionen Mark erhöhen.

Wird der Satz im Kommissionsbericht „Spenden an Parteien sind verfassungspolitisch erwünscht" vom Gesetzgeber akzeptiert, dann verzichtet der Staat künftig auf etwa 50 Millionen Mark Steuern. Denn Mitgliedsbeiträge und Spenden sind dann künftig als „Aufwendungen zur Förderung staatspolitischer Zwecke" zu behandeln. Elf Millionen Mark können die Parteien aus dem sogenannten „Chancenausgleich" erwarten, mit dem der Gefahr begegnet wird, daß finanziell leistungsfähigere Bürger sowie die von ihnen begünstigten Parteien „in gleichheitswidriger Weise" bevorzugt werden. Am Chancenausgleich nehmen alle Parteien teil, deren Zweitstimmenanteil bei der jeweils vorangegangenen Bundestagswahl mindestens 0,5 Prozent betragen hat. Damit kommen auch kleine Parteien, zum Beispiel die Grünen, in den Genuß staatlicher Ausgleichszahlungen.

Rund 30 Millionen Mehreinnahmen können die Parteien dadurch erwarten, daß der Staat die Wahlkampfkosten-Erstattung bei Bundestags- und Europa-Wahlen von zur Zeit 3,50 je Wahlberechtigten auf fünf Mark erhöht. Die letzte Erhöhung (von ursprünglich 2,50 Mark) hatte 1974 stattgefunden.

Es ist vorgesehen, daß die Parteien ihre staatlichen Zuschüsse zur Wahl als Grundbetrag erhalten, der etwa 20 Prozent des Volumens der öffentlichen Finanzierung beträgt und in jährlich gleich hohen Raten ausgezahlt wird. Bei allen Wahlen, für die eine Erstattung vorgesehen ist, kann darüber hinaus der Bürger zugleich mit seiner Stimmabgabe über einen bestimmten Betrag aus öffentlichen Mitteln verfü-

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Denkanstoß

PETER GILLIES

Im Zwielicht verschwimmen die Konturen – die deutsche Parteienfinanzierung ist ein Beispiel, das auf Ausleuchtung drängt. Die vom Bundespräsidenten eingesetzte Kommission hat sich in dieser Pflicht versucht. Ob ihre Vorschläge mehrheitsfähig sind, ist zweifelhaft, sicherlich aber wirken sie denkanstößig.

Erfreulich deutlich haben die Gutachter herausgestrichen, daß Parteien vorrangig durch den Bürger zu finanzieren sind. Eine staatliche Gängelung oder gar ihre Identität mit dem Staatsapparat ist verfassungswidrig. Für eine Partei seiner Wahl zu spenden, ist deshalb nicht anstößig, sondern erwünscht und geboten.

Die klebrigen Verfahren der Geldbeschaffung, vornehm als „Umwegfinanzierung" verharmlost, haben sicherlich die Verdrossenheit gesteigert, die manche Bürger den Parteien entgegenbringen. Die Kommission will dies nun in eine transparente und rechtlich einwandfreie Form bringen (wobei freilich eine Amnestie vergangenen Unrechts, so es begangen wurde, abwegig wäre).

Der phantasiereichen Umwege bis hin zu Geldwaschanstalten im In- und Ausland bedürfte es dann nicht. Der begehrte Steuerabzug für eine Parteispende soll gewährt werden, gekoppelt mit einem Ausgleich, der die unterschiedliche Leistungskraft der Spender glättet.

Etwas flott hat die Kommission die Wahlkampfpauschale von 3,50 auf fünf Mark pro Wähler hochgerechnet. Die Geldentwertung reicht als Begründung dafür nicht aus, gegenzurechnen wären mindestens die Rationalisierungsmöglichkeiten, die die Parteien haben und stärker nutzen sollten. Zur Erinnerung: Die CDU/CSU hat ihren großen Wahlerfolg 1983 mit dem – vergleichsweise – geringsten Mittel-Einsatz erreicht.

Bestrickend, aber wohl kaum mehrheitsfähig ist der Vorschlag, daß jeder Wähler mit seiner Stimme auch einen Gutschein an jene Partei vergibt, die ihm finanziell förderungswürdig erscheint. Der Kampf um die finanzwirksame „Drittstimme" wäre dann schon absehbar.

Es muß bei dem Grundsatz bleiben: „Der Staat ist weder verpflichtet noch berechtigt, den Geldbedarf der Parteien zu befriedigen."

POLITIK

Kirche bestätigt Brief von Jenaer Bürgern

epd, Berlin

Die Pressestelle der Thüringer Kirche hat jetzt bestätigt, daß ein nahezu gleichlautendes Schreiben wie der kürzlich in West-Berlin veröffentlichte Brief von mehr als 20 Jenaer Bürgern an Landesbischof Werner Leich in Eisenach eingegangen ist. Bisher war der Eingang bestritten worden. Von „DDR"-Funktionären war sogar der Verdacht einer Fälschung geäußert worden. In der Erklärung der Kirche heißt es jetzt, der Bischof habe bereits in einer Gemeindeveranstaltung am 18. März in Jena in Anwesenheit der Unterzeichner des Briefes auf die Fragen geantwortet. Bei den Autoren des Schreibens habe es sich zumeist um jene jungen Leute und ihre Angehörigen gehandelt, die zuvor wegen ihres Friedensengagements festgenommen worden waren. Leich habe zu der Frage, ob es nicht eine Herausforderung an die Kirche sei, „wenn Forderungen der Menschen nach Abrüstung, gewaltfreier Konfliktlösung, Pazifismus und Gerechtigkeit als kriminell geahndet werden", erklärt, daß die Kirche nicht die Möglichkeit habe, auf den Staat kontrollierend einzuwirken.

Läßt Libyen die acht Deutschen bald frei?

hey. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl ist zuversichtlich, daß die acht in Libyen inhaftierten Deutschen bald wieder auf freiem Fuß sind. Nach einer Unterrichtung durch den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, der wegen des Vorgangs zu Gesprächen mit der libyschen Führung nach Tripolis gereist war, teilte gestern Regierungssprecher Dieter Stolze weiter mit, die acht befänden sich jetzt im Gewahrsam der libyschen Regierung. Bonn werde alles tun, um die gegen sie erhobenen Anschuldigungen aufzuklären. Um ihren konsularischen und Rechtsschutz sicherzustellen, hält sich bereits ein Experte des Auswärtigen Amtes in Libyen auf. Zwei der acht sind auf ständige ärztliche Betreuung angewiesen. Sie wurde aufgrund des Möllemann-Besuchs inzwischen sichergestellt. Bei den Unterredungen hatte auch der Prozeß gegen zwei Libyer in Bonn eine Rolle gespielt, denen die Mißhandlung von Landsleuten vorgeworfen wird. Der Staatsminister hatte dabei mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, daß Bonn Gewalttätigkeiten auf deutschem Boden nicht hinnehmen werde.

ZITAT DES TAGES



„Wieviel Begeisterung damals – wieviel Bitterkeit, Unbehagen, Niedergeschlagenheit, Apathie heute."

Jozef Kardinal Glemp während einer Predigt in der Danziger Marienkirche. Er verwies auf den Unterschied zum September 1981, als er bei der Eröffnung des Kongresses der Gewerkschaft „Solidarität" in Danzig eine Messe zelebriert hatte. FOTO: WEREK

Tagung der KPF

AFP, Paris

Zu ihrer ersten Sitzung seit der Niederlage bei den Kommunalwahlen und der Verkündung des Sparprogramms der Regierung Mauroy tritt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs heute in Paris zusammen. Die beiden Themen werden im Mittelpunkt des Rechenschaftsberichts stehen, den Generalsekretär Georges Marchais zur Eröffnung der Sitzung vorlegen wird. Zur Debatte steht außerdem ein Papier ehemaliger und gegenwärtiger Führungskader der Partei, in dem die Frage nach dem Verbleib der KPF in der Regierung aufgeworfen wird.

WIRTSCHAFT

Benzin wieder teurer

AP, Hamburg

Eine Woche nach der jüngsten Benzinpreis-Erhöhung haben Aral und Esso die Preise für Vergaserkraftstoff und Dieselöl erneut angehoben. Für Normal- und Superkraftstoff werden seit gestern drei Pfennig und für Diesel zwei Pfennig pro Liter mehr verlangt. BP und Shell haben noch keine neuen Preisentscheidungen getroffen; allgemein geht man jedoch davon aus, daß auch sie nachziehen werden. Aral erklärte zu der neuen Preissteigerung, im vergangenen halben Jahr seien die Kraftstoffpreise durch extrem scharfen Wettbewerb um 22 Pfennig bei Benzin und um 20 Pfennig bei Diesel gefallen. Das sei weit mehr, als durch die Preissenkung für Rohöl gerechtfertigt wäre.

Geiger: Gute Chancen

dpa/VWD, Hannover

Günstige Chancen für die deutsche Industrie auf den Weltmärkten sieht der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger. Auf der Hannover-Messe begründete Geiger dies gestern vor allem mit dem hohen technologischen Niveau der deutschen Wirtschaft. Er warnte jedoch, daß die Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten sich nur bewahren lasse, wenn die Kosten der Produktion langsamer stiegen als in anderen Ländern. Seite 12

Aktien-Höchststand

DW. Frankfurt

Nach lebhaftem Geschäft erreichte der Aktienmarkt einen neuen Höchststand. Der Rentenmarkt blieb ruhig. WELT-Aktienindex 136,5 (135,2). Dollarmittelkurs 2,4508 (2,4372) Mark. Goldpreis pro Feinunze 443,00 (436,50) Dollar.

WETTER

Unbeständig, aber mild

DW. Essen

Im Westen längere Aufheiterungen, im übrigen Bundesgebiet bewölkt und gelegentlich Regen. Tagestemperaturen zwischen 17 und 20 Grad, in der Nacht 13 bis 9 Grad. Allgemein mäßiger Wind um Süd.

Luftpirat verurteilt

rtr, Berlin

Zu fünf Jahren Haft ist gestern in West-Berlin ein 22jähriger Pole verurteilt worden, der im vergangenen November ein polnisches Verkehrsflugzeug entführt hatte. In der Urteilsbegründung hieß es, die von Pjotr Winogrodzki als Motiv genannte politische Gefährdung seiner Person habe nicht vorgelegen, da er als bewaffneter Flugbegleiter Angehöriger einer Elite-Einheit gewesen sei. Die Mindeststrafe von fünf Jahren sei aufgrund der jugendlichen Unreife des Angeklagten und seines bislang straffreien Lebenswandels ausgesprochen worden.

„Null-Lösung tot"

AP, München

Mit erheblicher Skepsis hat sich der CSU-Vorsitzende Strauß in München vor der Presse zu den amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen in Genf geäußert. „Die Null-Lösung aus westlicher Sicht war tot und ist tot", sagte er. Diese Null-Lösung sei nichts anderes gewesen als die „Erfindung eines hochrangigen Diplomaten". Sie habe „nicht einmal ein Staatsbegräbnis bekommen".

Festnahme in Leningrad

AFP, Paris

Die sowjetische Jüdin Nadja Fratkowa ist nach einem 44tägigen Hungerstreik, mit dem sie eine Ausreisegenehmigung erzwingen wollte, von Milizionären gewaltsam aus ihrer Wohnung in Leningrad abgeführt worden. Das teilten zwei französische Studenten in Paris mit, die kurz vor ihrer Festnahme mit der 36jährigen Frau zusammengetroffen waren.

Honecker sagt Kohl Aufklärung zu

Kanzler streicht wegen Tod eines Transitreisenden Empfang von Politbüromitglied Mittag

gba./Mk./hrk. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern in einem Telefonat mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker eine vollständige Aufklärung des Transitzwischenfalls am Grenzübergang Drewitz gefordert, bei dem ein Reisender nach Verhören durch „DDR"-Grenzorgane gestorben war.

Wegen dieses „gravierenden Zwischenfalls" hat der Kanzler nach Angaben von Regierungssprecher Diether Stolze „davon Abstand genommen", das SED-Politbüromitglied Günter Mittag zu einer ursprünglich geplanten Unterredung zu empfangen. Das restliche Bonner Programm für Mittag – Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, FDP und SPD und ein Treffen mit Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff – bleibe von der Entscheidung unberührt, sagte Stolze.

Der Kanzler habe in dem Gespräch mit Honecker darauf hingewiesen, daß der freie Zugang nach Berlin ein vertraglich festgelegtes Recht für die Bewohner der Bundesrepublik Deutschland sei. Die Bundesregierung bestehe auf „uneingeschränkter Erfüllung" dieses Rechts. Honecker hat nach Angaben des Regierungssprechers gegenüber Bundeskanzler Kohl eine unverzügliche Untersuchung des Zwischenfalls zugesagt, über deren Ergebnis er sich persönlich informieren lassen wolle.

Die Entscheidung, das Politbüromitglied Mittag nicht zu empfangen, habe der Kanzler noch vor dem Telefonat mit Honecker getroffen, teilte der Regierungssprecher mit. Zwar habe Honecker keinen Termin genannt, wann die „DDR"-Regierung erneut zu dem Todesfall Stellung nehmen werde, doch sei mit Sicherheit anzunehmen, daß dies so schnell wie möglich geschehen werde. Wenn auch die Bundesregierung den Vorfall als „sehr gravierend" betrachte, könne keine Rede davon sein, daß die Vorbereitung für den geplanten Besuch Honeckers auf Eis gelegt seien. Das Telefonat Kohls mit Honecker sei kein Ersatz für den offiziellen Protest, den der Ständige Vertreter Bonns in Ost-Berlin, Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, gestern im „DDR"-Außenministerium eingelegt habe. Auch werde sich die Transitkommission am Donnerstag mit dem Zwischenfall befassen.

In den getrennten Gesprächen mit Günter Mittag äußerten die Fraktionsvorsitzenden Dregger, Mischnick und Vogel übereinstimmend ihre Besorgnis darüber, daß am 10. April der 45jährige Rudolf Burkhard beim Verhör ums Leben gekommen war. In München sprach der CSU-Vorsitzende, Ministerpräsident Franz-Josef Strauß von einem „Mordfall" und von „Vernehmungsmethoden des Herrn Barbie", des ehemaligen Gestapo-Chefs von Lyon.

Trotz der jüngsten Ereignisse bekundete Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff im Gespräch mit Mittag das Interesse der Bundesregierung, den innerdeutschen Handel, der bereits im vergangenen Jahr kräftig zugenommen hatte, weiter auszudehnen.

SEITE 2:
Was in Deutschland normal ist
SEITE 4:
Transitkontrollen verdreifacht

Warschau verstärkt Druck auf Walesa

Auf der Fahrt zu einer Gedenkfeier festgenommen / Keine Amnestie zum Papst-Besuch

AP/rtr/DW. Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa ist zum zweiten Mal innerhalb einer Woche festgenommen worden. Die Behörden versuchten damit eine Kranzniederlegung Walesas am Ehrenmal für die Opfer des Gettoaufstands vor 40 Jahren in Warschau zu verhindern.

Die Polizei hatte am Sonntag eine inoffizielle Gedenkveranstaltung oppositioneller Kräfte vor dem Denkmal aufgelöst und drei Personen abgeführt, darunter den früheren Pressesprecher der Gewerkschaft „Solidarität", Janusz Onyszkiewicz. Von dem Gewerkschafter war in einer kurzen Rede erklärt worden, die Ideale der Aufständischen im Juden-Getto der polnischen Hauptstadt seien die gleichen gewesen, wie jene, die zur Gründung der „Solidarität" im Jahre 1980 geführt hätten.

Walesa wurde nach Berichten westlicher Journalisten gestern auf der Fahrt von seinem Wohnort Danzig nach Warschau festgenommen. Bereits in der vergangenen Woche waren er, seine Frau Danuta und sein Fahrer mehrere Stunden lang über die Kontakte des Arbeiterführers mit im Untergrund lebenden Spitzenfunktionären der „Solidarität" verhört worden. Walesa zeigte sich von diesem Verhör unbeeindruckt: Er kündigte öffentlich an, daß er sich nicht daran hindern lassen werde, weiter mit „Solidaritäts"-Führern im Untergrund zu sprechen.

Am Sonntag abend hatten etwa 15 000 Menschen Walesa gefeiert, als er an einer von Primas Glemp zelebrierten Messe in der Danziger Marienkirche zur Weihe des neuen Bischofs Tadeusz Goclowski teilnahm. Die Menge trug mit Rufen „Ohne ‚Solidarität' keine Freiheit" den Arbeiterführer auf den Schultern bis zu seinem Auto.

Vor der Messe hatte Kardinal Glemp eine halbe Stunde lang mit Walesa gesprochen. Dabei informierte der Arbeiterführer den Primas vor allem über die Verhöre nach seiner Begegnung mit „Solidarität"-Funktionären.

Die Warschauer Führung machte unterdessen unmißverständlich klar, daß es zum Papst-Besuch im Juni eine Amnestie, wie sie insbesondere von der „Solidarität" in einem Brief an das Oberhaupt der katholischen Kirche gefordert worden war, nicht geben werde. Innenminister Kiszczak sagte in einem Interview der Pariser Tageszeitung „Figaro": „Ich sehe keinerlei direkten Zusammenhang zwischen dem Besuch des Heiligen Vaters in seiner Heimat und eventuellen Maßnahmen, die die polnische Regierung auf innenpolitischem Gebiet einleiten könnte." Er sprach lediglich von einem Gnadenverfahren, das zahlreichen Häftlingen „eine Chance" der Freilassung gäbe. Auf die Frage, ob Polen gegenüber den westlichen Ländern zu gewissen Gesten bereit sei, antwortete der General: „Die polnische Regierung verfolgt keine Politik der Gesten. Wer auf Gesten wartet, übt eine Art von Erpressung aus." Eine Amnestie in Polen wurde gestern auch von den Grünen im Deutschen Bundestag gefordert.

Seite 2: Polens Regierung

SPD-Linke markiert ihre Stoßrichtung

DW./dpa, Bonn

Die Versuche des linken Flügels der SPD, die NATO-Nachrüstung zu verhindern, werden immer stärker mit einem Werben um Teile der „Friedensbewegung" verbunden. Zur Koordinierung gemeinsamer Aktionen mit dieser Bewegung habe die SPD-Linke bereits eine „Anlaufstelle" eingerichtet, berichtete gestern Johano Strasser, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Grundwerte-Kommission, im Norddeutschen Rundfunk.

Strasser markierte in dem Interview die Argumentationslinie des linken Parteiflügels: Nach seinen Worten will sich die SPD-Linke an Aktionen der „Friedensbewegung" gegen die Raketenstationierung beteiligen, wenn diese Aktionen gewaltfrei sind. Durch diese Unterstützung sollten die „Mehrheitskräfte" in der „Friedensbewegung" gestärkt werden, die – so Strasser – grundsätzlich an der Gewaltfreiheit festhalten wollten. Den USA warf der SPD-Politiker vor, nicht ernsthaft mit der Sowjetunion in Genf zu verhandeln.

Die Stoßrichtung der SPD-Linken zielt auf den im November geplanten Sonderparteitag der Sozialdemokraten. Von diesem Kongreß erhofft sich der „Frankfurter Kreis", ein Zusammenschluß linksorientierter SPD-Politiker, einen Beschluß gegen die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hatte am Wochenende auf dem Parteitag der bayerischen SPD in Nürnberg von einer klaren Festlegung für oder gegen die Raketenstationierung zum jetzigen Zeitpunkt abgeraten.

Seite 2: Beispiel für konfuse SPD

Anschlag in Beirut: Mehr als 20 Tote

AP/rtr, Beirut

Der Bombenanschlag auf die amerikanische Botschaft in der libanesischen Hauptstadt Beirut, bei dem gestern vermutlich mehr als 20 Menschen ums Leben gekommen sind, ist offenbar von moslemischen Terroristen verübt worden. In einem Anruf bei der französischen Nachrichtenagentur AFP in Beirut bekannte sich die Gruppe „Al Dschihad al Islami" (Der Heilige Krieg des Islam) zu der Tat.

Der amerikanische Botschafter Robert Dillon war nach Angaben seines französischen Amtskollegen Paul-Marc Henry zum Zeitpunkt der Explosion nicht in dem Gebäude. Die Detonation brachte den Mittelteil des sechsstöckigen Hauses zum Einsturz. Ein Polizei-Offizier am Tatort sprach von 26 Opfern.

Von Diplomaten wurde befürchtet, daß wesentlich mehr Menschen getötet wurden. Der Sender „Stimme Libanons" gab allein die Zahl der Verletzten mit 40 an.

Für erste Berichte, eine Bombe in einem vor dem Missionsgebäude geparkten Auto habe die Explosion ausgelöst, gab es gestern nachmittag keine Bestätigung. In Washington teilte das amerikanische Außenministerium zu diesem Zeitpunkt mit, es wisse, daß einige örtliche Botschaftsbedienstete getötet worden seien. Es habe keine Kenntnis von toten Amerikanern.

Die Organisation, auf dessen Konto die Tat gehen soll, hatte im vergangenen Monat erstmals von sich reden gemacht. Sie bekannte sich damals zu einem Attentat gegen amerikanische Angehörige der multinationalen Friedenstruppe, die in Libanon stationiert ist.

Kohl und Schlüter: Politiker mit vielen Gemeinsamkeiten

Dänemarks Premier kommt heute zu Besuch nach Bonn

dpa, Kopenhagen

Sie haben vieles gemein: Bundeskanzler Helmut Kohl und der dänische Ministerpräsident Poul Schlüter, der heute zusammen mit Außenminister Uffe Ellemann-Jensen zu einem eintägigen Besuch in Bonn erwartet wird.

Schlüter wie Kohl haben lange auf die Chance gewartet, die Geschicke ihres Landes zu bestimmen. Sie sind beide etwa gleich alt und fast gleich lange im Amt. Der Däne wie der Deutsche zählen, zumindest nach Meinung zahlreicher Kommentatoren, zu den „aufgeklärten Konservativen", und beide sind nach Meinung ihnen nahestehender Mitarbeiter auch den schönen Seiten des Lebens nicht abgeneigt. Schließlich ist das „Prinzip Hoffnung" – der Glaube an Wandel und Aufschwung – in Bonn wie in Kopenhagen ungeschriebener Bestandteil des Regierungsprogramms.

Als Dänemarks Sozialdemokraten im September vergangenen Jahres das Handtuch warfen, schien der fließend Deutsch sprechende 53jährige Rechtsanwalt Schlüter für das Amt des Regierungschefs zunächst nur zweite Wahl. Er galt als jovial und freundlich, aber Härte und Durchsetzungsvermögen für das hohe Amt in dem beinahe hoffnungslos verschuldeten Wohlfahrtsstaat mochte ihm niemand so recht zutrauen.

Dieses Vorurteil scheint ein halbes Jahr später keine Gültigkeit mehr zu haben. Ein immer noch freundlicher Poul Schlüter leitet die Geschäfte seiner aus vier Parteien bestehenden Minderheitsregierung mit solch diplomatischem Geschick, daß die zahlenmäßig stärkere Opposition wenig Lust auf Neuwahlen verspürt.

In der Gunst der öffentlichen Meinung sind die von Schlüter geführten Konservativen zur zweitstärksten Partei geworden. Die unerbittliche Sparpolitik seiner Regierung zeigt erste Resultate: die Inflation liegt gegenwärtig bei sechs Prozent im Gegensatz zu zehn Prozent des Vorjahres. Die Lohnentwicklung hat sich nach dem Wegfall der automatischen Teuerungszulage auf vier Prozent eingependelt. Allerdings sind die rund 280 000 Arbeitslosen weiterhin ein innenpolitischer Sprengstoff, und mit rund 8200 Mark Verschuldung pro Einwohner steht Dänemark in Weseuropa immer noch an der Spitze.

Neue Offensive der Vietnamesen in Kambodscha

dpa, Bangkok/Peking

Nach einer vorübergehenden Pause haben die vietnamesischen Truppen in Kambodscha gestern ihre Offensive gegen Guerrillas im Grenzgebiet zu Thailand fortgesetzt. Ihre Stoßrichtung könnte nach Einschätzung westlicher militärischer Experten Ban Sa-Gnae, das Hauptquartier der nicht-kommunistischen „Nationalen Befreiungsfront des Khmer Volkes", sein. Auch Non Samet, ein von den Kämpfern der Befreiungsfront geschütztes riesiges Flüchtlingslager ist von den Truppen Hanois bedroht.

Chinesische Grenztruppen haben in der Nacht zum Montag erneut vietnamesische Stellungen an der Grenze unter Artilleriebeschuß genommen. Bereits am Samstag und Sonntag hatten chinesische Einheiten vietnamesisches Gebiet beschossen und dies damit begründet, daß die „militärischen Provokationen und Angriffe" gegen China in jüngster Zeit wieder zugenommen hätten.

Bonn hofft auf Einlenken der Sowjets

dpa, Bonn

Die Bundesregierung hat ihre Erwartung bekräftigt, daß Moskau doch noch auf den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Reagan für ein Zwischenergebnis bei den Genfer Verhandlungen über atomare Mittelstreckenwaffen eingehen wird. Selbst wenn ihre Propaganda den gegenteiligen Eindruck erwecken wolle, habe die Sowjetunion „mit Sicherheit" noch nicht das letzte Wort zu dem „sehr flexiblen US-Vorschlag" gesprochen, erklärte gestern der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU).

Jeder Kenner der Geschichte der Verhandlungen mit Moskau wisse, daß die Sowjetführung in kühler Kalkulation zunächst einmal mit allen Mitteln der Drohungen und Verlockungen so lange auf eine Zermürbung der öffentlichen Meinung der westlichen Verhandlungspartner hinwirke, wie sie hoffen könne, dies werde die westliche Verhandlungsführung von innen her zu Fall bringen.

Militärrat des Ostblocks tagt in Bukarest

rtr/AFP/DW. Moskau

Der Militärrat des Warschauer Pakts wird noch vor Monatsende in Bukarest tagen. Wie die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass gestern meldete, werde das Gremium die laufenden Aktivitäten der integrierten Streitkräfte aufgrund von Entscheidungen erörtern, die bei Treffen der Verteidigungsminister und des politischen Konsultativ-Ausschusses des östlichen Bündnisses gefällt worden seien.

Westliche Beobachter gehen davon aus, daß der Verlauf der Genfer Abrüstungsverhandlungen eines der zentralen Themen der Beratungen sein wird. Rumäniens Staats- und Parteichef Ceausescu hatte sich jüngst als erster führender Politiker des Ostblocks der Haltung der Sowjets widersetzt und sich für eine Zwischenlösung ausgesprochen.

Der Militärrat, der überwiegend organisatorische und verwaltungsmäßige Funktion hat, war zuletzt im Oktober vergangenen Jahres in Warschau zusammengekommen.

Heute in der WELT

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Charakter-Maske

Von Enno v. Loewenstern

In der sogenannten Friedensbewegung ist ein Zustand ausgebrochen, den man noch nicht als Umdenken, aber als Mittelding zwischen Nervosität und schlechtem Gewissen bezeichnen kann. Es geht um die Vorwürfe, daß die Bewegten einseitig und DKP-gelenkt seien.

Beidem suchte man zu Anfang leichthändig zu begegnen, indem man einfach „Abrüstung in Ost und West" auf Transparente und in Reden schrieb und indem man den DKP-Vorhalt entweder als „Verleumdung" zurückwies oder damit beantwortete: Man dürfe doch wohl bei einer guten Sache auch dann mittun, wenn die DKP sich „anhängt".

Nun ist zwar der Anteil der DKP-Mitglieder unter den Mitläufern gering – weil die Zahl der DKP-Mitglieder überhaupt gering ist. Sie geben aber in sämtlichen Lenkungskomitees den Ton an. Der neueste Einfall, brav von den „Friedens"-Kämpfern adoptiert, durch „Volksversammlung für den Frieden" der „Regierung Kohl/Genscher das Mandat zu entziehen", stammt beispielsweise von dem sattsam bekannten Achim Maske vom Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (Kofaz).

Von wem der Krefelder Appell stammt, weiß jedermann. Schon im letzten Jahr gab es erste grüne Proteste, als die DKP-Leute den offiziellen sowjetischen Standpunkt zu Afghanistan und Polen in die Parolen zur Juni-Demonstration hineindiktierten – auch wenn die Grünen dann doch hinter diesen Parolen her liefen. Daß trotz allem „Ost und West" immer die östlichen Raketen gerechtfertigt und allein die westlichen kritisiert und „blockiert" werden, ist hinlänglich bekannt.

Jetzt, bei der Kölner „Aktionskonferenz", gab es Kritik und scharfe Nachfragen, wer alles an DKP-Leuten beteiligt sei. Und gewisse christliche Gruppen forderten eine Revision der Parolen, da sie zu Hause so einseitige Aufrufe nicht unterstützt bekämen. Anscheinend lohnt die Mühe doch – stete Warnung weckt den Lemming.

Polens Regierungen

Von Carl Gustaf Ströhm

Wer regiert heute in Polen – und wie viele Regierungen gibt es im Lande an der Weichsel? Sicher, da amtiert als Regierung Nr. 1 das „gelockerte" Militärregime des Generals Jaruzelski. Dann gibt es die katholische Kirche, die man offiziell als Nr. 2 einstuft, die in Wirklichkeit aber wohl, was Legitimation und Loyalität der Bevölkerung angeht, den ersten Platz in Anspruch nehmen kann. Als dritte Kraft ließe sich die in den Untergrund abgetauchte „Solidarität" bezeichnen, die zwar keine Regierung ist und sein will, es aber immer wieder fertigbringt, Demonstrationen, Untergrund-Zeitungen und sogar Rundfunksender auf die Beine zu stellen – zweifellos Beweise einer gewissen Souveränität, selbst unter schwersten Bedingungen. Die Regierung Nr. 4 findet sich in der Gestalt von Lech Walesa.

Nun hat Walesa mit dem polnischen Primas verhandelt. Es ging offenbar um den Papst-Besuch und um die möglicherweise bevorstehenden Demonstrationen der „Solidarität" am 1. Mai. Der Regierungssprecher Jaruzelskis hatte Walesa einige Tage zuvor als „Privatmann" bezeichnet. Aber warum sollte ein Privatmann mit dem Primas über den Papst und über Mai-Demonstrationen verhandeln? Das Militärregime wiederum hat den Versuch gemacht, den „Privatmann" Walesa erneut zu diskreditieren: Es verhaftete, kurz nach einem Verhör Walesas und seiner Frau durch die Polizei, dreißig Untergrund-Aktivisten der „Solidarität". Sollte damit impliziert werden, Walesa habe diese Leute verraten, *nachdem er sich kurz zuvor mit der Untergrundführung* der Gewerkschaft getroffen hatte?

Solche Tricks wirken eher belustigend. Das polnische Drama geht weiter, und bei allem Ernst, manchmal gewinnt es doch auch die Dimension des Absurden, als habe Slawomir Mrozek das Textbuch dazu geschrieben.

Der maltesische Falke

Von Manfred Neuber

Auf Malta greift der Nervenkrieg zwischen sozialistischer Regierung und konservativer Opposition auf die Außenpolitik der kleinen Mittelmeerinsel über: Premier Dom Mintoff gegen den Rest der Welt, sozusagen.

Was totalitäre Regime zwar zu verhindern trachten, aber doch nicht offiziell verkünden würden, erhielt im demokratisch verfaßten Malta sogar die Form einer diplomatischen Note: Alle Botschaften sind angewiesen, keine Kontakte zur Opposition zu unterhalten.

Nicht nur die westlichen Staaten haben dieses Ansinnen zurückgewiesen; auch arabische Länder protestierten gegen das ungewöhnliche Verbot. Darauf drohte der maltesische Außenminister damit, jeden zur Persona *non grata zu erklären, der sich nicht daran halte.*

Wenn das Geschichtsbewußtsein der Genossen auf Malta schon nicht bis zur Wiener Konvention über den diplomatischen Verkehr zurückreicht, so sollte ihnen zumindest die Schlußakte von Helsinki in frischer Erinnerung sein, nach der solche Behinderung ausländischer Missionen nicht zulässig ist.

Solche Rundschläge wirken wie Verzweiflungstaten eines völlig verunsicherten Regimes, das mit fragwürdigen Methoden an der Macht blieb und seither alles tut, um seine Legitimation weiter zu untergraben. Mit der Kontaktsperre für Diplomaten macht sich Mintoff zum internationalen Gespött.

Seine Arbeiterpartei bekam bei den letzten Wahlen weniger Stimmen als die Opposition, aufgrund von Manipulationen aber mehr Mandate. Deshalb boykottierten die Bürgerlichen sechzehn Monate lang das Parlament. Oppositionsführer Fenech-Adami steht mit einem Bein im Arrest, weil er das Sendeverbot für seine Partei auf Malta mit Ansprachen aus Sizilien überspringt.

Die Regierung reglementiert nicht nur den Funk und die Presse, sondern sie mischt sich immer öfter in die Justiz ein. Der Maulkorb für die Botschafter, um die Oppositionspolitiker völlig zu isolieren, müßte nun stärkere Reaktionen als Démarchen nach sich ziehen. Immerhin hat das Europa-Parlament den EG-Ministerrat aufgefordert, die Unterstützung für Malta einzustellen.



„Soweit hatten wir ihn schon, aber die Unterschrift konnte er uns nicht mehr geben!"
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Was in Deutschland normal ist

Von Günter Zehm

Helmut Kohls Regierungserklärung rückt heran, doch noch immer gibt es keine verbindliche Koalitionsabsprache über die künftige Deutschlandpolitik. Zwar existiert das Protokoll einer internen CDU/CSU-Vereinbarung, in dem sehr vernünftige Überlegungen angestellt werden, aber das Papier ist noch nicht mit der Linie des Koalitionspartners abgestimmt worden. Die Opposition hegt Hoffnung, daß der Kanzler hier am ehesten von seiner Partei getrennt und auf einen Kurs der unverbindlichen „Kontinuität" gebracht werden könnte. Die publizistischen Matadore der alten, gescheiterten „Entspannungspolitik", allen voran WDR-Bender und ZDF-Schwarze, schießen Sperrfeuer und ergehen sich in düsteren Andeutungen, was alles passieren würde, wenn sich die Regierung auf eine grundsätzliche *Neuformulierung* der deutschlandpolitischen Anliegen einließe.

Zwei Punkte des CDU/CSU-Papiers sind es vor allem, die im Visier der Opposition liegen. Da ist einmal die Forderung nach einer *Rückkehr* zu klaren Aussagen über das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen, über die eine deutsche Staatsbürgerschaft und über das nationale Langziel der Wiedervereinigung. Da ist zum anderen die *Forderung nach ausgewogenen* Leistungen und Gegenleistungen im politischen und wirtschaftlichen Ost-West-Verkehr. Wenn es nach den Bender, Schwarze und Sommer ginge, dürfte überhaupt nicht mehr über das deutsche Selbstbestimmungsrecht gesprochen, ja, es dürfte nicht einmal darüber nachgedacht werden. Und der Weg nach Osten soll weiter mit lauter westlichen Vorleistungen gepflastert sein, wirtschaftlichen wie politischen. Als nächstes soll die Hinnahme zweier deutscher Staatsangehörigkeiten auf das Programm kommen.

Bonn wäre aber wirklich schlecht beraten, wenn es sich hier auf irgendwelche Diskussionen einließe. Die Frage der Selbstbestimmung ist kein Gegenstand politischer Tagesopportunität, sondern betrifft das Selbstverständnis und die Würde einer Nation, jene „Identität", von der auf Podiumsdiskussionen so viel die Rede ist. Indem die *alte, sozialliberale Koalition* aus opportunistischen Gründen sich fast vollständig ausschwieg über die nationalen Grundanliegen, indem sie den Deutschen in Ost und West eine gesamtstaatliche Vision faktisch verweigerte, beschädigte sie die Identität ihrer Bürger, besonders ihrer jungen Bürger, deren Idealismus fehlgeleitet wurde. Die Tatsache, daß die „Jugendrebellion" in Deutschland so besonders kraß und langwierig hervortritt, hat nicht *zuletzt in dieser Beschädigung* ihre Ursache.

Im übrigen steht es dem kommunistischen Osten am allerwenigsten zu, uns unsere nationale Langzeitvision anzukreiden. Seine eigene Langzeitvision, die „Weltrevolution" und die Verwandlung aller Länder in sozialistische Sowjetrepubliken, ist aggressiv und wird dennoch, trotz aller Entspannungstöne, unverändert in den Schulen und in Parteikursen gelehrt. Da ist es für uns geradezu ein Überlebensgebot, die eigene, friedliche Vision nicht untergehen zu lassen: Ausübung des nationalen Selbstbestimmungsrechts im Rahmen einer europäischen Friedensordnung, die auch den übrigen Völ*kern Identität und Selbstbestimmung* gewährleistet.

Die alte Bonner Regierung hatte die innerdeutsche Politik, nachdem die hochfliegenden Illusionen der Anfangsphase rasch verflogen waren, auf die kleinmütige Formel schrumpfen lassen, daß „den Menschen im anderen Teil des Landes geholfen werden muß". Damit spielte sie der Gegenseite ein bequemes Erpressungsinstrument zu. Die SED brauchte von nun an nur ihre innenpolitischen Marterwerkzeuge vorzuzeigen, und schon begann man in Bonn mit neuen Zugeständnissen zu winken. Damit sollte es ein für allemal vorbei sein. Menschlichkeit gegenüber den eigenen Leuten für Devisen und Anerkennungsformeln vom „Klassenfeind" – das ist keine Politik, sondern der Zynismus von Geiselnehmern. Eine *PLO-Mentalität drückt* sich darin aus, die nichts zu suchen hat in den innerdeutschen Verhältnissen.



„Normalisierung" und ein toter Transitreisender: „DDR"-Funktionär Günter Mittag (mit der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel) FOTO: AP

Vor einer „Rückkehr zum Kalten Krieg der fünfziger Jahre" wird die Bonner Regierung gewarnt. Aber wie sahen diese fünfziger Jahre in Deutschland aus? Zwar war das Land geteilt, doch der Reiseverkehr zwischen Ost und West war noch weitgehend intakt. Jeder Einwohner der „DDR" konnte beim Kreisamt eine Westreise beantragen – und bekam sie meistens auch. Die Ostberliner konnten am Kurfürstendamm ins Kino gehen, thüringische Sportvereine fuhren zum Wochenendvergleichskampf nach Bayern und umgekehrt. Die SED befleißigte sich noch einer betont nationalen, auf die Wiedervereinigung abzielenden Rhetorik.

Auf den Knien müßte man der Kohl-Mannschaft danken, wenn es ihr gelänge, diese fünfziger Jahre auch nur halbwegs wiederherzustellen. Und genau auf dieses Ziel sollte sie ihre Deutschlandpolitik abstellen. Die „DDR"-Führung, die immer von der Notwendigkeit einer „endgültigen Normalisierung" spricht, hat einen riesigen Nachholbedarf an Normalisierungsmaßnahmen, von der Rücknahme des erhöhten Zwangsumtauschs bis zur Aussetzung des Schießbefehls gegen Flüchtlinge und zur Wiederherstellung mitteleuropäisch-zivilisierter Zustände an der innerdeutschen Grenze.

Nur für solche wirklichen Normalisierungsmaßnahmen sollte es in Zukunft aus Bonn noch Devisen und freundliche Worte geben. Daß Kohl nach dem Drewitzer Todesfall den „DDR"-Funktionär Mittag nicht empfing, war die richtige Entscheidung. Jede Deutschlandpolitik muß sich daran messen lassen, ob sie die wirkliche von der bloß *rhetorischen Normalisierung* unterscheiden kann.

IM GESPRÄCH Gräfin Brockdorff

Ministerin vom Roten Kreuz

Von Bernd Lampe

Ursula Gräfin von Brockdorff, die kürzlich zur schleswig-holsteinischen Sozialministerin ernannt wurde, bezeichnet sich als eine Seiteneinsteigerin. Eine Alibifrau in der Regierung Barschel will sie allerdings nicht sein. Jedoch, wenn sie sagt, es ziehe sich wie ein roter Faden durch ihr Leben, nie etwas davon verstanden zu haben, wenn sie etwas Neues angefangen habe, dann schwingt schon eine gute Portion Understatement mit. Immerhin nennt Regierungschef Barschel sie „gerade für das Sozialressort für eine erstklassige Besetzung".

Seit 1958 ist sie aktiv in der Sozialarbeit tätig. Fünfundzwanzig Jahre lang leitet sie den Ortsverein des Deutschen Roten Kreuzes in Kletkamp, war zehn Jahre lang DRK-Kreisbereitschaftsführerin *und kennt sich daher* im Katastrophenschutz aus. Sie ist Präsidentin des DRK-Landesverbandes und Mitglied des Präsidialrates der Organisation in Bonn. Doch zum Sozialressort gehört seit Jahren auch die Gewerbeaufsicht; die erteilt Errichtungsgenehmigungen für Kernkraftwerke, auch für das in Brokdorf an der Unterelbe. Von dort stammt die Familie ihres Mannes.



Zuständig für Brokdorf: Ursula Gräfin Brockdorff FOTO: DIE WELT

Mit Ursula Gräfin von Brockdorff ist Schleswig-Holsteiner Uradel in der Regierung vertreten. Die Gräfin mit dem Geburtsnamen von Behr-Negendanck aus mecklenburgischem Geschlecht kam nach der Flucht aus dem Patenland Schleswig-Holstein ins Ostholsteinische und wurde dort von der Schulbank weg von Christian Friedrich Graf von Brockdorff geheiratet. Die Brockdorffs *sitzen* seit gut dreihundertfünfzig Jahren auf Gut Kletkamp, das heute immer noch stattliche neunhundert Hektar aufweist. Das Herrenhaus wurde indes in Appartements umgewandelt, „obwohl die Möglichkeit, es zu einer Ruine werden zu *lassen*, einfacher gewesen wäre", wie die Gräfin feststellte. Die Erhaltung der für Schleswig-Holstein typischen Herrenhäuser ist für nahezu alle Gutsbesitzer im Lande zum Problem geworden.

Mit Einzug auf Gut Kletkamp engagierte sich die heute 47jährige in der Sozialarbeit, weil es ihr schon immer Freude bereitet hat, mit Menschen umzugehen. Engagiert hat sich auch ihre Schwester, Sophie-Elisabeth, in der Berliner linken Szene für die Familien- und Frauenpolitik. Als Mitglied der Führungsmannschaft des SPD-Spitzenkandidaten Björn Engholm bei der jüngsten Landtagswahl hätte auch sie heute ein Regierungsamt – wenn der Sozialdemokrat nicht gescheitert wäre.

Gräfin Brockdorff ist seit langem CDU-Mitglied. Mit kurzer Unterbrechung. Für ein paar Monate trat sie aus der Partei aus, um aus Protest gegen Personalquerelen „ein Zeichen zu setzen". Zu Jahresbeginn wählt sich die Gräfin einen Leitspruch aus. Der für dieses Jahr lautet: Gott gebe mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann; den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The New York Times

Die Zeitung merkt zu Amerikas Verstrikkung in Nicaragua an:

Präsident Reagan hat eine Kehrtwendung gemacht und endlich die amerikanische Verstrickung in den heimlichen Krieg gegen die linksgerichteten Führer von Nicaragua zugegeben. Dies sei absolut legal, betont Reagan, obwohl die Zustimmung des Kongresses zu dieser Ansicht noch aussteht. Nach Ansicht der UNO-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick *ist das amerikanische* Vorgehen moralisch sogar absolut gerechtfertigt – eine Ansicht, die man nicht glatt abtun sollte. Aber selbst wenn man moralisches Recht und Legalität voraussetzt – kann ein heimlicher Krieg überhaupt ein Erfolg werden? Glaubt die Regierung wirklich, daß eine winzige Emigranten-Armee das marxistische Regime in Managua verändern oder sogar stürzen kann? Wenn ja, warum sind dann die einheimischen Opponenten des Regimes so bestürzt über den heimlichen Krieg? Und wie hoch ist das Risiko der Niederlage, wenn dies umwölkte Abenteuer wie die Suezkrise oder die Affäre in der Schweinebucht endet?

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es zum jüngsten Todesfall an der innerdeutschen Grenze:

Zu Recht ist der ungeklärte Tod des niedersächsischen Transitreisenden bei einem DDR-Verhör zu einem politischen Fall geworden. Wenn Politik für die Menschen gemacht wird und nicht Selbstzweck sein soll, sind hier die Bonner Verantwortlichen zu einer eindeutigen Reaktion herausgefordert. Dies gebietet nicht nur die Fürsorgepflicht für den einzelnen Staatsbürger, dies ist auch im Interesse der Millionen erforderlich, die Jahr für Jahr *die Autobahnen* zwischen dem Bundesgebiet und Berlin benutzen. Ost-Berlin macht es sich zu leicht, wenn es alle Meldungen über eine Mißhandlung des Bundesbürgers als erlogen bezeichnet. Richtig ist zwar, daß sich Behauptungen, der Kraftfahrer aus dem Kreise Diepholz sei erschlagen *worden, bisher nicht belegen* lassen. Richtig ist aber ebenso, daß die schweren Verletzungen des Mannes nicht zu erklären sind, wenn die Todesursache Herzversagen war. Hier ist die DDR der Bundesrepublik eine überzeugende Darlegung der Vorgänge schuldig.

Aachener Volkszeitung

Das Blatt mokiert sich über die bayerische SPD, die auf ihrem jüngsten Landesparteitag zur Abwechslung mal wieder gegen den Rhein-Main-Donaukanal stimmte – „vorübergehend endgültig", wie der Kommentator formuliert:

Es ist nicht ehrenrührig, für den Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals zu sein. Es ist auch keine Schande dagegen zu sein, weil die Abwägung von Ökologie und Ökonomie so schwierig ist, daß am Ende nur Glaubensartikel der Wahrscheinlichkeit für den Laien übrigbleiben. Es ist aber ein unmöglicher Zustand für eine große Partei, wenn sie sowohl dafür wie dagegen ist. . . .

Solange es nur um eine Schiffahrtsstraße geht, mag das noch angehen. Wenn aber die Grundli*nien der deutschen Sicherheitspo*litik zur Entscheidung anstehen, ist das Bild der deutschen Sozialdemokratie wieder so wie vor einem Jahr auf dem Münchener Parteitag. Es ist eher noch schlimmer, weil der Kanzler Schmidt jetzt ebenso fehlt wie die pragmatische Vernunft von Apel und Leber, weil die damalige linke Minderheitsposition mittlerweile zur mehrheitsfähigen Parteilinie geworden ist. Das haben die Wochenendkommentierungen der Amerika-Reise Kohls bewiesen. Neu war Vogels offene Sympathie zur Friedensbewegung und Lafontaines verhüllte Lust am Ende der NATO.

Eine tuwinische Geschichte – oder mehr als das?

Vom Deserteur, den der eigene Vater schließlich erschoß / Von Peter Dittmar

Es ist in mehrfacher Hinsicht eine bemerkenswerte Geschichte, die uns der „Sonntag", die kulturpolitische Zeitschrift aus Ost-Berlin, erzählt. Unter dem Stichwort „Rezensionen" wird das Buch „Eine tuwinische Geschichte" von Galsan Tschinag vorgestellt. Es ist sozusagen die tuwinische Variante der allen sowjetischen Pionieren vertrauten Geschichte vom wackeren Jung-Pionier, der von „reaktio*nären" Dorfbewohnern ermor*det wurde, weil er seinen Vater der Partei als Verräter denunziert hatte; einem solchen Heldenspitzel, dem 1932 erschlagenen vierzehnjährigen Pawlik Morosow, setzte der Sowjetstaat 1965 in seinem Heimatort Gerasimowka *ein Denkmal. In der tu*winischen Geschichte ist das Verhältnis umgedreht.

Der „Sonntag" referiert den Inhalt ganz emotionslos so: „Bajnak, als junger Mann in den Krieg gezogen, desertiert kurz vor Kriegsende nach einer Auseinandersetzung mit einem Offizier und schlägt sich in 72 Tagen nach Hause durch. Hier wird der Sohn vom Vater entdeckt: Obwohl Dshaniwek als Genosse den Auftrag hat, den Deserteur zu stellen und ihn, wenn nicht anders, zu erschießen, steckt er jetzt erst recht in einem schier unlösbaren Konflikt. Dshaniwek hat die Partei betrogen; zugleich aber denkt er ‚mit erlösender warmer Liebe' an seinen Sohn – manchmal auch mit Haß, weil er durch ihn zur Lüge gezwungen war – nur war dieser Haß nicht so, daß ich ihn hätte töten können. Galsan Tschinag treibt den Konflikt bis zur äußersten Zuspitzung, und eines Tages erschießt Dshaniwek seinen Sohn dennoch." Dazu weiß der Rezensent der Ostberliner Zeitschrift nichts weiter zu bemerken als „Eine tuwinische Geschichte". Dabei ist es eine kommunistische Geschichte, die lehrt, daß es schlimmer sei, die Partei zu betrügen, als den eigenen Sohn zu erschießen.

Aber sie ist auch in anderer Hinsicht interessant. Denn der Leser erfährt nur, daß es sich bei den Tuwinern um „eine mongolische Minderheit, lebend im Altai-Gebirge" handelt. Es wird eigenartigerweise nicht erwähnt, daß es in der Sowjetunion eine Tuwinische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik gibt. Allerdings erst seit dem Oktober 1961. Vorher war das eine „Tuwinische Autonome Provinz", die – wie ein historischer Atlas für die sowjetischen Grundschulen unter der Überschrift „Erweiterung der brüderlichen Familie der Völker der Sowjetunion" mitteilt – „am 2. Oktober 1944 in den Staatsverband eingegangen" ist. Wie und warum, wird dabei nicht näher erläutert, denn dieser Vor*gang* erinnert eher an das, was die Zaren einst das „Sammeln russischer Erde" nannten, als an die Theorie von der friedliebenden Sowjetunion, die niemals auf territoriale Eroberungen aus war.

Das Gebiet von Tannu-Tuwa, zwischen Rußland und der Äußeren Mongolei gelegen, ist 170 500 Quadratkilometer groß. Das sind immerhin zwei Drittel der Fläche der Bundesrepublik Deutschland oder anderthalbmal die „DDR". Nachdem es zuerst verschiedenen türkischen und uigurischen Khanaten, dann den Kidanen gehörte, geriet das Gebiet im 13. bis 18. Jahrhundert unter mongolische Herrschaft. Danach gehörte es von 1757 bis zum Ende der Qing-Dynastie zum chinesischen Kaiserreich. Die Russen nutzten die Schwäche Chinas aus, um sich Einfluß zu verschaffen. Sie behandelten Tannu-Tuwa als ihr Protektorat. Aber nach der Oktoberrevolution befreiten sich die Tuwiner von dieser Vorherrschaft.

Im selben Jahr, als in der benachbarten Äußeren Mongolei „die Revolution von der Grenze her siegte" – wie Trotzki die Intervention zu umschreiben liebte, die 1921 den zweiten kommunistischen Staat schuf –, erklärte sich Tannu-Tuwa zur unabhängigen Republik. Doch von Dauer war das nicht. Als im August 1946 in der „Prawda" eine Liste mit den Wahlbezirken der Wahlen zum Obersten Sowjet veröffentlicht wurde, entdeckten die Fachleute für sowjetische Angelegenheiten in den USA plötzlich, daß es da innerhalb der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik auch ein „Autonomes Gebiet Tuwa" gab. Mitten im Zweiten Weltkrieg hatten die Sowjets die Gelegenheit genutzt, die Hirtenrepublik zu annektieren.

Damit gewinnt auch die „tuwinische Geschichte" eine andere Dimension. Hatte die Desertion des Sohnes – ein Jahr nach der Annexion seiner Heimat durch die Kommunisten – vielleicht etwas *mit nationalem* Selbstbewußtsein zu tun? Ist nicht der parteihörige Vater, Anhänger einer ausländischen Macht, ein Verräter an seinem Volk? Symbolisiert die Erzählung also den Selbstbehauptungswillen eines sowjetisierten Volkes? Ist es – verschlüsselt – wirklich „eine tuwinische Geschichte"?

Protektionismus in der EG mit Truthahn und Joghurt

Von ULRICH LÜKE

Dagegen sind sie eigentlich alle – und das schon seit Jahren. Fangen wir im Herbst 1981 an. Damals hatte Großbritannien die Präsidentschaft im EG-Ministerrat, und so konnte Staatsminister Douglas Hurd vor dem Europaparlament klar und deutlich erklären: „Im Anschluß an die Willenserklärung des Europäischen Rates vom Juni 1981 hat der Ratspräsident auf der Tagung des Europäischen Parlaments im Juli '81 erklärt, daß der Ausbau des Gemeinsamen Marktes eine der wichtigsten Aufgaben ist, die der Vorsitz in Angriff zu nehmen beabsichtigt."

Es folgte 1982 der Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn: „Die anhaltende Wirtschaftskrise birgt und stärkt die Versuchung, daß man sich auf sich selbst zurückzieht, was letztlich zur Abschottung des Binnenmarktes führen muß. Es wimmelt nur so von nationalen Gehilfen, die die Integrationsbemühungen der Gemeinschaft zunichte machen.

Ebenfalls 1982 forderte der neue Ratspräsident, Belgiens Außenminister Leo Tindemans, alles zu tun, um „eine Welle des Protektionismus und eine Rückkehr zur Autarkie" zu vermeiden. Und am 11. Januar dieses Jahres sagte der neue Ratspräsident Hans-Dietrich Genscher: „Mehr denn je geht es heute darum, die in einem ungehinderten innergemeinschaftlichen Warenaustausch liegenden Wachstumskräfte zu erhalten und freizusetzen. Der Binnenmarkt ist heute ernsthaft gefährdet von einem in vielen Formen auftretenden Protektionismus."

Das also ist das neue europäische Reizwort – Protektionismus, Abschottung nationaler Märkte, nicht nur nach außen, sondern auch innerhalb der EG. Die Zölle sind abgeschafft, es lebe das raffinierte System aus technischen Normen, Markierungs- und Verpackungsvorschriften so wie Grenzkontrollen.

Nehmen wir die zitierten Herren Präsidenten des EG-Ministerrates beim Wort. Im Großbritannien des Douglas Hurd kam es vor Weihnachten 1981 zum Einfuhrstopp für Geflügel vom Kontinent. Grund: Die kontinentalen Truthähne waren vor der Schlachtung gegen die „Newcastle-Seuche" geimpft worden – und darin sahen die britischen Behörden eine Gesundheitsgefahr. Sehr zur Freude der heimischen Truthahnzüchter. – Nach Weihnachten – die britischen Vögel waren verkauft – interessierte die Seuche nicht mehr.

Folgt Leo Tindemans Belgien. Bis 1980 erlaubten die Belgier nur die Einfuhr von Margarine in Waffelform. Im Oktober folgte die große Liberalisierung: Auch Margarine in würfelförmiger Verpackung dürfte ins Land – was deutsche Produzenten dazu zwang ihre Margarinebecher in würfelförmige Kartons zu stecken. Erst der Europäische Gerichtshof stoppte den Nonsens. Jetzt soll auch der nackte Margarinebecher in Brüssel seine Chance haben.

Was dem einen seine Margarine, ist dem anderen seine Kirsche. Die deutschen Behörden verweigerten den Import von ausländischen Kirschkonserven mit folgender Begründung: Auf der Packung sei ein Kirschzweig abgebildet, in der Dose aber gebe es nur Kirschen, nicht aber Stiele.

Drei Länder, drei Absichtserklärungen, drei zugegeben sehr kleinkarierte Beispiele. Europa hat dem Protektionismus den Kampf angesagt, doch während gekämpft wird, wachsen die protektionistischen Vorschriften weiter. Nicht nur in Frankreich, dem viel gescholtenen Land, dem es gelang, fast alle Aufmerksamkeit in dieser Frage auf sich zu ziehen. Man muß schließlich erst einmal auf die Idee kommen die Abfertigung ausländischer Videorecorder nach Poitiers zu verlegen.

Poitiers, das neue Synonym für Protektionismus. Andere machen es subtiler, aber nicht weniger wirkungsvoll. Allein für den Export in die Bundesrepublik sind 20 000 DIN-Normen zu beachten und so weiter, und so weiter. Im Bereich der Lebensmittelimporte artet das dann schon in Kleinkrieg aus. In Belgien dürfen die Kirschen im Fruchtjoghurt nicht mit Betamin gefärbt werden, wohl aber der Joghurt selbst. In der Bundesrepublik ist es genau umgekehrt.

Ein wahrer König des Protektionismus schließlich ist Griechenland. Das jüngste Mitglied der Gemeinschaft durfte mit Zustimmung der EG-Kommission – eben weil es noch so neu ist – Importbeschränkungen verhängen. In diesem Jahr akzeptieren die Hellenen aus der EG zum Beispiel nur den Import von 340 000 Paar Schuhen, 1,6 Millionen Strumpfhosen und 1200 Tonnen gußeisernen Badewannen.

Doch eigentlich sollte alles ganz anders sein. Artikel 30 des EG-Vertrages sagt eindeutig: „Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen so wie alle Maßnahmen gleicher Wirkung sind unbeschadet der nachstehenden Bestimmungen zwischen den Mitgliedsstaaten verboten." Und nachstehende Bestimmungen lieferten dann die Vorwände, unter denen heute Protektionismus entstehen kann. Denn Beschränkungen sind zulässig, wenn sie zum Beispiel aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder zum Schutz der Gesundheit gerechtfertigt erscheinen. Da haben wir das Einfallstor für das Einfuhrverbot der kontinentalen Truthähne oder für ausländisches Bier, das nicht nach dem deutschen Reinheitsgebot gebraut ist. Der Schutz der Verbraucher vor der Chemie im ausländischen Bier heißt die Parole der deutschen Brauer.

Die Hüterin der EG-Verfassung, die EG-Kommission, versucht dieses Spiel mit dem Protektionismus durch dreierlei in den Griff zu bekommen. Zunächst einmal dadurch, daß sie auflistet, was es alles an Mißbrauchsmöglichkeiten gibt, 24 Formen hat sie jüngst gefunden. Dazu gehören zum Beispiel Aktionen nach dem Muster „buy british" oder Vorschriften, daß auf Dokumenten und Herkunftsbezeichnungen nur die nationale Sprache, natürlich des Importlandes verwendet werden darf.

Zweitens arbeitet die Kommission mit Mahnungen und mit Hilfe des Europäischen Gerichtshofs. 1982 hat sie 322 Mahnschreiben wegen Verstöße gegen den EG-Binnenmarkt verfaßt und 46mal vor dem Europäischen Gerichtshof geklagt – meist mit Erfolg.

Die dritte Aktionsmöglichkeit ist die wichtigste. Mehr als 50 Vorlagen hat die Kommission schon vor zwei Jahren dem Ministerrat zur Stärkung des Binnenmarktes gemacht, doch bis heute blieben die meisten unerledigt. Noch im Juni auf dem Europäischen Rat in Stuttgart wollen die Regierungen den Durchbruch schaffen. Den Anfang dazu hat der Ministerrat im März gemacht. Er beschloß unter anderem, daß Musterkollektionen von Handelsvertretern nicht mehr mit der Einfuhrumsatzsteuer belegt werden müssen und daß Lkw und Reisebusse nicht mehr nur 50 Liter sondern 200 Liter Benzin steuerfrei beim Grenzübertritt im Tank haben dürfen.

Aber die wichtigen Verordnungen hängen an den Franzosen. Es geht, in der EG-Sprache, um die sogenannte Drittlandsverordnung, was heißen soll: Waren aus einem Land, das nicht der EG angehört, dürfen überall in der EG verkauft werden, wenn sie in einem einzigen Mitgliedsstaat die Zulassungs prozedur hinter sich haben. An der Einigung über diese Verordnung hängen zwei Dutzend weitere, zum Beispiel über die Erleichterung von Grenzformalitäten und über Vereinfachungen in der Steuererhebung.

Doch die Franzosen wollen genau das Gegenteil: Sie sind zur Stärkung des Binnenmarktes nur bereit, wenn sich die EG nach außen stärker abschottet. Doch für Bonn kommt eine Einschränkung von Drittimporten nicht in Frage. Nicht auszuschließen, daß an diesem Entweder-Oder das ganze Unternehmen „Ausbau des Binnenmarktes" scheitert.



Pekings Testgebiet für pragmatischen Sozialismus: Das Industrieviertel Shekou in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen
FOTO: LI CHANGYONG

Shenzhen nimmt Kurs auf Profit

Von CHRISTEL PILZ

Die Geschichte des Schaustücks chinesischer Modernisierung begann 1980. Peking erklärte den an Hongkong grenzenden Distrikt Shenzhen zu seiner ersten Sonderwirtschaftszone, verlieh ihr den Status weitgehender Selbstverwaltung und entsandte sorgfältig ausgewählte Experten wie Ökonomen, Ingenieure, Facharbeiter, Manager und Administratoren. Fast über Nacht verwandelten sich Reis- und Gemüsefelder in riesige Baustellen, Bauern wurden zu Arbeitern, Dörfer wuchsen zu modernen Siedlungs- und Industrie-Zentren, in Shenzhen zog schwirrendes Leben ein, junge Leute lernten Englisch, so schnell sie konnten, Touristen und Geschäftsleute reisten an.

Die neue Administration übte sich in pragmatischer Flexibilität und begann in kapitalistischen Begriffen zu denken wie Profit und Rentabilität. Zur Anziehung ausländischen Kapitals und ausländischer Technologie gründete sie die „Shenzhen Entwicklungsgesellschaft", eine Art Investment-Behörde. Um ausländischen Firmen einheimische Partner zum Gemeinschaftsunternehmen zu offerieren, etablierte sie zahlreiche Staatsunternehmen. Nach dem Motto, wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen, bietet sich Shenzhen als eine Zone für praktisch alle Wirtschaftsbranchen an: Schwer- und Ölindustrie im Shekou-Bezirk im Westen, Leichtindustrie, Handel und Gewerbe im Mittelstück, Tourismus im Osten. Was an Rohstoffen fehlt, wird aus dem Hinterland hergebracht.

Shenzhens neue Schiffahrtslinie fährt fünf Routen zu Häfen des Mutterlandes. Der zügig vorangetriebene Aufbau der Infrastruktur erschloß das 328 Quadratkilometer große Gebiet mit einem Netz von 29 Straßen, stellte Wasser- und Energieversorgung sicher. An Energie wird es auch in Zukunft nicht fehlen. Shenzhen verhandelt mit Frankreich über den Bau eines Atomkraftwerks, und am Ende dieser Dekade wird das Öl aus den Feldern der Südchinesischen See kommerziell verwendbar sein.

Für nächstes Jahr ist die Inbetriebnahme der neunstöckigen Telekommunikationsstation geplant, die den direkten Telephon- und Telexverkehr mit den größeren Städten Chinas sowie mit Hongkong und Macao herstellt. Im Shekou-Bezirk sind zwei Häfen geplant, ein Ölterminal und ein Tiefseehafen für Schiffe bis zu hunderttausend Tonnen. Einstweilen werden die Hafenanlagen im Zentrum von Shekou ausgebaut. Zum Thema Landverkehr sprechen Shenzhen und Hongkong über die Öffnung weiterer Grenzübergänge und den Ausbau der Eisenbahn-Zollstation Lowu. Die Abfertigungskapazität soll von derzeit acht Millionen Menschen auf 36 Millionen pro Jahr erweitert werden.

Die Grenze wird durchlässiger werden. Für das Ende dieses Jahrtausends projizieren Shenzhens Planer eine gesamte Zonenproduktion im Wert von 5,6 Milliarden US-Dollar – zu laufenden Preisen. Achthunderttausend Menschen sollen bis dahin in Shenzhen leben. Heute sind es hunderttausend. Die ersten, die Shenzhens Politik der offenen Tür erwiderten, waren Geschäftsleute aus Hongkong. Auf sie entfallen 90 Prozent der 1500 Geschäftsverträge, die Shenzhener Behörden und Firmen mit Ausländern und „Patrioten" abschlossen.

Hongkong-Chinesen sprechen dieselbe Sprache. Man kennt und versteht sich, löst Streitfälle ohne Rechtsanwälte. Seit vorigem Jahr registriert die Shenzhener Investment-Behörde auch steigendes Interesse von Firmen industrialisierter Länder. Das Paradebeispiel ist eine Abfüllanlage der amerikanischen Pepsi Cola, jüngstes Beispiel ist der Bau einer Zementfabrik im Gemeinschafts-Unternehmen mit zwei japanischen Firmen.

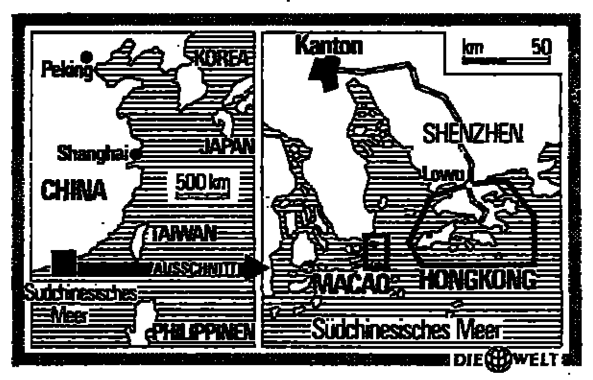
Die Grundregel der Shenzhener Behörden, Auslandsinvestoren sollten ihre Investitionen vorher durch Exporte verdient haben, schreckt allerdings noch viele Interessenten ab. Richtlinien müssen sein, doch die Praxis sieht oft anders aus. Pragmatismus ist der Motor der neuen Zeit. Was für China zählt, ist Erfolg. Peking will mit Shenzhen die Vorzüge eines pragmatisch angewandten Sozialismus beweisen. Überdies ist Shenzhen Studienort für Kader und Parteimitglieder aus allen Teilen des Landes geworden.

Wer gar in Shenzhen arbeiten darf, betrachtet das als persönliches Glück, als Belohnung für gute Arbeit anderswo. Shenzhener Unternehmen mit ausländischer Beteiligung zahlen einen Monatslohn von durchschnittlich 180 Mark, das ist dreimal mehr als anderswo. Wer möchte, kann zehn Prozent in harter Währung erhalten, damit vielleicht mal tanzen gehen, in der Disco im Si-Li-Ferienpark. In Warenhäusern und Supermärkten stehen so begehrte Güter zum Verkauf wie Fernsehapparate und Radio-Kassettenrekorder. Es lohnt sich, zu Akkordsätzen zu arbeiten und Überstunden zu machen.

So groß sind die Vorteile in Shenzhen, daß die Behörden die nördliche Zonenlinie mit einem Zaun abgrenzten. Er hat denselben Zweck wie der, den Hongkong entlang seiner Grenze zu Shenzhen errichten ließ: die Abwehr des Stroms illegaler Immigranten. Noch immer versuchen alltäglich etwa fünfzig bis sechzig Volkschinesen, über Land und Wasser nach Hongkong zu gelangen. Die meisten werden erwischt und zurückgeschickt.

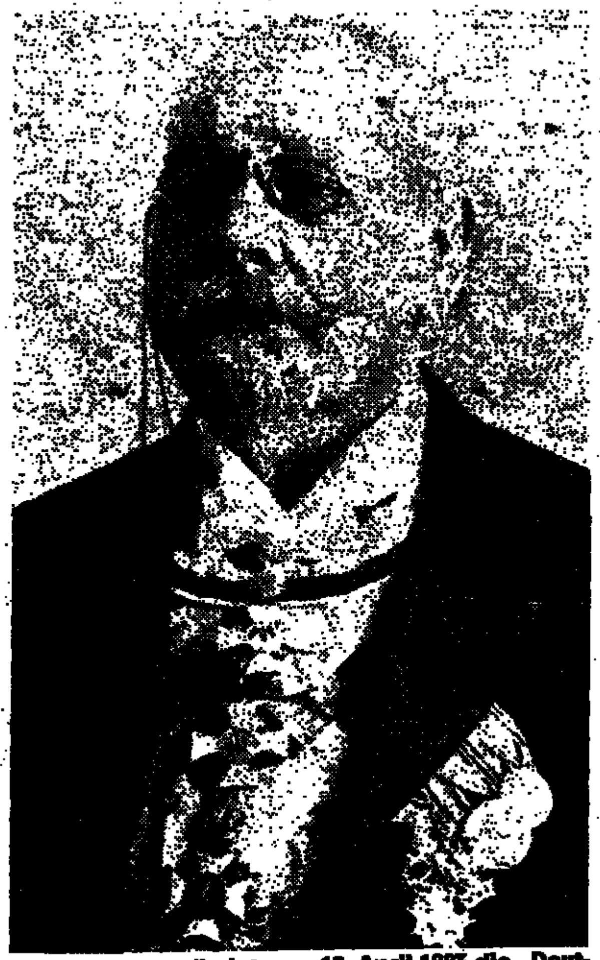
Fortan dürfte die Attraktion von Hongkong als Fluchtmotiv verblassen. China baut an eigenen Oasen, die ein besseres Leben und mehr Freiheit versprechen. Inzwischen sind noch drei weitere Sonderwirtschaftszonen dazugekommen. Zwei davon – wie Shenzhen – in der Provinz Guangdong und eine in der Provinz Fujian.

All das eröffnet eine Perspektive von höchster politischer Bedeutung für Shenzhens Nachbar Hongkong. 1997 läuft der Pachtvertrag der Briten für Hongkongs Hinterland, die „New Territories", aus. Für China ist das das erklärte Ende der kolonialen Vergangenheit. Mit dem Aufbau der Shenzhener Industrie- und Infrastruktur wie der anderen Sonderwirtschaftszonen, vollzieht sich eine Entwicklung, die das fait accompli einer stillen Verkupplung schafft.



Vor den Toren der britischen Kronkolonie Hongkong haben die Chinesen in Shenzhen eine von inzwischen vier Sonderwirtschaftszonen errichtet – ein Industrie- und Handelszentrum auf 328 Quadratkilometern.

Mit der AEG kam das Licht nach Deutschland



Emil Rathenau gründete am 19. April 1883 die „Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Electricität", die spätere AEG

Von JOACHIM WEBER

Zum Jubiläum gibt es keine Glanzpapierschrift, keine Jubel-Feier, keine Mitarbeiter-Gratifikationen. Zu all dem reicht es nicht mehr (oder noch nicht wieder), und es wäre auch wenig angemessen gewesen – das Unternehmen hat alle Hände voll damit zu tun, seinen Vergleich abzuwickeln und wieder zu finanziellen Kräften zu kommen. An ihrem hundertsten Gründungstag liegt für die Frankfurter AEG-Telefunken AG die schmerzliche Prozedur einer Gläubigerversammlung gerade einen Monat zurück.

Angefangen hatte es ähnlich, wie es beinahe geendet hätte: mit massiver Bankenhilfe. Schon 1881 auf der Internationalen Eletricitäts-Ausstellung in Paris hatte das Edisonsche Beleuchtungssystem bei Firmengründer Emil Rathenau „gezündet", Anfang 1882 wurde die erste Anlage in der Berliner Druckerei Büxenstein installiert. Und weil das Geschäft sich als recht kapitalintensiv erwies, kamen auch bald die Banken ins Spiel.

Im April 1882 formierte sich ein Konsortium zur Einführung der Edison-Beleuchtung in Deutschland, bestehend aus drei Privatbanken. Ein Jahr später, am 19. April 1883, gründen sie gemeinsam mit Emil Rathenau und einigen anderen Privatleuten die „Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Elektricität", abgekürzt DEG.

Vertragsprobleme mit Edison-Gesellschaften

Bis 1887 läßt die DEG überall in Deutschland das elektrische Licht angehen. Die erste DEG-eigene Glühlampenfabrik wurde 1884 in Berlin in Betrieb genommen. 1887, das Unternehmen hatte sich über ganz Deutschland ausgebreitet und immer größere Kraftstationen installiert, kam es zu Vertragsproblemen mit den Lizenzgebern, den französischen Edison-Gesellschaften, und mit dem Kooperationspartner Siemens & Halske.

Mit Hilfe eines Konsortiums unter Führung der Deutschen Bank übernahm schließlich Siemens die Edison-Patente für Deutschland, und es kam zu neuen Verträgen zwischen Siemens und der DEG, die dabei ihren Namen in „Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft" änderte.

Mit der Entwicklung der Elektrotechnik weitet sich das Geschäft der AEG immer mehr aus. 1888/89 wird die „Construction elektrischer Eisenbahnen" nach amerikanischen Patenten aufgenommen. Daraus werden dann auch sehr bald die ersten elektrischen Straßenbahnen.

Zwischendurch beteiligt sich die AEG an der Gründung der amerikanischen Edison General Electric Co. (1890), aus der später der heutige Konzernriese General Electric wird. Die Aktien wurden bereits 1891/92 wieder verkauft.

Der Siegeszug der Elektrizität setzt sich fort. Neue Produkte – vom Kabel über den Stromzähler bis zur drahtlosen Telegraphie – lassen das Sortiment immer mehr anschwellen. Im Vordergrund steht aber immer der Ausbau der Stromnetze.

Eine erste Krise 1900/1901 – das Konzernpersonal schmilzt von 17 300 auf 14 600 Mitarbeiter – ist aber bald überwunden. Auch die zweite Rezessionsphase 1908 hinterläßt keine nachhaltigen Spuren.

In den Ersten Weltkrieg geht die AEG mit beinahe 60 000 Mitarbeitern. Konzernschmied Emil Rathenau stirbt am 20. Juli 1915 im 77. Lebensjahr; seinen Platz übernimmt der Vertraute und „Finanzminister" Felix Deutsch, der bis zu seinem Tod 1928 Vorstandschef bleibt.

Die Kriegsproduktion läßt die Umsätze der AEG in für damalige Verhältnisse riesenhafte Dimensionen steigen: 1916/17 kommt der Konzern auf 534 Millionen Mark. Doch schon 1917 wird damit begonnen, „die fabrikatorischen und finanzpolitischen Aufgaben des Kriegsgeschäfts zu liquidieren und sich auf die Aufgaben des Friedensgeschäfts umzustellen".

1921 scheidet Rathenau-Sohn Walther aus dem Aufsichtsrat aus, um das Amt des deutschen Außenministers zu übernehmen. Sein Nachfolger wird ein anderer Prominenter der deutschen Wirtschaftsgeschichte: Bankier Carl Fürstenberg, Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft (heute BHF-Bank).

1928 führt die AEG erstmals das Fernsehen vor – auf der 5. Großen Berliner Funkausstellung. Die Depression 1930/31 trifft das Unternehmen voll. Der Umsatzrückgang um 30 Prozent auf 370 Millionen Mark zwingt zu Kurzarbeit und Entlassungen. 1931/32 erleidet die AEG einen Verlust von fast 73 Millionen Mark.

Die nächsten Jahre, in denen es dann wieder bergauf geht, sind wesentlich von der Technik bestimmt: Magnetophon, erster Fernsehsender, erstes Fernsehstudio, Fernsehtelefon zwischen Berlin und Leipzig, Radar, immer neue und schnellere Lokomotiven und neue Starkstromanlagen folgen rasch aufeinander.

Die Serienproduktion des ersten Einheits-Fernsehempfängers (für 650 Mark) wird vom Zweiten Weltkrieg verhindert. Er trifft die AEG wie kaum ein anderes Unternehmen. Dazu aus dem ersten Nachkriegs-Geschäftsbericht: „Nach einer jahrzehntelangen Entwicklung waren bei Kriegsausbruch 90 Prozent unserer Fabrikationsstätten in der Umgebung Berlins, im heute russisch besetzten Gebiet, konzentriert."

Das Wirtschaftswunder ließ die AEG blühen

Das bedeutete den völligen Neubeginn. Aber mit dem Wirtschaftswunder blüht auch die AEG wieder auf, ohne freilich das Handicap ihres radikalen Substanzverlustes jemals ganz überwinden zu können.

Der Daueraufschwung verdeckt auch für lange Zeit die Führungsprobleme, die sich von den sechziger Jahren an immer stärker herauskristallisieren. Von 1961 bis 1970 hat der Konzern vier Vorstandsvorsitzende, die schließlich ein riesiges, aber nicht konsolidiertes Konzerngebilde hinterlassen.

Auch Hans Groebe (1970 bis 1976) gelingt es nicht, dem Ganzen wieder eine straffe Organisation zu verpassen. Walther Cipa, 1976 als „Feuerwehr" für den schon tief in die Krise gerutschten Elektroriesen herbeigerufen, scheitert ebenfalls, allerdings eher an seinem eigenen Führungsstil. So bleibt dem Mittelstandsunternehmer Heinz Dürr, seit 1980 am Ruder, im vergangenen Jahr schließlich nichts als der Weg zum Vergleichsrichter.

Daß der Vergleich gelingt, ist letztlich nur der Hilfe der Banken zu verdanken – wie schon die Gründung der AEG. Diesmal waren sie allerdings in der Pflicht: Als Kapitalgeber im Aufsichtsrat wäre es auch ihre Aufgabe gewesen, rechtzeitig für eine bessere Weichenstellung zu sorgen.

Pole warnt Westen vor Nachgiebigkeit

J. G. GÖRLICH, Düsseldorf

Der oppositionelle polnische Publizist Stefan Kisielewski (Warschau) hat sich in der Pariser Zeitschrift „Kultura" in die aktuelle Raketendiskussion eingeschaltet und den Westen eindringlich vor Nachgiebigkeit zugunsten des Kremls gewarnt. Mit Seitenhieben auf die SPD, die Grünen sowie auf die „Zeit" und den „Spiegel" schrieb er: „Es ist schon kurios. Die die Masse irritierende Atmosphäre des großen Atompokers findet nur im Westen statt." Im Osten werde ohnehin niemand von den Machthabern danach gefragt und „die Leute haben da ihre eigenen größeren Sorgen, solche kosmischen Dinge berühren sie einfach nicht . . ."

Kisielewski hält die gesamte Diskussion nur für ein Ablenkungsmanöver des Ostens: Die Sowjets bauen nämlich munter ihre SS weiter. Ihr „Imperium muß an Zeit gewinnen, um in Ruhe seine historischen Beutestücke verdauen zu können", voran Polen und Afghanistan, meint Kisielewski. Vom Standpunkt der „Untertanen" des Ostblocks her gesehen, die die Raketendiskussion als „Augenwischerei" betrachteten, sei dieser Poker bereits zugunsten des Kremls gelaufen: „Beim Poker sind Worte besonders wichtig und entscheidender als die Zahl von Abschußrampen."

Da die SS 20 bereits aufgestellt seien, hätten die Sowjets auch genügend Zeit, um „hinauszuzögern". Überhaupt könnten sie auf den Faktor „Angewöhnung" bauen. Sie wüßten, daß „Zeit und Angewöhnung für sie arbeiten und daß man sich sogar an die Berliner Mauer gewöhnen kann". Zudem: Die sowjetische „Neutralisierungsphilosophie, einst Rapacki-Plan genannt", mache Fortschritte. Ziel der Sowjets sei es, Resteuropa zu einem Eurasien zu vereinigen.

Beim Raketenpoker habe lediglich Präsident Reagan „eine besonders starke Karte und den einzigen Joker" in der Hand: die „Null-Option". Skeptisch fügte Kisielewski hinzu: „Aber einigermaßen kluge Propheten auf unserer Seite glauben nicht ganz an seine Unbeugsamkeit. Er beugte sich bereits seinen eigenen Farmern und verkaufte Getreide an Rußland. Er wird, und dies schon in zwei Jahren, wieder schwach werden und sich beugen, nämlich vor den Wahlen." Das alles wisse man im Kreml.

Elias begründet Entlassungsbitte

dpa, Bonn

Der beamtete Staatssekretär im Bundespostministerium, Dietrich Elias, hat gegenüber dpa bestätigt, daß er Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling um seine Entlassung gebeten hat. Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub begründete Elias, der der SPD angehört, sein Gesuch mit dem Wahlergebnis vom 6. März, durch das „die politische Richtung so eindeutig festgelegt ist, daß längerfristig Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zu erwarten" seien. Der Zeitpunkt des Ausscheidens von Elias war gestern noch nicht bekannt, da die Entscheidung des Postministers über die Bitte des 54 Jahre alten Staatssekretärs noch aussteht. Sie muß auch vom Bundespräsidenten gebilligt werden.

„Das Wunder der Nachkriegszeit"

BERNT CONRAD, Bonn

Als das „wirkliche Wunder der Nachkriegszeit" hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Zusammenarbeit früher feindlich gesonnener Völker in der Europäischen Gemeinschaft bezeichnet. „Dafür hat die deutsch-französische Versöhnung ihre ganz besondere Bedeutung. Ohne die Verbindung zwischen Deutschen und Franzosen gäbe es Europa nicht", sagte Genscher gestern bei einem Abschiedsessen für den scheidenden französischen Botschafter Henri Froment-Meurice.

Der Minister rühmte Froment-Meurice als einen Gesprächspartner, „dessen Rat und Meinung wir weit über das hinaus geschätzt haben, was Deutsche und Franzosen miteinander zu besprechen haben". Genscher betonte: „Sie haben sich besonders mit den Aufgaben verbunden gefühlt, die Berlin betreffen. Dafür möchte ich Ihnen besonderen Dank sagen."

Der scheidende Botschafter wies darauf hin, daß die deutsch-französische Freundschaft über die politischen Parteien hinausgehe. Die Regierung in Bonn und Paris hätten in den vergangenen Monaten Grundlagen für eine erweiterte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit und Verteidigung geschaffen. „Dieser Weg kann uns sehr weit führen", sagte Froment-Meurice. Mit ihrer gemeinsamen Entschlossenheit zur Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts in Europa trügen die Bundesrepublik und Frankreich zur Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen bei.

Das schwerwiegendste Problem sei zur Zeit die ungenügende Konvergenz zwischen der deutschen und der französischen Volkswirtschaft, fuhr der Botschafter fort. „Ich sehe für unsere beiden Länder keine dringlichere Aufgabe, als auf diese Konvergenz hinzuarbeiten." Dazu bedürfe es ideologischer Toleranz und der Bereitschaft, gemeinsame Opfer zu bringen.

Ost-Berlin: Transitkontrollen wurden seit 1981 verdreifacht

Der Fall Drewitz steigert die Besorgnis in Berlin / CDU fordert schnelle Aufklärung

hrk. Berlin/Bonn

Ost-Berlin hat in den vergangenen Monaten die Kontrollen auf den Transitwegen außerordentlich verschärft: „Im März sind uns von Reisenden knapp über 100 Verdachtskontrollen gemeldet worden. Das ist ein absoluter Höchststand seit 1980", sagte gestern ein Sprecher der Berliner Innenbehörde auf Anfrage der WELT. Neben den noch immer von der „DDR" nichtbeantworteten Fragen um den mysteriösen Tod von Rudolf Burkert während eines Verhörs durch „DDR"-Grenzer spielt dieses Thema in der Sitzung der Transitkommission am 21. April in Bonn eine entscheidende Rolle.

Nach Angaben des Berliner Senats, der sich heute in seiner üblichen Sitzung unter Leitung des Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker ebenfalls mit dem Drama von Drewitz befaßt, stieg die Zahl der sogenannten „Verdachtskontrollen" in den vergangenen Monaten steil an.

- Im gesamten Jahr 1982 stoppte die „DDR" rund 600 westliche Kraftfahrer und forderte sie auf, in einer Spezial-Garage, in die auch Burkert am 10. April seinen Wagen lenken mußte, den Kofferraum zu öffnen oder unterzog sie stundenlangen intensiven Verhören.
- Im gesamten Jahr 1981 belief sich die Zahl dieser Kontrollen lediglich auf rund 300.
- Während die Zahl dieser Aktionen, die laut Transitabkommen (Art. 16,2) nur zulässig sind, wenn „hinreichende Verdachtsgründe" vorliegen oder „bestimmte Tatsachen oder konkrete Anhaltspunkte eine gewisse Wahrscheinlichkeit" für einen Verstoß ergeben, noch 1981 pro Monat 20 bis 30 betrug, stieg sie allein im Januar 1983 auf über 90.
- In rund einem Drittel der Fälle nahmen die „DDR"-Posten derartige Kontrollen allein deshalb vor, weil Reisende noch nicht mit der neuen Hamburg/Berlin-Autobahnroute vertraut waren und in mehreren Fällen die alte Strecke über die Fernstraße 5 fuhren.

Wie sehr die Bundesregierung bereits seit Wochen über diese Entwicklung beunruhigt ist, läßt sich aus der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ottfried Hennig auf eine Anfrage des Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten Gerhard Schulze von Anfang April entnehmen.

Hennig schrieb, zuletzt habe die Delegation der Bundesregierung innerhalb der gemischten Transitkommission am 9. Februar „nachdrücklich die Besorgnis der Bundesregierung über diese Entwicklung zum Ausdruck gebracht und die Rückkehr der DDR zur früheren zurückhaltenderen Kontrollpraxis verlangt".

Schon damals kündigte der Staatssekretär für die Sitzung am kommenden Donnerstag eine „erneute" Behandlung dieses Themas an. Außerdem fügte er in seiner Antwort an Schulze hinzu: „Von der Einlassung der DDR und ihrem praktischen Verhalten wird es abhängen, ob zusätzliche politische Schritte von unserer Seite notwendig sind."

In Berlin beschäftigten sich am Montag verschiedene Gremien mit dem Vorgang in Drewitz. Der CDU-Landesvorstand forderte eine „schnelle und rückhaltlose Aufklärung". Die „große Beunruhigung, die dieser Vorfall auf dem Berliner Zugangsweg ausgelöst hat, rechtfertigt nicht eine Erörterung lediglich in der Transitkommission". Vielmehr müsse man erwarten, „daß die Bundesregierung unverzüglich vom Ständigen Vertreter der DDR in Bonn eine völlige Aufklärung der Vorgänge durch die Regierung der DDR fordert".

Sollte sich ein Verschulden Ost-Berlins herausstellen, wäre dies eine „schwerwiegende Belastung" für die künftigen deutsch-deutschen Beziehungen.

Der Ausschuß für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen des Abgeordnetenhauses wird unter dem Vorsitz von Jürgen Wohlrabe (CDU) heute ebenfalls ausführlich den Tod des Berlin-Reisenden erörtern. Das Gremium ist zu einer Sondersitzung eingeladen worden, in der Berlins Bundessenator Rupert Scholz Auskunft geben soll.

Eine Kleinstadt weist die Deutsche Bundespost in ihre Schranken

Bundesverwaltungsgericht: Kommunale Briefboten kein „Konkurrenzunternehmen"

F. DIEDERICHS, Berlin

Dem in der vergangenen Woche durch das Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts entschiedenen Rechtsstreit zwischen der Deutschen Bundespost und der westfälischen Industriestadt Hemer wurde von den Gemeinden und Gemeindeverbänden größte Aufmerksamkeit entgegengebracht. Die Klärung der Frage, ob Gemeinden das Recht haben, Lohnsteuerkarten und Wahlbenachrichtigungen in eigener Regie austragen zu lassen und damit auf eine postalische Beförderung zu verzichten, setzt nun in den Rathäusern Denkprozesse in Gang, um die Wirtschaftlichkeit der jetzt fixierten Möglichkeit zu ergründen.

Die sauerländische Gemeinde Hemer, die den Instanzenweg bis zum Ende beschritt, stellt für die kommunalen Verwaltungen das Leitbild eines Vorreiters dar: Die 36 000 Seelen zählende Stadt hatte anläßlich der Kommunalwahlen im Jahre 1979 den größten Teil der Wahlbenachrichtigungen durch 19 städtische Bedienstete zustellen lassen und damit nach eigenen Angaben rund 6000 Mark aus dem Stadtsäckel eingespart. Trotz eines Protestes der zuständigen Landespostdirektion hielten die Stadtväter an dem Vorhaben fest und argumentierten unter anderem, man wolle keine Gewinne erzielen, sondern nur Kosten sparen und halte deshalb das Vorgehen für „rechtlich unbedenklich".

Die Bundespost teilte diese Auffassung nicht und verwies auf den Paragraphen zwei des Bundespostgesetzes. Im ersten Absatz heißt es dort: „Das Errichten und Betreiben von Einrichtungen zur entgeltlichen Beförderung von Sendungen mit schriftlichen Mitteilungen oder mit sonstigen Nachrichten von Person zu Person ist der Bundespost ausschließlich vorbehalten."

Mit Berufung auf den gesetzlichen Status leitete die Bundespost dann gegen die Stadt Hemer ein Bußgeldverfahren ein, gegen das die Stadt vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen klagte. Der Klage wurde mit der Begründung stattgegeben, von „postalischer Konkurrenz" könne keine Rede sein, da Hemer weder die „Betreibung einer Einrichtung" noch eine kostenpflichtige Zustellung beabsichtige. Der Gesetzgeber habe mit dem Beförderungsvorbehalt für die Bundespost nur eine „gewerbsmäßige Konkurrenz" vermeiden wollen.

Diese Auffassung der Gelsenkirchener Verwaltungsrichter ließ die Verantwortlichen im Bonner Postministerium nicht ruhen. Sie legten beim Bundesverwaltungsgericht „Sprungrevision" ein und begründeten diese unter anderem damit, es sei schließlich nicht das alleinige Ziel des Beförderungsvorbehaltes der Post, nur eine „gewerbsmäßige Zustellung" zu vermeiden.

Im Termin vor dem Bundesverwaltungsgericht argumentierten die Rechtsvertreter aus dem Postministerium dann auch mit einer „denkbaren Konsequenz", falls die obersten Verwaltungsrichter ihren Gelsenkirchener Standeskollegen folgen würden. Dann nämlich sei es „theoretisch denkbar", daß die Post auch die Beförderung von Wahlbenachrichtigungen oder Lohnsteuerkarten in entlegene Stadtbezirke ablehnen könnte, wo eine Zustellung durch städtische Boten zu kostspielig sei.

Dieser als Denkspiel aufgebauten Möglichkeit mochten die Bundesrichter aufgrund fehlender rechtlicher Grundlage ebensowenig Folge leisten wie dem Vortrag der Post, eine Kostenersparnis bei den Gemeinden könne in gewisser Weise einem „Entgelt" gleichgesetzt werden. Professor Horst Sendler, Vorsitzender Richter des Siebten Senats und gleichzeitig *Präsident des Bundesverwaltungsgerichtes*, will den im Gesetz festgelegten Gesichtspunkt der „Entgeltlichkeit" nicht auf eine Kostenersparnis bezogen wissen.

In der Urteilsbegründung wies er darauf hin, der Beförderungsvorbehalt der Post diene nur zum Schutz vor „postähnlichen Konkurrenzunternehmen". Davon könne aber erst dann gesprochen werden, wenn für die Beförderung Dritten ein Entgelt angeboten werde. Dies sei aber bei der Stadt Hemer ebenso zu verneinen wie in ähnlich gelagerten Fällen, die bisher in Verwaltungsgerichtsprozessen entschieden wurden. Die Eigenbeförderung einer Gemeinde stelle somit „kein echtes Konkurrenzunternehmen" dar.

Bonn setzt den Kampf um bleifreies Benzin fort

Industrie-Repräsentanten am 27. April bei Zimmermann

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Eine Revolution im Kraftfahrzeugverkehr soll eingeleitet werden, wenn Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in der nächsten Woche Repräsentanten der Auto- und Mineralölindustrie zu sich bittet, um mit ihnen im Interesse des Umweltschutzes über bleifreies Benzin zu diskutieren.

Automotoren in der Bundesrepublik sorgen dafür, daß jährlich rund 1,3 Millionen Tonnen Stickoxide und 6,3 Millionen Tonnen Kohlenmonoxid freigesetzt werden. Die Automobilindustrie bietet schon seit längerer Zeit den Einbau von Katalysatoren an, die Giftstoffe im Auspuffgas von Kraftfahrzeugen wegfiltern. In die Schweiz dürfen aufgrund der dort bereits in Kraft gesetzten Umweltgesetze nur noch so ausgerüstete Wagen aus Deutschland und anderen Auto-Produktionsländern eingeführt werden. In der Bundesrepublik scheitert ein solches Gesetz daran, daß die Voraussetzung dafür ein ausreichend großes Angebot von bleifreiem Benzin ist. Blei im Benzin erhöht die Oktanzahl, zerstört aber die Katalysatoren. Der Bleigehalt des Benzins ist 1976 von damals 0,4 auf 0,15 Gramm pro Liter reduziert worden.

Das bleifreie Benzin als Wunschvorstellung hat Bundesinnenminister Zimmermann anläßlich der Verabschiedung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung wieder in die Diskussion gebracht. Er betonte dabei, daß die kontinuierliche Herabsetzung der Grenzwerte für Kfz-Abgase eine zentrale Aufgabe der Politik zur Luftreinhaltung sei. Die Möglichkeiten, die die heutige Technik biete, seien, so meinte er, noch nicht ausgeschöpft.

Druck auf die Automobilindustrie wegen der Verringerung der Grenzwerte von Autoabgasen hat schon Bundesinnenminister Gerhart Baum ausgeübt, der nach einem Gespräch mit Spitzenvertretern der Autoproduzenten am 31. Juli 1981 bekanntmachte, daß die Bundesregierung die von der anderen Seite vorgetragene Meinung nicht teile, eine Absenkung um 50 Prozent der Grenzwerte sei „technisch nicht realisierbar". Das Gespräch hatte unter anderem das Ergebnis, daß sich die Autoindustrie verpflichtete, die Schadstoffmengen der Pkw-Abgase „stufenweise freiwillig zu verringern".

Bonns Kampf um bleifreies Benzin kann jedoch nur Erfolg haben, wenn eine gesamteuropäische Aktion daraus wird. Nach Forderung von BMW sollten „möglichst die Ostblockländer" eingeschlossen sein. Andernfalls würde jede Auslandsreise mit dem Auto zum Problem.

Die Autoländer Frankreich und Italien haben aber schon in der Vergangenheit zu erkennen gegeben, daß sie das deutsche Tempo auf dem Weg zu bleifreiem Benzin vorerst nicht mitmachen wollen. Und das, obwohl nach einer Untersuchung in Turin ein Viertel der Bleimenge im Blut der Bewohner auf eingeatmete Autoabgase zurückzuführen ist.

Wenn die Autoindustrie und die Mineralölwirtschaft am 27. April zu Minister Zimmermann kommen, dann stehen sich ihre Repräsentanten nach den Worten eines zuständigen Beamten des Ministeriums so gegenüber, „ wie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu Beginn einer Tarifrunde". Man erwartet jedoch von den Eingeladenen eine „politische Erklärung", daß man sich einigen werde. Den „dicken Rucksack" der Belastungen hat ganz sicherlich die Mineralölwirtschaft zu tragen. Während der Autokäufer den Preis des Katalysators, zwischen 500 und 1000 Mark zahlen muß, müßte beispielsweise die Mineralölwirtschaft zumindest jede Tankstelle mit einer zusätzlichen Zapfsäule ausstatten.

„Friedenskämpfer" Sörensen ein „DDR"-Spion?

WERNER KAHL, Bonn

Vor dem 4. Strafsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichtes beginnt heute die Hauptverhandlung gegen den der Zusammenarbeit mit östlichen Geheimdiensten angeklagten dänischen Journalisten Flemming Sörensen. Die Bundesanwaltschaft wirft dem 52 Jahre alten in Flensburg lebenden Korrespondenten Agententätigkeit für den militärischen „DDR"-Nachrichtendienst und für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) vor.

Von einigen Gruppen der deutsch-dänischen „Friedensbewegung" war Sörensen nach seiner Verhaftung am 3. September vergangenen Jahres als „Opfer willkürlicher Verfolgung von Friedenskämpfern" bezeichnet worden. Denn Sörensen, der den Spionagevorwurf nach wie vor bestreitet (WELT v. 10. 9. 82), hatte sich als Sprecher der stärksten dänischen Organisation „Nej til Atomwaven" (Nein zu Atomwaffen) bereits einen Namen gemacht. Er gründete eine deutsche „Filiale" und bot dem Führer der Südschleswigschen Wählervereinigung im Kieler Parlament politischen Rat an. In Flensburg wollte er im Oktober vergangenen Jahres Seminare für die Friedensanhänger abhalten.

Bei dem Prozeß handelt es sich um das erste Spionageverfahren gegen einen namhaften Vertreter der „Friedensbewegung" vor einem deutschen Gericht. In der mehrwöchigen Verhandlung werden auch enge Kontakte des Angeklagten zu Bundestagsabgeordneten und früheren Regierungspolitikern eine Rolle spielen. Die Verteidigung behauptet, Sörensens Bonner Lebensgefährtin habe ihn denunziert, um sich für ein nicht eingelöstes angebliches Eheversprechen zu rächen. Als prominenter Zeuge ist Ex-Bundesminister Andreas von Bülow (SPD), zwischen 1973 und 1977 viermal Mieter von Sörensens Ferienhaus, geladen worden.

Die Grünen in Hessen suchen ihre Identität

Umweltthemen haben sich im politischen Alltag verbraucht

D. GURATZSCH, Frankfurt

Nagende Selbstzweifel, Verunsicherung, Betroffenheit, ja Zorn über die eigene Partei und Ungeduld mit ihren handelnden Personen, aber auch mit den mühsamen Entscheidungsmechanismen – das ist die Stimmung bei den hessischen Grünen zur Halbzeit zwischen den beiden Landtagswahlen. Am 26. September vergangenen Jahres hatte die Partei mit dem Rückenwind der Anti-Startbahn-, der Anti-Atom- und Anti-Beton-Bewegung acht Prozent der Wählerstimmen und damit neun Sitze im hessischen Landesparlament errungen: Ein „Traumergebnis", weil es den Grünen zwischen CDU (52 Sitze) und SPD (49 Sitze) die Rolle eines Züngleins an der Waage zuwies.

Was hat die grüne Landtagsgruppe mit dieser Rolle anzufangen gewußt? Wie soll sie sich weiter verhalten? Das waren die Fragen, mit denen sich der Landeshauptausschuß der Partei, die Delegiertenkonferenz der 26 hessischen Kreisverbände, am Sonntag in Darmstadt zu befassen hatte.

Dabei wurde deutlich, wie sehr die „Realpolitik" so manchem „grünäugigen" Idealisten (Parteislogan) inzwischen an die Nieren geht, wieviele Mißverständnisse zwischen den „etablierten" grünen Landtagspolitikern und der „Basis" sich aufgebaut haben, wie sehr Mißtrauen, ängstlicher Dogmatismus, aber auch die Bereitschaft zu abkürzenden emotionalen Entscheidungen bei vielen im Parteivolk gewachsen sind und wie allenthalben düsterer Pessimismus wuchert: Kaum einer glaubt noch daran, daß sich das Traumergebnis vom vergangenen Jahr in knapp sechs Monaten, wenn die Hessen erneut zur Wahl ihres Landesparlaments gerufen werden, wiederholen läßt.

Dafür gibt es eine Fülle von Gründen. Die „grünen" Themen haben sich in der hessischen Alltagspolitik verbraucht. Die neue Startbahn geht ihrer Vollendung entgegen, die atomare Wiederaufarbeitungsanlage wird in anderen Bundesländern gebaut, das Kernkraftwerk Biblis C wird auch von der regierenden SPD nicht mehr vorangetrieben, über die Anlage einer Mülldeponie in der naturgeschichtlich bedeutenden Grube Messel wurde ein Kompromiß zwischen Politikern und Naturforschern erzielt, der von Börner angestrebte Braunkohleabbau am Hohen Meißner ist im Hinblick auf die neuen technischen Auflagen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung ohnehin in Frage gestellt, die neue Umgehungsstraße von Eltville wird von den Anwohnern selbst gewünscht.

Hinzu kommt, daß das Erfolgserlebnis von viereinhalb Monaten Landtagspolitik zahlreiche Grüne unbefriedigt läßt. Sie fühlen sich von der Sozialdemokratie „gelinkt" und für ihre Zustimmung zum Teilhaushalt der Regierung Börner schlecht belohnt. Die Konsequenz hätte sein können, daß sich die Partei in Darmstadt für einen radikalen Bruch mit der SPD entschieden und Neuwahlen bereits zu dem von der CDU angestrebten Juni-Termin angesteuert hätte. Aber davor schreckten die Delegierten aus Angst vorm „schwarzen Wallmann" zurück.

Die Grünen sind besorgt, es könnte in Hessen wie in Frankfurt kommen, wo der populäre OB und neue Landesvorsitzende der Hessen-Union als absoluter Wahlsieger regiert und die Grünen im Stadtparlament noch nicht mit einem einzigen Antrag hat zum Zuge kommen lassen. Da war es schon eine kleine Sensation, als ausgerechnet der Frankfurter Stadtverordnete Manfred Zieran in Darmstadt darauf hinwies, daß doch nun wirklich der Vorwurf lachhaft sei, die CDU sei der Motor des Sozialabbaus in Hessen; in Protokollen könne man nachlesen, daß alle Initiativen dazu von der SPD ausgegangen seien.

Was vom einst starken Selbstbewußtsein der hessischen Grünen übriggeblieben ist, das war am besten an jener Debatte abzulesen, bei der es um ein mögliches Mißtrauensvotum der CDU gegen die Börner-Regierung ging. Die Mehrzahl der Delegierten wollte der Nagelprobe, ob die Grünen dann zu- oder dagegen stimmen sollten, am liebsten ausweichen und plädierte auf Vertagung der Entscheidung. In der Sachdiskussion zu diesem Punkt schlugen einige prominente Parteivertreter sogar vor, die grünen Politiker sollten sich bei der Abstimmung im Landtag der Stimme enthalten oder hinausgehen – und das, obwohl gerade Holger Börner in der letzten Plenardebatte des Landtags scharfe Attacken gegen die Grünen geritten hatte.

Der schließlich gefaßte Beschluß, bei einem eventuellen CDU-Mißtrauensantrag in aller Eile eine Sondersitzung der Delegiertenversammlung einzuberufen und erst dann zu entscheiden, war schon ein halber Schritt hin zum Ausstieg aus der hessischen Landespolitik überhaupt.

Nürnberg, ein Beispiel für eine konfuse SPD

Vogel fordert Konzentration auf die Kommunalpolitik

Von PETER SCHMALZ

Das Abstimmen durch Heben der mit einer farbigen Stimmkarte bewehrten Hand ist gewöhnlich das Zusammenspiel mehrerer Muskeln. Doch das Wissen darüber, was gerade zum Beschluß aufgerufen ist, bedarf dagegen eines geistigen Aufwands, der im Getümmel eines Parteitags offenbar nicht immer zu mobilisieren ist. Zumindest dies zu demonstrieren, gelang den bayerischen Sozialdemokraten auf ihrem Nürnberger Parteitag am vergangenen Wochenende in eindrucksvoller Weise.

Ohne es tatsächlich beabsichtigt zu haben, faßten die rund 300 Delegierten einen Beschluß zu einem „defensiven Verteidigungskonzept", der unkorrigiert die deutsche Sozialdemokratie in den Ruf gebracht hätte, nicht nur aus der NATO aussteigen zu wollen, sondern die Bundeswehr insgesamt abschaffen zu wollen. Erst die Hinweise aufmerksamer Journalisten

Landesbericht Bayern

öffneten den Genossen die Augen für das, was sie soeben mit großer Mehrheit beschlossen hatten.

Der Vorfall ist nur eine Marginalie, die aber dennoch die Aufmerksamkeit verdient, als Beispiel für den inneren Zustand einer Partei, die durch den totalen Machtverlust in Konfusion geraten ist. War es doch die SPD wie keine andere Partei, die den Beschlüssen ihrer Parteitage ein besonderes Gewicht beimaß und die Beschlußlage häufig zum Konfliktstoff mit den Genossen in der Regierungsverantwortung verwendete. Nun aber zeigten die Delegierten in Nürnberg, daß sie nicht einmal mehr willens sind, die Anträge vor der Abstimmung genau zu prüfen.

Der weit links agierende Unterbezirk Nürnberg hatte mit Antrag A 4 ein Verteidigungskonzept gefordert, das die „Herstellung und Lagerung von ABC-Waffen auf deutschem Boden" verbietet und das schließlich als langfristiges Ziel „eine nichtmilitärische Verteidigung" anstrebt. Ein Konzept, das selbst die Antragsteller als nicht mehrheitsfähig ansahen und das der Landesvorstand mit dem Gegenantrag konterte, eine Kommission des Landesvorstandes einzusetzen, die ein Sicherheitskonzept erarbeiten und das Nürnberger Papier zur Grundlage nehmen soll. Der Vorstandsantrag wurde akzeptiert, dann aber auch über den Nürnberger Antrag mit Mehrheit abgestimmt. „Als Prüfungsauftrag für die Kommission", meinte anschließend Bayerns SPD-Chef Helmut Rothemund. Doch in dem beschlossenen Papier steht unmißverständlich, die Landespartei stelle die sicherheitspolitischen Giftzähne als Forderung auf. Ein weiterer Beschluß mußte die Panne korrigieren.

Die SPD – das zeigte das Nürnberger Treffen eindringlich – hat nach dem Machtverlust in Bonn ihre Rolle noch nicht gefunden. Solidarität lautet das neue Zauberwort, das Rothemund in seinem Rechenschaftsbericht vielfach strapazierte und das auch Hans-Jochen Vogel locker über die Lippen geht. Aber viele Delegierte lockt erst einmal die neugewonnene Freiheit, von Regierungsverantwortung zum Quell der reinen Lehre vorzudringen.

In einer solchen Stimmung verhallen die Forderungen Vogels noch ungehört, den Kampf um die Rathäuser zu beginnen: „Kümmert euch um die örtlichen Probleme der Bürger, konzentriert eure Kraft darauf, das Vertrauen der Menschen in den Gemeinden zurückzugewinnen." Die Partei, die in Bayern ohnehin seit nunmehr 25 Jahren von den Regierungsbänken ferngehalten ist und den Kontakt zu zahlreichen Organisationen und Verbänden verloren hat, vernimmt die Botschaft, allein ihr fehlt der Glaube an die eigene Kraft. In dieser Lage wirkt es eher demoralisierend als zu neuem Aufschwung animierend, wenn Vogel der Partei die Stufen des unaufhaltbaren Abstiegs in Zahlen vorhält: 1972 stellte die SPD in 36 von 47 Großstädten den Oberbürgermeister, obwohl die Zahl dieser Städte inzwischen auf 66 gestiegen ist, sank die der SPD-Oberbürgermeister auf 35. 1974 hatte die SPD in 72 von 145 Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern die absolute Mehrheit, heute aber nur noch in 36 von 152.

Nicht nur in Bayern hoffen die Sozialdemokraten nun, daß ein neuer Aufschwung aus den Städten durch ein Signal aus München eröffnet wird. Auch Vogel beschwor die Delegierten, um das Münchner Rathaus, das 1978 auf dem Höhepunkt der innerparteilichen Auseinandersetzungen verspielt wurde, nun wieder zu kämpfen: „Es hat weit über Bayern hinaus symbolische Bedeutung!"

Was aber dann, wenn die bayerische Kommunalwahl im nächsten März nicht den ersehnten Erfolg bringt, wenn vielmehr erwartungsgemäß der CSU-Oberbürgermeister in seinem Münchner Rathausamt bestätigt wird und sich das Münchner Symbol als eine Fata Morgana erweist?

Hat Brasilien Eingreiftruppe aufgestellt?

AP, Rio de Janeiro

Brasilien soll nach Zeitungsberichten als erstes Land in Lateinamerika eine „Schnelle Eingreiftruppe" aufgestellt haben. Die „Estado de São Paulo" berichtete unter Berufung auf militärische Quellen, theoretisch könnten innerhalb von wenigen Stunden 20 000 Mann aus allen drei Teilstreitkräften kampfbereit für einen Einsatz in Brasilien oder im Ausland zur Verfügung stehen. Die Zeitung schrieb, die Aufstellung dieser Truppe sei eine Antwort Brasiliens auf die gestiegenen Spannungen an den Grenzen mit Venezuela, Guyana, Französisch-Guyana und Surinam sowie auf die Anwesenheit kubanischer und sowjetischer Techniker in Gebieten nördlich der brasilianischen Grenze.

*

m. n. – Seine Größe und geopolitische Rolle haben Brasilien eine besondere Verantwortung für die Sicherheit in Südamerika auferlegt. Die Militärs in Brasilia scheinen gewillt, die bisher an den Tag gelegte Zurückhaltung aufzugeben.

Um nicht das Mißtrauen der spanischsprechenden Nachbarn zu wecken, hat das portugiesischsprachige Brasilien seine militärische Stärke nach außen stets heruntergespielt. So sträubte man sich auch gegen die von Washington als Aufwertung gedachte Einstufung als „regionale Führungsmacht" in Südamerika.

Eine Hegemonialpolitik liegt den Brasilianern fern. Sie sind jedoch zur Stelle, wenn das interamerikanische Verteidigungssystem sich zum gemeinsamen Handeln entschließt, so 1966 bei der Intervention in der Dominikanischen Republik gegen revolutionären Aufruhr.

In jüngster Zeit ist Brasilien zu einer Stellungnahme im schwelenden Grenzkonflikt zwischen Guyana und Venezuela gezwungen worden. Obwohl keine ideologische Affinität zu der linken Genossenschaftsrepublik Guyana besteht, ließ die „pragmatische Außenpolitik" Brasilias nur eine Zurückweisung des venezolanischen Anspruchs auf zwei Drittel des Staatsgebietes Guyanas zu.

Die Revolution in Surinam, das von Kuba als Sprungbrett für subversive Operationen in Südamerika benutzt werden kann, zwingt die Brasilianer zu erhöhter Wachsamkeit an ihren Nordgrenzen. Die Schaffung einer Eingreiftruppe liegt sicherlich auch im amerikanischen Interesse. Der Reagan-Besuch vor fünf Monaten in Brasilia hat das besonders im Sicherheitsbereich gestörte Verhältnis zwischen Brasilien und den USA bereinigt.

Eigenständige bayerische Liberale?

PETER SCHMALZ, München

In der bayerischen FDP wird ein Plan diskutiert, sich von der Bundespartei zu lösen und ähnlich der CSU eine eigenständige „Bayerische Liberale Partei" zu gründen. Der Vorsitzende der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Freien Demokraten, Julian Gyger, der diese Überlegungen auf zwei FDP-Bezirksparteitagen erläutert hatte, erhofft sich dadurch einen Einbruch in traditionelle Wählerschichten der CSU.

Gyger sieht seine Idee nicht als „Affront gegenüber der Bundespartei", sondern als Ergebnis von „nüchternem Strategiedenken" über die größten Chancen einer liberalen Partei in Bayern. Zugleich räumte er ein, daß es sich um langfristige Überlegungen handele, für die es in absehbarer Zeit keine Mehrheit in der Partei geben werde.

Der FDP-Politiker, der bis zur Landtagswahl am 10. Oktober 1982 als Geschäftsführer der FDP-Fraktion tätig war und der 1986 für den Fall einer Rückkehr der FDP in das Maximilianeum zum Fraktionsvorsitzenden kandidieren will, geht davon aus, daß der Landesverband einer Bundespartei niemals das für ihn erreichbare Wählerpotential voll ausschöpfen kann. Der Erfolg der CSU liege in ihrer einzigartigen Stellung als Bundes- und Landespartei in einem. Die CSU werde fast 20 Prozent aus landespolitischen Gründen gewählt, die bayerische FDP dagegen nur zu knapp drei Prozent.

Fast zehn Prozent der CSU-Wähler sind nach Gygers Ansicht zur Stimmabgabe für eine andere Partei bereit, falls sie dort die Interessen Bayerns subjektiv genausogut aufgehoben fühlen. Zudem könne die Gründung einer eigenständigen Landespartei einen Motivationsschub auslösen, durch den neue Mitglieder gewonnen würden.

Die neue liberale Partei solle keine weißblaue „Trachtenhosen-Partei" oder eine bayerische CDU sein, sondern eine unverwechselbar liberale Partei, „die aber aufgrund organisatorischer Eigenständigkeit in der Lage ist, durch bestimmte Akzentuierung nicht nur landespolitischer, sondern auch bundespolitischer Art mehr auf bayerisches Lebensgefühl und bayerische Interessen einzugehen".

Der designierte bayerische FDP-Vorsitzende Manfred Brunner, der auf dem Landesparteitag Ende des Monats zum Nachfolger von Josef Ertl gewählt werden soll, nennt Gygers Überlegung einen „Denkanstoß". Die Sozialdemokraten in Bayern haben bislang vergeblich versucht, durch ein weißblaues Emblem und die Bezeichnung „bayerische SPD" einen stärkeren landespolitischen Charakter und damit auch ein stärkeres politisches Gewicht zu erhalten.

Amerikanisch-sowjetisches Abwehrsystem?

rtr, Washington

Eine Gruppe der Republikanischen Partei hat zu gemeinsamen Anstrengungen der USA und der Sowjetunion bei der Entwicklung eines Verteidigungssystems gegen Atomwaffen aufgerufen. In einem in Washington veröffentlichten Bericht begrüßt die Ripon Society den Vorschlag Präsident Reagans, die Forschung nach Abwehrmöglichkeiten von Atomraketen zu intensivieren. Ausdrücklich wird auf Reagans Bemerkungen in einer Rede vom 29. März eingegangen, die Sowjetunion an einem solchen System zu beteiligen.

Die Gruppe forderte jedoch einen konkreten Plan für amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über die Entwicklung eines Überwachungs- und Verteidigungssystems im Weltall, um einen Überraschungsangriff von jeder Seite zu verhindern. Eine Möglichkeit sei die Entwicklung zweier identischer Systeme, die gemeinsam inspiziert werden sollten, um deren defensiven Charakter sicherzustellen.

CSSR: Andrang zu Priesterseminar

KNA, Leitmeritz

Obwohl sich die Situation der katholischen Priester in der Tschechoslowakei im vergangenen Jahr drastisch verschlechtert hat, sind die Zahlen der Bewerber um Aufnahme in das für Böhmen und Mähren zuständige Priesterseminar in Leitmeritz „sprunghaft" gestiegen. Insgesamt hatten sich für dieses Jahr 66 junge Männer angemeldet: 25 aus der Diözese Brünn, 22 aus Olmütz, zwölf aus Prag und sieben aus Leitmeritz. Über die Aufnahme der Studenten entscheiden, entgegen den kanonischen Regeln, in der CSSR nicht die Bischöfe, sondern die staatlichen Kirchenfunktionäre.

Neuer Chefredakteur bei Radio Bremen

ww. Bremen

Volker Mauersberger (43), Hörfunk-Korrespondent der ARD in Madrid, wird am 1. August neuer Chefredakteur bei Radio Bremen. Er tritt damit die Nachfolge von Peter Wien (43) an, der als stellvertretender Funkhausdirektor zum NDR nach Hannover wechselt. Mauersberger arbeitete seit 1967 als politischer Redakteur beim Westdeutschen Rundfunk (Ressort Innenpolitik). Seit Mitte 1977 ist er in Madrid.

Washington erhofft Einschwenken Mexikos

Differenzen über Mittelamerika / Drei Minister zu Besuch

WERNER THOMAS, Miami

„Beide Seiten verfolgen die gleichen Ziele in Mittelamerika", erläuterte ein mexikanischer Regierungsbeamter. „Die USA wollen eine Ausweitung des Konfliktes verhindern und jede Einmischung fremder Kräfte beenden. Wir auch. Über die notwendigen Schritte herrschen dagegen Meinungsunterschiede."

US-Außenminister George Shultz, der sich mit Finanzminister Regan und Handelsminister Baldrige zu zweitägigen Gesprächen in Mexiko-Stadt befindet, soll jetzt versuchen, diese Differenzen zu überbrücken. Diplomatische Beobachter bezweifeln, daß ihm das gelingen wird. Sie erinnern besonders an die unterschiedlichen Analysen der Ursache dieser Unruhen.

Die Mexikaner führen die Mittelamerika-Wirren lediglich auf die ungerechten sozialen Strukturen zurück. Die Amerikaner bestreiten diese Probleme zwar nicht, möchten aber verhindern, daß die Kommunisten daraus Kapital schlagen. In Washington geht wieder die düstere Vision der Domino-Theorie um. Der letzte Dominostein, befürchten Reagans Lateinamerika-Berater, könnte Mexiko sein.

Die empfindlichen Mexikaner haben auf diese von dem demokratischen Senator Henry Jackson in die Öffentlichkeit getragenen Befürchtungen düpiert reagiert. „Wir sind ein recht großer Dominostein, unsere politischen Verhältnisse sind stabil", belehrte Präsident Miguel de la Madrid die besorgten Amerikaner.

Keine Kurskorrekturen

Der neue Präsident hat die Hoffnungen Washingtons enttäuscht, daß er Kurskorrekturen an der Mittelamerika-Politik seines Amtsvorgängers José López Portillo vornimmt. Auch seine Regierung sympathisiert mit den salvadorianischen Rebellen und unterstützt die sandinistischen Comandantes in Nicaragua. Ende vergangener Woche ist diese Position noch einmal unmißverständlich unterstrichen worden:

Während die salvadorianischen Guerrilla-Vertreter in Mexiko-Stadt Pressekonferenzen durchführen und sich völlig frei bewegen können, erfuhr der nicaraguanische Oppositionsführer Alfonso Robelo eine andere Behandlung. Er wurde nach Panama deportiert, weil er den Journalisten der mexikanischen Hauptstadt den Beginn der militärischen Aktionen seiner Oppositionsbewegung mitteilen wollte.

Die Mexikaner machen gern Innenpolitik mit der Außenpolitik. Sie pflegen gute Kontakte zu Kuba, Nicaragua und den marxistischen Rebellen-Verbänden Mittelamerikas, um eine Gegenleistung zu erhalten: keine revolutionären Aktivitäten der Linken innerhalb der eigenen Grenzen. Schließlich schwimmt diese Strategie auch auf der Welle der antiamerikanischen Gefühle, die gelegentlich an Hysterie grenzen.

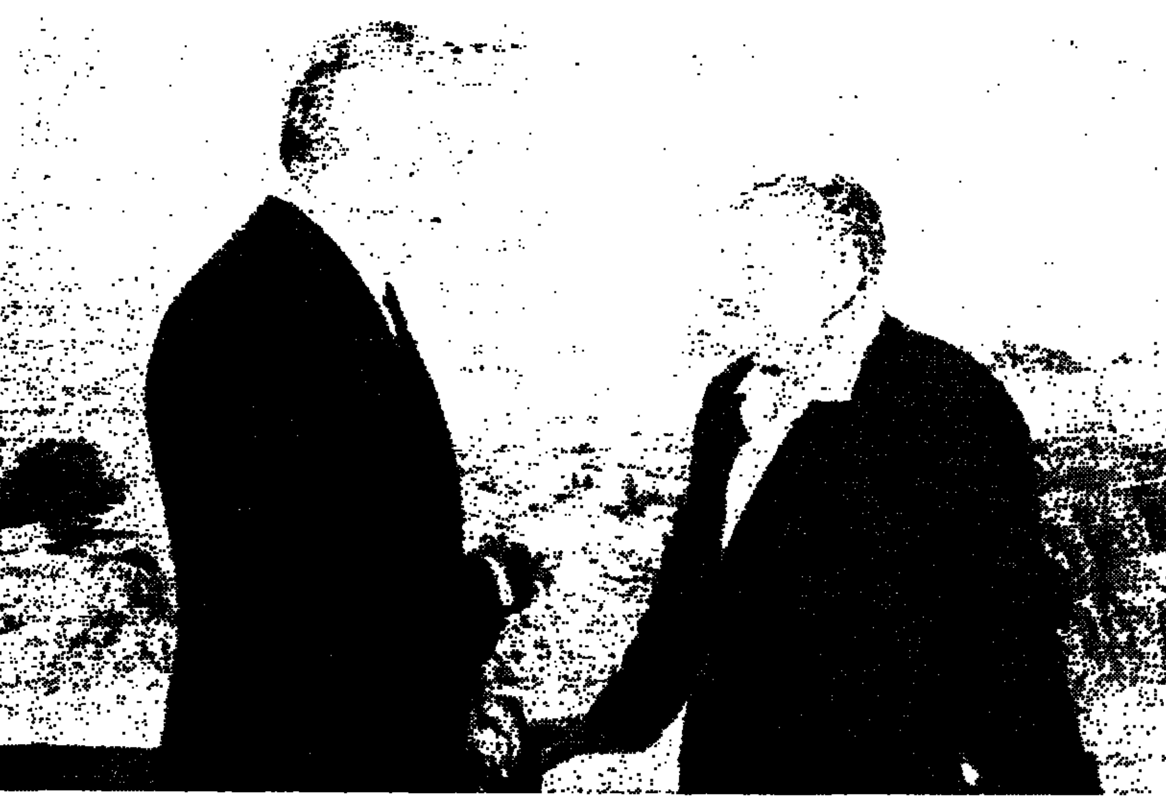
Rüde Attacken gegen Reagan

Seit die von den Amerikanern unterstützten konterrevolutionären Brigaden gegen das Comandante-Regime kämpfen, reitet die mexikanische Presse rüde Attakken gegen die Reagan-Regierung. Kein Tag vergeht ohne eine neue Verurteilung der Washingtoner Mittelamerika-Politik auf den Leitartikelseiten der Zeitungen.

De la Madrid hatte vergangene Woche einen neuen Friedensversuch unternommen. Sein Außenminister Bernardo Sepulveda und die Außenminister Kolumbiens, Venezuelas und Panamas reisten durch Mittelamerika, um für Verhandlungen zu werben. Die Emissäre wollten besonders die Regierungen von Nicaragua und Honduras gesprächsbereit stimmen. Sie sind mit leeren Händen zurückgekehrt.

„Die Aufgabe ist schwierig", gestand Sepulveda, „aber alle Seiten stimmen darin überein, daß die Probleme von Lateinamerikanern gelöst werden sollen." Diese Bemerkung wurde als Seitenhieb gegen die Reagan-Regierung gewertet.

Die Minister Regan und Baldrige führten in Mexiko Unterredungen über die wirtschaftlichen Aspekte des bilateralen Verhältnisses. Wirtschaftlich ist das mit 83 Milliarden Dollar verschuldete Mexiko heute von den USA abhängiger denn je. Im Sommer vergangenen Jahres hatte die schnelle Hilfe der Reagan-Regierung den südlichen Nachbarn vor der Zahlungsunfähigkeit gerettet. Die Kalkulationen der Reagan-Regierung, daß dieses Abhängigkeitsverhältnis auf Mexikos Mittelamerika-Politik abfärben könnte, sind bisher jedoch nicht aufgegangen. (SAD)



Appell an „alle Menschen guten Willens"

Zum gestrigen 35. Unabhängigkeits-Tag des Staates Israel flog der Berliner Verleger Axel Springer nach Jerusalem. Er nahm an einem Empfang teil, den der scheidende israelische Staatspräsident Yitzhak Navron in seinem Amtssitz gab, ebenso an einem Volksfest in der Davids-Zitadelle. In einem Gespräch mit Jerusalems Oberbürgermeister Teddy Kollek (unser Bild) meinte Springer, „alle Menschen guten Willens" sollten dafür beten, „daß nach all den Prüfungen, die waren, sind und sein werden, das Licht der Zuversicht den Bürgern dieses geliebten Landes immer heller werden möge". FOTO: ZEEV ACKERMAN

Kohl erst im Herbst nach Israel

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird wahrscheinlich erst im Herbst nach Israel reisen und kurz darauf auch Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien besuchen. Ursprünglich war für die Israel-Reise der Frühsommer in Aussicht genommen worden. Nun plant der Kanzler aber – nicht zuletzt wegen der Entwicklung der Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF) –, noch vor der Sommerpause der Einladung des sowjetischen Parteichefs Jurij Andropow zu einem Besuch in Moskau zu folgen (WELT v. 18. 4.). Weil er andererseits die Israel-Reise in einem zeitlichen Zusammenhang mit der vorgesehenen Visite in drei arabischen Staaten sieht, werden die nahöstlichen Besuchspläne erst im Herbst realisiert werden können.

Wie verlautet, hat Kohl in Washington mit Präsident Ronald Reagan auch die Lage im Nahen Osten erörtert. Dabei wurde klar, daß Reagan seinen Nahost-Plan nicht als gescheitert betrachtet. Der amerikanische Präsident möchte vielmehr „am Ball bleiben".

Der Plan des Kanzlers, Israel zu besuchen, ist von Jerusalem lebhaft begrüßt worden. Die Israelis sehen darin eine positive Veränderung im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem jüdischen Staat.

Die „Invincible" vor Gibraltar war Madrid zuviel

Der Streit um den Felsen verhärtet sich / Die Spanier fühlen sich durch die britischen Manöver provoziert

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Sturmböen des ersten Frühjahrstiefs, das der iberischen Halbinsel die langersehnte Regenperiode bringen soll, sorgten für eine neue Variante im spanisch-britischen Disput um Gibraltar. Die 19 Kriegsschiffe der britischen Flotte, die unter lautstarkem spanischen Protest im Hafen am Westhang des Felsens festmachten, konnten mehrere Tage nicht auslaufen, wollten sie Seeschäden vermeiden.

Erst gestern verließen sie mit ihrem Flugzeugträger „Invincible", dem britischen Flaggschiff, den Hafen unter sorgfältigster Beachtung der „Mittellinie" in der Bucht von Algeciras. Ein spanischer Zerstörer und zwei Fregatten wachten darüber, daß auch keines der britischen Schiffe diese unsichtbare Grenze oder gar spanische Hoheitsgewässer verletzte.

Nachdem der britische Botschafter in Madrid vor einer Woche den verbalen Protest der spanischen Regierung gegen den Flottenbesuch entgegengenommen hatte, reagierte das Foreign Office in London mit einem Seitenhieb, den die Madrider Presse wie folgt kommentierte: „London stellt Bedingungen für den spanischen Beitritt in die EG." Der britische Außenminister Pym wiederholte aber nur, worauf Gibraltars Chefminister Sir Joshua Hasan schon seit Jahren offen hinweist: Spaniens EG-Beitritt setzt praktisch die Wiederherstellung aller von Spanien unterbrochenen See- und Landverbindungen mit Gibraltar voraus, einfach weil der Felsen als EG-Raum Anspruch darauf hat.

Sir Joshua wundert sich jetzt über die Intensität des spanischen Protestes, weil Einheiten der britischen Flotte jedes Jahr bei ihren Atlantikmanövern im Hafen festmachen. Dennoch protestierte im Frühjahr 1983 die sozialistische Regierung in Madrid, während der Sprecher der konservativen Opposition im Parlament sogar behauptete: „Wenn wir an der Regierung wären, wir würden mit unserer Flotte die ganze Bucht von Algeciras sperren."

Zwei Gründe sollen die so hochgehenden Wellen der Emotion in Spanien erläutern. 1. Spanien öffnete im Dezember 1982, ohne Bedingungen zu stellen, den vor 13 Jahren geschlossenen Grenzzaun. Für diese Geste hatte Madrid ein Entgegenkommen erwartet, wozu London aber offensichtlich nicht bereit ist. 2. Der Name „Invincible" ist in Spanien Symbol für den Falkland-Krieg, die Rückeroberung der von Argentinien besetzten Inseln durch die britische Flotte. Spanien – und nicht nur die Regierung – stand auf der Seite ihrer argentinischen „Schwesternation".

Das spanisch-argentinische Selbstverständnis hat in diesem Fall nichts mit der spanischen Mittlerposition zwischen Europa und Südamerika zu tun. Vielmehr empfindet man in Madrid die Gegenwart jener Kriegsschiffe, „die den Falkland-Krieg führten", auf „eigentlich spanischem Territorium" – wobei der historische Anspruch Spaniens auf Gibraltar gemeint ist –, als einen Affront gegen die gemeinsame Hispanität diesseits und jenseits des Atlantiks.

Die Sturmböen, die die Royal Navy im Hafen von Gibraltar zurückhielten, konfrontierten London und Madrid mit noch einem anderen Problem. Die Werftarbeiter von Gibraltar drohen, mit einem Streik dagegen zu protestieren, daß die Krone die einst für die Navy gebauten Trockendocks „kommerzialisieren", das heißt stillegen will. (SAD)

Hollands Volksrente wird unbezahlbar

BODO RADKE, Den Haag

Die vor 26 Jahren auf Initiative des damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Willem Dress in Holland eingeführte Volksrente in gleicher Höhe für alle Bewohner der Niederlande über 65 Jahre erweist sich in ihrer jetzigen Form als unbezahlbar. Um die Frage indes, welche finanziellen Opfer die Empfänger dieser Volksrente im Rahmen der allgemeinen beabsichtigten Kürzungen von Sozialleistungen bringen sollten, wird von den politischen Parteien und verschiedenen Interessengruppen erbittert gestritten.

Als die – nach dem entsprechenden Gesetz AOW (Algemene Ouderdomswet) genannte – Volksrente im Jahre 1957 eingeführt wurde, galt sie in den Niederlanden als ein längst fällig gewesener sozialer Fortschritt. Bis dahin waren sehr viele Holländer nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben auf die Unterstützung privater Wohltätigkeits-Organisationen angewiesen, wenn ihre Ersparnisse nicht zur Bestreitung des Lebensunterhaltes ausreichten.

Immer mehr Rentner, immer weniger Prämienzahler

Nach mehreren Anpassungen an die Entwicklung basiert das AOW-System zur Zeit darauf, daß von den Gehältern, Löhnen oder Soziallseistungen für Menschen im berufsfähigen Alter 11,5 Prozent als Prämienleistung für den Rentenfonds einbehalten werden. Als höchste Berechnungsgrenze für diese 11,5 Prozent ist ein Jahresgehalt von 57 050 Gulden (52 000 Mark) festgelegt. An der Auffüllung des AOW-Fonds beteiligt sich ferner die Staatskasse mit einem erheblichen Betrag, den das Parlament jedes Jahr neu bestimmt.

Von Anfang an war vorgesehen, daß die Höhe der Volksrente jeweils zum 1. Januar der Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepaßt werden muß. Zur Zeit empfängt ein Ehepaar monatlich 1566,45 Gulden, und eine alleinstehende Person im Rentenalter 1091,13 Gulden AOW. Davon ist ein Krankenkassen-Beitrag zu leisten.

Zur Krise des AOW-Systems ist es dadurch gekommen, daß im Laufe der Zeit die Zahl der Rentenempfänger immer größer und die Zahl der Prämienzahler immer kleiner geworden ist. Von den 14,3 Millionen Bewohnern der Niederlande haben inzwischen 1,6 Millionen Anspruch auf AOW-Zahlungen. Nach Berechnungen des statistischen Landesamtes wird sich das derzeitige Verhältnis von 6:1 zwischen Prämienzahler und Rentner im Laufe der nächsten vier Jahrzehnte auf 5:1 verändern.

Verbands-Funktionäre sprechen von Wählerbetrug

Während Hollands Oppositionsparteien mit Blick auf potentielle Wählerstimmen Kürzungen der AOW-Leistungen rundweg ablehnen, haben Christdemokraten und Liberal-Konservative als Träger der Regierungsverantwortung noch keine einheitliche Linie für die Formen eines Leistungsabbaus gefunden. Die Politiker beider Parteien befinden sich zudem in der mißlichen Lage, in ihren Wahlkampfreden des letzten Jahres ebenfalls fest versprochen zu haben, daß eine Kürzung der AOW-Bezüge ausgeschlossen sei.

Das Wort vom Wählerbetrug gehört deshalb bereits zum ständigen Vokabular von Vertretern jener Rentner-Vereinigungen, denen sich bisher rund 400 000 AOW-Bezieher angeschlossen haben. (SAD)

In Bosnien eifert Geheimbund der Moslems Khomeinis Beispiel nach

Elf Fundamentalisten verhaftet / Streit um Religion, Staat und Nation bricht wieder auf

CARL G. STRÖHM, Wien

Elf Moslems sind in der jugoslawischen Teilrepublik Bosnien-Herzegowina wegen angeblich illegaler reaktionärer und konterrevolutionärer Tätigkeit verhaftet worden. Sie sollen eine Geheimorganisation – offenbar nach dem Vorbild des vom iranischen Revolutionsführer Khomeini propagierten Fundamentalismus gegründet, ferner pan-islamische Ideen verbreitet und das bestehende kommunistische System bekämpft haben. Ziel dieser selbsternannten „Elite" (so werden die Verhafteten von der bosnischen KP-Zeitung „Oslobodjenje" charakterisiert) sei die Schaffung eines national und religiös „reinen" Bosniens gewesen –, „rein" im Sinne des Islam.

Nun ist Jugoslawien – sieht man vom europäischen Teil der Türkei ab – in Europa der Staat mit der zahlenstärksten moslemischen Bevölkerung. Allein in Bosnien-Herzegowina beträgt der Moslem-Anteil etwa 40 Prozent der Einwohner; 35 Prozent sind christlich-orthodoxe Serben, 18 Prozent Kroaten, die katholisch sind. Der Islam in Bosnien ist zwar slawisch geprägt, aber ein Erbe aus der jahrhundertelangen türkischen Herrschaft, die erst 1878 mit dem Einmarsch der Österreicher endete.

In Sarajevo herrscht ein Klima großer Intoleranz

Im Zweiten Weltkrieg kam es gerade in Bosnien und in der Herzegowina zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den nationalen Gruppen, die zum Teil die Formen eines Religionskrieges annahmen. Nach 1945 fand Tito für das zwischen Serben und Kroaten umstrittene Land eine salomonische Lösung: bosnische Moslems wurden zu einer eigenen „*Nation*" erhoben. Der Begriff „Moslem" bezeichnete nicht allein die Religion, sondern die Volkszugehörigkeit. So kommt es, daß es heute in Bosnien „atheistische Moslems" gibt, die etwa in der Partei- und Staatsführung der Teilrepublik eine große Rolle spielen.

Unter der Ägide dieser „atheistischen Moslems" hat sich in der bosnischen Landeshauptstadt Sarajevo ein politisches und intellektuelles Klima entwickelt, das als besonders intolerant gilt. Bosnien erhielt von Belgrader und Zagreber Intellektuellen den Spitznamen „Das finstere Vilajet" (türkisch für Provinz). So mußten zahlreiche Schriftsteller und Intellektuelle nach Serbien oder Kroatien flüchten, um den Verfolgungen und Schikanen der Moslem-Kommunisten von Sarajevo zu entgehen. Zu den prominentesten „Emigranten" zählen der jüngst in Belgrad verstorbene Schriftsteller Mesa Selimovic, der prominente Literaturkritiker Nikola Milosevic, der Schriftsteller Vojislav Lubarda und der bekannte Soziologe Esad Cimic, der selber ein Moslem ist.

In einem Buch, das unter dem Titel „Politik als Schicksal – ein Beitrag zur Phänomenologie des politischen Märtyrertums" 1982 in Belgrad erschien und großes Aufsehen erregte, hat Cimic geschildert, wie er von den KP-Moslems in Bosnien verfolgt und als Professor für Soziologie aus der Universität Sarajevo hinausgeworfen wurde. Er schildert, wie ihm der Chefideologe der bosnischen KP-Moslems, Arif Tanovic, vor der entscheidenden Parteisitzung erklärte: „Sei tapfer. *Wir werden dich ein* wenig zur Ader lassen. In der Partei geht es nicht ohne Disziplin ... Dein Intellektualismus käme dich teuer zu stehen. Unsere Aufgabe ist es, anzugreifen – deine Aufgabe ist es, dich zu verteidigen, indem du die Anklagen akzeptierst. Sei ein *Realist, mein Lieber!*"

Die Schuld des Esad Cimic bestand darin, daß er die Existenz der von Tito gegründeten moslemischen Nation Bosnien schlichtweg anzweifelte und die bosnischen Moslems als eine Gemeinschaft bezeichnet hatte, die zu spät gekommen sei, um ein Volk und eine Nation zu sein.

Jugoslawischer „Stoßtrupp des Neo-Stalinismus"

Es ist interessant, daß Cimic, der inzwischen einen Lehrstuhl an der Universität Belgrad innehat, seinen Angriff auf hohe bosnische KP-Funktionäre legal in der jugoslawischen Hauptstadt – also auf dem Boden der Republik Serbien – veröffentlichen konnte.

Von Bosnien aus werden heute die schärfsten Angriffe auf jegliche Regung von politischem Liberalismus in Jugoslawien geführt. Hier hat sich mit KP-Ideologen wie Fuad Muhic der „Sarajevoer philosophische Kreis" gebildet, der vom Zagreber neomarxistischen Praxis-Philosophen Rudi Supek als „Stoßtrupp des Neo-Stalinismus" in Jugoslawien bezeichnet wurde.

Dabei mischen sich auf seltsame Weise kommunistische und islamische Elemente. Der bosnische kommunistische Parteiphilosoph Muhamed Filipovic beschwört etwa den „Geist Bosniens" und spricht den im Lande ansässigen nicht-moslemischen Kroaten und Serben diesen Geist einfach ab, weil sie die Probleme Bosniens aus der Perspektive *ihrer „Mutterländer"* – nämlich Kroatiens und Serbiens – beurteilten. Hier trifft er sich mit den religiös gestimmten Fundamentalisten, deren These lautet, daß Bosnien ursprünglich mohammedanisch war und daß die christlichen Serben und Kroaten *Eindringlinge seien, die in diesem* Lande nichts verloren hätten.

Mit Schuster, Müller, aber ohne Stielike

sid, Düsseldorf

Jupp Derwalls Freude währte am Montag nur drei Stunden. Kaum hatte der Fußball-Bundestrainer erstmals seit zwei Jahren sämtliche im Ausland spielenden Nationalspieler in seinen Kader für die wichtigen EM-Länderspiele in Izmir (23. April) und Wien (27. April) berufen, da erreichte ihn eine neuerliche Hiobsbotschaft: Uli Stielike sagte ab.

Damit war das „Legionärs-Trio" Müller–Schuster–Stielike, mit dem Derwall das Mittelfeld gegen die Türkei und Österreich stark machen wollte, mit einem Schlag geplatzt. „Es wäre so schön gewesen. Damit sind meine Pläne über den *Haufen* geworfen", klagte der Bundestrainer, nachdem ihn Stielike aus Madrid angerufen hatte.

„Es geht beim besten Willen nicht. Seit drei Wochen plage ich mich mit Oberschenkel-Beschwerden herum, und es ist *keine Besserung* eingetreten. Wahrscheinlich handelt es sich doch um einen Muskelfaserriß. Dies meint jedenfalls Professor Heß", erklärte Uli Stielike. Am Montagvormittag brach er einen Trainingsversuch ab. Stielike sieht auch keine Chancen, für Real Madrid am Mittwoch im Europapokal gegen Austria Wien spielen zu können.

Für Stielike, der Derwall noch am Sonntag Spielbereitschaft („Ich fühle mich gesund") signalisiert hatte, wird der Bundestrainer keinen neuen Spieler nominieren. Er tritt die Reise zur „Woche der Wahrheit" mit nur 15 Kandidaten an und will, wie schon zuletzt in Tirana, seinen A-Kader in Izmir und Wien durch Spieler aus dem Junioren-Kader von Berti Vogts verstärken.

Wegen Verletzungen mußte der Bundestrainer die Stürmer Norbert Meier (Bremen) und Jürgen Milewski (Hamburg) aus seinem vorläufigen Kader streichen. „Um Norbert Meier tut es mir besonders leid wegen seiner vielseitigen Einsatzmöglichkeit", meinte der Bundestrainer, der in Littbarski, Völler und Rummenigge nur drei echte Stürmer aufbot.

Freiwillig verzichtete Derwall auf Torwart Bernd Franke (Braunschweig), der für DFB-Trainer Erich Ribbeck in der Olympia-Elf in Portugal (24. April) zum Einsatz kommt, sowie auf Lothar Matthäus (Mönchengladbach), Ralf Falkenmayer (Frankfurt) und Peter Reichert (Stuttgart), die DFB-Trainer Berti Vogts für die Spiele der Junioren-EM in Izmir (22. April) und St. Pölten (26. April) benötigt.

Neben Schuster, der zuletzt für Tirana wegen der bevorstehenden Niederkunft seiner Frau absagte, und Stielike rückten gegenüber dem 2:1-Sieg in Albanien auch der Münchner Wolfgang Dremmler und der Hamburger Wolfgang Rolff wieder ins Aufgebot.

Das Aufgebot: Tor: Schumacher, Immel. Abwehr: Briegel, Dremmler, B. Förster, K.-H. Förster, Otten, Strack. – Mittelfeld: Engels, Müller, Rolff, Schuster. – Angriff: Littbarski, Rummenigge, Völler.

EISHOCKEY / 4:0-Erfolg über Italien ein Sieg der Disziplin

Die deutsche Mannschaft blieb bislang lediglich im Rahmen ihrer Möglichkeit

dpa, Düsseldorf

Die Nationalhymne war längst verklungen, die deutschen Eishokkeyspieler kühlten ihre dicken Beulen mit kiloschweren Eisbeuteln in der Kabine, da nahm der große Gladiator Xaver Unsinn noch schnell ein ganz persönliches Bad in der begeisterten Menge. „Unsinn", brüllten 10 000 Zuschauer nach dem 4:0 über Italien im Düsseldorfer Stadion an der Brehmstraße. Der Bundestrainer lupfte kurz den Pepitahut und ließ sich mit erhobenen Armen auf der Eisfläche feiern. Der erste deutsche Sieg bei der Weltmeisterschaft war sein Sieg, denn es war ein Sieg der Disziplin.

Als Prediger der Gewaltlosigkeit hatte Unsinn seine früher als Prügeltruppe verschriene Mannschaft gegen die knüppelharten Italo-Kanadier *zu eiserner Zurückhaltung* verdonnert. Kapitän Erich Kühnhackl: „Ein Glück, daß wir uns von Unsinn so an die Kette legen ließen und nicht zurückgeschlagen haben." Hätten auch die Deutschen gerauft, gecatcht, geboxt, gespuckt, gerungen und was sonst von den Italienern an „Sportarten" geboten wurde, der erste WM-Skandal wäre perfekt gewesen.

„Wir wollten unser Spiel aufziehen", meinte der Rosenheimer Ernst Höfner, „aber das ging nicht. Die hieben immer gleich mit dem Stock nach uns." Italiens bester Mann war zugleich einer der Schlimmsten: Torhüter Jim Corsi. Er trat Udo Kießling von hinten zusammen, nahm ihn in den Schwitzkasten und riß ihn zu Boden. Auch sonst brachte er die Unsinn-Spieler fast zur Verzweiflung.

Hegen, Reindl, Betz und Schiller scheiterten bei schnellen Kontern. Insgesamt 4:20 Minuten blieben die Gastgeber beim 5:3-Übermachtspiel ohne Tor. Bedenklich: Die ersten beiden Sturmlinien sind nach zwei WM-Spielen immer noch ohne Treffer. Die Statistik spricht vor allem gegen den Kapitän. Erich Kühnhackl schoß 13mal aufs Tor. Erfolg: Fehlanzeige.

So relativieren sich Sieg gegen Italien und Niederlage gegen Schweden auf eine Erkenntnis: Die Gastgeber blieben bisher im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Und die schließen zur Zeit die Teilnahme an der Endrunde aus. Schon heute dürfte sich gegen die läuferisch wesentlich stärkeren Finnen zeigen, daß nur die Chance besteht, wenn die Unsinn-Truppe weit über ihre Verhältnisse spielt.

Der einzige WM-Ruhetag kam gestern gerade recht. Die Stimmung war gelöst. Der Bundestrainer lud alle Journalisten sogar herzlich ins Mannschaftsquartier ein, nachdem einige Tage zuvor fest gebuchte Beobachter aus dem „Romantik-Hotel" vor den Toren Dortmunds hinauskomplimentiert wurden. Die Nervosität hat sich gelegt. Auch die Sorge ums Geld ist erst einmal verdrängt. „Sportlich und finanziell haben wir uns mit dem ersten Sieg freigeschwommen", dachte Xaver Unsinn an seinen Arbeitgeber Deutscher Eishockey-Bund. „Ohne Sieg wäre doch bald kein Mensch mehr gekommen."

„Vielleicht gelingt uns heute gegen Finnland die Überraschung zusammen mit dem tollen Düsseldorfer Publikum", nutzte Unsinn den psychologischen Auftrieb. Gleichzeitig trat er als Werbe-Manager für seinen Torwart Erich Weishaupt auf. Der Ex-Mannheimer wird auch gegen die Finnen vor dem Publikum seines künftigen Vereins Düsseldorfer EG im Tor stehen. Sein WM-Comeback nach vier Jahren war kurzfristig wegen einer Schulterverletzung gefährdet gewesen. Gegen die Italiener wurde er im Gegensatz zum Rosenheimer Karl-Heinz Friesen, der beim 1:5 gegen Schweden ein zweistelliges Debakel verhinderte, kaum gefordert. Unsinn kann sich freuen, daß beide Torleute menschlich harmonieren. Das war nicht immer so.

Die besten Noten verdiente sich die dritte Sturmreihe. Nach monatelanger Formschwäche hat Torjäger Holger Meitinger sein Tief überwunden. Zusammen mit Schiller und Truntschka bildet er die schlagfähigste Einheit. Auch Udo Kießling hält das Kölner Element in der Nationalmannschaft mit stark verbesserter Form hoch.

STATISTIK

2. Spieltag: UdSSR – Finnland 3:0 (1:0, 1:0, 1:0), CSSR – „DDR" 6:1 (1:0, 1:1, 4:0), Schweden – Kanada 3:2 (1:1, 2:1, 0:0), Italien – Deutschland 0:4 (0:1, 0:1, 0:2).

1. (4.) CSSR	2	2	0	0	10:3	4:0
2. (3.) UdSSR	2	2	0	0	6:0	4:0
3. (2.) Schweden	2	2	0	0	8:3	4:0
4. (1.) Kanada	2	1	0	1	8:3	2:2
5. (7.) Deutschl.	2	1	0	1	5:5	2:2
6. (5.) Finnland	2	0	0	2	2:7	0:4
7. (6.) „DDR"	2	0	0	2	1:9	0:4
8. (8.) Italien	2	0	0	2	0:10	0:4

Der nächste Spieltag: Heute in Dortmund: „DDR" – Italien (17.00 Uhr), Kanada – UdSSR (20.15); in Düsseldorf: CSSR – Schweden (15.00), Deutschland – Finnland (18.30).

SPLITTER

● **Experte:** Nach jedem WM-Spiel werden die besten Spieler von einem der WM-Sponsoren mit einem Wandteller ausgezeichnet. In Dortmund entscheidet Ex-Bundestrainer Gerhard Kießling über die Vergabe der Ehrenpreise. Gerhard Kießling kommentiert für die WELT die Eishockey-Weltmeisterschaft.

● **Grippe:** Nach Pechvogel Thomas Gandorfer, der mit einem Bruch des kleinen Fingers an der rechten Hand ausfiel, hat es jetzt Verteidiger Uli Hiemer vom Kölner EC erwischt. Er ist an Grippe erkrankt und liegt im Bett.

● **Tore:** Der schwedische Profi Bengt-Ake Gustafsson behauptete nach dem zweiten Spieltag die Führung als bester WM-Scorer. Mit zwei Toren und drei Vorlagen (fünf Punkte) liegt er vor Jiri Lala (CSSR) und Michel Goulet (Kanada) mit je vier Punkten.

● **Zuschauer:** Die acht Spiele der ersten beiden Runden sahen in Dortmund und Düsseldorf 35 325 Zuschauer. Ausverkauft waren lediglich die Spiele der deutschen Mannschaft in Dortmund gegen Schweden (9880) und in Düsseldorf gegen Italien (10 000).

Eine Armee verharrt im Wartestand

Ausrüstung und Kampfstärke der libanesischen Truppen / Erstmals wieder Wehrpflicht

PETER M. RANKE, Beirut

In dieser Woche sollen die ersten Wehrpflichtigen des Jahrgangs 1965 in Beirut einberufen werden. Die Musterungen haben schon stattgefunden, rund 25 000 junge Männer hatten sich zum 18monatigen Wehrdienst gemeldet. Zunächst werden aber nur alle vier Monate zwei- bis dreitausend einberufen und eine sechsmonatige Grundausbildung erhalten. Die *Wehrpflicht besteht zum ersten* Mal seit der Unabhängigkeit 1943, bisher hatte Libanon eine Freiwilligen-Truppe.

Verteidigungsminister Issam Khoury und Oberbefehlshaber Ibrahim Tannous wollen bis 1985 fünfzig- bis sechszigtausend Mann unter den Fahnen haben, einschließlich einer neu aufzubauenden Küstenmarine und Luftwaffe. Aber die 74 amerikanischen Offiziere, die der Armee bei Ausbildung und Organisation helfen, rechnen eher mit 35 000 bis 40 000 *Mann. Bis Februar 1984 erhält Li*banon 150 Millionen Dollar an Waffen- und Ausbildungshilfe, weitere 251 Millionen Dollar sind für die Zeit danach beantragt.

Erst in zwei bis drei Jahren voll einsatzbereit

Anfang April wurden im Beiruter Hafen 32 Panzer des Typs M 48 ausgeladen, außerdem hat die Armee schon aus den USA 125 Schützenpanzer M 113, 60 Jeeps und über 200 schwere Lkw erhalten. Ein M 48 mit 105-mm-Geschütz und zwei schweren Maschinengewehren kostet 835 000 Dollar. Auch Frankreich lieferte leichte Radpanzer und andere Ausrüstung.

Westliche Militärexperten rechnen noch mit zwei bis drei Jahren, ehe die Truppe voll einsatzbereit ist. Die Ausbildung kann praktisch nur im Raum von Beirut stattfinden, denn die Kasernen im Norden werden von syrischen Truppen überwacht und im Süden von den Israelis. Beide Länder erlauben nicht, daß sich libanesische Soldaten uniformiert in der Öffentlichkeit zeigen, nachdem die Garnisonen weitgehend entwaffnet wurden. Die Brigade im Norden, die *Brigade im Süden und auch die* Brigade in der Bekaa-Hochebene sind also zum Abwarten verurteilt, bis die fremden Truppen abziehen.

Bei Baalbek im Bekaa-Tal wurden am 4. März sechs Soldaten von der saiitischen Miliz „Amal Islam" niedergemacht, als sie zum Üben *fuhren. Im Schuf-Gebirge hat sich* eine Armee-Einheit zwischen verfeindete Drusen und Christen geschoben und sichert einen fragilen Waffenstillstand. Bei den UNO-Truppen (Unifil) im Süden helfen rund 700 libanesische Soldaten, aber die „Hauptmacht" sitzt in den Kasernen von Saida, Salhiye und Kfar Falous.

Nachdem im Norden wochenlang zwischen prosyrischen und antisyrischen Milizen um Tripolis gekämpft worden war, bis schließlich die libanesische Gendarmerie (FSI) und nicht etwa die Armee eingreifen durfte, verschärfte sich im Süden die Krise um eine Armee-Stationierung und um das Verhältniz zur Miliz des „Freien Libanon" von Major Saad Haddad. Mit seinen 1800 Mann beherrscht er und nicht die Restarmee das Gebiet zwischen Saida und Nabatiye, wo die Israelis noch zusätzlich Dorfmilizen als „Nationalgarde" aufgestellt haben.

Hoffnung auf Verständigung Beirut – Jerusalem

Haddad kann mit seiner jetzigen Truppe aber allein Südlibanon und Israels Nordgrenze nicht wirksam schützen, daher hofft man bei der Armeeführung im Befehlsbunker von Yarze oberhalb Beiruts, daß es bald zu einer politischen Verständigung zwischen Beirut und Jerusalem kommt.

Die Armee, die nach dem Willen *von Präsident Amin Gemayel* künftig die stärkste und einzige bewaffnete Macht im Lande sein soll, bleibt vorläufig ein politischer Spielball, nachdem sie im „Bürgerkrieg" 1975/76 zerbrochen war. Israel betont, die Armee sei zu schwach und werde noch auf Jahre hinaus zu unzuverlässig sein, um den Grenzschutz übernehmen zu können. Die Beiruter Regierung und die USA glauben dagegen, daß die Armee nach einiger Zeit doch einsatzbereit sei und künftig PLO-Guerrillas abwehren könne. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Einseitiges Gedenken

„Dachau wehrt sich gegen das Stigma KZ-Stadt"; WELT vom 24. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Bericht über Dachau, der alte Erinnerungen weckte, fordert mich heraus, ihm ein „Gegenbild" gegenüberzustellen: Meine Mutter und ich wurden nach der schrecklichen Bombennacht vom 5. auf den 6. September 1943 in Mannheim nach Marlenheim, Elsaß, evakuiert. Als 1944 die alliierten Truppen ins Elsaß eindrangen, gingen wir nicht mit den weichenden deutschen Truppen in die Heimat zurück, aus Furcht vor den Bomben.

Die den Truppen folgende französische „Resistance" steckte uns in das Konzentrationslager Schirmeck / Natzweiler. (Unser Verbre*chen war, Deutsche zu sein.*) Von dort wurden wir über das Lager Pitiviers nach Rennes verbracht, wo uns M. Hammon, ein französischer katholischer Geistlicher, mit dem Notwendigsten (Blechbüchsen, Löffel etc.) unter Lebensgefahr versorgte; dieser Mann starb, von seinen Landsleuten verfolgt, in Rom im Exil als „Kollaborateur"!

Bei einer Ferienreise durch das Elsaß stellte ich fest, daß zwar das Berg-KZ der SS in Schirmbeck / Natzweiler als Museum zu besichtigen ist, das Lager im Tal aber, wo französische „Kollaborateure" ne*ben uns dahinvegetierten, nicht* mehr zu sehen ist. Nicht einmal eine Hinweistafel erinnert an das, was ich dort als Kind gesehen und erlitten habe. Auf dem KZ-Gelände in Rennes soll eine moderne *Neubausiedlung stehen.*

Weder Schirmbeck / Natzweiler noch Pitiviers oder Rennes sind ein Dachau-ähnliches innerfranzösisches Problem!

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Krasenbrink,
Mainz 32

Doch Lübeckerin

„Professor Unrats Vater in der Kakadu-Bar"; WELT vom 12. März

Sehr geehrte Herren,

vielleicht hat die Abhandlung des Herrn Seyppel über Heinrich Mann und seine zweite Frau Nelly das Zeug, ein kasuistischer Beitrag zur Literaturgeschichte zu werden. Dann sollten aber zwei (kleine) Fehler korrigiert werden, bevor man sie kodifiziert und damit untilgbar macht.

1. Peter de Mendelssohn wird zu Unrecht kritisiert, weil er Nelly als „Lübeckerin" bezeichnet hat. Ihr Geburtsort Ahrensbök gehörte 1898, als sie geboren wurde, nicht mehr zu Holstein, sondern bereits seit 1866 zum Großherzogtum Oldenburg, dessen holsteinische Enklave als „Fürstentum Lübeck" bezeichnet wurde. Diese Enklave kam erst 1937 wieder zur preußischen Provinz Schleswig-Holstein. Es ist also nicht ganz falsch, wenn auch mißverständlich, die damaligen Ahrensböker als „Lübecker" zu bezeichnen, obwohl sie mit der Freien Stadt nichts zu tun hatten.

Merke: man soll den Zeigefinger nur erheben, wenn man es wirklich besser weiß.

2. Dem Überfall in der Charlottenburger Wallstraße am 30./31. 1. 1933, dessen Mitwisser also Heinrich Mann gewesen sein soll, fielen nicht „zwei SA-Männer" zum Opfer, sondern außer dem SA-Sturmführer Hans Maikowski der Polizei-Hauptwachtmeister Zauritz, der den Zug zu begleiten hatte. Die Wallstraße hieß danach bis 1945 Maikowski-Straße.

Merke: man soll in historicis auch bei Nebensächlichkeiten genau sein.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. W. Bugs,
Itzehoe

Wort des Tages

„Man ist geneigt, sich über die Undankbarkeit derer zu beklagen, die einem über den Kopf gewachsen sind."

Samuel Johnson, engl. Schriftsteller (1709–1784)

Personalien

ERNENNUNG

Einen neuen Botschafter entsendet die Bundesregierung nach Saana, in die Jemenitische Arabische Republik. **Peter Metzger** erhielt auch sein Agrément für Südjemen und wird Botschafter in der Demokratischen Volksrepublik Jemen mit der Hauptstadt Aden. Ein drittes Agrément wird er für Dschibuti erhalten. Peter Metzger war zuletzt in der Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes tätig. Der Jurist, der 1966 in das Auswärtige Amt eintrat, war von 1971 bis 1974 in der saudiarabischen Metropole Djidda Leiter der damaligen deutschen Schutzmachtvertretung. Von 1977 bis 1979 war Metzger Botschafter in Tschad, danach für einige Zeit stellvertretender Sprecher im AA.

VERANSTALTUNG

Den 35. Unabhängigkeitstag des Staates Israel feierten die Diplomaten auch in Bonn. Eingeladen zum Empfang hatte Israels Botschafter **Jitzhak Ben-Ari**. Die Glückwünsche der Bundesregierung überbrachte Justizminister **Hans Engelhard**, die des Auswärtigen Amtes Staatsminister **Alois Mertes**. In die Botschafterresidenz nach Bad Godesberg kamen unter anderem die beiden früheren deutschen Botschafter in Israel **Per Fischer** und **Klaus Schütz**, Staatssekretär **Lothar Ruehl** vom Verteidigungsministerium und die drei Vizepräsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, SPD/MdB **Heinz Westphal**, *CDU/MdB* **Hans Stercken** und **Horst Dahlhaus**.

STAND PUNKT

Schimpfender Weltmeister

Mein Gott, Keke. Muß man denn, weil man zufällig Formel-1-Weltmeister ist, gleich derart auf den Putz hauen? Vorgefallen ist folgendes: Beim dritten Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft in Le Castellet versuchte der Italiener Mauro Baldi den Waiblinger Manfred Winkelhock an den Rand der Piste zu drücken. Das nicht astreine Manöver des Alfa-Romeo-Menschen Baldi mißlang. Es gipfelte so *lange in einer artistischen Pirouette,* bis der Wagen mit dem Heck gegen die Leitplanken krachte.

Weil die ganze Einlage am Straßenrand stattfand, zerschmetterten dem dahinterfahrenden Keke Rosberg aufgeworfene Kieselsteine die Windschutzscheibe. Das muß bei dem finnischen Weltmeister so etwas wie Panik ausgelöst haben, denn nach dem Rennen tat er vor Reportern kund: „Man sollte Winkelhock wegen gefährlichen Fahrens mit 10 000 Dollar Strafe belegen, so wie man es auch schon mit anderen Fahrern gemacht hat."

Was sollte denn Winkelhock tun? Leitplanken-Reiten oder Salto vorwärts mit doppelter Schraube, damit alle anderen ungeschoren darunter wegfahren können? Und was Baldi bot, war schließlich branchenüblich. Aber wenn schon von vorsätzlich rüder Fahrweise gesprochen wird, dann bitte auch über die des Herrn Weltmeisters. Rast denn nicht Keke Rosberg durchs Fahrerfeld wie das Messer durch die Butter – und ist stolz darauf? Merke: Wenn zwei das gleiche tun, ist es noch immer nicht dasselbe.

KLAUS BLUME

NACHRICHTEN

Langer außer Form

Port El Kantaoui (GB) – Bernhard Langer (Anhausen) begann die europäische Golf-Saison *mit dem* 14. Platz in der offenen Meisterschaft von Tunesien. Der 25jährige kassierte für seine 77+73+69+73=292 Schläge 4225 Mark.

Hrubesch unterschrieb

Hamburg (dpa) – Horst Hrubesch, Mittelstürmer des Hamburger SV, unterschrieb beim belgischen Fußball-Meister Standard Lüttich einen Zweijahresvertrag. Offen ist noch die Ablösesumme. Ausgangspunkt sind 800 000 Mark.

Schwere Motorrad-Unfälle

Speyer (sid) – Zum Auftakt der deutschen Motorrad-Meisterschaft in Speyer stürzte Bernhard Bürkle (Kehl) so schwer, daß er mit Kopfverletzungen ins Krankenhaus geflogen werden mußte. Das Rennen der Halbliter-Klasse mußte nach einem Sturz des Kronachers Dieter Klopfer abgebrochen werden. Zuvor war bereits der Beiwagenfahrer Roland Hagenmeier (Achstetten) tödlich verunglückt.

Bundesliga-Spiele

Bonn (DW.) – Zwei Nachholspiele in der Fußball-Bundesliga finden heute (20 Uhr) statt: 1. FC Köln – Bayer Leverkusen und Karlsruher SC – Borussia Dortmund.

Zoff hört auf

Turin (sid) – Der italienische Torhüter Dino Zoff (41) gab seinen Rücktritt aus der Fußball-Nationalmannschaft bekannt. Anlaß war die 0:1-Niederlage des Weltmeisters gegen Rumänien.

Europacup-Finale live

Wiesbaden (sid) – Das erste Endspiel um den Hallenhandball-Europacup der Meister zwischen ZSKA Moskau und dem VfL Gummersbach am 24. April wird vom Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) original von 13.55 bis 15.20 Uhr übertragen.

ZAHLEN

FUSSBALL

Europameisterschafts-Qualifikation, Gruppe 3: Ungarn – Luxemburg 6:2 (3:0).

1. England	4	2	2	0	14:2	6:2
2. Ungarn	2	2	0	0	12:4	4:0
3. Dänemark	2	1	1	0	4:3	3:1
4. Griechenland	3	1	1	1	2:3	3:3
5. Luxemburg	5	0	0	5	5:25	0:10

Gruppe 2: Polen – Finnland 1:1 (1:1).

1. Portugal	2	2	0	0	4:1	4:0
2. Polen	3	1	1	1	5:6	3:3
3. UdSSR	1	1	0	0	2:0	2:0
4. Finnland	4	0	1	3	3:8	1:7

GYMNASTIK

1. Weltcup Rhythmische Sportgymnastik in Belgrad, Gerätefinals: Reifen: 1. Ignatova 19,70, 2. Raeva (beide Bulgarien) 19,65, 3. Dewina (UdSSR) 19,55 ... 5. Weber (Deutschland) 19,40. – Ball: 1. Ralenkova (Bulgarien) 19,80, 2. Ignatova 19,75, 3. Raeva 19,70, ... 5. Weber 19,40. – Keule: 1. Ralenkova 19,85, 2. Ignatova und Raeva je 19,80, ... 7. Weber 19,25.

TENNIS

250 000 Dollar-Turnier in Amelia Island/Florida, Finale: Lloyd (USA) – Bassett (Kanada) 6:3, 2:6, 7:5.
250 000-Dollar-Turnier in Hilton Head Island/Süd-Carolina, Finale: Lendl (CSSR) – Vilas (Argentinien) 6:2, 6:1, 6:0.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 21. Spieltag: Essen – Göppingen 18:19, Dietzenbach – Kiel 21:27.

1. Gummersbach	19	13	2	4	399:331	28:10
2. Großwallstadt	19	12	2	5	394:338	26:12
3. Schwabing	19	12	1	6	441:399	25:13
4. THW Kiel	19	11	2	6	406:367	24:14
5. Berlin	18	9	3	6	345:331	21:15
6. Göppingen	20	10	1	9	403:397	21:19
7. Hofweier	19	8	2	9	375:386	18:20
8. Dankersen	19	9	0	10	339:354	18:20
9. Hüttenberg	19	8	1	10	388:407	17:21
10. Günzburg	20	6	4	10	420:443	16:24
11. Essen	20	7	2	11	360:373	16:24
12. Nettelstedt	20	4	4	12	368:418	12:28
13. Dietzenbach	19	4	0	15	347:456	8:30
14. Hannover	15	0	1	14	223:365	1:29

VOLLEYBALL

DVV-Pokal, Herren, Endspiel: Hamburg – Paderborn 3:1.

GEWINNZAHLEN

Toto: Auswahlwette „6 aus 45": 5, 17, 19, 26, 27, 33, Zusatzzahl: 8.

(Ohne Gewähr)

Der Stock schmerzt

ef – Die Schulen Großbritanniens sind die einzigen Schulen im Bereich der Europäischen Gemeinschaft, wo die Eleven bei schweren Fehltritten noch mit dem Stöckchen verhauen werden dürfen. Ob das nun vielleicht doch begrüßenswert sei, angesichts von mancherlei Benehmen der EG-Jugend, das wollen wir vorübergehend mal beiseite lassen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hält es jedenfalls für unerlaubt, und es gibt auch eine ganze Menge von britischen Fällen (Prügeln bis zur ernsthaften Verletzung und aus geringem Anlaß), in denen es besser unterblieben wäre. Einige Eltern stehen der Prügelstrafe noch wohlwollend gegenüber, die meisten aber nicht. Das Thema ist in Großbritannien so populär wie kurz nach dem Krieg in Bayern, als der dortige Minister Hundhammer das Stöckchen rühmte und sogar auf bayerischen Widerspruch stieß.

Selbst wenn die britische Regierung die Rute ganz zerbrechen möchte: Es fällt ihr schwer, denn Verantwortung für Hiebe ist dezentralisiert und delegiert bis hinunter zum einzelnen Schuldirektor. Aber nun wird man in Whitehall als letzte Regierung in der EG (die Iren haben als vorletzte vor einem Jahr die Schläge verboten) wohl doch ranmüssen; aber nicht aus humanitären oder ähnlichen Gründen.

Immer mehr Eltern von geschlagenen Kindern präsentieren ihren Fall unmittelbar dem Gericht in Straßburg. Dort aber muß sich nicht der Schuldirektor verteidigen, sondern die zuständige Regierung, und diese Verteidigung, zumal sie selten nützt, kostet jedesmal einen Haufen Geld. Bei aller Liebe zu Traditionen, diese bringt nicht einmal im Fremdenverkehr etwas ein, von Peinlichkeiten ganz abgesehen.

Die Hiebe, bei Wirtschaftsblüte vielleicht noch zu vertreten, werden nun einfach zu teuer. Mithin ... mithin. Doch baue keiner darauf, daß die nicht mehr geschlagenen Knaben, bald zu Wählern herangewachsen, nicht doch für einen Austritt Britanniens aus der EG stimmen.

„Mein wunderlicher Ruf ist stark, aber nicht laut": Zu Frisés Musil-Edition

Zögling Törless, erwachsen

Zu Beginn unseres Jahrhunderts geschah in der deutschen Literatur eine auffallende Neuentdeckung des Knaben, des Jünglings. Vielleicht bestand da ein unterirdischer Kontakt zum Aufbruch des Wandervogels, der etwa um die gleiche Zeit in Steglitz in einem Gymnasium zustande kam. Ein anderer unterirdischer Kontakt bestand auch wohl zum Jugendstil. Durch Stefan George wurde eine Knabengestalt regelrecht vergöttert und von seinem Kreis heilig gehalten. Was aber geschah mit diesen schönen Träumern, das heißt: wohin entwickelten sie sich? Wie weit geben ihre Schöpfer, die Dichter, durch sich selbst – oder durch die Gestalten, die sie fernerhin erfanden – darüber Aufschluß? Wirkte die Zeit auf sie und wertete ihre Träume ab? Blieb ein Etwas von ihnen in der Zeit und teilte sich ihr veredelnd, verwandelnd mit?

Aus „Tonio Krögers" Hans Hansen und Aschenbachs Tadzio („Der Tod in Venedig") wurden Hans Castorp und Adrian Leverkühn. Aus Hermann Hesses „Demian" wurde der Glasperlenspieler Joseph Knecht. Aus Friedrichs Huchs bezauberndem „Mao" wurde „Enzio (ein musikalischer Roman)", dessen letzte Zeile lautet: „Er fühlte, wie er sank. Fremde Stimmen rauschten, und die Wasser schlossen sich über ihm."

Etwas ganz anderes aber entwickelte sich aus Robert Musils „Zögling Törless". Auch hier eine gegen die Erziehungsmächte ringende Knabengestalt, zart von Eros umstrahlt wie all jene vorgenannten; aber nicht untergänglich gestimmt, auch nicht Hoffnungen weckend auf fidushafte Lebensreformen, Neuplatonismus oder Sozialrevolten. Aus dem Zögling Törless nämlich wurde der „Mann ohne Eigenschaften"; und mit ihm aus dem Dichter Musil ein erbarmungsloser Denker, ein Herrenreiter im Bereich des Geistes, ein Kritiker seiner Epoche – und zugleich ein unermüdlicher Arbeiter an einem Lebenswerk, das von weltliterarischer Bedeutung ist und dessen Bedeutung weltliterarisch zunehmend bemerkt wird. Nimmt er in unserem geistigen Bewußtsein den Platz ein, der ihm gebührt?


Als Dichter ein Kritiker, als Denker ein Dichter: Robert Musil FOTO: PAVEL STICHA

Schon zu Lebzeiten hatte Musil nach Erklärungen seiner erstaunlichen Unbekanntheit gesucht. „Mein wunderlicher Ruf", so bemerkt er einmal in einer selbstkritischen Untersuchung, „ist stark, aber nicht laut. Ich bin oft gezwungen worden, über ihn nachzudenken: Er ist das paradoxeste Beispiel von Dasein und Nichtdasein einer Erscheinung. Es ist nicht der große Ruf, den Schriftsteller genießen, in denen sich der Durchschnitt, wenn auch verfeinert, spiegelt, es ist nicht der Spezialistenruf der literarischen Koventikelgröße. Ich wage von meinem Ruf (nicht von mir) zu behaupten, daß er der eines großen Dichters ist, der kleine Auflagen hat."

Diese trotz ihrer Bitterkeit noch optimistisch wirkenden Worte finden wir in dem zweiten der beiden handlichen Bände, die soeben dank dem unermüdlichen Fleiß des Musil-Herausgebers und Interpreten Adolf Frisé erscheinen konnten, bestätigt. Wer sich mit dem großen Schriftsteller ernstlich beschäftigen will, findet hier die beste Einstiegsmöglichkeit. Es handelt sich nämlich nicht um das Chef-d'Oeuvre „Der Mann ohne Eigenschaften", das ja in seiner Ganzheit längst vorliegt und auch in zwei bequemen Dünndruckbänden zu haben ist, sondern um das mitlaufende Beiwerk, das in seinen Gestaltungen eindeutig auf seine große Mitte – eben jenes Romanwerk – hinleitet und in seiner Substanz nicht geringer zu veranschlagen ist.

Wer sich auf den „Mann ohne Eigenschaften" eingelassen hat, wird in diesen Bänden einen unentbehrlichen Kommentar zum Weg und zur künstlerischen Absicht des Autors entdecken. Wer noch nicht den Mut fand, sich dem „Mann ohne Eigenschaften" in seiner Eigenschaft als „Leser" zu stellen, der wird aus den hier mitgeteilten Tagebüchern die unwiderstehlichste Anregung dazu empfangen. Und wer sich über Sinn und Wert und Grenzen des literarischen Tuns unterrichten will, der wird in scharfgefeilten Essays und Kritiken einen Spiegel unserer gegenwärtigen geistigen Sorgen besitzen; ganz abgesehen davon, daß von Musils Untersuchungen eine ordnende Kraft auf das eigene Innere übergreift und zu persönlicher Standortermittlung verhilft. Hier bezeugt sich nicht so sehr ein deutscher Montaigne. Und er redet mit dem schönen Eifer menschlicher Wärme.

So haben wir im ersten Band den Erstlingsroman „Die Verwirrungen des Zöglings Törless"; die Erzählungen „Vereinigungen" (mit zwei frühen Fassungen); die Novelle „Drei Frauen"; die Stücke („Die Schwärmer", „Vinzenz und die Freundin bedeutender Männer"); Lyrisches; Widmungen an Freunde; ferner erstmals die gesammelte Kleine Prosa („Nachlaß zu Lebzeiten" mit einer Reihe von Vorstufen; dazu die verstreuten Geschichten und Glossen); eine Sammlung der Prosa-Fragmente mit bisher noch unbekannten Texten; die vervollständigte Kollektion der Aphorismen wie der autobiographischen Entwürfe vor allem aus den späteren Jahren.

Der zweite Band umfaßt, jeweils chronologisch geordnet, die Essays und Reden der Jahre 1911–1937 (dazu eine Sammlung der schon bekannten und etlicher noch unbekannter essayistischer Entwürfe und Fragmente) sowie das kritische Werk aus den Jahren 1912 bis 1930; dazu Antworten auf Umfragen zu literarischen, politischen und allgemeinen Fragen der Zeit in den Jahren 1914–1933. Jeden dieser Werkteile hat der Herausgeber, der seine eigenen wie die vielfältig verstreuten Einzel-Editionen der vergangenen Jahre jeweils unmittelbar an den Erstdrucken wie an den Manuskripten kritisch überprüfte und neu bearbeitete, eingehend kommentiert. Das Lesepublikum sollte es ihm zu danken wissen. Es hat mit diesen neuen Bänden jetzt einen Musil, der allen textkritischen Einwänden standhält.

WERNER HELWIG

Robert Musil: „Vermischte Schriften. Gesammelte Einzelwerke" in zwei Bänden, herausgegeben von Adolf Frisé. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg. 984 bzw. 1004 S., zusammen 48 Mark.


Durch einen Erdrutsch erhalten: Die Keller- und Heizungsanlagen der römischen Villa, die bei Ausgrabungen in Ahrweiler gefunden wurde FOTO: KREISBILDSTELLE AHRWEILER

Mainz: Römische Ausgrabungen von Ahrweiler

Landhaus mit Grafitti

Römische Funde an Rhein und Mosel haben gemeinhin kaum noch Seltenheitswert. Was seit drei Jahren jedoch am Silberberg bei Ahrweiler zutage gefördert wird, ist aus vielen Gründen nördlich der Alpen durchaus einmalig. Im Frühjahr 1980 wurden dort beim Straßenbau aufgehende Mauern eines römischen Gebäudes mit originalem, bemaltem Wandverputz angeschnitten. Die Archäologen des rheinland-pfälzischen Landesamtes für Denkmalpflege nahmen sich der Sache an und gingen ihr fachgerecht auf den Grund.

Dieser lag etwa fünf Meter tief und gab eine ausgedehnte Fußbodenheizung frei. Drei ganzjährige Grabungskampagnen sind inzwischen abgeschlossen, zwei weitere geplant. Die beabsichtigte Restaurierung des gesamten Gebäudes wird dann noch einmal fünf Jahre in Anspruch nehmen.

Die erstaunlichen Ergebnisse der ersten drei Kampagnen werden derzeit im Mittelrheinischen Landesmuseum Mainz dokumentiert. Sie lassen jetzt schon erkennen, daß diese weitläufige Villa weit über das hinausragt, was wir diesseits der Alpen von römischen Privathäusern kennen, und zwar nicht nur an Ausdehnung (73 mal 35 Meter), sondern auch in ihrem Erhaltungszustand. Dies ist dem Umstand zu verdanken, daß über das verlassene und ausgebrannte Gebäude, vermutlich infolge eines Bergrutsches, der Hangschutt des Silberbergs eine bis zu drei Meter dicke „Schutzdecke" legte, die, ähnlich wie in Pompeji, eine spätere Zerstörung verhindert und die Befunde sozusagen in situ konserviert hat.

Während unter normalen Fundbedingungen die Archäologen bei vergleichbaren Bauten allenfalls die Grundrisse freilegen, sind hier mannshohe Mauern und farbig ausgemalte Wände mit figürlichen Darstellungen und dekorativen Mustern in allen Räumen stehengeblieben. An einigen finden sich – was in Gallien und Germanien und sogar in Pompeji selten ist – eingeritzte Graffiti in lateinischer Sprache, die auf Bildung und Witz der einstigen Bewohner schließen lassen.

Die Villa mit ihrer komfortablen Ausstattung könnte einem hohen Beamten oder Militär als Sommersitz gedient haben, dessen Dienststelle in Bonn oder Trier zu vermuten ist. Fast sämtliche Räume waren mit einer Fußbodenheizung ausgestattet, und wo diese fehlt, ist eine Art Kachelofen eingebaut. Auch das gab es bislang nur selten. und eine Küche mit einem vollständigen Herd samt Backofen, wie er hier ausgegraben wurde, ist bisher in Deutschland noch nie gefunden worden.

Nach all dem ist es verständlich, daß man bestrebt ist, dieses ungewöhnlich gut erhaltene und ausgestattete Landhaus, das für die archäologische Forschung wie für die heimische Geschichte von Bedeutung ist, als historisches Denkmal zu erhalten und für die Öffentlichkeit „museumsdidaktisch aufzubereiten".

EO PLUNIEN

JOURNAL

Molekularbiologen trafen sich

B. H. **London**

Molekularbiologen aus aller Welt trafen sich in Cambridge, um den 30. Geburtstag der Molekulargenetik zu feiern. Am 15. April 1953 hatten James Watson und Francis Crick in der Zeitschrift „Nature" ihre Überlegungen zur Struktur der Desoxyribonukleinsäure (DNS), des Trägers der Erbsubstanz, veröffentlicht. Es dauerte noch fast ein Jahrzehnt, bis die Tragweite dieser Jahrhundertentdeckung erkannt und 1962 mit dem Nobelpreis gewürdigt wurde. Die Doppelhelix (DNS-Struktur) hat das Zeitalter der Biotechnologie eingeleitet.

Fachvertreter referierten jetzt über das Orten von Erbfehlern bei Ungeborenen, die Herstellung von pharmakologischen Substanzen wie Interferon, Insulin, Immunoglobinen in genetisch manipulierten Bakterien. Ein Durchbruch in der Krebsforschung ist denkbar, wenn der Grund für die krebsartige Veränderung von Zellen tatsächlich auf einer geringfügigen Veränderung der DNS-Struktur beruht. Am Rande des Treffens war zu erfahren, daß Hollywood-Produzent Laurence Bachman Watsons Buch „Die Doppelhelix" verfilmen will.

Universität Marburg vor dem Aus?

wm. **Marburg/Lahn**

Wenn nicht in absehbarer Zeit der hessische Landeshaushalt 1983 verabschiedet wird, können weite Teile der Universität Marburg ihre Funktionen im kommenden Wintersemester nicht mehr erfüllen und stehen vor dem Aus. Wie Universitäts-Präsident Prof. Walter Kröll weiter mitteilte, seien 70 Prozent der laufenden Mittel und 60 Prozent der Investitionsmittel des vergangenen Jahres bereits verteilt, sie würden mit Sicherheit nicht ausreichen, um den Lehrbetrieb bis zum Jahresende zu finanzieren. So seien beispielsweise alle naturwissenschaftlichen Praktika ernsthaft gefährdet, da die dazu erforderlichen Materialien nicht mehr gekauft und das Gerät nicht mehr betriebsbereit gehalten werden könnten.

Zum 7. Mal in Mainz: Minipressen-Messe

DW. **Mainz**

Parallel zu den vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels vom 21. bis 23. April in Mainz ausgerichteten Buchhändlertagen findet die 7. Mainzer Minipressen-Messe statt (21. bis 24. April), mit 170 Verlagen die bislang umfangreichste dieser Art. Der Katalog kostet während der Messe 20 Mark. Am Eröffnungstag wird der V. O. Stomps-Preis der Stadt Mainz an die Schweizer Literaturzeitschrift „Heft" verliehen. Außerdem zeigt das Mainzer Gutenberg-Museum die Ausstellung „Nervöse Blätter", eine Auswahl von Büchern und Zeitschriften der Kleinverlage aus den Jahren 1970–1980 (bis 29. Mai, Kat. 2 Mark).

Diebstahl im Museum von Jerusalem

J. Br. **Tel Aviv**

In der Nacht zum Samstag (15./16. 4.) sind bei einem Einbruch in das islamische Museum in Jerusalem kostbare Uhren (seltene Prunkstücke einer antiken Uhrensammlung) im Gesamtwert von ca. 5 Millionen US-Dollar gestohlen worden. Die Uhren gehörten einst Florence Salomons, Tochter des ehemaligen Bürgermeisters von London. Die Sammlung gilt als eine der bedeutendsten ihrer Art in der Welt. Die Tatsache, daß nur die wegen ihrer Seltenheit sehr kostbaren Prunkstücke gestohlen wurden, deutet die israelische Polizei als Indiz dafür, daß es sich um einen „professionellen Einbruch auf Bestellung" handelt.

Künstlerprogramm der Berliner DAAD

PHG. **Berlin**

Der Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, Professor Hansgerd Schulte, hat sich zuversichtlich über die Möglichkeit geäußert, das Berliner DAAD-Künstlerprogramm entgegen anderslautenden Befürchtungen zumindest im bisherigen Umfang weiterführen zu können. Vielleicht lasse sich der Etat sogar noch erhöhen. Zugleich wurde in Berlin bekannt, daß im kommenden Jahr ein neues Auswahlverfahren für das Künstlerprogramm erprobt werden soll. Um der Flut eingehender Bewerbungen um ein Gast-Stipendium Herr zu werden, soll über eine Art internationales „Mentoren"-System eine Vor-Auswahl ermöglicht werden. Inwieweit dadurch Künstler aus geographisch, politisch und sprachlich abgelegeneren Bereichen benachteiligt würden, bleibt abzuwarten.

Neue polnische Kulturzeitschrift

JGG. **Köln**

Zum ersten Mal ist im kommunistischen Polen eine Zeitschrift für „Arbeiterkultur" erschienen. Es handelt sich um die Zweiwochenzeitschrift „Arbeiterkreativität" (Tworczosc Robotnicza). Dem Redaktionskollegium gehören u. a. ein Maurer, ein Drucker, ein Schlosser, ein Hüttenarbeiter, ein Bergmann, eine Textilarbeiterin sowie ein Datenverarbeiter hauptamtlich an. Die Zeitschrift ist das Organ der neuzugelassenen „Arbeitervereinigung der Kulturschöpfer".

Mannheimer Kunstverein zeigt Eduard Angeli

Durch Nacht und Nebel

Leicht schießt man im Bewundern eines neueren Künstlers, z. B. des Eduard Angeli (40) aus Wien mit seiner Ausstellung im Mannheimer Kunstverein, übers Ziel hinaus, was freilich weniger blamabel ist als irrtümliche Ablehnung. Kunstkritische Maßstäbe sind entgegen aller Schutzbehauptungen kein sicheres Instrumentarium. Daher zur Absicherung einige Reminiszenzen.

Vor Jahrzehnten schon bestand ich darauf, daß die konsequente Entwicklung der Malerei dieses Jahrhunderts zum informellen Gestus, d. h. zum reinen Theorem ihrer selbst, nur zu einem kurzlebigen Höhpunkt führen werde; allerdings Höhepunkt. Und so kam es denn auch. Was sich hinterher als Vita nova gerierte – Körperkunst, Erdkunst, Lebens- und Sachdokumente, Konzepte, Installation, „Alles-ist-Kunst" des Pädagogen Joseph Beuys und ähnliches –, das sind Wege, die allesamt nicht nach Rom führen.

Aber auch die Rückkehr zum „Formell" kann keine schlichte Abbildnerei werden. Die Pop-Ironie, der doppelt übersetzte Fotorealismus, der sowieso nie versiegte Surrealismus sind zwar ehrenwerte Ansätze, aber sie haben starke, oft zu starke manieristische Komponenten.

Und nun also die Arbeiten Angelis. Langsam hat er das problemlose „realistische" Erzählen hinter sich gelassen. Das große Bild „Der Schlaf" von 1978 ist eine Art Abschied von seiner früheren Malweise. In der nächtlichen Landschaft sind die Schlafenden gar nicht zu sehen, man ahnt sie unter den Buckeln mehrerer Wolldecken. Dies noch ganz wörtliche „Verdekken" brachte ihn vermutlich auf seine neuen Ideen, jedenfalls hängt dieses Bild nicht zufällig in der Ausstellung.

Es folgen dann zart getönte Materialbilder, z. B. Holzverschläge, aus denen Stroh herausquillt. Aber die erstaunlichsten Ergebnisse dieser Entwicklung sind drei Stücke: der Vorhang (Öl auf Papier, 120 mal 170), Stilleben (Gouache, 37 mal 57) und Pferd (Öl auf Leinwand, 160 mal 200), alle aus dem Jahr 1982.

Auf dem ersten verschwimmt in grauer Dämmerung ein Stück Korridor, eine Tür und an der rechten Wand ein Fenster mit einem Vorhang, durch den mattgelbes Licht zart durchschimmert. Das zweite ist ein verschwimmendes helles Tischtuch mit einem kaum erkennbaren Glas oder Becher, alles vor etwas dunklerer Fläche ohne konkreten Hintergrund. Das dritte ist die schattenhafte Seitenansicht eines still in der Mitte stehenden Pferdes ohne Vorder- und Hintergrund, alles Fläche und alles in gleicher Farbe aus verschiedenen blassen Grautönen, und dennoch entsteht der Eindruck eines Raumes von kosmischer Tiefe. Rätselhaft.

Natürlich kann man von den Tiefendimensionen der verschiedenen Tönungen sprechen, statt „rätselhaft" zu sagen. Es kann einem aber auch plötzlich ein Wort des Paulus in Erinnerung kommen: „Jetzt sehe ich wie im Spiegel und unklar, dereinst aber ..." Es ist wie Welt im Versinken oder im Entstehen, wie Ahnung einer vollkommenen Welt hinter der noch oder schon sichtbaren Welt, und dies wäre dann die rätselhafte Leistung.

Gewiß, das ist ein sehr persönlicher Eindruck. Und es ist nicht nur möglich, daß andere das anders sehen, sondern daß vor allem Angeli sich weniger mit Paulus als mit dem späten Morandi beschäftigt. Die Ausstellung zeigt (auch in groß- und kleinformatiger Grafik) viele ähnliche und auch andersgeartete Versuche, durch Dunkel und Dämmerung die alltäglichen Gegenstände zu mythisieren. Aber was auch immer für Eindrücke entstehen, die eine oder andere Art von Betroffenheit stellt sich mit Sicherheit ein.

Zu viel des Lobs? Das hängt von der weiteren Entwicklung des Œuvres ab. Möglich ist auch, daß die paar erstaunlichen Bilder nur zufällig folgenlose Funde sind (bis 8. 5., Katalog 20 Mark).

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Film von und mit Alain Delon: „Der Kämpfer"

In die Luft gesprengt

Die Idee ist nicht geradezu bahnbrechend neu. „Ich hab das", sagt denn auch die Gangsterfreundin Nathalie, „schon hundertmal im Kino gesehen." Ein Ganove, wegen Diamantenraubes eingesperrt, wird nach acht Jahren aus dem Zuchthaus entlassen. Die Steine, im Wert von sechs Millionen Franc, hat er sorgfältig versteckt.

So heftet sich dem Exsträfling nicht bloß die Polizei, sondern auch die Unterwelt an die Fersen, und so kommt's, wozu's in solchen Fällen immer kommt, zur gnadenlosen Jagd und Fehde und zu zahlreichen Leichen. Man verliert etwas die Übersicht; die Zahl der Verstorbenen aus beiden Lagern dürfte zwischen neun und einem runden Dutzend liegen.

Die Gangster sprengen ihm einen alten Freund samt Auto in die Luft, kurz darauf erschießen sie seine Freundin, aber da Alain Delon den Räuber Darnay spielt, fürchtet er sich nicht, sondern macht sich auf, die Gegner auszumerzen. Als unerschrockener Einzelkämpfer schießt er sich durch den Film; mitleid- aber nicht witzlos, charmant brutal, humorig kühl tötet er Feind um Feind – nicht in der offenen Feldschlacht, sondern, wie ein freundlicher Scharfrichter, per Exekution mit einem netten Lächeln oder Scherzwort auf den Lippen.

Alain Delon ist Produzent, Drehbuchmitverfasser, Regisseur (wie schon in „Rette deine Haut, Killer") und Hauptdarsteller – nicht so extrem eiskalter Engel wie sonst, sondern beinahe sympathisch; ein Typ, den man nicht unbedingt zum Freund, aber noch weniger als Feind haben möchte, der selbstherrliche Rächer und Vollstrecker mit den lässigen Killermanieren. „Ein Mann", so sprach Alain Delon, „der sich durchsetzen kann, der sich niemals fertigmachen läßt", so einer, wie im Prinzip ja auch er selbst es sei.

Er richte sich, sagt Delon weiter, „nach den Wünschen und Erwartungen des Publikums", und was er wolle, sei „den Leuten zwei angenehme Stunden der Unterhaltung und der Entspannung bieten".

Das gelingt ihm in dieser munter spannenden Mixtur aus nonchalanter Brutalität, sanftem Sex, schnoddrigem Unernst und unerschrockener Verbrechen-lohnt-sich-doch-Moral auch ganz trefflich.

Dem Räuber Darnay stehen zur Seite und gegenüber: Anne Parrilaud, lieb und vorwiegend nackt (und schon in „Rette deine Haut" Alain Delons Gefährtin), Andréa Ferréol (zu Ruhm gekommen durch „Das große Fressen"), François Périer als zwielichtiger Weggenosse Darnays aus früheren Jahren, Pierre Mondy als Kommissar im Columbo-Look und der Stunt-Spezialist Rémy Julienne mit einer gekonnten Auto-Nummer.

LUDWIG MERKLE


Kühl tötet er Feind um Feind: Alain Delon in seinem Film „Der Kämpfer" FOTO: DIE WELT

Frankfurt: Joh. Chr. Bachs Oper „Lucio Silla"

Läuterung des Tyrannen

Den „Lucio Silla" von Mozart kennen immerhin einige, die gleichnamige Oper von Johann Christian Bach hingegen war total vergessen – bis jetzt, da der „Verein Frankfurter Bachkonzerte" das Werk konzertant in der Alten Oper vorstellte. Und da es eine sehr gute Vorstellung war, nahm sie auch sehr für den opernfreudigen Bach-Sohn ein, vielleicht sogar noch mehr als die kürzliche Ausgrabung seines „Amadis" an der Hamburgischen Staatsoper.

Johann Christian Bach komponierte seinen „Lucio Silla" 1774 für den Mannheimer Hof, dessen Orchester und Sängerensemble in jener Zeit legendären Ruf besaßen. Der spornte einen Komponisten an, mit Schwierigkeiten und unerhörten Klangkombinationen nicht zu sparen. Für den Bach-Sohn, in Mailand und London längst eine Berühmtheit, bedeutete die kurze Mannheimer Zeit zudem die lang ersehnte Gelegenheit, mit seiner Kunst auch einmal in seinem Heimatland zu brillieren.

Stärker als in Mozarts Frühwerk kündet sich bei dem Bach-Sohn denn auch die Abkehr von den Schemata der Opera seria an. Die Arienformen werden vielfältiger, der dramatische Affekt steht nun im Vordergrund, nicht mehr die pure Singerei. Ein Paradebeispiel dafür ist die von drei Klarinetten umspielte Arie des Silla im zweiten Akt, in der die Musik schon Milde und Menschlichkeit verrät, wo die Handlung Silla noch als grausamen Tyrannen präsentiert.

Mozarts wie Bachs „Lucio Silla" gehen auf dasselbe Libretto des Giovanni de Gamerra zurück, wenn auch in unterschiedlicher Bearbeitung, bei Mozart von Metastasio, bei Bach von Verazi. Es geht um den römischen Tyrannen Sulla, für dessen plötzlichen Rücktritt anno 79 v. Chr. die Historiker keine Erklärung parat haben. Welche Einladung an die Dichter, eine entsprechende Liebesgeschichte zu ersinnen, an deren Ende der Verzicht des geläuterten Herrschers steht! Eben das hat Gamerra besorgt. Mozart hat nie einen Hehl daraus gemacht, wieviel er, neben Haydn, Johann Christian Bach verdankte. Hier hört man es. Die musikalische Charakterzeichnung, auch die Führung der Singstimmen bei Mozart haben ihr Vorbild in den Opern Bachs. Der „Lucio Silla" ist voll von großer, bewegender, beteiligender Musik, wenn auch die vier Stunden, die die Frankfurter Aufführung braucht, des Guten etwas zuviel sein mögen.

Auf dem Podium hat sich die Junge Deutsche Philharmonie versammelt, jenes hochkarätige Studentenorchester, das sich von den verschiedensten Hochschulen rekrutiert. Oper zu spielen haben sie selten Gelegenheit – und sie legen sich mit Frische und Einsatz (neben der selbstverständlichen Könnerschaft) ins Zeug. Wolfgang Scheidt, ein junger Österreicher, bei Karajan und Böhm in die Schule gegangen, steht den Musikern vor. Mit seiner sicheren Hand wie dem Gespür für richtige Tempi, Akzente und Phrasierungen erweist er sich als eine der größten Hoffnungen unter den jungen Dirigenten.

Einhalt gebieten müssen hätte er allerdings den Sängern bei ihren Kadenzen, die doch meist vokalen Kraftakten glichen, bei denen die Gesangskultur auf der Strecke blieb. Ein Jammer, da zwei Partien – die Giunia mit Gabriela Benackova und die Celia mit Elaine Woods – hervorragend und der Rest immer noch sehr gut besetzt waren: Josef Protschka als Silla, Hildegard Heichele in der Kastratenpartie des Cecilio und Roland Hermann als Cinna. Sänger dieses Kalibers, ein Rotstift und ein guter Regisseur sollten eigentlich in der Lage sein, Bachs „Lucio Silla" auch auf der Bühne wieder zum Leben zu erwecken. Es dürfte leichteres Spiel sein als mit dem Mozarts.

REINHARD BEUTH

KULTURNOTIZEN

Hugo Loetscher erhält den mit 20 000 Mark dotierten Mozart-Preis der Stadt Innsbruck für sein Gesamtwerk.

Madeleine Carruzzo hat das Probejahr beim Berliner Philharmonischen Orchester bestanden und ist somit das erste weibliche Festmitglied in dieser Geschichte des Orchesters.

Am Festival „Figurentheater der Nationen" in Bochum werden vom 6. bis 15. Mai 21 Bühnen aus neun Ländern teilnehmen.

Ein „Widukind-Museum", dem Sachsen-Kaiser gewidmet, wird am 23. April in Enger bei Herford eröffnet.

Lotte Eisner, Filmpionierin und Kritikerin, ist in Paris zum Ritter der französischen Ehrenlegion ernannt worden.

„Reisefotografie von 1850 bis heute" heißt eine Ausstellung des Deutschen Werkbundes im Stadttheater Ingolstadt (bis 8. Mai).

Das Moskauer Bolschoi-Ballett wird im Mai eine mehrwöchige Tournee durch die Bundesrepublik beginnen.

Picassos zehnten Todestag feiert eine Ausstellung im Museum von Antibes (bis 15. Juni).

Rom: Vor Neuwahlen haben die Christdemokraten keine Angst mehr

Sozialisten greifen den Vorschlag der Republikaner auf / Forderungen der KPI

F. MEICHSNER, Rom

In Italien beherrscht plötzlich wieder das Thema vorzeitige Neuwahlen die politische Diskussion. Nach mehreren Wochen des Burgfriedens sind in der von Amintore Fanfani geleiteten Regierungskoalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Liberalen aufs neue zentrifugale Kräfte wirksam geworden. Der Anstoß dazu kam von außen: von der nicht mehr zur Koalition gehörenden Republikanischen Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Spadolini.

Die Republikaner brachten das Neuwahlthema unter Hinweis auf die weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage während der ersten drei Monate dieses Jahres wieder auf den Tisch. Sie argumentierten, daß in der Endphase der regulär im nächsten Jahr auslaufenden Legislaturperiode offensichtlich keine Regierung mehr in der Lage sei, die zur wirtschaftlichen Gesundung notwendige drastische Sparpolitik durchzusetzen. Das Land könne sich unmöglich einen Dauerwahlkampf leisten, der sich von den für den 26. Juni dieses Jahres angesetzten Teilneuwahlen bis zu allgemeinen Parlamentsneuwahlen im kommenden Frühjahr hinziehe. Im nationalen Gesamtinteresse sollten deshalb die diesjährigen Juni-Wahlen mit vorgezogenen Parlamentsneuwahlen zusammengelegt werden.

Der republikanische Vorstoß zeigte innerhalb der Koalition sofort Wirkung bei den Sozialisten. Der sozialistische Parteisekretär Craxi, der sich seit Mitte Januar jeder Kritik an der Regierung Fanfani enthalten und seine alte Forderung nach Zusammenlegung der Parlamentswahlen mit den kommunalen Teilneuwahlen dieses Jahres nicht mehr vorgebracht hatte, griff die Argumentation der Republikaner auf. Obwohl nach Ansicht der meisten politischen Beobachter die Aussichten seiner Partei auf größere Stimmengewinne gegenüber dem vergangenen Jahr gesunken sind, sprang er auf den Wahlzug, weil er anscheinend befürchtet, daß der für die Sozialisten eher negative Stimmungstrend im nächsten Jahr noch stärker durchschlagen könnte. Das könnte besonders dann geschehen, wenn sich der seit einigen Monaten zu beobachtende Prozeß der Wiedererstarkung der Democrazia Cristiana fortsetzen sollte.

Die Christdemokraten zeigen sich unter diesen Umständen wenig interessiert, der Argumentation der Republikaner und der Sozialisten zu folgen. Sie haben aber auch nicht mehr, wie noch vor einem Jahr, ausgesprochen Angst vor Neuwahlen. DC-Parteisekretär De Mita ließ dieser Tage erkennen, daß seine Partei die Vorverlegung der Neuwahlen nicht grundsätzlich ablehnt. Neuwahlen in diesem Jahr, so sagte er, hätten freilich nur dann Sinn, wenn sich die fünf Parteien der linken Mitte (DC, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner, Liberale) vorher auf ein gemeinsames Regierungsprogramm für die ganze nächste Legislaturperiode einigten.

Ähnlich, wenn auch von der entgegengesetzten Seite her, argumentieren die Kommunisten als die stärkste Oppositionspartei. Neuwahlen – für welches Programm?, fragte die „Unità" gestern in ihrem Leitartikel. Die Berlinguer-Partei scheint ihre Zustimmung zur vorzeitigen Parlamentsauflösung davon abhängig machen zu wollen, daß die Sozialisten vorher ein grundsätzliches Ja zur Linksalternative zu Protokoll geben.

Die zur Regierungskoalition gehörenden Liberalen und Sozialdemokraten halten sich in der wiederaufgebrochenen Neuwahldiskussion vorläufig noch zurück, neigen aber offensichtlich zur These De Mitas, daß vorgezogene Neuwahlen nur bei vorheriger Einigung über einen Legislaturpakt der linken Mitte sinnvoll wären. Von den kleineren Oppositionsparteien sprechen sich sowohl die Neofaschisten als auch die Radikalen bedingungslos für die baldige Parlamentsauflösung aus.

Für die Zusammenlegung vorgezogener Parlamentsneuwahlen mit den administrativen Teilneuwahlen des 26. Juni wäre es freilich notwendig, daß das jetzige Parlament Anfang Mai aufgelöst wird.

Vorschläge für Finanzierung der Parteien

● Fortsetzung von Seite 1

gen. Wohin dieser „Bürgerbonus" gehen soll, wird durch ein zusätzliches Votum bei der jeweiligen Stimmabgabe für eine Partei von ihm festgelegt. Es ist vorgesehen, daß das Gesamtvolumen staatlicher Mittel für Wahlkämpfe nicht ansteigt.

Zu den für alle Parteien negativen Entscheidungen des Sachverständigen-Berichts gehört der Vorschlag, daß „Sonderbeiträge der Mandats- und Amtsträger", wie sie seit Bestehen der Bundesrepublik üblich sind, künftig unzulässig sein sollen. So haben zum Beispiel Bundestagsabgeordnete der CSU monatlich 750 Mark von ihren Diäten an die Landesgruppe ihrer Partei abzuführen. Die anderen Parteien machten dazu keine Zahlen-Angaben, jedoch ist bekannt, daß dort die Höhe der Abgaben eher größer ist.

Die Kommission begründet diese Stellungnahme in ihrem Bericht mit dem Verdacht, daß Sonderbeiträge der Mandatsträger an die Parteien eine Einnahmeart darstellen, die zum Teil eine „drückende Höhe" erreicht habe und die Unabhängigkeit der Abgeordneten bereits beeinflussen könne.

Nur an einer Stelle und mit einem Satz wird in dem Kommissions-Bericht der Tatsache gedacht, daß die Parteienfinanzierung in jüngster Zeit zunehmend Kritik erfahren hat und daß staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren deswegen eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen wurden. Darauf bezieht sich jedoch der Vorschlag der Sachverständigen, daß künftig Parteien ihre Stiftungen *nicht mehr als Geldquellen* betrachten dürfen. Dazu heißt es: „Die Steuerfreiheit ‚politischer Vereine', die es als zivilrechtliches Rechtsinstitut nicht mehr gibt, ist zu streichen. Politische Vereine, die als Sammelstelle für Spenden an Parteien auftreten, gewährleisten nicht die für die Parteienfinanzierung notwendige Transparenz."

Unterstützung für Blüm vom DGB

Verstärkte Warnungen vor Kürzung des Arbeitslosengeldes

GISELA REINERS, Bonn

Die Stimmen, die vor einer Kürzung des Arbeitslosengeldes warnen, werden deutlicher. So weist der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) darauf hin, daß den Bezügen auch Beiträge vorausgegangen seien. Der Vizepräsident der Bundesanstalt in Nürnberg, Helmut Minta, gibt zu bedenken, daß die drastische Kürzung der Arbeitslosenunterstützung zwischen 1927 und 1933 die Erwerbslosigkeit noch verschärft hat, und das Bundesarbeitsministerium verweist auf seine Berechnungen, daß das tatsächliche Arbeitslosengeld sehr häufig weniger beträgt als 68 Prozent vom letzten Nettolohn.

Der DGB, wegen des Streits um die „Lohnpause" nicht besonders gut zu sprechen auf Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU), scheint entschlossen zu sein, diesen in seinem Kampf um die Erhaltung des jetzigen Leistungsniveaus in der Arbeitslosenversicherung zu unterstützen. In einem offiziösen Papier der Leiterin der Abteilung Arbeitsmarkt beim DGB-Bundesvorstand, Ursula Engelen-Kefer, wird darauf verwiesen, daß bereits weniger als 50 Prozent der Beschäftigung Suchenden auch Arbeitslosengeld erhalten. Der Anteil der Bezieher von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nehme dagegen entsprechend zu.

Nach Berechnungen in Nürnberg erhalten knapp 70 Prozent der Unterstützungsempfänger weniger als 1000 Mark im Monat. Jede weitere Kürzung, so Engelen-Kefer, bedeute erhebliche Nachfrageausfälle. Denn Arbeitslose seien gezwungen, ihre Bezüge voll in den Konsum zu stecken. Außerdem hätten sich die Beiträge in den vergangenen zwölf Jahren auf 4,6 Prozent, davon die Hälfte Arbeitnehmer-Anteil, mehr als verdreifacht.

Nach Berechnungen des Arbeitsministeriums beziehen Unterstützungsempfänger oft weniger als 68 Prozent ihres letzten Nettolohns, weil sich das Arbeitslosengeld nach einem „durchschnittlich pauschalierten" Arbeitsentgelt richte, wobei Zuschläge z. B. für Überstunden, Sonntags- und Nachtarbeit sowie Sonderzahlungen zum Urlaub und zu Weihnachten nicht beachtet werden. Außerdem liege die Leistungsbemessungsgrenze bei 5000 Mark, und besondere Freibeträge, z. B. für Behinderte, würden nicht berücksichtigt.

Ein kinderloser, verheirateter Arbeitnehmer mit 6000 Mark im Monat erhalte nur 57,6 Prozent – ebensoviel Mark wie ein lediger Metallfacharbeiter mit 13,59 Mark Stundenlohn, einer 13. Monatszahlung und fünf Überstunden pro Woche. Ein Arbeitnehmer mit zwei Kindern und 450 Mark Miete müsse schon 2860 Mark verdienen, um ein Arbeitslosengeld zu beziehen, daß ebenso hoch sei wie die Sozialhilfe. Nach Ansicht von Helmut Minta wäre es höchst problematisch, die Leistungen weiter zu kürzen, weil – einschließlich der Familienmitglieder – rund sieben Millionen *Menschen davon abhängig* seien.

In dem DGB-Papier wird noch zu bedenken gegeben, daß die geplante Zwölftelung von Sonderzahlungen, die dann mit Beiträgen zur Sozialversicherung belegt werden sollen, wieder dazu führen müßte, daß diese Sonderzahlungen bei der Festsetzung der Arbeitslosenunterstützung berücksichtigt werden. Das jedoch verringere das Defizit in Nürnberg nicht. Werde aber nicht so verfahren, handele es sich um eine verkappte Beitragserhöhung.

Schönherr besteht auf Religionsfreiheit

hrk./AP, Berlin

Auf die Bedeutung des „Menschenrechts der Religionsfreiheit" hat der frühere Berlin-brandenburgische Bischof und ehemalige Vorsitzende des „DDR"-Bischofskollegiums, Albrecht Schönherr (Ost-Berlin), bei der Einweihung der restaurierten Französischen Kirche in der Ostberliner Innenstadt hingewiesen.

Die Äußerung Schönherrs gewinnt auf dem Hintergrund der Auseinandersetzung zwischen jungen Christen in der „DDR", die aus religiösen und Gewissensgründen den Wehrdienst ablehnen, und den staatlichen Behörden an Bedeutung. Vor mehr als 600 Gästen aus West und Ost hielt Schönherr in der überfüllten Kirche die Predigt. Unter Hinweis auf die vor 300 Jahren aus dem Land geflohenen Hugenotten sagte Schönherr, sie hätten die Liebe zu Gott „höhergestellt als die Liebe zur Heimat, zur Freiheit und zum Leben".

Ihr Kampf für das „Menschenrecht der Religionsfreiheit" sei von den Hugenotten, die in Berlin Zuflucht fanden, „als Testfall dafür angesehen worden, ob in einem Staat die tiefste Überzeugung des einzelnen ernstgenommen wird". Gerade in Berlin habe dieses Recht gute Traditionen, und es werde „immer notwendig sein, daran zu erinnern".

Der frühere Bischof nannte das „Edikt von Potsdam", mit dem der Große Kurfürst 1685 rund 10 000 Hugenotten nach Brandenburg einlud, eine der „weitsichtigsten Taten eines Herrschers in unserem Land". Frankreich sei damals durch den Verlust der Hugenotten „geistig ärmer" geworden.

Eigenes Forum für Blüm in Bonn

Rei. Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) wird für eine Kundgebung zum 1. Mai ein eigenes Forum erhalten, das ihm das Aktionskomitee Christlich-Sozialer Arbeitnehmerverbände bietet. Blüm, der im Februar 1982 vom DGB-Kreis Bonn um einen Redner-Auftritt gebeten worden war, wurde im Januar 1983 wieder ausgeladen. Als Grund wurden Blüms „gesellschaftspolitische Zielsetzungen in entscheidenden tarif-, sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen" genannt. Das Aktionskomitee, dem die CDU-Sozialausschüsse, katholische und evangelische Arbeitnehmervereinigungen angehören, wollen die Rede Blüms in der Godesberger Stadthalle nicht als Gegenveranstaltung verstanden wissen. Doch dürfe „unbesonnenen Kräften" im DGB-Kreisverband Bonn kein Spielraum gegeben werden.

CSU: Schritte gegen Bastian

rmc. Bonn

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) ist vom Wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU aufgefordert worden, das „rechtswidrige Verhalten" des Generalmajors a. D. Gert Bastian, der Mitglied der Fraktion der Grünen im Bundestag ist, disziplinarrechtlich zu verfolgen. Bastian hatte zusammen mit anderen Mitgliedern der „Friedensbewegung" die Zufahrt zu einer amerikanischen Kaserne in Neu-Ulm blockiert und war von Polizisten weggetragen worden. Der CSU-Arbeitskreis mit dem Bundestagsabgeordneten Ekkehard Voigt an der Spitze forderte Wörner auf, Bastian „für die Verletzung seiner Dienstpflichten zur Verantwortung zu ziehen". Würde das Verhalten des früheren Divisionskommandeurs Schule machen, ließe sich die Truppe nicht mehr führen, erklärte der Arbeitskreis.

Worms: Schnell entscheiden

AFP, Düsseldorf

Der rheinische CDU-Vorsitzende Bernhard Worms geht davon aus, daß spätestens bis zum 7. Mai entschieden wird, wer als Spitzenkandidat der Union bei der Landtagswahl 1985 gegen Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) antritt. Worms sagte gestern im WDR, nach langen Diskussionen in den Parteigremien halte er es für richtig, die Frage, ob er oder der westfälische Landesvorsitzende und jetzige Oppositionsführer in Düsseldorf, Kurt Biedenkopf, die CDU in die Landtagswahl führen soll, „jetzt zu entscheiden". Von ihm aus könne dies bereits Mitte oder Ende nächster Woche von den Führungsgremien geklärt werden.

Worms war am vergangenen Freitag vom Landesvorstand und den Kreisparteivorsitzenden der rheinischen CDU mit überwältigender Mehrheit für das Amt des Spitzenkandidaten nominiert worden.

Das Öl-Dorado hat über seine Verhältnisse gelebt

Auslandsschulden und hohe Verluste der Staatsbetriebe rücken in den Vordergrund des Präsidentschaftswahlkampfes

Von MANFRED NEUBER

Venezuela leistet sich einen langen Wahlkampf: Acht Monate vor der Entscheidung am 4. Dezember hat die Kampagne in dem wirtschaftlich schwer angeschlagenen Land bereits begonnen.

Bei den sechsten freien Wahlen hintereinander nach einer von Diktatoren gezeichneten Geschichte kann es wieder einen Regierungswechsel geben. Der Bewerber der Opposition für die Präsidentschaft führt nach den Umfrageergebnissen deutlich vor dem Kandidaten der Regierungspartei.

Bisher sind fünf Anwärter aufgetreten. Aussichten auf den Sieg haben aber nur der frühere Präsident (von 1968 bis 1973) Rafael Caldera für die Christlich-Sozialen und der ehemalige Gewerkschaftsführer Jaime Lusinchi für die Demokratische Aktion.

Die christlich-soziale Copei gewann 1978 mit 46,6 Prozent der Stimmen gegen die sozialdemokratische AD mit 43,3 Prozent, die vorher fünf Jahre regiert hatte. Venezuelas Linke hofft, am 4. Dezember von der allgemeinen Unzufriedenheit über die etablierten Parteien zu profitieren.

Der amtierende Präsident Luis Herrera Campins, ein jovialer und anfangs sehr populärer Politiker, hat sich als schwacher Regierungschef erwiesen. Rafael Caldera, zuletzt Präsident der Interparlamentarischen Welt-Union, wird es schwer haben, die Copei aus dem Stimmungstief herauszuholen.

Venezuelas Rolle als aufstrebende Regionalmacht ist durch hartnäckige Grenzkonflikte mit Guyana und Kolumbien beeinträchtigt. Die ehrgeizige Industrialisierung des Landes wurde durch den Preisverfall beim Erdöl, Venezuelas wichtigste Einnahmequelle, jäh unterbrochen.

So profitiert der farblose Kandidat der Opposition vom ungünstigen Meinungsbild, das die Regierung bietet – Lusinchi liegt 16

VENEZUELA

Punkte vor Caldera. Die eigene Partei hält nicht viel von ihm; der frühere Präsident Carlos Andrés Perez verhinderte 1978 eine Nachfolge-Kandidatur Lusinchis.

Erhielt die zersplitterte Linke vor fünf Jahren zusammen nur sieben Prozent der Stimmen, rechnet sie diesmal mit stärkerem Zulauf der Jungwähler. Die Hälfte der Bevölkerung Venezuelas ist unter 21 Jahre alt, und bei den Jugendlichen im Wahlalter stieg die Arbeitslosigkeit steil an.

Für die „Bewegung zum Sozialismus" geht der ins bürgerliche Leben zurückgekehrte Guerrillaführer aus den sechziger Jahren, Teodoro Petkoff, ins Präsidentschaftsrennen. Jüngst fiel er durch Verurteilungen der Sowjetunion wegen der Ereignisse in der CSSR und Polen auf.

Gegen den Spitzenreiter Lusinchi läuft eine verdeckte Diffamierungskampagne in lokalen Blättern. Die Auftraggeber der Anzeigen stellen ihn als Trinker hin. Präsident Herrera nahm den Oppositionspolitiker im Kongreß gegen solchen „moralischen Mord" in Schutz.

Dagegen versucht Caldera, der Kandidat der Regierungspartei, möglichst weit von Herrera abzurücken, um nicht für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht zu werden. Er bemüht sich darum, sein Image als erprobter Staatsmann aufzupolieren, um den Wählern als „Retter in der Not" zu erscheinen.

Der Linksintellektuelle José Vicente Rangel, ein Hochschul-Professor, ist abermals dabei, diesmal für die „Neue Alternative". Um die Außenseiter-Stimmen streitet er mit dem Verleger Jorge Olavarria, einst Botschafter in London, der *erklärte: „Ich habe nichts zu verlieren*, also bin ich der einzige, der im Wahlkampf nicht lügt."

Statt importierter Whisky (Venezuela brüstete sich des höchsten Pro-Kopf-Verbrauchs der Welt!) muß wieder heimischer Rum getrunken werden – die Regierung verfügte Devisen- und Einfuhr-Kontrollen und mußte den Bolivar drastisch abwerten.

Die Devisenreserven Venezuelas sind in einem Jahr von 20 Milliarden Dollar auf fünf geschrumpft; die Ölexport-Erlöse werden in diesem Jahr von 15 Milliarden Dollar um drei Milliarden zurückgehen. Von mehr als 30 Milliarden Dollar Auslandsschulden müssen zwölf Milliarden dieses Jahr zurückgezahlt werden.

„Lange haben wir aus dem vollen schöpfen können. Bei uns hat der Überfluß geherrscht. Jetzt fällt es doppelt schwer, den Gürtel enger zu schnallen", sagte der Wirtschaftsexperte Carlos Manduca. Die Kurve der Arbeitslosigkeit und der Inflation steigt an.

Der Oberste Rechnungshof Venezuelas deckte in seinem Bericht an das Parlament krasse Fälle von Mißwirtschaft staatlicher Unternehmen auf, die Milliarden-Verluste brachten. Die Korruption in der Verwaltung wird ein Hauptthema des Wahlkampfes sein.

Arturo Uslar Pietri, der hochangesehene Schriftsteller, resümierte: „Die überreichlichen Petrodollars verführten uns zu einer Lebenslüge. Jetzt ist die Seifenblase geplatzt." Dem Lande drohe jetzt nicht nur eine Austerity-Politik, sondern der Hunger.

Berlin: Das internationale TV- und Hörfunkfestival „Prix Futura '83"

Geschichten, die von Menschen erzählen

Es bleibt nur zu hoffen, daß unser *Fernsehen besser ist als* die Beiträge, die es zu den internationalen Wettbewerben schickt: Schon wieder ist ein Festival zu Ende gegangen, ohne den Fernsehbeiträgen von ARD und ZDF einen Preis zu verleihen: Prix Futura '83, Berlin. Wären nicht die prämierten Leistungen der Hörfunksparte, so hätte sich die deutsche Beteiligung auf die Organisierung des Festivals beschränken können. Dieser Beitrag zur Veranstaltung war allerdings über alles Lob erhaben. Träger: SFB und ZDF.

Wir haben offenbar immer noch nicht gelernt, daß Zukunftsvisionen auch im Fernsehen mit Plexiglas allein nicht herzustellen sind, daß man ferner mit den klügsten „sprechenden Köpfen" im Monitor noch lange keine Fernsehsendung bestreiten kann. Fernsehen hat eben viel mit Sehen zu tun und verdammt wenig mit Gerede, sei dieses noch so klug. Die Fernsehpreise gingen denn auch an diejenigen Produktionen, die Geschichten von Menschen erzählten, so *etwa an die französische Fabel vom* „Jardinier recalcitrant", worin, schaut man nur auf die „action", nicht mehr passiert als der Versuch eines imaginären Zukunftsstaates, den Lebensmittelanbau zu verstaatlichen. Der naive Gärtner rettet einige seiner privaten Samenkörner und gibt sie an die Nachbarkinder weiter – ein poetischer Film und dennoch hart in der Substanz.

Auch der zweite Preisträger, der polnische Beitrag „Sternenstaub" ist von der gleichen bukolischen Besinnlichkeit und enthält dennoch den Widerschein unserer Welt. Das alte Ehepaar an der Wassermühle, das sich vom geschäftigen Leben draußen zurückhält, findet in seinem kleinen Privatreich genug Aufgaben, genug zu denken, zu handeln, zu beten und für Hund und Katze zu sorgen. Das Spiel mit dem Maschinenpark aus der Imagination der vielen Jules Vernes gilt nicht mehr viel. Der Mensch als Zukunfts-Objekt hat die Futura-Bühne betreten.

Überhaupt schlug die visuelle Poesie auf Auge und Gemüt. So auch bei dem dritten Preisträger in der Sparte Drama, dem südkoreanischen Film „Boy of the Muddy Shore". Diese Geschichte von dem armseligen Flüchtlingsjungen wurde allein durch das Spiel der stillen Menschen und die Photographie zu einem Kunstwerk.

Der Prix Futura wird für dramatische wie auch für dokumentarische Sendungen vergeben. Die Grenze verwischt sich zuweilen, weil das Grundthema Zukunft weder allein mit der Realitätsbetrachtung noch mit der ins Bild verwandelten Phantasie zu bewältigen ist. Es geschieht auch, daß streng realitätsbezogene Arbeiten ohne Hinzutun von Spielszenen oder dramatischen Sequenzen sich zu einem menschlich erschütternden Drama ausweiten, intensivieren und aufladen, siehe: „Alice, ein Kampf fürs Leben" der Yorkshire Television. Da gerät der Teufelskreis Asbest–Krebs–Asbest–Tod zu einer zwar hart an der Sache bleibenden Recherche, aber hindurch scheint der leidende Mensch mit einer Kamera betrachtet, die jeden unredlichen Schwenk vermeidet.

Die Jury für Dokumentarsendungen vergab auch den zweiten Preis an einen Film über den Menschen: „Das Wunder des Lebens" (Schwedisches Fernsehen). Freilich wurde hier der Mensch gezeigt, schon, wie er gezeugt wurde; eine einzigartige Mikroskoptechnik ermöglichte es, Spermen auf der Wanderung zum reifen Ei zu betrachten, als wär's ein Fischschwarm im Aquarium. Da wollte die Ehrfurcht vor diesem Wunder fast der Ehrfurcht vor der Technologie *der Photographen weichen.*

In der Sparte Hörfunk hatten es die Deutschen leichter, da bekam der Hessische Rundfunk für das Hörspiel „Oliver" einen halben ersten Preis (die zweite Hälfte fiel an „Supershaver", BBC, England), da wurde der Saarländische Rundfunk für „Endstation" lobend erwähnt wie auch die Ostberliner Produktion „Dame vor Spiegel".

Im Dokumentarbereich der Hörfunksparte schnitten die Österreicher gut ab, da gab es auch lobende Erwähnungen für Produkte der Dritten Welt. Wie überhaupt die dieses Jahr vorgenommene Ausweitung der Hörfunkjury eine sehr fruchtbare Diskussion mit den zahlreichen Vertretern der Dritten Welt zur Folge hatte. Der Prix Futura wird in Zukunft noch mehr als bisher sich Afrikas, Asiens und Südamerikas annehmen, wenn er bestehen will.

Freilich wird er dazu seine Bemühungen verstärken müssen, für alle Teilnehmer, die hochtechnisierten wie auch die noch behutsam tastenden Anfänger, ein gemeinsames Dach von Kriterien zu erarbeiten, die es ermöglichen sollen, gerecht einzuordnen, was da auf die Berliner Monitore gestrahlt wird.

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Mehr Fotoroman als Fernsehfilm

Der Vergleich ist *legitim*, hat ihn doch das Fernsehen selbst mit seinen Vorankündigungen herausgefordert: Die sechsteilige Serie nach dem Roman **„Jenseits von Eden"** (ZDF) sollte den wahren, ungekürzten Steinbeck bringen und nicht – wie der bald 30 Jahre alte Film Elia Kazans mit James Dean – nur das letzte Drittel des Buches. Zumindest die erste Runde ging nach Punkten klar an den Film. Die Eröffnung der amerikanischen Saga um drei Generationen der Familie Trask zwischen Bürgerkrieg und Erstem Weltkrieg geriet mehr zu einem Fotoroman als zu einem Fernsehfilm. Im Vergleich mit Film und Buch blieben die Charaktere flach, die Handlung unmotiviert. Und der sich zaghaft bildende Spannungsbogen brach zusammen, als im letzten Drittel die Sippe der Ames mit dem kaltschnäuzigen Luder Cathy, der zukünftigen Frau Adam Trasks, eingeführt wurde.

Woran mag es liegen, wenn aus einem saftigen Epos, das schockierenden Realismus und sozialen Scharfblick paart mit einfühlendem Humor und lyrischen Tönen, so ein blutleeres Etwas wird? Wohl daran, daß hier schlicht die Handlung des Buches „ins Bild gesetzt" wurde, so daß uns selbt ein Beinahe-Brudermord und das Niederbrennen des eigenen Hauses mit den darin schlafenden Eltern kalt lassen. Wo die geballte Kraft des Films bis ins Herz drang, bleibt dies Fernsehspektakel auf der Netzhaut des Betrachters hängen.

PETER BÖBBIS

Schelmerei ohne Brisanz

Trotz sicherlich nicht allzu hoher Einschaltquoten setzt das ZDF mutig seine Opernsendungen fort. Diesmal war es die komische Oper **„Fra Diavolo"** des Komponisten Daniel F. E. Auber, eines Vertreters jener leichtfüßigen und liebenswerten französischen Schule aus dem 19. Jahrhundert, die bei uns nur selten zu Gehör kommt.

Auber, der insgesamt 45 Opern geschrieben hat, bediente sich in dieser Räubergeschichte einer ihm von dem viel gefragten Librettisten Eugène Scribe verfaßten Vorlage, die ihrerseits auf ein Genre zurückgeht, das als Schelmenromane bekannt geworden ist. Dementsprechend beherrschen eher List und Betrug, Lügen, Schliche und abenteuerlich-schwankhafte Motive die Bühne als wahrlich teuflisches Gehabe, wie es der Titel der Oper verheißen könnte.

Darüber hat der Regisseur Otto Schenk, ein reputierter Name in allen Bühnengassen, offensichtlich nicht nachgedacht. Mit dick aufgetragenen, uralten Gags läßt er den Fra Diavolo, diese lustige, für einen jugendlichen Heldentenor geschriebene Rolle eines Räubers, wie einen heruntergekommenen Mephisto dahinsingen, und entzog *damit der Schelmerei jedwede* Brisanz. So entstand eine um eine Stunde gekürzte dilettantische Spielerei (das Original dauert zweieinhalb Stunden), bei der Aubers musikalischer Einfallsreichtum nur noch nebenbei in Erscheinung trat.

ALPHONS SILBERMANN



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Ganz schön mutig
11.10 Die Ledernacken des Meeres
11.40 Umschau
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Gisela Schlüters Zwischenmahlzeit
Ein heiteres Unterhaltungsmenü
Die einzelnen Gänge dieses heiteren Unterhaltungs-Menüs bieten leicht Bekömmliches für fast jeden Geschmack: Gotthilf Fischer, Deutschlands populärster Chorleiter, dirigiert den „Begrüßungschor" und erlebt dabei eine Überraschung. Quizmaster Günther Schramm serviert sein Quiz einmal anders. Er stellt singend und flirtend seiner Kandidatin Beate Preuss Fragen zum Thema „Liebe". Außerdem läßt er in einem Sketch Gisela Schlüter „Auch mal zu Wort kommen". Lolita, Evergreen unter den Schlagerstars.
17.00 Stadt, Land, Fluß
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Ein Spiel mit Sigi Harreis
Heute: Inhaberinnen von Eheinstituten gegen alte Showhasen und zwei Kindermannschaften
21.00 Report
Themen: Sevesogift in der Bundesrepublik? – Eine Spur führt nach Niedersachsen / Chemische Waffen und die Souveränität der Bundesrepublik / Erste Bewährung – Die neue ÖTV-Vorsitzende Wulff-Mathies in den Tarifverhandlungen / Problematische Zusammenarbeit des Bundesnachrichtendienstes mit dem türkischen Geheimdienst
21.45 Der Aufpasser
22.30 Tagesthemen
23.00 Eishockey-WM
Deutschland – Finnland
Kanada – UdSSR
24.00 Tagesschau

ZDF

14.55 Sport aktuell – aus Düsseldorf
Eishockey-WM
CSSR – Schweden
Sprecher: Werner Schneider
in den Pausen um 15.40 und 16.35 heute
17.50 Das kann ja heiter werden
Verrückte Sachen mit Peer Augustinski
Zauberhafter Besuch
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Die schwedische Nachtigall
Dt. Spielfilm, 1941
Regie: Peter Paul Brauer
In diesem Film spielt Joachim Gottschalk die melancholische Rolle des Dichters Andersen.

Joachim Gottschalk wirkte nur in sieben Filmen mit. Er starb mit 37 Jahren.
21.00 heute-journal
21.20 Das Reich der Neuen Heimat
Albert Vietors umstrittenes Erbe. Eine Analyse von Dieter Balkhausen und Herbert Hackl
22.05 Die andere Seite der Hölle
Amerik. Spielfilm 1977
Regie: Ján Kadár
Nach dem Tod seines Vaters gerät Frank Dole in eine schwere seelische Krise. Man weist ihn in das Hillsgate-Krankenhaus für kriminelle Geisteskranke ein. Frank ist über die dortigen Zustände schockiert. Das Personal behandelt die Insassen brutal, und die Klinikleitung will den Patienten nicht ernsthaft helfen.
00.30 heute

Der Dichter Hans Christian Andersen (Joachim Gottschalk) hat sich in die Sängerin Jenny Lind (Ilse Werner) verliebt, findet aber nicht den Mut, es ihr zu sagen – „Die schwedische Nachtigall", ZDF, 19.30 Uhr

FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Sport-Platz extra
Eishockey-WM:
Bundesrepublik Deutschland – Finnland
Live-Übertragung aus dem Düsseldorfer Eisstadion
21.45 Formel Eins
22.30 Landesspiegel
23.00 Deutscher Alltag
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Wüste siegt
3. Überleben unter sengender Sonne
19.00 Altes Fachwerk – neues Haus
Ohne Steine geht es nicht
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Die Sprechstunde
21.00 Nahaufnahme
Der Verbannte der Insel
Das andere Leben des Joachim Bloem
21.45 Juristen-Stammtisch
22.30 Science-fiction
Mission Galactica:
Angriff der Zylonen
Amerik. Spielfilm, 1978
00.15 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Sportreport
Eishockey-WM: Bundesrepublik Deutschland – Finnland
In der Pause: Drei aktuell
20.45 Formel Eins
Die ARD-Hitparade
21.30 UdSSR in Nahaufnahme (5)
Brigadier Leschtschenko.
Stahlarbeiter – Donezk.
22.15 Geschichte im Fernsehen
So lebten die Kelten

SÜDWEST
17.25 Sesamstraße
17.55 Telekolleg I
Algebra (15)
18.25 Eishockey-Weltmeisterschaft
BR Deutschland – Finnland
20.45 Cagney: Oklahoma Kid
Amerikan. Spielfilm, 1939
Regie: Lloyd Bacon
22.05 Les Gammas! Les Gammas!
22.20 Französisch im Fernsehen

BAYERN
18.15 Black Ice
18.25 B III Sport aktuell
Eishockey-Weltmeisterschaft 1983
in den Drittelpausen:
Rundschau
21.00 Das historische Stichwort
21.05 Die Sprechstunde
Wenn der Schuh drückt
21.50 Z.E.N.
21.55 Detektiv Rockford:
Anruf genügt
Das Schlachtroß
22.40 Im Gespräch
23.40 Rundschau

Die Grenzen der Japaner

hät – Besucher aus Japan sind auf der Hannover-Messe in auffällig großer Zahl vertreten, auffallend auch durch ihre besondere Wißbegier. Europäische und amerikanische Techniker und Wirtschaftler sollten sich daran mehr ein Beispiel nehmen, ist sie doch einer der Schlüssel für die Erfolge der japanischen Industrie, die auch als Aussteller in Hannover nicht zu übersehen ist. In ganzen Produktgruppen dominieren die Japaner eindeutig, sei es nun bei Taschenrechnern oder elektronischen Registrierkassen, bei Kopierautomaten oder winzigen Bildschirmgeräten. Die japanische Herausforderung ist unübersehbar, aber auch sie hat ihre Grenzen.

Diese Grenzen sind da, wo es um Innovationen geht und um Software. Ganz eindeutig geht die größte Innovationskraft im technologischen Bereich immer noch von den Amerikanern aus, und das nicht nur von großen Unternehmen. Solche Innovationen, die der Weiterentwicklung wesentliche Impulse geben, haben die Japaner kaum zu bieten. Sie setzen auch am kürzeren Hebel, wenn es um anwenderorientierte Systeme geht, denn dies ist Domäne und Schwerpunkt der Europäer.

So ist es kein Wunder, daß japanische Computerhersteller zwar in ihrem eigenen gegen Importe weitgehend abgeschotteten Markt eine große Rolle spielen, nicht aber auf dem Weltmarkt. Der Export des größten japanischen Computerherstellers ist kleiner als der des deutschen Anbieters Nixdorf. Bei aller Anerkennung der japanischen Leistung, auch die Deutschen und ihre europäischen Nachbarn haben einiges aufzuweisen. Für sie gibt es daher keinen Grund, es an Selbstvertrauen fehlen zu lassen, die Hannover-Messe hat es gezeigt.

Schwachstelle

nl – Es wäre verhängnisvoll, vor einer Tatsache die Augen zu verschließen: Das Verhältnis von Rentnern zu Arbeitenden wird sich hierzulande weiter verschlechtern. Die Wachstumsschwäche der Wirtschaft, steigende Arbeitslosenzahlen und die drastischen Verschiebungen in der Alterspyramide sorgen dafür. Immer weniger Beitragszahler werden für immer mehr Rentner zu sorgen haben. Mußten im vergangenen Jahr noch drei Aktive für einen Rentner aufkommen, so werden im Jahre 2030 drei Aktive zwei Rentnern gegenüberstehen. Grundlegende Eingriffe auf der Beitrags- und auf der Leistungsseite werden unvermeidbar. Entweder steigt der Beitragssatz von heute 18 auf 35 Prozent des Bruttoverdienstes, oder die Leistungen an die Rentner müßten halbiert werden. Allianz-Leben-Chef Arno Paul Bäumer legt erneut den Finger auf eine Schwachstelle, wobei er freilich keineswegs die Institution der gesetzlichen Rentenversicherung in Frage stellen möchte. Nur sollte ihr schnellstens Entlastung zuteil werden. Bäumers Hinweis auf den dringend nötigen Ausbau der betrieblichen und privaten Versorgungsstufen verdient Beachtung.

ENTWICKLUNGSHILFE / Weltbankpräsident warnt vor Rückzug der Banken

Bonn wird sich ohne Vorbedingungen an IDA-Kapitalerhöhung beteiligen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung macht ihre Bereitschaft, sich an der siebten Kapitalaufstockung der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), die Kredite zu besonders günstigen Konditionen an die ärmsten Entwicklungsländer vergibt, zu beteiligen, „von keinen Bedingungen abhängig". Wie Entwicklungsminister Jürgen Warnke und Weltbankpräsident Alden Winship Clausen in Bonn betonten, hätten sie den Eindruck gewonnen, daß auch die Vereinigten Staaten mit von der Partie sein werden.

Angesichts der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten hält es Entwicklungsminister Jürgen Warnke für wichtig, „daß alle IDA-Geber bereit sind, einen Beitrag zu erbringen, der ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit und ihrer Stellung in der Welt entspricht".

Die Bundesrepublik habe in der Vergangenheit wiederholt dazu beigetragen, daß diese Weltbanktochter, die die wichtigste multilaterale Finanzquelle für die ärmsten Entwicklungsländer ist, ihre Arbeit ohne Unterbrechung fortsetzen konnte. Warnke erinnerte besonders an die Sonderaktion für das Geschäftsjahr 1984, an der sich nun alle wichtigen Geber – außer den USA – beteiligt haben.

Warnke glaubt nach seinen Gesprächen mit der US-Regierung, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, nicht nur ihre Verpflichtungen aus der sechsten Kapitalerhöhung der IDA zu erfüllen, sondern sich auch an der siebten beteiligen werden. Den deutschen Beitrag machte er davon nicht abhängig, bekundete aber das große Interesse Bonns an dem US-Engagement.

Auch Weltbankpräsident Clausen rechnet mit der amerikanischen Beteiligung. Allerdings dürfte seiner Ansicht nach der Prozentsatz weiter sinken. Als die IDA 1960 gegründet wurde, belief sich das US-Engagement auf 42 Prozent. Bei der sechsten Aufstockung von zwölf Milliarden Dollar für die Geschäftsjahre 1981 bis 1983 waren es noch 27 Prozent. Der Beitrag der Bundesrepublik betrug 12,5 Prozent.

Zu 90 Prozent konzentrieren sich die IDA-Kredite auf solche Entwicklungsländer, in denen 1980 das Pro-Kopf-Einkommen unter 410 Dollar lag. Die Kredite sind zinsfrei. Es wird jedoch eine Bearbeitungsgebühr von jährlich 0,75 Prozent auf den ausbezahlten und von 0,5 Prozent auf den noch nicht ausbezahlten Teil erhoben. Die Kredite müssen innerhalb von 50 Jahren bei zehn Freijahren getilgt werden.

Warnke und Clausen wiesen darauf hin, daß gerade angesichts knapper öffentlicher Mittel in nahezu allen Industriestaaten einem hohen Ausleihniveau bei der Weltbank und der IDA wachsende Bedeutung zukomme. Durch die laufende Kapitalerhöhung der Weltbank (gegenwärtiger Zinssatz 10,97 Prozent) auf rund 80 Milliarden US-Dollar sei dieses zumindest bis 1986 gesichert. Die Bundesrepublik hat die ihr zustehenden Kapitalanteile bereits 1982 voll gezeichnet. Sie ist mit rund fünf Prozent nach den USA und Großbritannien der drittgrößte Anteilseigner.

Der deutsche Kapitalmarkt stellt mit rund 20 Prozent am gesamten Mittelaufkommen die wichtigste Refinanzierungsquelle der Weltbank dar. Bis Ende 1982 wurden dadurch mehr als 16 Milliarden Mark für die Weltbank in Entwicklungsprojekte geleitet. Deutsche Firmen konnten sich im internationalen Wettbewerb einen Anteil von 13 Prozent oder rund fünf Milliarden Mark an den Gesamtauszahlungen sichern. Warnke und Clausen stimmten darin überein, daß die Verschuldung der Entwicklungsländer zwar dramatisch, aber nicht unüberwindlich sei. Bei einigen Hauptschuldnerländern bestünden gegenwärtig ernste Liquiditätsengpässe, jedoch nicht mit einer dauernden Zahlungsunfähigkeit verwechselt werden dürften; sie könnte durch geregelte Umschuldungsmaßnahmen beseitigt werden.

Clausen, der gestern abend vor der Atlantik-Brücke und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik sprach, betonte, daß der „Teufelskreis" nur durchbrochen werden könne, wenn der internationale Kapitalstrom in die Dritte Welt nicht beschnitten, sondern ausgeweitet werde und die Industrieländer der Versuchung widerstünden, gegenüber den Importen aus der Dritten Welt protektionistische Barrieren aufzubauen. Die Geschäftsbanken dürften sich nicht zurückziehen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Energieeinsparung trotz Ölpreissenkung vorrangig

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Preissenkung der Opec für Rohöl darf die EG-Länder unter keinen Umständen veranlassen, ihre Bemühungen zur Energieeinsparung und zur Substitution von Erdöl einzuschränken. Dies geht aus einem vertraulichen Bericht hervor, den die Sachverständigen der Brüsseler Kommission zur Vorbereitung des am Donnerstag in Luxemburg geplanten Energie-Ministerrates zusammengestellt haben. Nichts, was sich in den letzten zwei Jahren im Energiebereich getan habe, könne als Argument gegen eine Auflockerung der Versorgung und die Restrukturierung der Energienachfrage ins Feld geführt werden, heißt es in dem Papier. Die jüngsten Ereignisse hätten im Gegenteil aufs neue die Ungewißheit deutlich gemacht, mit der die EG die Wirtschaft belaste, wenn sie ihr eine zu große Abhängigkeit von Erdölimporten auferlege.

Der Opec-Beschluß vom 14. März, der eine Senkung des Rohölpreises von 34 auf 29 Dollar je Barrel ankündigte, bedeutet nach Berechnungen der EG-Experten für die Zehner-Gemeinschaft 1983 eine Verringerung der „Ölrechnung" um rund 10 Milliarden Dollar. Für den Fall, daß die Preissenkung voll an den Verbraucher weitergegeben wird, erwarten die Verfasser des Berichtes für das kommende Jahr ein zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes der EG um ein halbes und eine Abflachung der Inflationsrate um 1 Prozent.

Eine Reihe von Faktoren könnte allerdings eine unterschiedliche Entwicklung bewirken: So würde eine Anhebung der Öl-Verbrauchsteuern oder die Aufstockung der Gewinnspannen der Ölgesellschaften die gesamtwirtschaftlichen Wachstumseffekte reduzieren. Unsicherheitselemente sind ferner die Finanzschwierigkeiten einiger Ölerzeugerländer und die Entwicklung der Wechselkurse.

Die EG-Experten halten es denn auch für wenig wahrscheinlich, daß die Nachfrage nach Öl in den nächsten Monaten weltweit stark ansteigt. Erst am Jahresende könnte sich der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung stimulierend auf sie auswirken. Nach den vorliegenden Zahlen lag der Ölverbrauch in der EG im ersten Quartal 1983 um etwa 9 Prozent unter dem des Vorjahreszeitraums.

Andererseits ist bisher noch schwer zu übersehen, wieweit die Preisentscheidungen der Opec auch tatsächlich eingehalten werden. Erst in einigen Monaten – so meinen die EG-Beamten – wird sich herausstellen, welche Erzeugerländer wie in der Vergangenheit erhebliche Rabatte einräumen oder ihre Produktionsquoten nicht voll einhalten werden.

Für eine Stabilisierung des Marktes spricht nach Ansicht der Kommissionssachverständigen auch die Tendenz zur Wiederauffüllung der Lagerbestände und der erklärte Wille Saudi-Arabiens, eine ausgleichende Rolle am Weltmarkt zu spielen. Der Pragmatismus, mit dem die Opec-Staaten die Forderungen Nigerias und Venezuelas behandelt hätten, zeuge von solidarischer Haltung gegenüber den Staaten, die finanzielle Probleme hätten.

Konjunktur-Optimismus

Von WILHELM FURLER, London

Für Laien gibt es in Großbritannien zumindest ein untrügliches Anzeichen dafür, daß eine Konjunktur-Erholung eingesetzt hat: Wenn nämlich die Streikbereitschaft der Industrie wieder wächst. Und genau das ist gegenwärtig der Fall. Nicht nur in der Automobilbranche, wo ein Ausstand wegen der Entlassung eines der mutwilligen Zerstörung von Autoteilen beschuldigten Mitarbeiters wochenlang die Produktion im Halewood-Werk von Ford lahmgelegt, oder wo ein Streit um die Abschaffung dreiminütiger Waschpausen im Cowley-Werk von British Leyland die Herstellung des neuen Maestro-Modells seit Ende März unterbrochen hat. Gestreikt wurde und wird wieder auch noch in der Stahlindustrie, bei den Hafenarbeitern (Tilbury) oder bei den Telefon-Technikern.

Die Beobachtungen der einzelnen Gewerkschaften und ihrer Betriebsobleute, daß sich das konjunkturelle Klima verbessert habe, werden in der Tat gedeckt durch jüngste Statistiken, mehr aber noch durch die Entwicklung der Londoner Börsenkurse während der letzten Monate und Wochen.

Seit Anfang März ist der Financial Times-Index für 30 führende Industriewerte unaufhaltsam gestiegen, nur kurzfristig unterbrochen durch Befürchtungen über zu stark fallende Ölpreise und von gelegentlichen Gewinnmitnahmen. Der alte Rekordstand von etwas mehr als 660 Punkten ist inzwischen durch die neue Rekordmarke von 695,50 abgelöst worden. Zum Jahresanfang lag der Financial Times-Index bei 590 Punkten.

Börsenkurse spiegeln nun einmal nicht nur die Geschäftsentwicklung der einzelnen Aktiengesellschaft und deren Dividendenpolitik wider, sondern durchaus auch die Konjunkturerwartungen der Investoren. Diese Erwartungen sind sehr komplex und werden auch beeinflußt von Entwicklungen an den Devisenmärkten, an der Zinsfront und nicht zuletzt durch Anzeichen über mögliche Veränderungen der konjunkturellen Situation in wichtigen Handelspartner-Ländern.

Hier schient es ganz offensichtlich so zu sein, daß die britischen Investoren insbesondere auf die stimulierenden Auswirkungen einer sich abzeichnenden Wirtschaftsbelebung sowohl in Deutschland als auch in den USA setzen. Dies hat jetzt auch Premierministerin Thatcher im Unterhaus betont. Dabei räumte sie ein, daß sich erste Anzeichen für eine konjunkturelle Belebung in Großbritannien Ende 1981 vor allem deshalb nicht erfüllten, weil sie zeitlich mit dem Rezessions-Tiefpunkt in Deutschland zusammenfielen.

So überrascht es eigentlich auch nicht, daß das Ergebnis der letzten Umfrage des britischen Industrieverbandes CBI bei seinen Mitgliedern Ende März so optimistisch ausgefallen ist wie vor knapp vier Jahren, als diese schwerste Rezession nach den 30er Jahren begann. Schon seit Januar tragen die vom CBI monatlich durchgeführten Konjunktur-Umfragen den unübersehbaren Stempel eines wachsenden Optimismus.

Immer mehr Unternehmer berichten, daß sich in diesem ersten Quartal die Lage in den Bereichen Auftragseingang (Inland wie Ausland), Investitionsneigung, Produktionserwartung und Lagerhaltung zunehmend verbessert hat. Nach den Feststellungen des Industrieverbandes bringen die britischen Unternehmen in ihren Produktionserwartungen inzwischen mehr Zuversicht zum Ausdruck als jemals zuvor während der letzten vier Jahre.

Dieser Optimismus wird vor allem getragen von der anhaltenden und für diese Jahreszeit ungewöhnlich starken Verbraucher-Nachfrage, von der trotz der jüngsten Kurserholung noch niedrigen Bewertung der britischen Währung während der vergangenen Monate, von gefallenen Ölpreisen sowie von der jüngsten Senkung der Zinsen – wenn auch nur um ein halbes auf zehn Prozent – für Ausleihungen an allererste Adressen.

Nicht zuletzt sollten der anhaltende Erfolg der Regierung bei der Bekämpfung der Inflation und eine Verbesserung der Produktivität der in der Rezession stark abgemagerten britischen Wirtschaft berechtigte Hoffnungen machen. Freilich ist bei allen Produktivitätsverbesserungen zu berücksichtigen, daß das Ausgangsniveau sehr niedrig ist.

Die essentielle Frage wird sein, ob dies auch die Gewerkschaften einsehen, die in alter Manier bereits wieder einen angeblich fetten Braten zu riechen scheinen. Übertriebene Lohnforderungen oder Aktionen gegen weitere, dringend notwendige Produktivitäts-Verbesserungen, wie sie in früheren Aufschwungphasen prompt organisiert wurden, würden das sich aufhellende Bild umgehend wieder verdüstern.

AUF EIN WORT



„Der Bierabsatz über die Gastronomie geht tendenziell zurück. Es ist dies auch eine Folge der hohen Abgabepreise in der Gastronomie an den Kunden. Bedenken Sie: Für vier Glas Bier in der Kneipe bezahlen sie soviel wie für einen ganzen Kasten Bier im Getränkemarkt."

Dr. Alfred Wagner, Vorsitzender des Vorstandes der Löwenbräu AG, München. FOTO: MEINEN

Bald Entscheidung über Bußgelder

dpa/VWD, Berlin

Beim Bundeskartellamt befinden sich inzwischen Bußgeldverfahren gegen 103 Unternehmen, die unerlaubter Baupreisabsprachen beschuldigt werden, im Entscheidungsstadium. Wie ein Sprecher des Amtes gestern in Berlin gegenüber dpa/VWD bestätigte, ist die Erklärungsfrist für die Unternehmen im Rahmen des rechtlichen Gehörs Ende März zu Ende gegangen. Die zuständige Abteilung werde jetzt jeweils individuell entscheiden, ob gegen ein Unternehmen ein Bußgeldbescheid ergehen werde. Bei der genannten Zahl sind die schätzungsweise 100 Verfahren nicht mitgezählt, die bei den Landeskartellbehörden der jeweiligen Bundesländer anhängig sind. Aus rechtlichen Gründen will das Kartellamt derzeit noch keine Firmennamen nennen.

BANKENVERBAND

„Beim Aufschwung darf man nicht zu ungeduldig werden"

PETER GILLIES, Bonn

Für eine Belebung der Wirtschaft gibt es „gute Aussichten", aber noch wenig greifbare Indikatoren. Vor allem das gewerbliche Kreditgeschäft verläuft noch „sehr zögerlich". Das erklärten Sprecher des Bundesverbandes deutscher Banken gestern anläßlich der Jahresversammlung ihrer Organisation in Bonn.

In der Wirtschaft sei ein deutlicher Stimmungsumschwung zu spüren, meinte der scheidende Präsident des Verbandes, Harald Kühnen. Den positiven Daten wie Inflationsdämpfung, Zinssenkung und Leistungsbilanzüberschuß stünden jedoch auch Bremsfaktoren wie Exportaussichten oder die schlechte Ertragslage gegenüber. „Man darf nicht ungeduldig werden", ergänzte F. W. Christians (Deutsche Bank).

Den Vorwurf, die Zinssenkungen nicht zügig genug an die Kundschaft weitergegeben zu haben, weisen die Bankiers zurück. Der hohe Realzins – vor allem in den USA – sei ein „Indiz für die Unsicherheit". Der Kapitalmarktzins (derzeit bei 7,75 bis 7,8 Prozent) werde wohl nicht so rasch sinken, aber im kurzfristigen Kreditgeschäft könne mit weiteren Senkungen gerechnet werden. Dennoch sei es nicht ausgeschlossen, daß auch der Kapitalmarktzins wieder die Sieben-Prozent-Marke erreiche. Insgesamt werde man wohl vor 1984 keine nennenswerte Belebung erreichen.

Als wichtigste Aufgabe bezeichnete Kühnen die Sanierung der Staatsfinanzen und der Sozialsysteme. Der Regierung biete sich eine gute Chance, sie müsse aber auch ihre mittelfristigen Vorstellungen rasch konkretisieren. Zum neuen Verbandspräsidenten wurde Hanns C. Schroeder-Hohenwarth (BHF-Bank) gewählt.

BUNDESBAHN

Dollinger: Vorstand soll Sanierungskonzept vorlegen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat den Vorstand der Bundesbahn aufgefordert, verstärkt an einem Sanierungskonzept für das Bundesunternehmen zu arbeiten. In den „Szenarien", die in der vergangenen Woche dem Minister vom Vorstand der Bahn übergeben wurden und aus denen sich die Notwendigkeit drastischer Einschnitte ablesen läßt, sieht Dollinger noch keinen konkreten Plan.

Der Bahn-Vorstand hat drei Modelle durchgerechnet. Geschieht nichts, dann würde bei einem Bundeszuschuß von jährlich gut 13 Milliarden Mark der Fehlbetrag von 4,5 auf zehn Milliarden Mark zwischen 1982 und 1990 steigen. Die Verschuldung kletterte von 36 auf 92 Milliarden Mark.

Der Fehlbetrag ließe sich auf fünf Milliarden Mark bei gleichen Bundesleistungen halten, wenn der Personenverkehr und der Gütertransport nur noch auf einem Streckennetz von 15 000 und 20 000 Kilometern durchgeführt, Teile des Verkehrs eingestellt und der Personalbestand von gegenwärtig 310 000 auf 212 000 bis 1990 reduziert würde.

Wird dagegen der eigenwirtschaftliche Bereich gestärkt und kann die Bahn auch in andere Geschäftsbereiche vordringen, so ließe sich der Fehlbetrag bis auf 1,8 Milliarden Mark 1990 senken. Allerdings müßte das Streckennetz für den Güterverkehr jährlich um 600 Kilometer auf 22 500 bis 1990 abgebaut werden. Im Personenverkehr sollten dann nur noch 16 000 Kilometer befahren werden. Notwendig wären dann nur noch 239 000 Eisenbahner.

Dollinger ist Spekulationen entgegengetreten, er wolle den Personalabbau mit aller Gewalt vorantreiben, eine Beschäftigungsgarantie lehnt er jedoch ab.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bayern nimmt 500 Millionen Mark auf

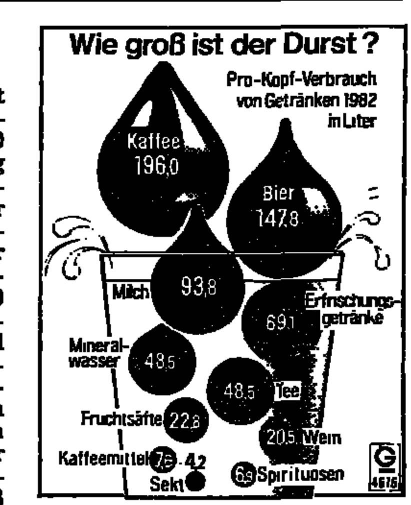
Frankfurt (rtr) – Der Freistaat Bayern nimmt über eine zehnjährige Anleihe am Kapitalmarkt 500 Millionen Mark auf. Wie am Montag im Rentenhandel in Frankfurt verlautete, ist die Anleihe, die unter Federführung der Bayerischen Vereinsbank begeben wird, mit einer Nominalverzinsung von 7½ Prozent bei einem Ausgabekurs von 100 Prozent ausgestattet. Die Börseneinführung ist für den 28. April vorgesehen. Rentenhändler nannten die Konditionen „eng" angesichts einer Marktrendite von etwa 7¾ Prozent (unter Banken) im Zehnjahresbereich, verwiesen aber auf das gute Ansehen des Gläubigers Bayern und die Tatsache, daß die Rendite etwas höher als bei der kürzlich aufgelegten 250-Millionen-Mark-Anleihe Bremens (7½ Prozent-Kupon, Kurs 100,5 Prozent) liege.

Streikende in Sicht

London (fu) – In der heftigen Auseinandersetzung um die Abschaffung dreiminütiger Waschpausen am Ende einer jeden Fließbandschicht, die seit drei Wochen das Cowley-Werk des Automobilherstellers Britih Leyland lahmlegt, scheint eine Lösung näher gerückt zu sein. Jedenfalls setzten sich die führende Gewerkschaftsfunktionäre, Moss Evans als Präsident der Transportarbeiter-Gewerkschaft, und der Präsident der Maschinen- und Motorenbauer, Terry Duffy, mit dem Management von British Leyland am gestrigen Montagnachmittag an einen Tisch, um Möglichkeiten einer Beilegung des Streiks zu diskutieren.

Demag wird eingegliedert

Düsseldorf (VWD) – Die Eingliederung der Mannesmann Demag AG, Duisburg, in die Mannesmann AG, Düsseldorf, soll den Hauptversammlungen der beiden Gesellschaften vorgeschlagen werden. Wie Mannesmann mitteilte, sind auf ihr Angebot auf Basis eines Umtauschs der Demag-Aktien in Mannesmann-Aktien – zuzüglich 15 Mark in bar je 50-DM-Aktie – Demag-Aktien im Nominalwert von 16,3 Mill. DM angedient worden. Mannesmann ist den Angaben zufolge damit nunmehr am Demag-Grundkapital von 290 Mill. DM zu 97,4 Prozent beteiligt. Die im Zuge der Eingliederung ausscheidenden Aktionäre sollen ebenfalls ihre Aktien im Verhältnis eins zu eins bei einer Zuzahlung von 15 Mark umtauschen können.



Jeder Bundesbürger trank 1982 durchschnittlich 666 Liter Flüssigkeit, also fast zwei Liter pro Tag. Dabei lag Kaffee mit 196,0 Litern an der Spitze vor Bier mit 147,8 Litern. Seit 1975 rangiert Kaffee auf dem ersten Platz in der Beliebtheitsskala der Bundesbürger. QUELLE: GLOBUS

Anlagen im Wohnungsbau

Stuttgart (nl) – Wenn sich die Anfangsrendite für Wohnungsbauten, die derzeit netto unter drei Prozent liegt, künftig in Richtung vier Prozent bewegen sollte, dann werden die Lebensversicherer wieder mehr Wohnungen bauen. Dies erklärte Arno Paul Bäumer, Vorstandsvorsitzender der Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, und kündigte die Neuorientierung an, obwohl dann die genannte Anfangsrendite immer noch um über einen Prozentpunkt unter derjenigen gewerblicher Objekte liege. Bei der Allianz Leben nehme man dies in Kauf, weil das Risiko bei gewerblichen Objekten eindeutig größer sei.

Sektabsatz gesunken

Wiesbaden (AP) – Der Sektabsatz in der Bundesrepublik ist im vergangenen Jahr gesunken. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden haben die 95 Herstellungsbetriebe 1982 insgesamt 268,8 Millionen Flaschen Schaumwein abgesetzt, insgesamt 24,6 Millionen Flaschen oder 8,4 Prozent weniger als im Jahr zuvor.

FINANZMINISTER

Zinsen für Exportkredite mehr am Markt orientieren

WILHELM HADLER, Luxemburg

Die Zinsen für staatlich subventionierte Exportkredite sollen sich stärker als bisher an der Marktentwicklung orientieren. Deshalb hat auch die Europäische Gemeinschaft jetzt im Grundsatz einer „halbautomatischen" Anpassung der Mindestzinsen zugestimmt.

Die Finanzminister der EG einigten sich gestern in Luxemburg auf ein Verhandlungsmandat für die Kommission, in dem für die Zukunft eine gewisse Bindung der Exportkreditzinsen an die Zinssätze der Sonderziehungsrechte im Internationalen Währungsfonds (IWF) befürwortet wird. Bisher war das im Rahmen der Pariser OECD getroffene Zinsübereinkommen jeweils von Fall zu Fall geändert worden. Der Anpassung gingen meist mühsame Verhandlungen mit den Amerikanern voraus.

Über das Ausmaß der kurzfristig anstehenden Zinsanpassung sind sich die EG-Regierungen allerdings bisher noch nicht einig geworden. Die Kommission erhielt zunächst einmal eine breite Verhandlungsmarge. Während Frankreich und Belgien Zinssenkungen um zwei Prozent wünschen, wollen die Briten nur eine Senkung um ein Prozent. Die Kommission soll in der kommenden Woche über eine Anpassung „zwischen 0,5 und zwei Prozent" verhandeln. Nach dem bisherigen Konsens, der am 30. April ausläuft, betragen die Sätze je nach Ländergruppe und Laufzeit zwischen zehn und 12,4 Prozent.

Die breite Verhandlungsmarge für die Kommission bedeutet offenbar nicht, daß eine endgültige Zusage bereits gegeben werden kann. So hat Frankreich schon jetzt einen Vorbehalt für den Fall angemeldet, daß die Zinssenkung unter zwei Prozent bleibt. Die Bundesregierung und andere EG-Partner meinen, die Erhöhung der Zinzsätze im letzten Jahr hätte viel kräftiger ausfallen müssen.

NIEDERLANDE / Hamsterer horten 1,7 Milliarden ungültige Kupfermünzen

Fünf Cent jetzt kleinste Münzeinheit

BODO RADKE, Den Haag

Obgleich die bisher kleinste Münze Hollands, das dem deutschen Pfennig vergleichbare 1-Cent-Stück, seit dem 1. März ungültig geworden ist, haben bisher nur ganz wenige Niederländer von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, mindestens fünf dieser Kupfermünzen oder mehr bei jedem Postamt oder jeder Bank gegen gültige Geldstücke oder -scheine einzutauschen.

Wie ein Sprecher des Finanzministeriums in Den Haag jetzt mitteilte, müssen sich noch über 1,7 Milliarden solcher Münzen im Privatbesitz befinden. Statistisch betrachtet, wären das etwa 120 Stükke pro Kopf der Bevölkerung. Offenbar werden sie von sehr vielen Menschen in der Hoffnung gehamstert, daß der Sammlerwert eines Tages auf ein Vielfaches des Nominalwertes steigt. In der Tat gibt es bereits Münzenhändler, die für jedes 1-Cent-Stück – unabhängig von der angebotenen Menge – 3 Cent bezahlen.

Von 1948 bis 1980 waren in Holland jedes Jahr riesige Mengen solcher Kupfermünzen geprägt worden. Als die Regierung vor zwei Jahren die Außerkurssetzung dieses Geldstücks ankündigte, begründete sie ihre Entscheidung mit dem Hinweis, daß die Herstellungskosten auf fast das Dreifache des Nominalwertes gestiegen seien. Trotzdem gab es viel Kritik in der Öffentlichkeit, da man von dem Verschwinden des Cent eine automatische Teuerung befürchtete.

Seit dem 1. März ist nun für den Zahlungsverkehr in Holland das 5-Cent-Stück (4,5 Pfennig) die kleinste Münze. Als Recheneinheit – zum Beispiel bei der Auszeichnung von Preisen in Einzelhandelsgeschäften – ist der Cent jedoch erhalten geblieben. Die Kaufleute sind gesetzlich verpflichtet, bei der Addierung der Preise gekaufter Waren nach unten abzurunden, wenn die Additionssumme mit 1 oder 2 Cent endet. Ab 3 Cent kann dann nach oben auf 5 aufgerundet werden.

Im Rahmen des Rätselratens über den Verbleib der über 1,7 Milliarden ausstehenden ungültigen Münzen wird allerdings auch darauf verwiesen, daß viele davon verlorengegangen sein dürften, da sich „ja niemand mehr nach einem Cent bückt". Ältere Holländer erinnern sich indes noch genau der Zeit, als auch ½-Cent-Stücke im Umlauf waren und keineswegs mißachtet wurden. Noch früher kannte das niederländische Geldsystem auch Münzen von 2½ Cent.

Im Zusammenhang mit dem Cent-Thema stöberten holländische Reporter in dem Ort Maarssen den jetzt 16jährigen Schuljungen Geert Jan Stoof auf, der 1980 Schlagzeilen gemacht hatte. Wegen akuten Kleingeldmangels offerierten damals manche Ladenketten in Zeitungsanzeigen einen Aufpreis für 1-Cent-Stücke in größeren Mengen. Geert Jan erschien in einem dieser Geschäfte mit einem Handwagen, der mit 160 000 solcher Münzen gefüllt war. (SAD)

JUGOSLAWIEN / Umschuldungsverhandlungen

Abkommen bald möglich

AP, Zürich

In den mehrgleisig laufenden Bemühungen für eine westliche Finanzhilfe an das hoch verschuldete Jugoslawien sind weitere Fortschritte erzielt worden. Wie das Schweizer Departement für auswärtige Angelegenheiten in Bern bestätigte, sind Vertreter der 15 grundsätzlich hilfsbereiten westlichen Regierungen, des Koordinierungsausschusses der Gläubigerbanken sowie des Internationalen Währungsfonds (IWF) am Samstag in Zürich zu einer kurzfristig einberufenen Konferenz mit einer jugoslawischen Regierungsdelegation zusammengetroffen. Nach Ansicht von Teilnehmerkreisen ist es nicht ausgeschlossen, daß das Finanzpaket schon Mitte des Jahres definitiv geschnürt werden kann.

Bei dem Treffen handelte es sich um das erste seit dem 19. Januar dieses Jahres, als die Regierungen in Bern grundsätzlich einen Beitrag von 1,3 Milliarden Dollar für Jugoslawien zugesagt hatten. Inzwischen sind Verhandlungen über Form und genauen Umfang der Beiträge der einzelnen Länder auf bilateraler Ebene vorangetrieben worden. Entsprechende Abkommen liegen zum Teil bereits vor oder stehen vor dem Abschluß, wie das Schweizer Außenministerium erklärte. Über die Quoten der beteiligten Länder wurden aber zunächst keine weiteren Angaben gemacht. Dem Vernehmen nach wird der definitive Betrag sogar auf mehr als 1,3 Milliarden Dollar geschätzt. Bisher hatte nur die Schweiz offiziell bestätigt, daß sie einen Beitrag in der Höhe von 90 Millionen Dollar zugesagt hat.

Der Koordinationsausschuß der westlichen Gläubigerbanken teilte bei dem Zürcher Treffen mit, daß das Abkommen der Banken mit Jugoslawien noch vor Ende Juni unterzeichnet werden soll. Bei der Bankenhilfe geht es dem Vernehmen nach um etwa zwei Milliarden Dollar, davon 600 Millionen Dollar als Neugeld. Als weitere Pfeiler des Finanzpakets kommen Beiträge des IWF und der Weltbank von rund einer Milliarde Dollar sowie ein Überbrückungskredit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich von 500 Millionen Dollar hinzu.

FRANKREICH / Neue Sparmaßnahmen im Budget 1984 – Weniger Beamtenstellen

Höhere Arbeitslosenzahlen befürchtet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung plant für 1984 neue Sparmaßnahmen, nachdem sie bereits in ihrem jüngsten Austerity-Programm die Ausgaben des laufenden Budgets um 15 Milliarden Franc oder drei Milliarden Mark gekürzt hat; dabei wurden der Konjunkturfonds um zehn und die laufenden Verwaltungsausgaben um fünf Milliarden Franc eingeschränkt. Hierdurch soll unter Berücksichtigung der auf fünf Milliarden Franc veranschlagten Mehreinnahmen aus der neuen Ölproduktensteuer (Abschöpfung der Öleinfuhrverbilligung), das für 1983 auf 118 Milliarden Franc (1982: 96 Milliarden) veranschlagte Haushaltsdefizit auf rund 100 Milliarden Franc begrenzt werden.

Als Defizitlimit für 1984 (wie für 1983) hatte Präsident Mitterrand drei Prozent des französischen Bruttosozialprodukts festgesetzt. Nunmehr teilte Premierminister Mauroy allen Ressortministern schriftlich mit, daß sie bei ihren Ausgabenvorschlägen von der Einrichtung neuer Funktionärsstellen (Beamte und Angestellte) Abstand zu nehmen haben.

Seit ihrem Amtsantritt im Mai 1981 bis Ende 1982 hatte die neue Regierung 120 000 neue Funktionärsstellen geschaffen, davon allein 71 000 im letzten Jahr. Besonders begünstigt wurde das nationale Erziehungswesen. Dies erklärt sich auch daraus, daß viele der sozialistischen Abgeordneten in diesem Bereich tätig gewesen waren. Inzwischen hat die Regierung aber wohl doch selbst Zweifel, ob die Aufblähung des Beamtenapparats einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darstellt. Deshalb wurde für dieses Jahr das Kontingent der neuen Funktionärsstellen auf nur noch 20 000 festgesetzt. Wahrscheinlich wird dieses Vorhaben unter den jüngsten budgetären Sparmaßnahmen zu leiden haben.

Außerdem wurde von Mauroy festgesetzt, daß die Staatsausgaben für die laufende Verwaltung (Funktionärsgehälter) im nächsten Jahr die diesjährigen nominal um höchstens 6,2 Prozent übertreffen dürfen. Dabei ist unterstellt, daß die Inflationsrate von acht auf fünf Prozent reduziert wird. Der (theoretische) Kaufkraftzuwachs (1,2 Prozent) soll ausschließlich den am schlechtesten entlohnten Beamten zugute kommen. Die Priorität der Arbeitsplatzbeschaffungspolitik soll dafür auf die private Wirtschaft verlagert werden. Die Zahl der dort Beschäftigten hat sich in den letzten zwei Jahren fast kontinuierlich vermindert. Außerdem ging neuerdings das Stellenangebot der Unternehmer zurück.

Gleichzeitig verminderte sich allerdings auch die Arbeitslosigkeit. Im März kam es zum erstenmal seit 1974 zu einem absoluten Rückgang der bei den Arbeitsämtern registrierten Stellensuchenden, und zwar um drei Prozent gegenüber dem Vormonat auf 2,017 Millionen. Die neuen Sparmaßnahmen der Regierung und das verminderte Wirtschaftswachstum infolge ihres Austerity-Programms werden mit Sicherheit die Arbeitslosigkeit in Frankreich wieder ansteigen lassen.

AGRARPREISE / Kein Kompromißvorschlag

Enger Verhandlungsspielraum

WILHELM HADLER, Luxemburg

Unter dem Eindruck erneuter Protestaktionen an der italienischen Grenze haben die Landwirtschaftsminister der EG gestern ihr traditionelles „Marathon" über die europäischen Agrarpreise begonnen. Ziel der Konferenz ist es, noch in dieser Woche Einvernehmen über ein Bündel von jährlich fälligen Agrarentscheidungen zu erzielen. Außer den Preisanhebungen für Marktordnungserzeugnisse gehört dazu vor allem die Festlegung der nationalen Grenzausgleichsbeträge im Handel.

Über die Chancen für einen politischen Gesamtkompromiß waren die Prognosen bei Beginn der Luxemburger Beratungen eher zurückhaltend. Die meisten Agrarminister verfügen offenbar nur über einen recht beschränkten Verhandlungsspielraum. Hinzu kommt, daß sowohl die Bundesrepublik wie auch Frankreich mit neuen Ministern „ins Rennen" gingen. Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle muß außerdem als Ratspräsident bereits die Verhandlungen leiten.

Vor Beginn der Beratungen traf Kiechle mit dem für Agrarfragen zuständigen EG-Kommissar Poul Dalsager sowie mit einer Abordnung des Europäischen Bauernverbandes (GOPA) zusammen. Die Landwirte beharren auf einer durchschnittlichen Anhebung der Erzeugerpreise um sieben Prozent (in Ecu), während die Kommission mit Rücksicht auf die Agrarüberschüsse nur Preissteigerungen von 4,2 Prozent für vertretbar hält.

Kiechle nutzte die Gelegenheit, bei den Gesprächen die wiederholte Behinderung deutscher Exporterzeugnisse an der italienischen Grenze zur Sprache zu bringen. Der Minister hatte bereits bei einer Rundreise durch die EG-Staaten Ansätze für einen Kompromiß über das diesjährige „Agrarpaket" auszuloten versucht, nach seinem Eindruck wünschen alle Regierungen eine möglichst rasche Entscheidung. Wider Erwarten legte Kiechle jedoch gestern noch keinen Kompromißvorschlag der Präsidentschaft vor. Statt dessen versuchte er, sich genaueren Aufschluß über die Kompromißbereitschaft der einzelnen Delegationen zu verschaffen.

ITALIEN / Lohnleitlinie in Gefahr

Arbeitskampf spitzt sich zu

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der Vorstand des Spitzenverbandes der italienischen Industrie hat sich für „nicht verfügbar" erklärt, bei Tariflösungen mitzuwirken, die über die von dem am 22. Januar unter Mitwirkung der Regierungen zustande gekommenen Lohnkostenabkommen hinausgehen. Das ist die Antwort des Verbandes auf den von den Gewerkschaften für den 21. April ausgerufenen Generalstreik in den Produktionszweigen, in denen die dreijährigen Tarifabkommen noch nicht abgeschlossen wurden. Auf ihre Verträge warten noch vier (von insgesamt sieben) Millionen Industriearbeiter, darunter die über zwei Millionen Beschäftigten der Metall- und der Textilindustrie, den beiden größten Produktionsbereichen Italiens.

Die Unternehmer bestehen nach einer Stellungnahme von Spitzenverbandspräsident Vittorio Merloni auf strikter Einhaltung des Januar-Abkommens, mit dem sich die Sozialpartner verpflichteten, allen Vereinbarungen die Lohnleitlinie der Regierung von 13 Prozent (in gleicher Höhe wie die erwartete Inflation) zugrunde zu legen. Den Gewerkschaften werfen die Unternehmer vor, mit neuen Forderungen und mangelnden Zugeständnissen dieses Limit sprengen zu wollen. Nach Verbandsberechnungen würden bei Annahme aller Gewerkschaftsforderungen die Lohnkosten in der Metall- und in der Textilindustrie in diesem Jahr um 15 bis 16 Prozent steigen.

Die Unternehmer sperren sich vor allem gegen zusätzliche Arbeitszeitverkürzungen ohne Gegenleistungen der Arbeitnehmerorganisationen in der Frage der Mobilität und Produktivität. Vorschläge der Arbeitgeberverbände, das Krankfeiern zu erschweren und zu diesem Zweck Betriebskontrollen einzuführen, sind von den Gewerkschaften bisher abschlägig beschieden worden.

Die Hartnäckigkeit, mit der die Unternehmer die Einhaltung der amtlichen Lohnleitlinie und damit das reale Nullwachstum der Lohnkosten vertreten, erklärt sich mit der schwierigen Wettbewerbslage, in der sich neuerdings weite Teile der italienischen Wirtschaft befinden. Trotz der jüngsten Abwertung der Lira tendiert die Kostendifferenz gegenüber der Auslandskonkurrenz nicht nach unten, sondern weiter nach oben.

London weiter gegen EWS-Beitritt

fu, London

Die Regierung in London unter Premierministerin Margaret Thatcher ist nicht bereit, die britische Währung in absehbarer Zeit als aktives Mitglied dem Europäischen Währungssystem EWS beitreten zu lassen.

Auf die Frage, ob das Pfund Sterling nach dessen Abwertung gegenüber der D-Mark seit November vergangenen Jahres von einem Kurs von damals etwa 4,30 Mark auf heute knapp 3,80 Mark nicht endlich dem Währungsverbund beitreten könnte, entgegnete Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe gegenüber der WELT: „Meine Ansicht und die meiner Regierung in diesem Punkt hat sich in nichts geändert."

Der Schatzkanzler betonte, solange die britische Währung ölpreisabhängig sei, könne ein solcher Schritt nicht gerechtfertigt werden. Gerade die letzten Wochen hätten gezeigt, daß das Pfund in erster Linie „Nordseeöl-Währung" sei.

Sir Geoffrey bezweifelte gegenüber der WELT, daß das EWS in seiner heutigen Form noch bestehen würde, wäre das Pfund mit seinen erratischen Ausschlägen bei der Gründung des Währungssystems vor vier Jahren als aktives Mitglied beigetreten.

Diskussion soll versachlicht werden

ks. Bonn

Der Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e. V. (BLL) wendet sich mit einem zweitägigen Symposium in Bonn erstmals direkt an den Verbraucher. Wie der Präsident des Bundes, R. Auf dem Hövel, gestern erklärte, will der BLL mit dieser Veranstaltung einen Beitrag zur Versachlichung der nicht abreißenden Diskussion um die gesundheitliche Qualität der Lebensmittel leisten. Heute und morgen stehen 20 Wissenschaftler den Fragen der voraussichtlich 350 Teilnehmer Rede und Antwort.

Die bestehende Angst, so lautet ihre Auffassung, sei vom wissenschaftlichen Standpunkt her unbegründet. Darüber hinaus würde das System zur Lebensmittelkontrolle eine außerordentliche Sicherheit bieten. In zahlreichen Referaten über die Erkenntnisse im Zusammenhang mit Düngung und Pflanzenschutz, Lebensmittelzusatzstoffen, Hygieneproblemen bei Massentierhaltung und Lebensmitteltechnologie soll diese Meinung belegt werden.

Dem Vorwurf, die Wissenschaftler würden zu selten aus ihrem wissenschaftlichen Elfenbeinturm hinabsteigen und ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit mitteilen, konnte der BLL nur mit einem kleinlauten Kopfnicken begegnen.

Paris: Preisanstieg bleibt zu hoch

J. Sch. Paris

Der französische Preisanstieg hat sich wieder beschleunigt. Nach noch vorläufigen Angaben stiegen die Lebenshaltungskosten im März zwar nur um 0,5 Prozent gegenüber 0,7 Prozent im Februar und 0,9 Prozent im Januar. Die Teuerung im ersten Quartal (2,5 Prozent) liegt damit aber beträchtlich über dem Stabilisierungsziel der Regierung. Danach soll die Inflationsrate von 11,6 Prozent 1982 auf acht Prozent 1983 reduziert werden.

Wirtschaftsminister Delors hält dieses Ziel, wie er jetzt erklärte, aber immer noch für erreichbar. Denn die Inflation habe sich tendenziell weiter abgeschwächt, und zwar gegenüber den gleichen Vorjahresmonaten von 9,6 Prozent im Januar auf 9,4 Porzent im Februar und 9 Prozent im März.

In diesem Monat wird der französische Lebenshaltungskostenindex wahrscheinlich noch stärker steigen. Denn am 1. April waren die Tarife für Strom, Gas, Eisenbahn und Telefon um acht Prozent erhöht worden. Im Mai werden dann die Benzinpreise aufgrund der Kraftstoffsteuererhöhung kräftig anziehen; denn die Verbilligung der Rohölimporte soll durch die neue, mit dem Austerity-Plan verordnete Sonderabgabe voll abgeschöpft werden.

BAYERISCHE LANDESBAUSPARKASSE

Gutes Klima wird anhalten

PETER SCHMALZ, München

Das „allgemeine Frühlingserwachen" registriert auch die Bayerische Landesbausparkasse (LBS), München. Im ersten Quartal dieses Jahres wurde im Neugeschäft ein Zuwachs von 10 Prozent erzielt. Die Trendwende, so Konrad Müller, Sprecher der LBS-Geschäftsleitung, setzte Ende 1982 aufgrund dreier Impulse ein: politische Entscheidungen der neuen Regierung, der Zinsrückgang und „noch anhaltend günstige" Baupreise. Müller rechnet damit, daß das gute Bausparklima in diesem Jahr anhält.

Kaufwillige sollten sich jedoch schnell entscheiden, rät der Bauspar-Experte, da die wiedererwachte Nachfrage nach Häusern und Wohnungen auf kein großes Angebot trifft. Müller: „Halden von unverkauften Wohnungen und Häusern gibt es nicht, die jetzige Situation einer sich auflösenden Rezession ist daher mit der Situation der 70er Jahre nicht vergleichbar. Der Immobilienmarkt des Frühjahrs 1983 ist kein Käufermarkt mehr." Besonders gefragt sind Gebraucht-Immobilien, während Bauherrenmodelle in ihrer Attraktivität abnehmen.

Ein allgemein gewachsenes Vertrauen in die Immobilie registriert Bayerns größte Bausparkasse auch bei den Kapitalanlegern. Müller: „Sie haben ihren jahrelang gezeigten Attentismus aufgegeben und engagieren sich wieder im Wohnungsbau." Allerdings sei man noch entfernt von den früher im Neubaugeschäft registrierten Kapitalanleger-Anteil von 30 Prozent.

Als „spärlich" bezeichnete Müller den Anteil der über Bauspardarlehen finanzierten Mietermodernisierungen. Obwohl seit Beginn 1982 dafür Bauspargelder steuer- und prämienbegünstigt eingesetzt werden können, habe sich noch kein Markt gebildet. Müller: „Die Weichen sind längst gestellt, aber Mieter und Vermieter sind noch nicht zusammengekommen." Als Grund vermutet der LBS-Vorstand Unkenntnis.

Die Bayerische Landesbausparkasse konnte 1982 zwar über dem Branchendurchschnitt abschließen, mußte aber bei den Bausparverträgen ein Minus von 9,5 und bei der Bausparsumme von 11,5 Prozent hinnehmen. Insgesamt 126 000 Bausparverträge mit einer Sparsumme von 4,25 Mrd. DM wurden abgeschlossen.

Im Alter von 79 Jahren starb am 15. April 1983 der Gründer unserer Firmengruppe
Herr

Dr.-Ing. Kurt Baum

1928 trat Herr Dr. Baum in die Dienste des Vereins zur Überwachung der Kraftwirtschaft der Ruhrzechen, dem heutigen TÜV, in Essen, wo er Leiter der Kokereitechnik wurde. Ende 1932 übernahm er das Ressort Forschung und Entwicklung bei der Didier Werke AG in Berlin und wurde dort 1942 in den Vorstand berufen.

Nach dem Kriege war Herr Dr. Baum selbständig beratender Ingenieur und später Mitinhaber der Compagnie Pan-Européenne in Paris für Synthesegas und Kokserzeugung. 1951 gründete Herr Dr. Baum die Verfahrenstechnik Dr.-Ing. Kurt Baum in Essen und war Mitbegründer des Verbandes Unabhängiger Beratender Ingenieurfirmen, VUBI, und amtierte mehrere Jahre als deren Präsident. Schon in den fünfziger Jahren erkannte er die Bedeutung des Umweltschutzes und hat auf dem Gebiet der Luftreinhaltung zahlreiche grundlegende Entwicklungen und Patente geschaffen. 1956 entstand die Baumco Gesellschaft für Anlagentechnik, die heute weltweit eine führende Stellung einnimmt.

Für seine Verdienste auf dem Fachgebiet Luftreinhaltung erhielt Herr Dr. Baum in der Fachwelt ehrenvolle Anerkennung. 1966 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen.

Wir verlieren mit Herrn Dr. Baum einen mutigen Pionier und eine große Unternehmerpersönlichkeit.

In Trauer nehmen wir Abschied von ihm. Noch lange werden wir ihn in unserer Erinnerung behalten.

Verfahrenstechnik Dr.-Ing. Kurt Baum — **Baumco Gesellschaft für Anlagentechnik mbH** — **Turbofilter GmbH Entstaubungstechnik**

Geschäftsführung, Betriebsrat und Belegschaft

Essen, den 19. April 1983

Die Trauerfeier zur Einäscherung wird gehalten am Donnerstag, dem 21. April 1983, um 12.30 Uhr in der alten Halle des Parkfriedhofes.



OERLIKON-BOEHRINGER / Talfahrt in 1982

Umschwung kündigt sich an

WERNER NEITZEL, Göppingen

Für die deutschen Werkzeugmaschinenbauer bedeutet der im vergangenen Jahr eingetretene Rückgang der Importe japanischer Konkurrenzprodukte, der über die Marktabschwächung hinausging, so etwas wie ein kleiner Silberstreif im harten internationalen Wettbewerb. Bei der Oerlikon-Boehringer GmbH, Göppingen, die zum schweizerischen Oerlikon-Bührle-Konzern gehört, und einer der führenden Drehmaschinenhersteller ist, sieht man denn auch wieder günstigere Geschäftsperspektiven, nachdem sich das wirtschaftliche Umfeld etwas aufzuhellen scheint.

Das Unternehmen verfügt nach Angaben von Geschäftsführer Peter-Jürgen Kreher derzeit über einen verhältnismäßig hohen Auftragsbestand, der bereits mehr als drei Viertel des für 1983 geplanten Umsatzes abdeckt. Noch nicht berücksichtigt sei hierbei ein Export-Großprojekt („ein Ausbildungszentrum im südostasiatischen Raum") im Volumen von 30 Mill. DM, das vor der Vertragsunterzeichnung stehe.

Im Jahre 1982 hatte sich auch Oerlikon-Boehringer nicht der branchenweit negativen Entwicklung entziehen können. Der Umsatz, der im Jahr davor bei 173 Mill. DM gelegen hatte, verringerte sich um 15 Prozent. Hierbei war insbesondere der Rückgang im Geschäft mit Drehmaschinen, die den Hauptumsatzträger darstellen, ausschlaggebend. Bei den Sondermaschinen (Kurbelwellen-Bearbeitungsmaschinen und Tiefbohrmaschinen) habe das Unternehmen den Umsatz gesteigert.

Der Exportanteil am Umsatz vergrößerte sich auf 62 (55) Prozent. Das Unternehmen geriet in die Verlustzone, rechnet aber für das laufende Jahr mit einer wesentlichen Verbesserung der Ertragslage. Beim Umsatz will man wieder das Niveau von 1981 erreichen. Das Unternehmen, das bei Drehmaschinen bisher die größeren Drehdurchmesser abdeckte, will jetzt stärker auch in die kleineren Dreh-Bereiche eindringen. Die Zahl der Beschäftigten wurde auf 1450 (Vorjahr: 1680) Mitarbeiter abgebaut.

Mit Spezialitäten auf Erfolgskurs

hdt. Gütersloh

Unbeirrt durch den Konzentrationsprozeß in der deutschen Milchwirtschaft konnte die Westfälische Molkerei H. Strothmann, Gütersloh, ihre Marktposition weiter ausbauen. Nach einem überdurchschnittlichen Plus von 12 Prozent erreichte der Umsatz 1982 nahezu 100 Mill. DM, und auch für das laufende Jahr wird wieder ein Zuwachs von zehn Prozent angepeilt.

Juniorchef Ralph Strothmann, zuständig für Marketing, führt diesen Erfolg vor allem auf die Expansion im Bereich von Joghurt- und Dessertspezialitäten zurück, die das mittelständische Unternehmen inzwischen auf nationaler Ebene vertreibt. Er räumt jedoch ein, daß die Ertragslage mit der Umsatzentwicklung nicht Schritt hält, eine Folge des ruinösen Preiswettbewerbs in der Branche. Strothmann setzt für die Zukunft vor allem auf „gesundheitsbewußte" Artikel und kündigt hier neue Produkte an.

Münchner Bank erreicht Ziele

VWD, München

Auf ein „sehr erfolgreiches" Geschäftsjahr 1982 blickt die Münchner Bank eG zurück. Die gesetzten Ziele – maßvolles Wachstum der Bilanzsumme und Stärkung der Ertragskraft – konnten erreicht werden, heißt es im Geschäftsbericht. Das Gesamtgeschäftsvolumen wurde um 11 Prozent auf 665 (598) Mill. DM und die Bilanzsumme um 10 Prozent auf 626 (568) Mill. DM ausgeweitet. Der Zinsüberschuß stieg um 24 Prozent auf 21 (17) Mill.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft wurden in Höhe von 1,5 Mill. (–) DM vorgenommen. Der Steueraufwand hat sich mit 3,8 (2) Mill. DM fast verdoppelt. Aus 2,2 (1,0) Mill. DM Jahresüberschuß sollen die Rücklagen insgesamt mit 1,83 (0,72) Mill. DM dotiert und wie im Vorjahr 8,5 Prozent Dividende ausgeschüttet werden.

ALLIANZ LEBEN / Vorsorgebewußtsein der Deutschen bleibt stabil – Starker Nachfrageanstieg bei Hypotheken

Höhere Gewinnbeteiligung nach glänzendem Ergebnis

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Eine „befriedigende" Geschäftsentwicklung erwartet die Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, im laufenden Jahr 1983. Nach Ansicht des Vorstandsvorsitzenden Arno Paul Bäumer sei nicht nur das Vorsorgebewußtsein der Bevölkerung bemerkenswert stabil geblieben. Auch rechne er damit, daß bei einer Verbesserung des Konjunkturverlaufs die Bereitschaft der Unternehmer wieder wachsen werde, eine betriebliche Altersversorgung für ihre Mitarbeiter einzurichten.

Der Branchenführer in der Lebensversicherung verbuchte im ersten Quartal dieses Jahres beim beantragten Neugeschäft der Stückzahl nach ein kleines Plus von 0,7 Prozent, der Versicherungssumme nach lag der Zuwachs bei 8,7 Prozent. Zum Neugeschäft tragen dabei die Anpassungen bestehender Zuwachsversicherungen in hohem Maße bei.

Da sich der als Meßgröße dienende Höchstbeitrag in der Angestelltenversicherung zu Beginn dieses Jahres um 54 (nach zuletzt 32) DM erhöht hat, geben von diesen Anpassungen zusätzliche positive Impulse aus. Immerhin liegen die Anpassungssummen in den ersten Monaten um 69 Prozent über den entsprechenden Vorjahreszahlen. Das eingelöste Neugeschäft der Allianz Leben brachte im ersten Quartal ein Plus von 14 Prozent.

Geradezu explosionsartig sei die Nachfrage nach Hypotheken angestiegen, wobei es sich größtenteils um Umschuldungen handele. Im Hinblick auf die Politik der Allianz Leben in ihrer Akquisition kündigte Bäumer an, daß man die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung stärker nutzen wolle, bespielsweise für das Baufinanzierungsgeschäft oder für die individuell zugeschnittene Altersvorsorge. Auch wolle das Institut noch stärker die Zielgruppe junger Menschen ansteuern. Auf mittlere Sicht rechnet Bäumer auch mit positiven Auswirkungen für das Neugeschäft aus der Fortentwicklung der Vermögensbildung. Alles in allem zeichne sich für die Allianz Leben auch 1983 wieder ein gutes wirtschaftliches Ergebnis ab.

Das Ergebnis des Berichtsjahres 1982 war glänzend. Der Gesamtüberschuß belief sich auf 1,9 Mrd. DM und lag damit um 21 Prozent über dem Vorjahr. Die Ursachen liegen in den stark verbesserten Erträgen aus Kapitalanlagen, dem kräftigen Rückgang der Abschreibungen auf Wertpapiere und höheren realisierten Kursgewinnen.

Die günstige Situation erlaubt es dem Unternehmen, für 1984 die Zinsgewinnbeteiligung (neben dem 3prozentigen Rechnungszins) um einen halben Prozentpunkt auf 3,5 Prozent zu erhöhen. Überdies soll die Überschußbeteiligung jetzt zeitnäher (Direktgutschrift) erfolgen. Auf das im vergangenen Jahr von 77 auf 99 Mill. DM aufgestockte Aktienkapital wird eine Dividende von unverändert 18 Prozent ausgeschüttet.

Nicht ganz zufrieden ist man bei der Allianz Leben mit dem Minus von 9,8 Prozent (Branche: minus 4,4 Prozent) beim Neugeschäft (nach Versicherungssumme). Dies ist auf den hohen Anteil bei den Anpassungen zurückzuführen, was dem Institut aber im laufenden Jahr zum Vorteil gereicht. Deutlich unter dem Marktdurchschnitt (5,6 Prozent) blieb man bei der Stornoquote mit 3,9 (3,4) Prozent. Im „echten" Neugeschäft wurden mit über 380 000 Verträgen über eine Versicherungssumme von 9,3 Mrd. DM ein Zuwachs von 3 (Markt: minus 1) Prozent sowie ein Rückgang von 2 (Markt: minus 2,4) Prozent erzielt.

Bei den Beitragseinnahmen wurde der Marktanteil von 14 Prozent gefestigt. Die Durchschnittsrendite bei den Kapitalanlagen stieg auf den Spitzenwert von 7,7 Prozent. Während sich der Verwaltungskostensatz noch weiter verringerte, nahm der Abschlußkostensatz zu (siehe Tabelle), wobei freilich Sondereinflüsse eine Rolle spielten.

Allianz Leben	1982	±%
Versicherungsbestand (Mill. DM)	109 837	+ 5,7
eingel. Neugeschäft	10 663	– 9,8
Beitragseinnahmen	4772	+ 7,9
Aufw. für Versicherungsfälle	1431	+ 8,5
Kapitalanlagen	33 423	+ 11,8
Kapitalerträge	2717	+ 15,1
Aufw. f. Beitragsrückerst.	1851	+ 21,2
Rückst. für Beitragsrückerst.	5433	+ 19,3
	1982	1981
Stornoquote (%)	3,9	3,4
Verwaltungskostenquote	4,9	5,1
Abschlußkostenquote (%)	53,5	46,5

Hacker-Pschorr: Bestes Geschäftsjahr

dpa/VWD, München

Die Hacker-Pschorr-Bräu AG, München, konnte ihren Umsatz im „bisher besten Geschäftsjahr" 1981/82 (30. 9.) um 6,1 Prozent auf 136 Mill. DM steigern. Das Gesamtergebnis vor Steuern wuchs um 45 Prozent auf fast 9,2 Mill. DM, heißt es in einer Mitteilung. Der Gewinn von 8,8 Mill. DM wird an den Großaktionär Bayerische Brau-Beteiligungs-GmbH & Co. KG (Alleingesellschafter: Josef Schörghuber) abgeführt. Den restlichen Aktionären, die rund 3 Prozent des Kapitals von 13,5 Mill. DM halten, wird eine Garantiedividende von 23,30 DM je 50-DM-Aktie gezahlt. Der Bierabsatz, über den keine zahlenmäßigen Angaben gemacht wurden, sei gegenüber der Marktentwicklung überdurchschnittlich gestiegen. Dazu hätten insbesondere Spezialbiere beigetragen.

WÜRTTEMBERGISCHE FEUER / Teilkasko gegen Mißbrauch besser schützen

Die Beitragseinnahme steigt wieder an

MARTIN FINK, Stuttgart

Wieder belebt hat sich bei der Württembergische Feuerversicherung AG (Stuttgart) in den ersten Monaten 1983 das Neugeschäft. Die Beitragseinnahme, die im vergangenen Jahr mit einem Zuwachs von nur noch 3,2 (12) Prozent auf 1,028 (0,996) Mrd. DM nicht befriedigte, lag im ersten Quartal 1983, bei erneut leicht gesunkener Schadenquote, immerhin wieder um 8 Prozent über dem Vergleichszeitraum 1982. Daß es im weiteren Jahresverlauf so bleibt, mag Vorstandsvorsitzender Dr. Georg Büchner noch nicht recht glauben: Er hält ein Beitragsplus von etwa 5 Prozent in 1983 für realistischer.

In der Kfz-Teilkasko, die trotz Beitragserhöhung von Anfang 1983 angesichts der extremen Schadensentwicklung weiter ohne Gewinnchance wäre, will Büchner einen Wahltarif mit einer Selbstbeteiligung von voraussichtlich 300 DM je Schadenfall aus der Taufe heben. „Allzu anfällig" habe sich diese Sparte in der Vergangenheit für das mißbräuchliche Kassieren von Versicherungsleistungen gezeigt, insbesondere beim Glasbruch und Teilediebstahl.

Auch der schon seit längerem diskutierte Risikozuzuschlag in der Kfz-Haftpflicht für die besonders unfallträchtigen Fahrer aus der Türkei, aus Griechenland und Jugoslawien steht jetzt auf dem Programm. Diese Nationalitätengruppe verbrauchte laut Büchner 1982 mit ihren Schäden 123 Prozent der Prämie.

Im Berichtsjahr schloß das Institut im Gegensatz zu 1981 mit einem positiven versicherungstechnischen Ergebnis, nach Zuführung von 6,2 (Entnahme 2,6) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung, in Höhe von 1,1 (minus 8,9) Mill. DM ab. Aus den Kapitalanlagen, die um 10,1 Prozent auf 1,396 Mrd. DM wuchsen, flossen um 9,3 Prozent höhere Erträge von 109 Mill. DM, so daß Württ. Feuer insgesamt doch noch mehr verdient hat als im Vorjahr. Der Jahresüberschuß wird mit 19 (14,5) Mill. DM ausgewiesen, wovon 9,5 (5) Mill. DM in die Rücklagen gehen.

Unverändert sollen wieder 18 Prozent Dividende gezahlt werden. Zur Hauptversammlung am 19. Mai steht ferner eine Kapitalerhöhung um 8,8 Mill. DM auf 61,6 Mill. DM an. Die neuen Aktien werden im Verhältnis 6:1 zu einem Kurs von 250 Prozent angeboten und sind vom 1. Juli 1983 gewinnberechtigt.

NESTLE

Umsatz stagniert Gewinn verbessert

dpa/VWD, Vevey

Der Konzernumsatz des zweitgrößten europäischen Nahrungsmittelherstellers, der Schweizer Nestlé, belief sich 1982 auf praktisch unverändert 27,7 Mrd. sfr (32,7 Mrd. DM). Die Stagnation wird mit dem „Einfluß verschiedener gegenläufiger Faktoren" erklärt. Zwar führten, so heißt es im Geschäftsbericht, inflationsbedingte Preiserhöhungen in zahlreichen Ländern zu einer Umsatzzunahme. Diese wurden jedoch wechselkursbedingt sowie in geringerem Maß durch die Aufgabe einiger Geschäftszweige und durch die der „weltweiten Rezession zuzuschreibende Stagnation beziehungsweise Abnahme in gewissen Produktgruppen aufgewogen".

Der Konzerngewinn wird mit rund 1,1 Mrd. sfr angegeben, das ist ein Plus von 14 Prozent. Dazu trugen gesunkene Finanzierungskosten, eine straffere Kontrolle des Betriebskapitals und die Einstellung unrentabler Aktivitäten bei. Andererseits wurden die Aufwendungen für Marketing und Forschung erhöht sowie „Risiko-Rückstellungen" vorgenommen.

Die Nestlé AG, Holding der gesamten Nestlé-Aktivitäten, schließt ihre Rechnung für 1982 mit einem Reingewinn von 374,8 (299,8) Mill sfr ab. Der Hauptversammlung am 19. Mai wird eine auf 96 (85) sfr erhöhte Dividende pro Aktie vorgeschlagen. 100 Mill. sfr sollen den Reserven zugewiesen und 2,3 Mill. sfr auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Flaues Postgeschäft ausgeglichen

dos. Nordenham

Die Norddeutsche Seekabelwerke AG (NSW), Nordenham, an der die Philips Kommunikations Industrie AG, Nürnberg, und die Siemens AG, München/Berlin, jeweils zur Hälfte beteiligt sind, hat das schwierige Geschäftsjahr 1982 gut überstanden. Nach Angaben des Unternehmens konnte der Umsatz um 3 Prozent auf 81 Mill. DM gesteigert werden, obwohl die Bestellungen der Deutschen Bundespost im Fernmeldekabelbereich nicht ganz das Niveau des Vorjahres erreichten.

Verbessert hat sich auch die Ertragslage. Der Jahresüberschuß erhöhte sich auf 2,55 (2,25) Mill. DM. Nach der Einstellung von wieder 0,75 Mill. DM in die Rücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von 1,8 (1,5) Mill. DM, aus dem eine auf 12 (10) Prozent erhöhte Dividende ausgeschüttet wird.

Neben Fernmeldekabeln befaßt sich die NSW mit der Herstellung von Kunststofferzeugnissen. Darüber hinaus ist das Unternehmen, das rund 600 Mitarbeiter beschäftigt, auf den Gebieten der Meerestechnik und der Verfahrenstechnik tätig. Im laufenden Jahr rechnet der Vorstand erneut mit einer Abschwächung des Post-Geschäfts. Dieser Rückgang, so heißt es, soll durch Umsatzsteigerungen in den anderen Arbeitsgebieten ausgeglichen werden.

BAYERISCHE VEREINSBANK INTERNATIONAL

Interesse an DM-Einlagen

CLAUS DERTINGER, Luxemburg

Sehr zufrieden zeigt sich Peter Reimpell, Vorstandsmitglied der Bayerischen Vereinsbank, mit der Entwicklung des Geschäfts und des Ertrags der Bayerischen Vereinsbank International (BVI) Luxemburg, bei der er als Präsident des Verwaltungsrats fungiert. Im Kreditgeschäft gelang eine Ausweitung um 23 Prozent auf umgerechnet 4 Mrd. DM, und zwar fast ausschließlich im margenträchtigeren kurzfristigen Geschäft mit vorwiegend deutschen Kunden. Die BVI ist aber dabei, auch das internationale D-Mark-Kreditgeschäft zu aktivieren.

Im mittel- und langfristigen Rollover-Geschäft, auf das 40 Prozent des Kreditvolumens entfallen, hat sich die Bank wegen unbefriedigender Margen zurückgehalten. Positiv auf die Ertragskraft wirkt sich der für Luxemburger Eurobanken relativ hohe 75prozentige Anteil des Kreditgeschäfts an der Bilanzsumme aus, die, um Wechselkursveränderungen bereinigt, um 20 Prozent auf 5,6 Mrd. DM gestiegen ist und jetzt bei gut 6 Mrd. DM liegt. Auch der Geldhandel wurde weiter ausgebaut.

Überproportional, nämlich um zwei Fünftel auf 11 Prozent der Passiva, stiegen die Kundeneinlagen. Mit Freude registiert die BVI ein zunehmendes auch internationales Interesse an Einlagen in D-Mark sowie an der Vermögensberatung und -anlage seitens wohlhabender deutscher und internationaler Privatkunden, Geschäftssparten, die deutlich zum Ertrag beitragen. Bei einer Steigerung des Zinsüberschusses um 53 Prozent und höheren Provisions- und Handelserträgen erwirtschaftete die BVI ein um 44 Prozent verbessertes Betriebsergebnis, das wegen weiter gestiegener internationaler Risiken zur inneren Stärkung verwandt wird, für die etwa 70 Mill. DM aufgewendet wurden.

VORWERK / Seit 100 Jahren hat das Wohlergehen des Werks Vorrang vor dem der Inhaber

Unternehmergeist basiert auf sechs Grundsätzen

HARALD POSNY, Wuppertal

In Zeiten, in denen Großkonzerne durch Mißmanagement oder wirtschaftlich stürmische Zeiten in die Knie gezwungen werden, bedeutende Unternehmerfamilien entweder untergegangen oder ihre Gesellschaften in anonyme Kapitalgesellschaften umgewandelt wurden, hat die Wuppertaler Vorwerk & Co. KG 100 Jahre hinweg durchgehalten.

Und dies nicht nur in guter Verfassung, wie die 34 Prozent Eigenkapitalquote und die die Eigenmittel übersteigenden Pensionsrückstellungen zeigen, sondern Vorwerk hat sich auch, wie die Soziologie-Professorin Helge Pross in ihrer Jubiläumsbiografie „Der Geist der Unternehmer" schreibt, als „Unternehmer-Unternehmen und als Familienunternehmen" behauptet. Mit über vier Generationen durchgängigen Verwandtschaftslinien: Der heutige persönlich haftende Gesellschafter Jörg Mittelsten Scheid (46) leitet zusammen mit seinen nicht zur Familie (16 Gesellschafter) gehörenden Partnern Günter Busch und Bernd Balders den Konzern, der mit 8000 Mitarbeitern und zusätzlich 7500 selbständigen Handelsvertretern für den Direktvertrieb einen Umsatz von über einer Mrd. DM mit „Erzeugnissen rund ums Haus" erwirtschaftet und in 34 Ländern Europas und in Übersee vertreten ist.

Die Gründung geht auf die Brüder Carl und Adolf Vorwerk zurück, die in Barmen anfänglich Teppiche auf englischen, später auf selbstentwickelten Maschinen herstellten. Bald darauf kamen die Garn- und Möbelstoffertigung hinzu. Krisen, Krieg und Zerstörung schüttelten das Werk der Vorwerks mehr als einmal.

Nach der schweren Depression 1929 – sie führte das Unternehmen nahe an den Konkurs – kam „Rettung aus eigener Kraft durch doppelte Innovation" (Pross): die Herstellung des „Kobold", des kleinsten und vielseitigsten Handstaubsaugers und die von Gründersohn Werner Mittelsten Scheid aus den USA mitgebrachte neue Vertriebsform, der Direktvertrieb von Haus zu Haus.

Nach dem 2. Weltkrieg begann die eigentliche Wachstums- und Diversifikationsphase: Zwar wurden oft alte gegen neue Produktgruppen ausgetauscht, doch bestreiten heute Elektrogeräte etwa 72, Teppichböden (Teppiche wurden aufgegeben) und Möbelstoffe 18, Fertighäuser und Dienstleistungen (Gebäudereinigung) 7 und 3 Prozent des Umsatzes. Eine Beteiligung an der AKF-Bank rundet das Bild ab.

Die Vorwerk-Erfolge führt Helge Pross nicht auf die Einzigartigkeit der Produkte, sondern auf den „Geist der Unternehmer zurück, auf Lebens- und Unternehmensführung, auf den Pathos der eigenen Arbeit, auf sechs Grundsätze: Die Firma hat Vorrang vor den abweichenden Bedürfnissen der Inhaber; das Geld (etwa 75 Prozent des Nettogewinns) bleibt im Unternehmen; die Inhaber schulden dem Werk ein Höchstmaß an Arbeit; vorsichtiges, behutsames Wachstum; Ehrenmoment geht über Verdienstmoment und die bewußt soziale Verantwortung im Sinne der Förderung und Bindung der Mitarbeiter an das Unternehmen. 1893 wurde die Altersversorgung für Angestellte, 1908 der Pensions- und Invaliditätsfonds für Arbeiter gegründet.

Mitbestimmung per Betriebsvereinbarung gab es bei Vorwerk, lange bevor sie Gesetz wurde. Mitarbeiter wirken bei der Gestaltung ihrer Arbeitsplätze mit.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Euskirchen: Maria Münch, Inh. Maria Münch-Kuntze; **Hannover:** Nachl. d. Heinz Kreutz, Laatzen; **Köln:** Pütz Naturstein GmbH; **Wuppertal:** Lakosa Genußmittel Import u. Export GmbH.

WELT-Korrespondenten berichten aus Hannover

Industrieansiedlung – Philips Kommunikations-Industrie – Sparkassen- und Giroverband

Auch die letzten Skeptiker auf dem hannoverschen Messegelände zweifeln nicht mehr am Erfolg der Veranstaltung. Noch zwei Tage präsentiert sich der Weltmarkt für Technologie und Know-how, und das Interesse ist ungebrochen. Auch am Montag drängten sich die Besucher in ungewohnt großer Zahl durch die 23 Hallen und das Freigelände. Waren es anfangs vor allem die Aussteller im Cebit-Bereich, die von insgesamt befriedigenden Geschäftsabschlüssen sprachen, so sind inzwischen auch andere Branchen mit zum Teil beachtlichen Aufträgen bedacht worden. Die Aufsichtsratsvorsitzende der Messe-AG, Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel, formuliert das so: „Das Anziehen der Inlandsnachfrage wirkt sich vor allem bei kleinen und mittleren Firmen in Form von Abschlüssen aus." Davon profitieren offensichtlich auch die ausländischen Aussteller, die sich durchweg zufrieden über ihre Beteiligung äußern. (dos)

Geiger: Im Auslandsgeschäft „Aufhellungen erkennbar"

Vor allem für die Binnenwirtschaft haben sich die Startbedingungen seit Anfang 1983 erheblich verbessert. Diese Ansicht vertrat der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, gestern auf der Hannover-Messe. Auch für die Außenwirtschaft seien bereits „Aufhellungen erkennbar", erklärte Geiger während einer Veranstaltung im Niedersachsen-Pavillon. Erleichtert werde der Normalisierungsprozeß durch die nachgebenden Zinsen und Energiepreise.

Ob allerdings immer weitere Zinssenkungen tatsächlich in der Lage sind, den Konjunkturaufschwung herbeizuführen, sei zumindest zweifelhaft. Die weitere Belebung, so der Sparkassen-Präsident, müßte jetzt eher „aus der Verbesserung und aus der Stabilisierung der übrigen Rahmenbedingungen kommen".

Im Verhältnis zu anderen Währungen rechnet Geiger mit einem weiteren Aufwertungsprozeß der D-Mark, wenn die Wirtschaftslage sich bessere und gleichzeitig die Inflationsrate zurückgehe. Die deutsche Exportwirtschaft sollte sich aber davon nicht beeindrukken lassen. Wichtiger sei es, die Kosten der deutschen Produktion besonders im personellen Bereich und bei importierten Vormaterialien in Grenzen zu halten.

Für den Außenwert der D-Mark sind nach den Worten Geigers die Währungsrelationen im EWS von besonderer Bedeutung. Verflogen sei inzwischen die „Illusion, über feste Wechselkurse in Europa auch eine gleichgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik erzwingen" zu können. Statt dessen habe sich jetzt die „realistische Einschätzung" durchgesetzt, daß der Europäische Währungsverbund schon dann nützlich und erfolgreich sei, wenn er hektische Kursausschläge zwischen den europäischen Währungen verhindert und den Handel stabilisiert. So gesehen sei das EWS bisher durchaus erfolgreich gewesen.

Zustimmend äußerte sich Geiger zur Politik der Deutschen Bundesbank. Richtig sei es, den Zinssenkungsprozeß nicht künstlich zu forcieren. Der Kapitalmarkt müsse aus sich selbst heraus gesunden, meinte Geiger. Die Bundesbank sollte deshalb daran festhalten, lediglich die verbesserten Stabilitätsbedingungen mit Zinssenkungsschritten zu begleiten und abzustützen.

Für eine globalere Betrachtungsweise in der Wirtschaftspolitik setzte sich auf derselben Veranstaltung der Vorstandsvorsitzende der Norddeutschen Landesbank, Bernd Thiemann, ein. Die gängigen Theorien könnten jeweils für sich allein die wirtschaftlichen Probleme nicht lösen. Es komme darauf an, eine verstetigte Geldpolik, eine Verbesserung der Kosten- und Produktionsbedingungen sowie eine stabilisierende Nachfragepolitik miteinander zu verknüpfen.

Thiemann bezeichnete es als unerläßlich, unter strikter Beachtung der in der Vergangenheit erkannten Fehlentwicklungen klare und verläßliche wirtschaftspolitische Rahmendaten zu setzen. Derzeit befinde sich die Bundesrepublik in einer Phase, die als „neues wirtschaftspolitisches Experiment" zu umschreiben sei.

DOMINIK SCHMIDT

Drei Betriebe neu angeworben

Trotz des eher noch verstärkten Wettbewerbs auf dem Gebiet der Ansiedlung von Industriebetrieben, hat das Land Niedersachsen in diesen Tagen drei Firmen von seinen Standortvorteilen überzeugen können. Nach Angaben der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel wurden in der vergangenen Woche Verträge über die Ansiedlung eines kunststoffverarbeitenden Betriebs in Lemwerder, einer Pralinenfabrik in Peine und eines Granit- und Marmorverarbeitungsbetriebs in Lüneburg unterzeichnet. Die jeweiligen Investitionen belaufen sich zwischen 2 Mill. DM und 5 Mill. DM, die Zahl der neuzuschaffenden Arbeitsplätze zwischen 40 und 150. Frau Breuel wies zugleich daraufhin, daß derzeit noch „einige erfolgversprechende Ansiedlungsgespräche" mit Firmen aus den Bereichen Baustoffherstellung und Fahrzeugzulieferung im Gange sind.

Im Rahmen der Hannover-Messe, so Frau Breuel, wurden ferner Kontakte zu US-amerikanischen und japanischen Unternehmen geknüpft. Das Interesse vor allem der amerikanischen Vertreter allerdings konzentriere sich zunächst vorrangig auf die Einrichtung von Handelsagenturen, mit deren Hilfe der deutsche Markt erschlossen werden soll. Dennoch seien auch diese Kontakte positiv zu bewerten. (dos.)

Weiterhin Zuwachsraten

Der harte Wettbewerb der einzelnen Vertriebsformen des Handels vor dem Hintergrund stagnierender Umsätze zwingt die Branche zur Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Kostenersparnis und der Rationalisierung. Dies führt zu einer unerwartet hohen Nachfrage nach elektronischen Kassensystemen. So bestätigen in Hannover alle Anbieter von Scannerkassensystemen einhellig, daß die Testphase der Pilotinstallationen eindeutig beendet ist. Sowohl der Auftragsbestand bei diesen Anbietern als auch die auf der Messe mit potentiellen Anwendern geführten Gespräche können als deutliches Indiz für den Durchbruch der Systeme gewertet werden. Die maßgebende Rolle spielen dabei die bisherigen Lieferanten, zu denen IBM, NCR, Nixdorf und die jetzt bei Olivetti integrierte DTS zählen. Mitmischen will jedoch auch ADS/Anker und der eine oder andere japanische Anbieter wie z. B. Omron und TEC.

Auch kleine elektronische Registrierkassen, sogenannte ECRs, sind weiter gefragt. Das Marktpotential in der Bundesrepublik wird auf 45 000 bis 50 000 neue Kassen jährlich geschätzt, der Gesamtwert dieser Installationen dürfte 200 Mill. DM übersteigen. Knapp die Hälfte davon entfällt auf Kassen im Billigpreisbereich, sie werden bereits zu Stückpreisen ab rund 700 DM angeboten, also unterhalb der Abschreibungsgrenze. Marktführer ist hier ADS/Anker, vor allem bei ECRs im mittleren Preisbereich. NGR ist jedoch hier nach wie vor aktiv. Jetzt steigt auch Olivetti/DTS ein. Darüber hinaus sehen in diesem Bereich, in dem keine aufwendige Software erforderlich ist, zahlreiche japanische Hersteller ihre Chance.

Aber auch bei den etablierten Anbietern ist „unter dem Blech" vieles an Bauteilen und ganzen Bauelementen japanischer Herkunft. Aus dem fernöstlichen Land wurden 1982 bereits mehr als 60 000 Kassen in die Bundesrepublik eingeführt, ein Plus von 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr, teilweise allerdings auch für den Re-Export bestimmt. Alles deutet darauf hin, daß hier noch weiteres Wachstum zu erwarten ist.

HEINZ HILDEBRANDT

Angebotsstärke im Verbund

Als leistungsfähiges und vielseitiges Unternehmen stellt sich die Philips Kommunikations-Industrie AG dar. Der Unternehmensverband besteht aus den drei Bereichen Philips Data Systems, der sich mit allen Aspekten der Bürotechnik, Daten- und Textverarbeitung befaßt, und der Tekade, zuständig für Fernmeldeanlagen, sowie F & G, dem Anbieter von Nachrichtenkabel und -anlagen. Der Gesamtumsatz lag 1982 bei rund 1,1 Mrd. DM, etwa gleichmäßig auf die Teilbereiche verteilt.

Dabei ist die Entwicklung jedoch durchaus unterschiedlich verlaufen. So spricht Philips Data von relativ erfreulichen Umsätzen mit Wiederverkäufern, vor allem im Bereich der Bürocomputer, während bei Aufträgen aus der mittelständischen Wirtschaft eine Stagnation zu verzeichnen war. Steigerungen gab es dagegen trotz der Rezession im Auftragseingang und im Umsatz mit den Großkunden aus Industrie und Handel, Banken und der öffentlichen Hand. Zum Jahresbeginn stieg der Auftragseingang besonders im Bereich der Micro- und Dialogsysteme stark an. Das gleiche berichtet auch Tekade, wobei hier vor allem die Deutsche Bundespost wichtigster Abnehmer ist.

Die Philips Kommunikations AG stellt eine breite Produktpalette vor, die von Diktiersystemen und Microcomputer über Selbstbedienungskonzepte für Kreditinstitute bis zu Dialog- und Multifunktionssystemen führt. Die Erfahrungen der verschiedenen Unternehmensbereiche sowohl in der Daten- als auch in der Kommunikationstechnik erweisen sich dabei als Vorteil.

Philips hat das Umsatztal zum Jahresbeginn, bedingt durch das Auslaufen der Investitionsförderung, bereits im März weitgehend überwunden. Wie schon im Vorjahr werden von der Hannover-Messe weitere Nachfrageimpulse erwartet. HEINZ HILDEBRANDT

AKZO / Roßkur im Chemiefaserbereich beendet – Rendite immer noch mager

Gut gerüstet für den Aufschwung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Was man im weltweiten Rezessionsjahr 1982 trotz 6prozentiger Minderung des Mengenabsatzes als Rendite erreicht habe, berechtige nun zu der Erwartung, „daß wir bei einer geringfügigen Besserung der internationalen Wirtschaftslage für 1983 mit einer Ergebnissteigerung rechnen können". Mit diesem Hoffnungsschimmer würzt der Vorstand des holländischen Chemiemultis Akzo N. V., Arnheim, seinen von nur noch 6,5 Prozent Eigenkapitalrendite geprägten Abschluß für 1982.

Magerkost erhalten auch die Aktionäre mit dem Dividendenvorschlag von 1,60 (2) hfl je 20-Gulden-Aktie (Hauptversammlung am 10. Mai). Auf Basis der Wiederbeschaffungswerte (Ausmerzung inflationärer Scheingewinne) schütte man damit wiederum den gesamten „realen Gewinn" aus.

Daran partizipiert auch der kleine freie Eigentümerrest (2,5 Prozent von 222,9 Mill. DM Aktienkapital) der Enka AG, Wuppertal, mit garantierten zwei Dritteln der Akzo-Dividende und nun noch 2,67 DM je 50-DM-Aktie. Diese Zwischenholding des Konzerns, bei der insbesondere die europäischen Chemiefaser-Aktivitäten konzentriert sind, weist bei 2,31 (2,29) Mrd. DM Umsatz als Resultat erfolgreicher Faser-Strukturbereinigung sogar einen Jahresüberschuß von 47 (0) Mill. DM aus, der in die Rücklagen geht. Auch ohne die steuerlichen „Verrechnungsgewinne" mit nicht bei Enka konsolidierten deutschen Akzo-Töchtern gegen den eigenen (jetzt noch gut 100 Mill. DM ausmachenden) steuerlichen Verlustvortrag schlug hier das vorjährige Minus von 5 Mill. DM in einen Gewinn von 19. Mill. DM um.

Der Chemiefaserbereich, der größte unter den sechs Produktgruppen des Konzerns, war gleichwohl mit einem Umschlag in 19 Mill. hfl Betriebsergebnis-Minus (nach einem Plus von 33 Mill. hfl) auch der größte Renditeminderer des Konzerns in 1982. Dies aber nur wegen einschlägiger Verluste bei der für 188 Mill. hfl auf 100 (66) Prozent ausgebauten Akzo-Tochter Akzona/USA.

Diese soll sich nun nicht nur von ihrer bei 644 (650) Mill. hfl Umsatz mit nur noch 5 (30) Mill. hfl Betriebsergebnis renditeschwach gewordenen und zum Verkauf „ausgeschriebenen" Draht- und Kabeltochter Brand Rex trennen. Auch das in Europa schmerzhaft erworbene „Know-how" an Chemiefaser-Strukturbereinigung soll jetzt bei Akzona seinen Niederschlag finden.

In Europa hingegen, so betont Enka-Vorstandsvorsitzender Hans Günther Zempelin, der Deutsche im Akzo-Vorstandsquartett, habe der Konzern die Roßkur seiner Strukturbereinigung, dem vereinbarten Kapazitätsabbau der Chemiefaserbranche vorauseilend, nun hinter sich. Die Schließung des Werkes Kassel (bis Mitte 1984) eingeschlossen, habe man seit 1975 die Kapazitäten um ein Drittel auf 400 000 Jato mit dem Verlust von 24 000 Arbeitsplätzen abgebaut.

Die Chemiefaser-Zukunft soll in Kombination von stark reduziertem Textilfaseranteil und seit Jahren expandierender Faserproduktion für industrielle Anwendungen besser aussehen. Dies zumal wegen der in Partnerschaft mit dem holländischen Staat beschlossenen Neuinvestition von 600 Mill. hfl für die hochfeste Aramid-Faser. Doch hier wie bei den meisten seiner Produkte bleibt der Konzern in der Rendite noch meilenweit hinter seiner Pharmasparte zurück, die als einziger Bereich ihr Betriebsergebnis 1982 noch auf 14,9 (12,8) Prozent des Umsatzes verbesserte.

Akzo-Konzern	1982	±%
Umsatz (Mill. hfl)[1]	14 154	– 2,2
dav. Chemiefasern	4 359	– 6,8
Chem. Produkte	3 817	– 4,8
Pharmazeutika	1 563	+ 5,3
Beschäftigte	73 700	– 5,3
Sachinvestitionen	730	+ 5,3
Abschreibungen	533	+ 1,1
Betriebsergebnis	492	– 12,6
Nettoergebnis	165	– 31,0
Ausschüttung[2]	80	– 10,0

[1] hfl = 0,90 DM. [2] Davon 18 (7) Mill. hfl für Konzernfremde.

Bremer Sparkasse weiter positiv

W. WESSENDORF, Bremen

Sowohl in der Einlagen- als auch in der Kreditentwicklung haben sich die positiven Tendenzen aus dem Vorjahr bei der Sparkasse in Bremen in den ersten drei Monaten 1983 zum Teil fortgesetzt. Wie der Vorstand des größten bremischen Kreditinstituts berichtete, haben sich die Spareinlagen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 50 Mill. DM erhöht. Mit 62 Mill. DM habe sich die Bestandsausweitung bei den Inhaberschuldverschreibungen gegenüber 1982 fast verdoppelt. Damit sei die Ersparnis, die sich in der Bilanz niederschlage, fast doppelt so hoch wie 1982.

Auch das Kreditgeschäft habe sich stets aufwärts entwickelt. So nahmen die Kreditbewilligungen der Sparkasse für den Wohnungsbau um 50 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Berichtszeitraum zu. Mit 77 Mill. DM war die Bestandsausweitung bei den langfristigen Krediten deutlich besser als im ersten Quartal 1982. Das gesamte Kreditvolumen konnte um 147 Mill. DM auf 6,5 Mrd. DM ausgeweitet werden.

Dennoch blickt der Vorstand mit vorsichtigem Optimismus in das Jahr 1983. Die Ertragslage werde durch die jüngsten Zinsmaßnahmen der Bundesbank bestimmt. Zum Teil habe die Sparkasse sie mit höheren Rücknahmen der Kreditzinsen, als es der Marktentwicklung entsprochen hätte, an die Kunden weitergegeben.

Vom Jahresüberschuß von 34,5 (32) Mill. DM wurden 33,5 Mill. DM der Sicherheitsrücklage zugeführt.

Wettbewerbsvorteil mit Mikroelektronik

PETER WEERTZ, Berlin

Wie abhängig auch mittlere Unternehmen von neuen Technologien und von einer leistungsfähigen Forschung sind, demonstriert die Dr. Bruno Lange GmbH, Berlin, die vor 50 Jahren gegründet wurde. Von Anfang produzierte das Unternehmen medizinische Meßgeräte für Arzt-Praxen und Klinik-Laboratorien sowie Überwachungsgeräte für Wasser und Abwasser. „Im Mittelpunkt unserer Forschung und Produktion stehen seit 50 Jahren Gesundheit und Umweltschutz", sagte Reinhard Lange, Sohn des Gründers und Inhaber des Familienunternehmens. Es begann mit der photoelektrischen Meßtechnik, heute geht es um die Anwendung der Mikroelektronik, die die technische Basis der modernen Meßgeräte ist. „Der frühzeitige Einsatz der Mikroelektronik ist unser Wettbewerbsvorteil", berichtet Lange zuversichtlich. Das Unternehmen zählt in Europa zu den größten Herstellern von Photometern und Diagnostica für klinisch-chemische Analysen sowie Meßgeräte für die Industrie und den Umweltschutz.

Im Jubiläumsjahr wird ein Umsatz von rund 30 Mill. DM erwartet. Zur Zeit stagniert der Umsatz. Lange rechnet jedoch mit einer weiteren Zunahme, wenn die neuentwickelten Geräte in den Handel kommen. Der Export in 48 Ländern bringt ein Viertel des Umsatzes. Für Forschung und Entwicklung wendet das Unternehmen 10 Prozent des Umsatzes auf. In Berlin und den 6 technischen Service-Büros in der Bundesrepublik werden 250 Mitarbeiter beschäftigt.

Spaten: Umsatz wichtiger als Menge

dpa/VWD, München

Auf ertragsorientiertes Wachstum hat die Gabriel Sedlmayr Spaten-Franziskaner-Bräu KGaA, München, ihre Geschäftspolitik konzentriert. Umsatz-, nicht Mengenwachstum habe im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) an erster Stelle gestanden, erläuterte Walter Zeller, geschäftsführender persönlich haftender Gesellschafter, bei Vorlage des Jahresabschlusses. Die Erlöse des Unternehmens stiegen im Berichtsjahr auf rund 154 (137) Mill. DM und im Konzern auf 163 (146) Mill. DM.

Aus dem Jahresüberschuß der Spaten-Bräu von 1,0 (1,2) Mill. DM erhalten die Kommanditisten nach Einstellung von 0,4 Mill. DM in die freie Rücklage wieder eine Dividende von 18 Prozent auf 3,35 Mill. DM Grundkapital. Die Ausschüttung stammt voll aus dem Getränkegeschäft.

Der Getränkeausstoß nahm um 3,8 Prozent auf 1,18 Mill. Hektoliter zu. Der Bierausstoß stieg um 1,9 Prozent auf 827 000 Hektoliter, der Absatz alkoholfreier Erfrischungsgetränke um 8,4 Prozent auf 356 000 Hektoliter. Das Exportgeschäft wuchs um 10,3 Prozent, wodurch sich der Anteil am Gesamtausstoß auf 18,8 (15,3) Prozent erhöhte. Zeller hofft, auch 1982/83 mit einem befriedigenden Ergebnis abschließen zu können. Eine Dividendenerhöhung wollte Zeller nicht ausdrücklich ausschließen. Bis Ende Februar verzeichnete Spaten-Bräu gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum einen leichten Ausstoßzuwachs. Die Bierpreise sollen im Laufe des Jahres um 3 bis 4 Prozent erhöht werden.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Renten unverändert

Das Geschäft mit festverzinslichen Papieren stand völlig im Schatten der fortschreitenden Aktienhausse. Die Umsätze waren begrenzt. Das Publikum ist zur Zeit kaum für Rentenwerte zu interessieren, zumal die Prognosen für neue Zinssenkungen in ihrer Aussage immer vorsichtiger werden. Dies hängt mit der fortbestehenden Abhängigkeit von den Zinsbewegungen in den USA zusammen, die vielfach Rätsel aufgeben. Auch am Markt für DM-Auslandsanleihen gab es keine größeren Umsätze.

Sonderinstitute

	18. 4.	14. 4.
5 DSLB Pf 36	88,5	88,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 43	94,5bG	94,5
8 dgl. Pf 118	97	97
5 dgl. KO 36	98,75	98,75
5½ dgl. KO 45	98	98
7 dgl. KO 58	105	105
6½ dgl. KO 67	98,75	98,75
8½ dgl. KO 94	109bG	109
8 dgl. KO 119	102	102
8½ dgl. KO 124	100,25	100,25
6 IKB 68	100	100
6½ dgl. 69	100,5	100,5
6½ dgl. IS 90	92,75	92,75
4 dgl. IS 105	94,2	94,2
6 dgl. IS 108	87	87
5½ dgl. IS 114	92,9	92,9
7½ K. f. W. 70	101,15G	101,15
8 dgl. 70	102,2G	102,20
8 dgl. 76	101,85	101,8G
7½ dgl. 79	100,6	100,45
10 dgl. 81	112,8	112,8
8½ dgl. 82	104,95	104,95
6 Landw.-Rtbk. 20	100,2	100,2
6 dgl. 26	100	100
7½ dgl. 27	101,5G	101,5G
8 dgl. 29	100,15G	100,15G
9½ dgl. 36	104,5G	104,5G
6½ dgl. 59	101G	101G
10 dgl. 120	107G	107G
8½ dgl. 127	104,5G	104,5G
9 dgl. 131	106,25G	106,25G
7½ LAG 74/16	101,8G	101,8
8 dgl. 74/17	105,45	105,4G
6½ dgl. 77/18	98,5G	98,5G
5½ dgl. 78/19	94,9	94,9
7 dgl. 79/20	99,8	99,8

Bankschuldverschreib.

7 All. Hyp. Pf 2	100,25	101
6½ dgl. Pf 7	95G	95G
6½ dgl. Pf 98	97G	97G
7 dgl. Pf 99	101G	101G
7½ dgl. Pf 101	101,5G	101,5G
6 dgl. KO 1	86T	86T
6½ dgl. KO 46	100,25G	100,25G
6 Bd. Komm.Ldbk. 69	86G	86G
7 dgl. Pf 76	95G	95G
6½ dgl. KO 64	89G	89G
6½ Bay. Hdbk. Pf. 3	87,5bG	87,5bG
7 Bay. Hdbk. KO 2	101,5bG	101,5bG
6 Bay. Hypo. Pf. 38	83	83
7 dgl. Pf 3	97G	95,5bG
6½ dgl. KO 6	88	88
6 Bayer. Vbk. Pf. 39	83	83
6½ dgl. Pf 8	90	90
7 dgl. KO 3	101,75bG	101,75bG
8 Bln. Pfbr. Bk. 31 fr. Bln. Pfbr.Amt	105G	105G
7½ dgl. 33	100,5G	100,5G
7½ dgl. 47	101,5T	101,5T
6 Br. H. Hp. Pf 71	83,5G	83,5G
7 dgl. Pf. 72	101bG	101bG
6½ dgl. Pf. 75	89G	89G
6½ D.Centrbd. Pf 125	90	90
9 dgl. Pf 190	102,25	102,25
7 dgl. KO 113	102bG	102bG
6 DG HYP Pf 48	85G	83G
5½ dgl. Pf 58	78G	78G
7 dgl. Pf 69	101,75G	101,75G
5½ D. Gen. Bk. IS 70	95,25T	94G
6 dgl. IS 71	99,95	100G
6½ dgl. IS 73	97,75G	98,75G
6½ dgl. IS 74	96,35	95,35
6½ dgl. IS 75	99G	99G

	18. 4.	15. 4.
7½ D. GiroKO 101	102,15	102,15
10 dgl. KO 125	104	104
9 dgl. KO 179	107,4G	107,4G
9½ dgl. KO 180	109,7G	109,7G
9½ dgl. KO 181	110G	110G
9 dgl. IS/K	100,9G	100,9G
6 D.Hyp.Brem. Pf 118	83G	83G
7 dgl. Pf 123	99,7G	99,7G
6½ dgl. KO 125	97,15G	97,15G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	86G	86G
7 dgl. Pf 130	94G	94G
6½ dgl. Pf 149	88,5G	88,5G
8½ D. Schiffb. Pf 83	102,85	102,85
7½ dgl. Pf 84	101,55	101,55
6 Fr. Hyp Pf 98	83G	83G
7 dgl. Pf. 113	95,5	95,5
6½ dgl. Pf 119	89G	89G
10 dgl. Pf 168	101,6G	101,6
8 dgl. KO 220	105,7G	105,7G
7½ dgl. KO 222	105,15G	105,15G
10 dgl. KO 226	106,9G	106,9G
9½ dgl. KO 228	111,4G	111,4G
8½ dgl. KO 251	104,25G	104,25G
9 dgl. KO 252	105,65G	105,65G
6 Hbg. Ldbk. Pf 48	84	84
9 dgl. IS 44	100,15	100,15
10 dgl. IS 46	100,6	100,6
9½ dgl. IS 53	105,25	105,25
8½ dgl. IS 92	104,6	104,6
8 dgl. IS 96	103,3	103,3
9½ dgl. KO 110	109,75	109,75
7 dgl. KO 111	107	107
5½ H. Ldbk. Pf 43	81G	81G
7 dgl. Pf 54	96,85G	96,85G
9 dgl. Pf 76	102,95G	102,95G
6 dgl. Pf 87	100,1G	100,1G
6 dgl. KO 47	85G	85G
6½ dgl. KO 81	88G	88G
7 dgl. KO 203	97G	97G
7½ dgl. KO 204	98,2G	98,2G
6 Hyp.Hbg. Pf 46	84,75	84,75
6½ dgl. Pf 80	92,25	92,25
9 dgl. Pf. 117	100,2	100,2
8 dgl. Pf 240	102,4	102,4
9 dgl. KO 125	101,4	101,4
8 dgl. KO 175	103,1	103,1
9 dgl. KO 250	105,5	105,5
9½ dgl. KO 262	105,1	105,1
6½ Lb.Rh.-Pf. Pf 16	88,75G	88,75G
7 dgl. Pf 24	97G	97G
6 dgl. Pf 26	90G	90G
7 dgl. KO 150	97,5G	97,5G
6½ dgl. KO 151	100G	100G
6½ dgl. KO 154	99,25G	99,25G
8 dgl. KO 168	102,25G	102,25G
8½ dgl. KO 171	104G	104G
8½ dgl. KO 174	105,25G	105,25G
9 dgl. KO 177	104,4G	104,4G
9½ dgl. KO 180	104,75	104,75
9½ dgl. KO 181	108,25G	108,25G
9 dgl. IS 12	101,4G	101,4G
6½ dgl. IS 35	100G	100G
6 Ldbk. Saar Pf 18	87,75	87,75
6½ dgl. KO 69	101,25G	101,25G
7 dgl. KO 70	98,35G	98,35G
7 dgl. KO 73	101,25G	101,25G
7½ dgl. KO 76	101,25G	101,25G
7½ dgl. KO 79	105,75G	105,75G
8½ dgl. KO 86	105,75G	105,75G
9 dgl. KO 88	107,4G	107,4G
9½ dgl. KO 89	105,25G	105,25G
7½ dgl. KO 90	103G	103G
6 Ldbk. S.-H. Pf 87	83	83
7 dgl. Pf 95	95,5	95,5
8 dgl. Pf 80	105	105
7½ dgl. Pf 81	102,5	102,5
7½ dgl. Pf 85	100,75	100,75
8 dgl. KO 98	102	102
9½ dgl. KO 242	111,5	111,5
7½ dgl. KO 248	102,5	102,5
7 LKB Pf 27 fr. Bd.Ldkr.	96,5G	96,5G
6½ dgl. Pf 29	92,5G	92,5G
6½ LKB Pf 22 fr. W. Ldkr.	95	95
7 dgl. Pf 45	94,5	94,5
8 LKB KO 1	100	100
6½ Lüb.Hyp. Pf 42	90	90
9 dgl. Pf 92	101,15	101,15
8 dgl. Pf 168	102,4	102,4

	18. 4.	15. 4.
8½ dgl. Pf 174	103,75	103,75
8½ dgl. Pf 175	101,5	101,5
9½ dgl. Pf 178	105,75	105,75
6 dgl. KO 39	85	85
7½ dgl. KO 170	100	100
9 dgl. KO 180	104,75	104,75
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	88,5bG	88,5
7½ dgl. Pf 111	97	97
7 dgl. KO 25	96bG	96bG
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	94	94
6½ dgl. Pf 34	89	89
6 dgl. KO 27	86	86
9 Nord.LB IS 20	100,8	100,8
8 Old. Lbk. IS 75	100,4	100,4
8 dgl. IS 76 I	102,35	102,35
8 dgl. IS 76 II	103,3	103,3
7½ dgl. IS 77	102,7	102,7
6 dgl. IS 78	99,25	99,25
6 Pfälz. Hyp. 57	91,85G	91,85G
7 dgl. Pf 99	100,25G	100,25G
8½ dgl. Pf 124	102,9G	102,9G
7½ dgl. Pf 191	100G	100G
9 dgl. Pf 195	102,85G	102,85G
9½ dgl. Pf 196	103,8G	103,8G
7½ dgl. Pf 197	102,1G	102,1G
8½ dgl. KO 169	103,1G	103,1G
8 dgl. KO 173	101,35G	101,35G
7½ dgl. KO 180	102,35G	102,35G
7 Rheinbod. Pf 60	94	94
6½ dgl. Pf 64	88	88
6 S.H. Ldsch. Pf 19	86	86
7 dgl. Pf 20	94	94
6½ dgl. Pf 21	88,5	88,5
8½ dgl. Pf 51	106,5	106,5
6½ St.KrOld. Pf 53	90,95G	90,95G
7½ dgl. Pf 66	100,1G	100,1G
8 dgl. Pf 65	100G	100G
9 dgl. Pf 67	103,25G	105,25G
7½ dgl. KO 33	100,25G	100,25G
6 Südboden Pf 41	90,5	90,5
5½ dgl. Pf 57	80,75bG	80,75bG
7 dgl. Pf 105	100	100
6 Vbk. L. Nbg. Pf 56	92,5	92,5
7 dgl. Pf 102	96,75	96,75
9 dgl. Pf 131	102,75	102,75
10 West LB IS 577	101bG	101bG
6½ Westhyp. KO 58	95,15	95,15
6 Wf. Ldsch. Pf 12	91,5	91,5
7 dgl. Pf 13	96,5	96,5
5½ dgl. Pf 14	86bG	86bG
6 Württ.Hyp.KO 30	84,25G	84,25G
7 W. Ldbk. KO 44	99,8G	99,8G
7 Wü. Ko.Lbk. Pf 48	97	97
9 dgl. Pf 85	105,6G	105,6G

Industrieanleihen

6 Badenwerk 64	100,5	100G
6 dgl. 78	95,35	95,25G
5 BASF 59	98G	98G
5 Bayernw. 59	98G	98G
8 Chem. Hüls 71	101	–
7½ Cont. Gum. 71	100,5T	100,5T
6 Dt. Texaco 64	100,5T	100,5T
6 Gelsenb. 64	99,5G	99,5G
6 HEW 58	99,8G	99,8G
5½ dgl. 62	97,6G	97,6G
6 dgl. 63	99,8G	99,8G
7½ dgl. 71	101,8	101,8
7½ dgl. 71	101,9G	102G
4½ Harpen 59	1770G	1770
6 Hoechst 63	99,9bG	99,5G
6 dgl. 64	100T	100T
6 Hoesch 64	99,15G	99,15G
7½ dgl. 71	100	100T
7½ Karstadt 71	100,35T	100,35
7½ Kaufhof 71	100,5T	100,5T
7½ dgl. 71	100,4	100,75T
7½ dgl. 76	101	100,8G
6 Klöckner W. 63	99,5G	99,5G
7½ dgl. 71	98,7	98,1
8 dgl. 72	99,85	99,4

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

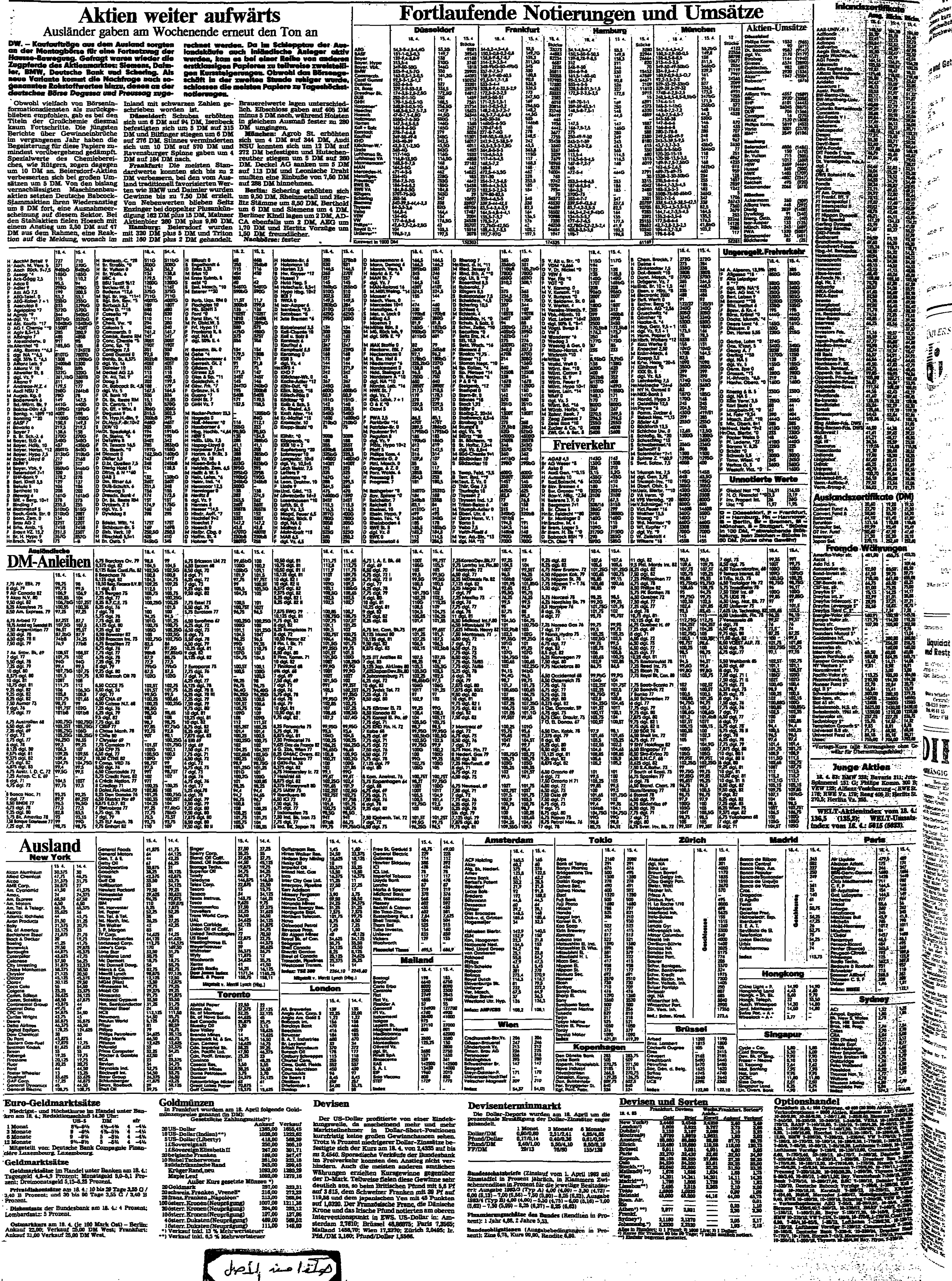
Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Ausländische Aktien



Aktien weiter aufwärts

Ausländer gaben am Wochenende erneut den Ton an

DW. – Kaufaufträge aus dem Ausland sorgten an der Montagbörse für eine Fortsetzung der Hausse-Bewegung. Gefragt waren wieder die Zugpferde des Aktienmarktes: Siemens, Daimler, BMW, Deutsche Bank und Schering. Als neue Variante kommt die Nachfrage nach sogenannten Rohstoffwerten hinzu, denen an der deutschen Börse Degussa und Preussag zugerechnet werden. Da im Schlepptau der Auslandskäufe auch inländische Anleger aktiv wurden, kam es bei einer Reihe von anderen erstklassigen Papieren zu teilweise zweistelligen Kurssteigerungen. Obwohl das Börsengeschäft in der zweiten Stunde ruhiger wurde, schlossen die meisten Papiere zu Tageshöchstnotierungen.

Obwohl vielfach von Börseninformationsdiensten als zurückgeblieben empfohlen, gab es bei den Titeln der Großchemie diesmal kaum Fortschritte. Die jüngsten Berichte über Gewinneinbrüche im vergangenen Jahr haben die Begeisterung für diese Papiere zumindest vorübergehend gedämpft. Spezialwerte des Chemiebereiches, wie Rütgers, zogen dagegen um 10 DM an. Beiersdorf-Aktien verbesserten sich bei großen Umsätzen um 5 DM. Von den bislang vernachlässigten Maschinenbauaktien setzten Deutsche Babcock-Stammaktien ihren Wiederanstieg um 8 DM fort, eine Ausnahmeerscheinung auf diesem Sektor. Bei den Stahlaktien fielen Hoesch mit einem Anstieg um 2,50 DM auf 47 DM aus dem Rahmen, eine Reaktion auf die Meldung, wonach im Inland mit schwarzen Zahlen geschrieben worden ist.

Düsseldorf: Schubsa erhöhten sich um 6 DM auf 94 DM, Isenbeck befestigten sich um 5 DM auf 315 DM und Bilfinger stiegen um 6 DM auf 276 DM. Stinnes verminderten sich um 10 DM auf 570 DM und Ravensburger Spinne gaben um 4 DM auf 184 DM nach.

Frankfurt: Die meisten Standardwerte konnten sich bis zu 2 DM verbessern, bei den vom Ausland traditionell favorisierten Werten wie BMW und Daimler wurden Gewinne bis zu 7,50 DM erzielt. Von Nebenwerten blieben Seitz Enzinger bei doppelter Plusankündigung 162 DM plus 15 DM, Mainzer Aktienbier 260 DM plus 9,80 DM.

Hamburg: Beiersdorf wurden mit 320 DM plus 5 DM und Triton mit 160 DM plus 2 DM gehandelt. Brauereiwerte lagen unterschiedlich. Elbschloss gaben auf 405 DM minus 5 DM nach, während Holsten in gleichem Ausmaß fester zu 280 DM umgingen.

München: Agrob St. erhöhten sich um 4 DM auf 344 DM, Audi NSU konnten sich um 12 DM auf 272 DM befestigen und Hutschenreuther stiegen um 5 DM auf 280 DM. Deckel AG sanken um 5 DM auf 113 DM und Leonische Draht mußten eine Einbuße von 7,50 DM auf 288 DM hinnehmen.

Berlin: Schering erhöhten sich um 9,50 DM, Rheinmetall und Herlitz Stämme um 8,50 DM, Berthold um 6 DM und Siemens um 4 DM. Berliner Kindl lagen um 2 DM, ADCA ebenfalls um 2 DM, AEG um 1,70 DM und Herlitz Vorzüge um 1,50 DM freundlicher.

Nachbörse: fester

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate · Ungeregelt. Freiverkehr · Freiverkehr · Unnotierte Werte · Auslandszertifikate (DM) · Fremde Währungen · Junge Aktien · WELT-Aktienindex

DM-Anleihen

Ausland

New York · Toronto · London · Amsterdam · Mailand · Wien · Tokio · Zürich · Brüssel · Kopenhagen · Madrid · Paris · Hongkong · Sydney · Singapur

	18. 4.	15. 4.
Eastern Gas-Fuel	17,875	17,75
Eastman Kodak	81,625	81,625
Exxon	33	33
Fabergé	19,25	19,75
Firestone	20,125	19,75
Fluor	20,25	20,75
Ford	44	44,50
Foster Wheeler	13	13,25
Fruehauf	33,625	33,625
GAF Corp.	17,25	16,875
General Dynamics	45	44,50
General Electric	108,75	108,75

	18. 4.	15. 4.
Pittston	12,625	12,625
Polaroid	33	32,375
Prime Computer	32,25	34,25
Procter & Gamble	62,50	61
RCA	23	23,375
Revlon	34	34,75
Reynolds Ind.	52,75	52,875
Rockwell Int.	54,50	53,75
Rorer Group	26,375	26,50
Schlumberger	41,875	43,25
Sears, Roebuck	39	38,125
Shell Oil	39,75	41

	18. 4.	15. 4.
Can. Cement	16,625	16,75
Cdn. Imperial Bk.	38,25	39,25
Cdn. Pacific Ltd.	47,50	46,375
Cdn. Pacif. Enterpr.	23,25	23
Cominco	51	48,25
Caseca Res.	3,50	3,55
Denison Mines	38,25	36,50
Dome Petroleum	3,75	3,70
Domtar	24,375	24,125
Falconbridge Nickel	63	61
Great Lakes Paper	70,875	–
Gulf Canada	15,375	15,625

	18. 4.	15. 4.
Br. Leyland	33	34
British Petroleum	370	372
Burmah Oil	178	177
Cadbury Schweppes	115	118
Charter Cons.	255	250
Cons. Gold Fields	552	537
Cons. Murchison	450	430
Courtaulds	96	97
De Beers $	8,45	8,45
Distillers	259	257
Driefontein $	34,00	35,75
Dunlop	60	58

	18. 4.	15. 4.
Montedison	125,25	130
Olivetti Vz.	–	2800
dgl. St.	2680	2750
Pirelli SpA	1571	1630
Rinascente	359	361
RAS	142500	142500
S. A. I.	13450	14000
SIP	1960	2015
Snia Viscosa	800	850
STET	1729	1775
Index	–	–

	18. 4.	15. 4.
Gösser-Brauerei	247	246
Länderbank Vz.	213	212
Österr. Brau AG	226	225
Perlmooser	336	318
Reininghaus	275	280
Schwechater Br.	147	147
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	171	170
Universale HochTief	–	–
Veitscher Magnesit	209	210
Index	54,37	54,03

Kopenhagen

	18. 4.	15. 4.
Den Danske Bank	283	283,75
Jyske Bank	505	509
Kopenh. Handelsbk.	270,75	271,50
Novo Industri	2185	2215
Privatbanken	266,5	270,75
Ostasiat. Komp.	129,25	126,75
Dan. Sukkerfabr.	509,75	507,5
For. Bryggerier St.	840	840
Kgl. Porz. Fabr.	324	324

	18. 4.	15. 4.
Bruz. Lambert	1815	1800
Cockerill Ougree	105	105
Ebes	–	2415
Gevaert	2165	2185
Kredietbank	5490	5440
Petrofina	5470	5480
Soc. Gén. d. Belg.	1625	1620
Sofina	4745	4740
Solvay	2640	2640
UCB	5295	5300
Index	122,80	122,10

	18. 4.	15. 4.
Cycle + Car.	5,80	5,80
Cold Storage	5,30	5,00
Dev. Bk. of Sing.	9,90	9,90
Fraser + Neave	8,10	8,10
Kl. Kepong	2,64	2,62
Mal. Banking	7,95	7,90
Nat. Iron	9,95	9,95
OCBC	11,80	11,80
Sime Darby	2,51	2,50
Singapur Land	8,25	8,25
Un. Overs. Bank	4,90	4,84

	18. 4.	15. 4.
Metals Expl.	2,73	2,77
MIM-Holdings	4,48	4,40
Myer Emporium	1,50	1,50
North Broken Hill	2,75	2,70
Oakbridge	1,26	1,25
Peko Wallsend	6,40	6,50
Poseidon	5,20	5,00
Thomas Nat. Tr.	1,77	1,72
Waltons	0,78	–
Western Mining	4,80	4,70
Woodside Petr.	0,86	–
Index	574,2	564,00

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 18. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞–9⅛	4½–4¾	4 –4¼
3 Monate	9 –9¼	4⅞–5⅛	4 –4¼
6 Monate	9 –9¼	5 –5¼	4 –4¼
12 Monate	9¼–9½	5 –5¼	4 –4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18. 4.: Tagesgeld 4,8–4,9 Prozent; Monatsgeld 5,0–5,1 Prozent; Dreimonatsgeld 5,15–5,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 18. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 18. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 18. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 18. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1385,00	1655,45
10 US-Dollar (Indian)**)	1028,00	1222,62
5 US-Dollar (Liberty)	418,00	568,39
1 £ Sovereign alt	250,00	305,10
1 £ Sovereign Elizabeth II	247,00	301,71
20 belgische Franken	189,00	247,47
10 Rubel Tscherwonez	261,00	323,18
2 südafrikanische Rand	245,00	299,45
Krüger Rand, neu	1093,00	1280,29
Maple Leaf	1092,00	1279,16
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	257,00	323,31
20 schweiz. Franken „Vreneli"	216,00	272,33
20 franz. Franken „Napoléon"	213,00	268,94
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1007,00	1211,36
20 österr. Kronen (Neuprägung)	204,00	253,12
10 österr. Kronen (Neuprägung)	107,00	137,86
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	469,00	569,52
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	145,03

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Der US-Dollar profitierte von einer Eindeckungswelle, da anscheinend mehr und mehr Marktteilnehmer in Dollar-Short-Positionen kurzfristig keine großen Gewinnchancen sehen. Trotz ½ Prozent niedrigerer Dollar-Zinssätze befestigte sich der Kurs am 18. 4. von 2,4335 auf bis zu 2,4540. Sporadische Verkäufe der Bundesbank im Freiverkehr konnten den Anstieg nicht verhindern. Auch die meisten anderen amtlichen Währungen erzielten Kursgewinne gegenüber der D-Mark. Teilweise fielen diese Gewinne sehr deutlich aus, so beim Britischen Pfund mit 5,6 Pf auf 3 815, dem Schweizer Franken mit 39 Pf auf 119,58 und dem japanischen Yen mit 45 Punkten auf 1,0320. Der Französische Franc, die Dänische Krone und das Irische Pfund notierten am oberen Interventionspunkt in EWS. US-Dollar in: Amsterdam 2,7810; Brüssel 48,86875; Paris 7,3565; Mailand 1458,70; Wien 17,2370; Zürich 2,0495; Ir. Pfd./DM 3,160; Pfund/Dollar 1,5566.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Deports wurden am 18. April um die prozentuale Ermäßigung der Dollar-Zinssätze enger gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,90/0,80	2,51/2,41	4,85/4,65
Pfund/Dollar	0,17/0,14	0,40/0,36	0,61/0,56
Pfund/DM	2,40/1,00	5,50/4,10	9,50/8,10
FF/DM	29/13	76/60	155/139

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): *Ausgabe 1983/3 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) –* 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,25 (6,23). Ausgabe 1983/4 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,25 (6,37) – 8,25 (6,63)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,88, 2 Jahre 5,53.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,80, Rendite 6,80.

Devisen und Sorten

18. 4. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York²)	2,4468	2,4548	2,4259	2,40	2,49
London¹)	3,808	3,822	3,767	3,73	3,88
Dublin¹)	3,153	3,167	3,088	3,10	3,25
Montreal²)	1,9799	1,9879	1,9621	1,93	2,02
Amsterd.	88,660	88,880	88,68	87,75	89,75
Zürich	119,480	119,680	119,58	118,00	120,75
Brüssel	5,011	5,031	4,951	4,80	5,05
Paris	33,270	33,430	32,65	32,50	34,50
Kopenh.	28,105	28,225	27,685	27,25	29,25
Oslo	34,230	34,350	33,61	33,25	35,00
Stockh.**)	32,640	32,860	32,25	31,50	33,25
Mailand³) **)	1,676	1,686	1,634	1,65	1,75
Wien	14,201	14,241	14,201	14,11	14,35
Madrid**)	1,798	1,808	1,739	1,70	1,82
Lissabon**)	2,495	2,515	2,365	2,10	3,00
Tokio	1,0305	1,0335	—	0,99	1,06
Helsinki	45,000	45,200	44,16	44,00	45,75
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,877	2,891	—	2,30	3,30
Frankf.	—	—	—		
Sydney*)	2,1180	2,1370	—	2,05	2,17
Johannesbg.*)	2,2330	2,2520	—	1,93	2,18

Alles in Hundert: 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 18. 4.: 956 Optionen, 49 400 (30 300) Aktien, davon 756 Verkaufsoptionen = 8000 Aktien. [illegible]

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer lagen die Goldnotierungen am Freitag an der New Yorker Comex kurz vor Sitzungsschluß. Silber notierte bis auf den brechteilig abgeschwächten April fester. In allen Sichten höher wurde Kupfer bewertet. Durchweg Gewinne verzeichneten Kaffee und Kakao

Getreide und Getreideprodukte

	15. 4.	14. 4.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	349,25	350,50
Juli	359,75	362,25
Sept.	370,75	373,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	15. 4.	14. 4.
St. Lawrence 1 CW	237,66	237,66
Amber Durum	241,41	241,41
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	122,80	122,30
Juli	125,80	125,50
Okt.	130,50	130,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	97,30	99,50
Juli	93,50	94,60
Sept.	–	–
Hafer Chicago (c/bush)	15. 4.	14. 4.
Mai	163,00	165,50
Juli	168,50	171,25
Sept	174,50	177,00
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	311,00	312,50
Juli	314,25	316,50
Sept.	307,00	309,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	15. 4.	14. 4.
Mai	106,60	106,10
Juli	105,00	105,00
Okt.	105,70	105,50
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	15. 4.	14. 4.
Mai	10,35	10,36
Juli	10,62	10,65
Sept	10,57	10,56
Nov.	10,63	10,66
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	18,77	18,75
Sept.	19,25	19,25

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	15. 4.	14. 4.
Terminkontr. Mai	124,20	122,60
Juli	123,70	122,75
Sept.	121,70	121,45
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1760	1685
Juli	1809	1735
Sept.	1832	1765
Umsatz	11 500	4450
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,99	6,89
Juli	7,38	7,28
Sept	7,77	7,70
Okt.	8,04	7,97
Jan.	8,60	8,20
Umsatz	7575	11 347
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	15. 4. / 6,13	14. 4. / 6,57
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	15. 4.	14. 4.
Mai	1810–1812	1810–1815
Juli	1620–1624	1648–1649
Sept.	1563–1564	1586–1587
Umsatz	4926	2656
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1214–1215	1209–1210
Juli	1238–1239	1226–1227
Sept.	1252–1253	1239–1240
Umsatz	2462	4179
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Mai	116,55–116,65	115,25–115,40
Aug.	126,25–126,30	125,00–125,05
Okt	134,25–134,40	132,85–132,95
Dez.	140,10–140,50	138,50–139,00
März	148,50–149,00	147,10–147,25
Mai	152,00–152,35	151,00–152,00
Umsatz	2242	5068

	15. 4.	14. 4.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	255,00	255,00
weißer Sarawak	350,00	350,00
weißer Muntok	355,00	355,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	15. 4.	14. 4.
Mai	115,40	114,50
Juli	114,45	113,20
Sept.	113,35	111,50
Nov.	109,00	108,20
Jan.	103,60	103,50
Umsatz	500	300

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	15. 4.	14. 4.
Südstaaten fob Werk	25,00	24,25
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	21,00	21,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	18,63	18,68
Juli	19,01	19,08
Aug	19,18	19,27
Sept.	19,40	19,48
Okt.	19,60	19,65
Dez.	19,86	20,05
Jan.	20,16	20,25
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	22,00	21,25
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	17,50	17,50
Choise white hog 4% fr. F.	17,00	17,00
Talg		
New York (c/lb)		
top white	16,50	16,50
fancy	16,00	16,00
bleichfähig	15,75	15,75
yellow max. 10% fr. F.	14,00	14,00
Schweine		
Chicago (c/lb)		
April	47,75	49,55
Mai	50,50	51,25
Juli	51,20	51,85
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Mai	72,65	74,70
Juli	69,85	72,00
Aug.	66,80	68,65

	15. 4.	14. 4.
Häute		
Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	48,00	46,50
Kühe einh. schwere River Northern	40,00	40,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Mai	624,00	629,50
Juli	640,00	645,50
Aug.	644,50	651,75
Sept.	650,00	658,50
Nov	662,00	670,50
Jan	675,00	683,00
März	688,50	696,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Mai	184,60	186,80
Juli	188,00	190,60
Aug.	200,00	192,80
Sept.	194,30	195,50
Okt.	199,00	197,00
Dez.	201,00	202,00
Jan.	205,00	203,50
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	15. 4.	14. 4.
Mai	290,10	292,50
Juli	295,10	296,40
Okt.	305,00	306,30
Kokosöl		
New York (c/lb)	15. 4.	14. 4.
Westküste fob Werk.	26,75	26,75
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	18. 4.	15. 4.
jegl. Herk. cif	495,00	490,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	397,50	495,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	415,00	410,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	116,50	116,25
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	612,50	610,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	254,00	253,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb)	15. 4.	14. 4.
Kontrakt Nr. 2:		
Mai	71,25	70,75
Juli	72,15	71,76
Okt.	72,25	72,25
Dez.	72,20	72,25
Jan.	73,45	–
Mai	74,45	–
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS–1:	58,75	59,00
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	15. 4.	14. 4.
Mai	417	419
Aug.	440–443	436–441
Okt.	446–452	437–439
Umsatz	211	263
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	15. 4.	14. 4.
Mai	43,00	43,00
Juli	43,90	43,80
Okt.	44,50	44,60
Dez.	45,00	45,10
Umsatz	6750	15 750
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	15. 4.	14. 4.
Mai	576,5	574,0–575,0
Juli	597,5–599,5	593,5–595,0
Okt.	584,0–585,0	579,5–580,0
Umsatz	227	163
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	15. 4.	14. 4.
East African 3 long.	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA. ab Lager	15. 4.	14. 4.
April	13 998	14 010
Mai	14 095	14 110
Kautschuk		
London (p/kg)	15. 4.	14. 4.
Nr. 1 RSS loco	79,50–81,00	78,75–80,50
Mai	80,40–81,50	79,20–80,50
Juni	80,50–81,50	79,20–80,50
Juli/Sept	81,10–81,50	80,10–80,20
Tendenz: sehr ruhig		

	15. 4.	14. 4.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)		
Nr. 1 RSS loco	267,00–268,00	255,00–256,00
April	267,00–268,00	264,50–265,00
Mai	262,00–263,00	258,50–259,50
Nr. 2 RSS April	251,00–252,00	249,00–250,00
Nr. 3 RSS April	248,00–249,00	245,00–247,00
Nr. 4 RSS April	240,50–241,50	238,50–239,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	18. 4.	14. 4.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg. 1 R – 76 WD – (–). BTC – (–). BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	18. 4.	15. 4.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	112,37–112,56	110,53–110,72
drittfolg. Monat	116,95–117,14	114,67–114,85
Zink: Basis London		
laufend. Monat	172,19–172,37	167,95–168,34
drittfolg. Monat	177,72–177,41	173,61–173,80
Produz.-Preis	184,11	183,09
Reinzinn 99,9%	3656–3703	3682–3718

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	18. 4.	15. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	413,93–416,22	402,96–405,22
Blei in Kabeln	120,00–121,00	118,25–119,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	18. 4.	15. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	345–348	370–372
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	381–384	376–377
MS 63	386–389	378–381

	15. 4.	14. 4.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring.-kg)	31,83	31,83

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	18. 4.	15. 4.
Leg. 225	300	300
Leg. 226	302–303	302–303
Leg. 231	332–341	332–341
Leg. 233	346–364	346–364

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	18. 4.	15. 4.
Platin (DM je g)	35,45	35,45
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	35 200	34 600
Rücknahmepr.	34 400	33 800
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	35 210	34 510
Rücknahmepr.	34 150	33 470
verarbeitet	36 960	36 230
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 900	34 300
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	984,90	935,90
Rücknahmepr.	950,40	903,10
Verarbeitet	1028,60	977,40

Internationale Edelmetalle

	18. 4.	15. 4.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	443,00	435,75
15.00	443,00	436,50
Zürich mittags	442,50–443,50	435,00–436,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	104 500	102 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	789,15	781,85
3 Monate	808,55	779,50
6 Monate	826,95	796,75
12 Monate	865,00	833,75
Platin (£-Feinunze)	18. 4.	14. 4.
London fr. Markt	273,20	275,30
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	79,25	80,25

New Yorker Preise	15. 4.	14. 4.
Gold H & H Ankauf	436,50	435,50
Silber H & H Ankauf	1182,00	1161,00
Platin fr. Händlerpr.	413,00–415,00	413,00–415,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	129,00–128,00	129,00–131,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
April	1280,50	1187,20
Mai	1220,00	1183,00
Juni	1236,00	1190,00
Juli	1243,00	1204,00
Sept.	1262,00	1224,00
Dez.	1290,00	1258,00
Jan.	1298,70	1267,20
Umsatz	26 000	19 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	15. 4.	14. 4.
April	74,30	73,80
Mai	74,75	74,30
Juni	75,40	74,90
Juli	76,20	75,60
Sept	77,60	77,05
Dez.	79,50	78,70
Jan.	80,00	79,30
Umsatz	7000	15 000

Londoner Metallbörse

	18. 4.	15. 4.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1070,0–1071,0	879,00–880,00
3 Monate	1096,5–1097,0	904,50–905,50
Blei (£/t) Kasse	294,00–294,50	292,50–293,50
3 Monate	306,00–306,50	303,50–303,75
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1070,0–1071,0	1057,0–1058,0
3 Monate	1096,5–1097,0	1084,0–1084,5
abends Kasse	–	1059,5–1060,5
3 Monate	–	1087,5–1088,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1053,0–1055,0	1042,0–1044,0
3 Monate	1076,0–1077,0	1064,0–1066,0
Zink (£/t) Kasse	450,50–451,00	446,50–447,50
3 Monate	465,00–465,50	461,50–462,00
Zinn (£/t) Kasse	8500–8510	8870–8880
3 Monate	8480–8500	8830–8835
Quecksilber $/Fl.)	–	315–330
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	88–91

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich R. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611; Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 38

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,80 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prachell

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

FINANZANZEIGEN

WAHLAUSSCHREIBUNG

der Stuttgarter Lebensversicherung a. G. Stuttgart
Stuttgart, Olgastraße 80

zur

Neuwahl der Abgeordnetenversammlung für die Amtsperiode 1983–1989

I. 1. Der satzungsgemäße Ablauf der Amtszeit der amtierenden Abgeordnetenversammlung gemäß § 10, Abs. 2, Satz 1 der Satzung erfordert die Durchführung deren Neuwahl entsprechend den Bestimmungen des § 10 der Satzung i. V. mit der Wahlordnung der Stuttgarter Lebensversicherung a. G. Stuttgart.

2. Gemäß § 10, Abs. 2 der Satzung hat die amtierende Abgeordnetenversammlung anläßlich der letzten ordentlichen Jahresversammlung ihrer Amtszeit die Neuwahl der Abgeordnetenversammlung durchzuführen. Mit Bekanntmachung der neu gewählten Abgeordneten und Ersatzpersonen, die durch unverzügliche Veröffentlichung des Wahlergebnisses nach der Wahl im Bundesanzeiger sowie durch Aushang in der Hauptverwaltung des Vereins sowie in dessen Geschäftsstellen und Generalagenturen (vgl. § 10, Abs. 7 der Satzung) erfolgt, endet die Amtsperiode der bisherigen Abgeordneten und Ersatzpersonen und beginnt die Amtszeit der neu gewählten Abgeordneten und Ersatzpersonen.

3. Nach § 11, Abs. 1 der Satzung soll die ordentliche Abgeordnetenversammlung in den ersten 8 Monaten des Jahres stattfinden. Sie wird auf den

25. Juni 1983

einberufen werden.

II. 1. Die Abgeordnetenversammlung setzt sich gemäß § 1 der Wahlordnung aus Abgeordneten und Ersatzpersonen für die Lebensversicherung und für die Abonnentenversicherung (jetzt Familien-, Unfall- und Sterbegeld- bzw. Familienschutzversicherung, im folgenden „FUSt/FS-Versicherung" genannt) zusammen, wobei sich die Anzahl der für jeden dieser Versicherungsbestände zu wählenden Abgeordneten nach dem Anteil des Nettobeitrages des jeweiligen Versicherungsbestandes an dem Nettobeitrag des gesamten Versicherungsbestandes am 31. Dezember des dem Wahljahr vorangegangenen Kalenderjahres richtet.

2. Zur Durchführung der Wahl wird gemäß § 2, Abs. 1 der Wahlordnung das Geschäftsgebiet des Vereins in folgende Wahlbezirke eingeteilt:

- I Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Berlin, Hamburg, Berlin
- II Nordrhein-Westfalen
- III Rheinland-Pfalz, Saar, Hessen
- IV Baden-Württemberg
- V Bayern.

Die auf jeden Wahlbezirk entfallende Anzahl der Abgeordneten und Ersatzpersonen richtet sich gemäß § 2, Abs. 2 der Wahlordnung nach dem Anteil der Mitgliederzahl des Wahlbezirks an der Gesamtmitgliederzahl des Vereins am 31. Dezember des dem Wahljahr vorangegangenen Kalenderjahres.

3. Gemäß §§ 1 und 2 der Wahlordnung entfallen auf die einzelnen Wahlbezirke:

Wahlbezirk I	1 Abgeordneter und 1 Ersatzperson der Lebensversicherung
	1 Abgeordneter und 1 Ersatzperson der FUSt/FS-Versicherung
Wahlbezirk II	4 Abgeordnete und 4 Ersatzpersonen der Lebensversicherung
	2 Abgeordnete und 2 Ersatzpersonen der FUSt/FS-Versicherung
Wahlbezirk III	3 Abgeordnete und 3 Ersatzpersonen der Lebensversicherung
	1 Abgeordneter und 1 Ersatzperson der FUSt/FS-Versicherung
Wahlbezirk IV	8 Abgeordnete und 8 Ersatzpersonen der Lebensversicherung
	2 Abgeordnete und 2 Ersatzpersonen der FUSt/FS-Versicherung
Wahlbezirk V	3 Abgeordnete und 3 Ersatzpersonen der Lebensversicherung
	kein Abgeordneter und keine Ersatzperson der FUSt/FS-Versicherung
Insgesamt also	19 Abgeordnete und 19 Ersatzpersonen der Lebensversicherung
	6 Abgeordnete und 6 Ersatzpersonen der FUSt/FS-Versicherung

zusammen 25 Abgeordnete und 25 Ersatzpersonen.

III. 1. **Die Mitglieder des Vereins werden hiermit gemäß § 10, Abs. 3 der Satzung i. V. mit § 4 der Wahlordnung aufgefordert, Wahlvorschläge einzureichen.**

2. Gemäß § 10, Abs. 4 der Satzung ist jede geschäftsfähige natürliche Person wählbar, die am 31. Dezember des dem Wahljahr vorangegangenen Kalenderjahres mindestens 2 Jahre Mitglied des Vereins ist und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt.

Nicht wählbar sind die Mitglieder des Aufsichtsrates, des Vorstandes sowie Angestellte und Vertreter des Vereins oder eines Unternehmens, das gleiche Zwecke verfolgt.

3. Ein von den Mitgliedern eingereichter Wahlvorschlag ist gemäß § 4, Abs. 2 der Wahlordnung gültig, wenn

a) er bis zum 10. Mai 1983 dem Wahlausschuß zugegangen ist;

b) er nur Namen solcher Mitglieder enthält, die gemäß § 10, Ziff. 4 der Satzung wählbar sind und in dem betreffenden Wahlbezirk wohnen;

c) die vorgeschlagenen Mitglieder nach
Name
Vorname
Geburtstag
Beruf
Wohnsitz mit genauer Anschrift
Versicherungsnummer
genau bezeichnet sind;

d) er von mindestens 30 Vorschlagsberechtigten des Wahlbezirks eigenhändig unter Angabe der Anschrift und Mitgliedsnummer unterzeichnet ist mit der Maßgabe, daß jeder Vorschlagsberechtigte nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen kann.
Dabei ist nach § 10, Abs. 3 der Satzung jedes geschäftsfähige Mitglied des Vereins, das ihm am 31. Dezember des dem Wahljahr vorangegangenen Kalenderjahres mindestens 1 Jahr angehört, zur Einreichung eines solchen Wahlvorschlags berechtigt;

e) ihm die schriftlichen Erklärungen der Vorgeschlagenen beiliegen, im Falle der Wahl das Amt anzunehmen;

f) bei Minderjährigen der Nachweis der Geschäftsfähigkeit geführt wird.

4. Nach § 10, Abs. 3 der Satzung kann ein Wahlvorschlag so viele Namen enthalten, als Abgeordnete und Ersatzpersonen für den jeweiligen Wahlbezirk zu wählen sind.

5. Die einzureichenden Wahlvorschläge sind zu richten an:
Wahlausschuß der
Stuttgarter Lebensversicherung a. G. Stuttgart
7000 Stuttgart 1, Postfach 1283.

Stuttgart, den 28. 3. 1983

Der Wahlausschuß





Die Wassermassen gaben zwar Straßen und Promenaden wieder frei, doch sie ließen auch eine Menge zurück. Es wird einige Zeit dauern, bis die Folgen der Katastrophe, wie hier in Köln, beseitigt sind – von den Konsequenzen, die gezogen werden müßten, gar nicht zu reden.

FOTOS: POLY PRESS

Die Katastrophe hinterließ Berge von Müll und die Angst vorm nächsten Mal

WALTER H. RUEB, Bonn

Rhein und Mosel haben sich in ihr Bett zurückgezogen, die Schrecken des Hochwassers der vergangenen Woche wurden zu Erinnnerungen. Die verheerenden Folgen der Katastrophe aber sind unübersehbar: Dort wo noch vor Tagen meterhoch das Wasser stand, liegen jetzt Berge von Unrat über die Felder verstreut, und Tausende von stinkenden Sandsäcken verunzieren Straßen und Vorgärten. In Hunderten von Betrieben, Hotels, Geschäften, Weinkellereien und Privathäusern an Rhein und Mosel wird in diesen Tagen niederschmetternde Bilanz gezogen.

Am Wochenende konnten auf Rhein und Mosel Hunderte von Frachtschiffen nach tagelanger Zwangspause wieder Fahrt aufnehmen. Angesichts nach wie vor hoher Wasserstände gelten allerdings einschneidende Geschwindigkeitsbeschränkungen. Im Durchschnitt müssen die Rheinschiffer mit vier- bis sechstägigen Verspätungen rechnen. Die finanziellen Einbußen der ohnehin nicht eben florierenden Schiffahrt durch das Hochwasser sind hoch. Ein Sprecher des Rheinschiffahrts-Verbandes in Duisburg: „Sie gehen in die Millionen."

In die Millionen gehen auch die Schäden in den rheinischen Großstädten. In Bonn und Köln klagt man besonders über drückende Nachfolge-Kosten: Reinigungsarbeiten sind notwendig, Absperrungen müssen weiter aufrechterhalten und überall Abfall-Container aufgestellt und geleert werden. Verkehrs- und Beleuchtungsanlagen wurden beschädigt, Schilder zerstört und öffentliche Anlagen weggeschwemmt. In Bonn werden allein die verteilten Sandsäcke mit 10 000 Mark zu Buche schlagen.

Um nun weitere unnötige Schäden zu vermeiden, warnten Behörden die Besitzer überfluteter Gebäude davor, Keller und Erdgeschoßräume leerzupumpen, wenn die Wassermassen außen noch nicht abgeflossen sind oder sich der Grundwasserspiegel noch nicht gesenkt hat. Wenn nämlich durch das Abpumpen der Gegendruck genommen wird, kann es zu erheblichen Gebäudeschäden kommen.

Nach dem Rückgang der Fluten werden jedoch nicht nur die Schäden bilanziert. Es stellt sich die Frage, ob die Ohnmacht des Menschen gegenüber den Naturgewalten tatsächlich so groß ist, wie dies während der Katastrophe schien. „Es hat keinen Sinn, von Ohnmacht zu reden", sagte Bürgermeister Horst Hoffmann von Cochem. „Wir müssen im Gegenteil sogar zugeben, daß den Menschen die Hauptschuld an den Auswüchsen des Hochwassers trifft. Straßen, Wege, ja, sogar die Wege in den Weinbergen, sind heute asphaltiert. Das gleiche gilt für die Höfe der Bauern. Bei Flurbereinigungsmaßnahmen werden sämtliche Bäche begradigt, oft gar mit Halbschalen aus Beton ausgelegt, und vor den Toren unserer Städte und Dörfer drainiert man die letzten Feuchtgebiete. Wo früher das Wasser in Stunden im Erdreich versikkerte, fließt es heute in Minuten oberirdisch zu Tal und läßt die Flüsse anschwellen ... Was sind die Folgen? An der Mosel werden wir immer öfter von Hochwasser heimgesucht – im Winter 1981/82 allein viermal."

Hoffmann ist kein Grüner. Und er will auch Beton und Asphalt nicht abschaffen. Doch er gibt keine Ruhe: „Wir müssen rebellisch werden", sagt er. „Wir müssen die Politiker wachrütteln und den Staat alarmieren. Entweder müssen bei der Einmündung von Nebenflüssen in die Mosel mit Steuermitteln und der Beteiligung Frankreichs und Luxemburgs Rückhaltebecken gebaut oder Dämme hochgezogen werden ... Schauen Sie nach Neuwied am Rhein. Dort hat man in den 30er Jahren das Problem gelöst. Sicher, der Hochwasserdamm ist nicht gerade ein schöner Anblick, doch haben dort die Bürger vor dem Hochwasser für immer Ruhe ..."

In Cochem hat man statt eines Dammes einen Hochwasser-Einsatzplan. In diesem ist minutiös festgelegt, welcher Wasserstand welche Maßnahmen zur Folge hat: wann welche Straßen gesperrt, Keller geräumt, wo Schilder aufgestellt, Stege montiert, Bootsverkehr eingerichtet, Lampen angebracht und öffentliche Heizungsanlagen ausgebaut werden.

„Das Hochwasser kommt nämlich keineswegs überraschend", sagte der Bürgermeister. „Der Pegelstand in Trier ist für uns eine gute Orientierungsmarke. Von dort braucht das Wasser bis hierher zwischen acht und elf Stunden. Da kann man einiges tun ..."

Ähnliche Einsatzpläne liegen in den Rathäusern anderer Dörfer und Städte entlang der Mosel – eine Erklärung für die Tatsache, daß in den letzten zehn Jahren bei 23 Hochwassern nach Schätzungen zwar Schäden von mehr als einer Milliarde Mark entstanden, im gesamten Moseltal jedoch nur zwei Menschen ums Leben gekommen sind. Hoffmann: „Die Fürsorge für unsere Bürger hat uns schon vor Jahren veranlaßt, Schulen, öffentliche Gebäude und Krankenhäuser in der Höhe über den durch Hochwasser gefährdeten Stadtteilen zu bauen."

Für den Fiskus wollen Fußballer Künstler sein

Nach Gehaltsstopp drohen französische Profis mit Streik

JOCHEN LEIBEL, Paris

Frankreichs Profi-Fußballer proben den Aufstand. Die vielbejubelten Helden der letzten Fußball-Weltmeisterschaft – Frankreich kam auf den vierten Platz – wollen die Arbeit verweigern. Stürmer Alain Giresse vom Fußball-Klub Bordeaux: „Ich zögere keinen Moment. Wenn's sein muß, wird gestreikt."

Die Streikdrohung der rund 700 Profi-Fußballer ist der Höhepunkt eines seit Monaten andauernden Stellungskrieges zwischen drei Parteien. Schon vor einiger Zeit hatten die Klubpräsidenten ihren Spielern erklärt, daß die finanzielle Lage „katastrophal" sei. Nur durchschnittlich 12 000 zahlende Zuschauer finden sich zu den Spielen der ersten Liga ein. „Das reicht nicht, um unsere hochbezahlten Stars zu finanzieren", erklärte der Präsident vom FG Nantes, dem augenblicklichen Tabellenführer.

Fußball ist in Frankreich, anders als in der Bundesrepublik, nicht der einzige Sport, der Massen anlockt. Radfahren, Rugby und Pferderennen sind – fast – genauso populär und entziehen dem Fußball immer mehr Zuschauer. Fast alle Klubs kämpfen deshalb mit roten Zahlen. Am schlimmsten geht es dem vielmaligen Landesmeister Saint-Etienne, der Bankrott anmelden mußte.

Um dieser Finanzmisere zu begegnen, beschlossen die Klubpräsidenten vor kurzem, ihren Spielern eine Gehaltssperre aufzuerlegen. Wer bis zu 6000 Mark im Monat verdient, soll in der kommenden Saison höchstens acht Prozent mehr bekommen. Wer zur Zeit mehr als 6000 Mark verdient, soll in der kommenden Saison überhaupt nicht mehr bekommen. Eine ähnliche Regelung ist bei Klubwechsel vorgesehen. Der neue Klub darf höchstens dreißig Prozent mehr bieten – wenn das bisherige Gehalt unter 10 000 Mark monatlich lag. Verdiente der Spieler mehr, dann muß er bei seinem neuen Klub sogar eine Kürzung um zehn Prozent hinnehmen.

Die Spieler, mit den finanziellen Schwierigkeiten ihrer Klubs bestens vertraut, akzeptierten die bittere Pille. Dafür aber verlangten sie eine Gegenleistung: Das Finanzministerium soll die Ballkünstler den „Kollegen" von Film, Fernsehen und Bühne gleichstellen. Französische Künstler dürfen bei ihrer Steuererklärung 25 Prozent der Einnahmen als „Freibetrag" anführen. Diese 25 Prozent verlangen nun auch die Berufsfußballer.

Bei den zuständigen Behörden, dem Sport- und Finanzministerium, sind die Ballprofis bisher auf wenig Verständnis gestoßen. So dauerte es Monate, bis für gestern ein Treffen zwischen Sportministerin Avice und einer Vertretung der Berufskicker angesetzt wurde.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben die Fußballer deshalb mit Streik gedroht. Die drei letzten Liga-Spiele im Mai sollen ausfallen. Was bedeuten würde, daß Frankreich keinen Landesmeister und keinen Pokalsieger hätte. Damit gäbe es auch keine Teilnehmer an den drei Europacup-Wettbewerben.

Für Frankreich einschließlich der Regierung wäre dies in der Tat unangenehm. Im kommenden Jahr findet in Frankreich die Europameisterschaft statt. Ein spektakulärer Krach – samt Streik – im eigenen Land käme da höchst ungelegen. Die Spieler hoffen deshalb, daß die Regierung doch noch klein beigibt. (SAD)

Banken suchen nach einem Code für ihre Milliarden

H.-JÜRGEN STÜCK, New York

Mit Hochdruck arbeiten amerikanische Banken zur Zeit an der Entwicklung kostengünstiger und sicherer Chiffriersysteme, die das schnell wachsende Netz der vollautomatischen Bankschalter und den Zahlungsverkehr zwischen den Banken vor elektronisch versierten Gangstern feien sollen.

Bislang wurden zwar erst wenige Fälle in den USA und in Japan bekannt, in denen Verbrecher die Leitungen zwischen solchen Automaten und der Konzernzentrale mit drahtlosen Mikrophonen angezapft haben, doch sie genügten, um den Sicherheitsexperten der Banken vor Schreck die Haare zu Berge stehen zu lassen.

Die Gelder, die täglich von solchen Automaten ausgezahlt sowie die Summen, die im elektronischen Zahlungsverkehr der Banken untereinander transferiert werden, haben längst ein gigantisches Volumen erreicht. So schätzte das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek" in seiner jüngsten Ausgabe ihr Gesamtvolumen auf täglich 400 Milliarden Dollar, umgerechnet 960 Milliarden Mark.

Die Gesamtsumme, die jährlich zwischen der Notenbank in Washington und anderen Banken bewegt wird – und dies nur zum Teil in chiffrierter Form auf dem sonst hochmodernen EFT-Netz (Electronic Fund Transfer) –, beträgt gar 64 Billionen Dollar, umgerechnet rund 160 Billionen Mark. Eine unvorstellbare Summe: mehr als das 600fache des diesjährigen Bonner Haushalts von 253 Milliarden Mark.

Die Bankenausschüsse, die sich mit der Sicherung dieser Geldströme befassen, gehen davon aus, daß die kleinen Gangster, und seien sie noch so gewiefte Elektronikbastler, die geringere Gefahr sind. Sie zapfen allenfalls die vollautomatisierten Geldschalter an und rufen mit den so gewonnenen Informationen Geld von fremden Konten ab. Die Automaten können jedoch durch Einbau relativ einfacher Chiffriermaschinen zum Preis von 12 000 Mark vor kriminellem Zugriff geschützt werden. „Außerdem", so ein Banker, „ist es für den Räuber vermutlich einfacher, den Bankkunden nach Besuch des Automaten zu überfallen, statt sich durch Anzapfen in den Besitz von 50 oder 100 Dollar zu setzen." Die Höchstsumme, die in den USA von solchen Automaten nach Einfütterung eines Codes und der Kontonummer ausgezahlt wird, beträgt gerade 200 Dollar.

Weit brisanter erscheint den Bankiers die Gefahr, daß sich Gangster in das EFT-Netz zwischen den Banken einschalten und riesige Summen auf Privatkonten umdirigieren. Außerdem besteht das Risiko, daß Verbrecher durch Abhören des EFT-Verkehrs großen Transaktionen und Fusionen auf die Spur kommen und so unschätzbar wertvolle „Insider-Informationen" gewinnen. Durch schnelles Handeln, meist an den Börsen, ließen sich im Nu Millionen einspielen.

Um diesem Risiko vorzubeugen, soll zunächst der gesamte EFT-Verkehr der Banken durch ein variables, computergesteuertes Chiffrier-System gesichert werden. Eine solche Absicherung aller elektronisch ablaufenden Geldströme dürfte jedoch mindestens noch fünf Jahre dauern. (SAD)

Kurz nach der Eröffnung war der Seveso-Prozeß schon wieder vertagt

Zwei Deutsche unter den fünf Angeklagten / Am 11. Mai wird das Verfahren fortgesetzt

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Während halb Europa noch immer vergeblich nach den 41 Fässern mit verschwundenem Seveso-Gift suchte, begann gestern im norditalienischen Monza der Seveso-Prozeß – aber nur, um nach wenigen Stunden vertagt zu werden. Angeklagt sind fünf leitende Angestellte des Schweizer Multis Hoffmann-LaRoche. Ihnen wird vorgeworfen, durch Fahrlässigkeit vor sieben Jahren eine der bisher größten Umweltkatastrophen verschuldet zu haben. Die Anwälte hatten den Antrag auf Vertagung damit begründet, daß sie mehr Zeit brauchten zur Prüfung von Entschädigungsklagen, die von der Stadt Seveso gegen die Firma angestrengt wurden.

Außer auf fahrlässiges Verschulden einer Katastrophe lautet die Anklage auf Körperverletzung und Unterlassung von Sicherheitsmaßnahmen zur Unfallverhütung. Die Angeklagten – zwei Schweizer, zwei Deutsche und ein Italiener – waren bei Beginn des Prozesses nicht im Gerichtssaal anwesend. Neben ihren Anwälten drängten sich aber nicht weniger als 120 Nebenkläger im Saal. Sie alle haben direkt oder indirekt Schaden genommen an der weißen Dioxinwolke, die am 10. Juli 1976 nach einer Explosion aus dem zur Hoffmann-LaRoche-Tochter Givaudan gehörenden ICMESA-Werk zwischen Meda und Seveso gedrungen war.

Vorwurf: Leichtfertigkeit

Prominentester Angeklagter ist der Schweizer Gui Waldvogel. Er war zur Zeit des Unfalls Präsident der ICMESA und gleichzeitig Generalbevollmächtigter des Givaudan-Konzerns. Vor einigen Jahren hat er die Schweizer Firma verlassen und eine leitende Stellung bei der amerikanischen Filiale eines multinationalen Stahlkonzerns übernommen. Die Anklage wirft ihm Unvorsichtigkeit und Nachlässigkeit vor. Als der vor dem Gesetz verantwortliche Repräsentant des ICMESA-Werks habe er es versäumt, angemessene Vorkehrungen zur Verhinderung von Betriebsunfällen anzuordnen.

Der ebenfalls angeklagte Deutsche Herwig von Zwehl war der Technische Direktor von ICMESA. Ihm wird zur Last gelegt, daß er zwar von der Möglichkeit einer Dioxin-Entwicklung bei der Produktion des vom ICMESA-Werk hergestellten Trichlorophenols gewußt, aber als unwahrscheinlich abgetan habe.

Der dritte Angeklagte, der Italiener Giovanni Radice, war als Leitender Ingenieur für die Projektierung und Konstruktion der ICMESA-Anlagen verantwortlich. Nach Überzeugung des Ermittlungsrichters arbeitete er dabei selbständig, nach Darstellung seiner Verteidiger auf Anweisung Zwehls.

Vierter Angeklagter ist der technische Projektleiter von Givaudan, der Schweizer Fritz Moeri, der vor von Zwehl das ICMESA-Werk leitete. Auf ihn geht die Idee zurück, in diesem Werk Trichlorophenol zu produzieren.

Dem Deutschen Jörg Sambeth schließlich wird vorgeworfen, als Technischer Direktor der Givaudan-Gruppe die Unzulänglichkeiten des ICMESA-Werks zwar gekannt, aber nichts zu ihrer Behebung getan zu haben.

Die Katastrophe, für die die fünf Angeklagten jetzt vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden sollen, nahm ihren Ausgang mit einer unerwarteten chemischen Reaktion in einem Behälter des ICMESA-Werks an einem arbeitsfreien Samstag. Der Produktionsprozeß war, wie jedes Wochenende, unterbrochen worden, aber offensichtlich brodelte es in diesen Behältern weiter. Wegen eines Überdrucks platzte schließlich ein Sicherheitsventil. Dabei wurde eine Dioxinwolke frei, die vom Wind südwärts getrieben wurde und dann über Seveso, Meda, Cesano Maderono und Deflo niederging.

Verheerende Folgen

Das Gift tötete sofort kleinere Tiere und führte bei zahlreichen Menschen, vor allem bei Kindern, zu Hautverletzungen. Zwei dieser Kinder, die Geschwister Alice und Stefania Senno, die die Wolke voll erfaßte, wurden für ihr Leben im Gesicht gezeichnet. Es erwies sich als notwendig, die von der Giftwolke am meisten erfaßte Zone total zu räumen und in einem langwierigen Verfahren zu entgiften. 736 Menschen mußten aus ihren Wohnungen evakuiert werden. Kühe, Schweine und andere Tiere mußten notgeschlachtet, die landwirtschaftlichen Erträge des gesamten Gebiets vernichtet werden. Bis zur Entgiftung konnte auf dem Gebiet überhaupt nichts mehr angebaut werden.

Für die erlittenen materiellen Schäden hat der Hoffmann-LaRoche-Konzern den meisten Betroffenen bereits eine Entschädigung gezahlt. Nur mit der Gemeinde Seveso ist er noch zu keiner Einigung in dieser Frage gekommen. Von seiten des Konzerns werden die Entschädigungsforderungen der Gemeinde als zu hoch bezeichnet.

Findlinge aus dem All stürzen Theorie

Wissenschaftler bestätigen, was bisher als unmöglich galt: Meteoriten stammen von Planeten

dpa, Hamburg

Zwei auf den Eisfeldern der Antarktis entdeckte Meteoriten haben nach Deutung ihrer Herkunft für erhebliches Aufsehen in der planetarischen Forschung gesorgt. Auf der 14. Konferenz für Planetar- und Mondforschung in Houston (US-Bundesstaat Texas) wurde der eine Fund von der Größe eines Golfballs von den Wissenschaftlern eindeutig als Abkömmling unseres Mondes erkannt. Der andere Meteorit vom Umfang einer Bowlingkugel konnte indessen nicht so einwandfrei als ein Stück vom Mars gedeutet werden.

Diese Funde räumen – bei definitiver Bestätigung – mit der lange von der Wissenschaft vertretenen Ansicht auf, daß Meteoriten ausschließlich von zerborstenen Asteroiden oder ausgebrannten Kometen kommen. „Sie können in der Tat auch von anderen Himmelskörpern unseres Planeten-Systems stammen", erklärte dazu Donald Bogard, Geochemiker beim Johnson-Weltraumzentrum der amerikanischen Weltraumbehörde (NASA) in Houston.

Asteroiden sind kleine, planetenartige Himmelskörper, die möglicherweise als Überbleibsel eines auseinandergerissenen Planeten zwischen Mars und Jupiter die Sonne umkreisen. Sie entstanden bei der Geburt unseres Sonnensystems vor 4,6 Milliarden Jahren.

Meteoriten sind Gesteins- und Nickeleisenkörper, die bei ihrem Flug durch die Atmosphäre nicht vollständig verglühen wie Sternschnuppen oder Meteore, sondern die Erdoberfläche erreichen. Die Masse der Meteoriten, die, oft mikroskopisch klein, täglich auf der Erde auftreffen, wird auf mehrere Tausend Tonnen geschätzt.

Dem 2,5 Zentimeter großen und etwa 30 Gramm wiegenden Meteoriten, der 1981 in der Antarktis entdeckt und mit seiner grünlichen Kruste sofort als Besonderheit erkannt worden war, widmeten die Forscher in Houston einen ganzen Vormittag. Wissenschaftler an der Universität Chicago stellten eine Ähnlichkeit mit den von amerikanischen Apollo-Raumschiffen zur Erde gebrachten Mondproben fest. Ein Teil der Experten studierte an dünnen Scheibchen die Anordnung der Kristalle, während andere Fachleute chemische Versuchsreihen mit bis zu 100 Milligramm wiegenden Gesteinsproben anlegten. Am Ende des denkwürdigen Vormittags stand das einmütige Fazit: Dieser Meteorit kann nur dem Mond entsprungen sein.

Wesentlich schwerer taten sich die Forscher bei der Bewertung der Mars-Abkunft des etwa 15 Pfund schweren graubraunen Meteoriten, der schon 1979 ebenfalls in der Antarktis gefunden worden war. Robert O. Pepin, Physiker an der Minnesota-Universität, erklärte, daß der Stickstoff-Gehalt des Meteoriten dem der Mars-Atmosphäre ähnele.

Selbstverständlich hatten die Forscher auch die Frage bewegt, wie die Meteoriten vom Mond beziehungsweise vom Mars zur Erde gelangt sein könnten. In beiden Fällen hätten Asteroiden bei einem Aufprall das Gestein aus den Krusten der anderen Himmelskörper herausgesprengt, lautete die Theorie. Im Fall des Mars, so hieß es, könnte der Asteroiden-Aufprall eine Art Dampf-Katapult ausgelöst und damit eine Verstärkung der Schleuder-Energie bewirkt haben. Dabei blieben Zweifel zurück, ob auf diese Weise die für den Mars erforderliche „Fluchtgeschwindigkeit" von fünf Kilometern pro Sekunde zu erreichen sei.

RUDOLF MERGET

WETTER: Unbeständig, aber mild

Wetterlage: Auf der Vorderseite einer Tiefdruckrinne, die im Tagesverlauf von Frankreich her auf Deutschland übergreift, dauert der Zustrom vom Warmluft an.

Deutscher Wetterdienst 18. April 1985, nachm.

Vorhersage für Dienstag:

Bundesgebiet und Berlin: Wechselnd bis stark bewölkt und gelegentlich Regen. Im Westen am Nachmittag längere Aufheiterungen. Höchste Temperaturen 17 bis 20 Grad. Tiefstwerte in der kommenden Nacht 13 bis 9 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind um Süd.

Weitere Aussichten:

Leicht unbeständig, aber mild.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	19°
Bonn	19°	Kopenh.	8°
Dresden	11°	Las Palmas	18°
Essen	17°	London	4°
Frankfurt	19°	Madrid	12°
Hamburg	17°	Mailand	12°
List/Sylt	11°	Mallorca	17°
München	15°	Moskau	11°
Stuttgart	15°	Nizza	15°
Algier	21°	Oslo	7°
Amsterdam	15°	Paris	14°
Athen	14°	Prag	12°
Barcelona	14°	Rom	17°
Brüssel	15°	Stockholm	9°
Budapest	14°	Tel Aviv	16°
Bukarest	10°	Tunis	19°
Helsinki	10°	Wien	12°
Istanbul	12°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* **am Mittwoch:** 6.18 Uhr, Untergang: 20.26 Uhr, **Mondaufgang:** 11.36 Uhr, Untergang: 3.33 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Suche nach der „Siddharta" aufgegeben

rtr, Singapur

Die Suche nach den im Südchinesischen Meer vermißten deutschen Seglern ist nach Angaben aus offiziellen Kreisen in Singapur gestern ausgesetzt worden. Vor neun Tagen hatte die Besatzung der „Siddharta" einen Notruf gefunkt, die Yacht sei nahe den Spratley-Inseln in Brand geschossen worden. Die deutsche Botschaft in Singapur hatte die Suche nach der Yacht, an deren Bord sich zu Beginn der Tour der Eigner Peter Marx, eine Frau aus Singapur und vier Funkamateure aus Köln befanden, veranlaßt. In Singapur wird vermutet, daß die Deutschen nach Amboyna Cay segeln wollten, um dort einen Amateursender einzurichten. Offenbar geriet das Schiff am 10. April unter Beschuß. Amboyna Cay gehört zu den Spratley-Inseln, die wegen der dort vermuteten Ölvorkommen von mehreren Ländern beansprucht werden und deshalb als Gefahrengebiet gelten.

Bombenanschlag vereitelt

dpa, Paris

Nur wenige Minuten vor der geplanten Zündung haben französische Sprengstoffexperten am Sonntag einen Bombenanschlag auf die Frankreich-Niederlassung des schweizerischen Chemiekonzerns Hoffmann-LaRoche in Neuilly-sur-Seine bei Paris verhindert. Bei einer Explosion der 20-Kilo-Ladung wäre vermutlich das gesamte Gebäude in die Luft geflogen.

Tod in der Disco

dpa, Tokio

Mit Tod und Entsetzen endete die vergangene Nacht in einem Disco-Club in der südkoreanischen Stadt Taegu. 25 zumeist jugendliche Besucher starben in den Flammen eines Feuers, das vermutlich durch einen Kurzschluß gegen zwei Uhr morgens ausbrach und das überwiegend aus Holz gebaute Gebäude fast völlig zerstörte. Von den rund 400 Gästen wurden 70 zum Teil schwer verletzt.

Anklage gegen Grasmüller

dpa, München

Gegen den Präsidenten des Deutschen Tierschutzbundes, den Münchner Rechtsanwalt Andreas Grasmüller, hat die Staatsanwaltschaft München Anklage wegen Steuerhinterziehung erhoben. Grasmüller erklärte dazu, er werde die Anklage „Punkt für Punkt widerlegen".

Europa-Ticket für Senioren

AP, Frankfurt

Zusätzlich zum Seniorenpaß der Deutschen Bundesbahn bieten die europäischen Bahnen vom 1. Mai an eine „Rail-Europ S" (RES) genannte Sonderfahrkarte an. Mit der Karte, die ein Jahr lang bei 19 europäischen Bahnen gilt, können Fahrkarten zum ermäßigten, teilweise halben Preis gelöst werden. Die Karte kostet 20 Mark.

Banditenkönigin verurteilt

AP, Neu-Delhi

Die indische „Banditenkönigin", Phoolan Devi, die im indischen Bundesstaat Uttar Pradesch wegen Mordes in rund 60 Fällen gesucht wird, wurde jetzt im Nachbarstaat Madhja Pradesch wegen bewaffneten Überfalls zu drei Jahren Haft verurteilt. Die geringe Strafe hatte sich die 26jährige von der Regierung in Madhja Pradesch „erkauft", weil sie sich freiwillig stellte.

Erdbeben in Iran

dpa, Beirut

Ein Erdbeben mit der Stärke 4,3 auf der Richterskala hat am Sonntag einen Landstrich 550 Kilometer südlich von Teheran erschüttert.

Ätna kommt nicht zur Ruhe

dpa, Catania

Der seit etwa drei Wochen tätige sizilianische Vulkan Ätna kommt nicht zur Ruhe. In der Nacht zu gestern zerstörten ausfließende Lavamassen ein auf 1300 Meter Höhe gelegenes Restaurant. Sicherheitshalber wurden mehrere Ferienhäuser an den Hängen des 3263 hohen Berges evakuiert.

Millionenbeute in Paris

dpa, Paris

Unbekannte haben am Wochenende aus einer Pariser Schmuckwarenfabrik Goldbarren und andere Wertsachen im Wert von umgerechnet mehr als 1,3 Millionen Mark erbeutet. Die Täter drangen über das Kanalsystem bis zur Außenmauer des Kellers vor, in dem die Barren lagerten.

Reifennarr leimt Polizei

AP, Naestved

Die Manie eines Mannes bringt in Naestved (Dänemark) die Polizei in Bedrängnis. Der Mann, der wegen seines Ticks ambulant in einer Nervenheilanstalt behandelt wird, stiehlt wahllos Autoreifen, auch bei parkenden Autos.

Libyscher Arzt vor Gericht

AP, Bonn

Unter dem Vorwurf der Mißhandlung von zwei Landsleuten ist gestern vor dem Schöffengericht Bonn der Prozeß gegen den libyschen Arzt Mustapha Zaidi eröffnet worden. Dem 30jährigen wird vorgeworfen, im November letzten Jahres zusammen mit einem mitangeklagten Studenten zwei Gegner von Staatschef Muammar el-Khadhafi in der libyschen Botschaft in Bonn festgehalten und gefoltert zu haben.

ZU GUTER LETZT

Ein Kaufhaus in Bristol empfiehlt: „Unsere günstigen Zahlungsbedingungen: 100 % Anzahlung, und Sie haben keinen Ärger mehr mit den Abzahlungen."

Leasing

bm. – Die deutsche Leasing-Finanzierung fürchtet die Dublette. 1982 konnte sie kaum ihre Erfolge aus dem Vorjahr verteidigen. Zuwachsraten hatten Seltenheitswert. Der Grund: Die Investitionszulage. Sie wurde bekanntlich auf jene Investitionssummen gewährt, die die der letzten drei Jahre überschritt. Zehn Prozent waren steuerfrei.

Logisch, daß Unternehmer diese Chance wahrnahmen, daß sie die Reserven mobilisierten und die Kreditlinien ausschöpften. Wer aber direkt investiert, also aktiviert, der braucht nicht mehr zu leasen, bei dem werden bilanztechnisch die Leasingraten sofort unter „sonstige Aufwendungen" unter Passiva ausgebucht.

Und da die Investitionszulage nicht auf Leasing-„Investitionen" gewährt wurde, verlor die eigentliche Idee des Leasing ihren Wert: An der Ware wird verdient, nicht an der Maschine, die sie produziert. Man investierte wieder „hausbacken", man schuf aktivierungspflichtiges Eigentum, was beim Leasing voll bei den Leasing-Gebern liegt.

Wird sich dieses Handicap für die Leasing-Gesellschaften 1983 wiederholen? Das ist die bange Frage, vor der die Branche steht. In Bonn wird an den Plänen für eine Investitionshilfe-Abgabe gearbeitet, von der – nach den bisherigen Überlegungen – all jene Unternehmen befreit werden wollen, die in einem Maße investieren, das das Fünffache der sonst fälligen Investitionshilfeabgabe übersteigt.

Die gesunden, kapitalkräftigen Unternehmen werden sich die Chance nicht entgehen lassen. Sie werden investieren, um die Investitionshilfe-Abgabe zu umgehen – ganz im Sinne des Gesetzgebers, der Mittel freisetzen und die Wirtschaft beleben will. Aber die Leasing-Gesellschaften befürchten, daß sie erneut vor der Tür bleiben, daß Leasing-Investitionen nicht unter die Befreiungsklausel fallen, auch wenn das neue Vertragsvolumen das Fünffache der Investitionsabgabe übersteigt. Die Folge würde sein, daß Leasing 1983 wie 1982 auf der Stelle treten würde, daß potentielle Auftragsvolumina an ihm vorbeigehen würden.

Wohl nicht zu Unrecht meinen die Leasing-Geber, daß auch bei der Investitionshilfeabgabe Chancengleichheit hergestellt werden müßte, daß es für den Aufschwung der Wirtschaft gleichgültig sei, bei wem bilanziell aktiviert wird, sondern daß es allein darauf ankommt, die Investitionen in Schwung zu bringen.

Die Forderung liegt also auf der Hand: Änderung der Systematik – so wie es früher üblich war, sollte es auch für eine Investitionshilfeabgabe von morgen gehandhabt werden. Die Befreiung wird auf die Investition abgestellt und nicht auf Referenzraten oder Referenzperioden. Die Leasinggesellschaften hoffen, daß diesmal der Zug nicht ohne sie abfährt.

DIE BRANCHE / Nach zwanzig Jahren hat Leasing sechs Prozent der Brutto-Anlageinvestitionen erobert

Immobilie – Prüfstein der Seriosität

HANS BAUMANN, Essen

Zwanzig Jahre ist das Leasing in der Bundesrepublik Deutschland alt. Etwa sechs Prozent der Brutto-Anlageinvestitionen (rund 350 Milliarden Mark) hat das Leasing erobert. Doch mehr als die Hälfte dieser sechs Prozent hat das Leasen von immobilen Objekten bereits auf sich gezogen. Die „Seriösen" der Branche sprechen von einer ungesunden Entwicklung.

Pleiten aus jüngsten Tagen geben solcher Meinung recht. Wenn der Pleitegeier zuschlägt, wie im vergangenen Jahr, dann greift mancher Unternehmer zum Strohhalm des Sale-and-lease-back. Er versilbert seine Verwaltungsgebäude oder seine Fabrik und nutzt sie weiter über Leasing-Raten. Dabei entstehen – wenn die Leasing-Firma risikofreudig mitspielt, was bei dem harten Wettbewerb durchaus üblich ist – oft hohe Scheingewinne, mit denen die Unternehmer ihre Probleme zu überwinden hoffen – nicht selten aber auch untergehen.

Durchweg laufen die Raten für Immobilien über 15 Jahre. Welcher Leasing-Geber kann die Chancen eines Unternehmens für solche Zeit überblicken? Auf der sicheren Seite werden immer nur jene Leasing-Geber im Bereich der Immobilie liegen, die mit Sicherheit davon ausgehen können, daß sie das Objekt auch im Falle einer Pleite relativ problemlos wieder an den Mann bringen können.

Diese Fähigkeit der Einschätzung eines Objektes führt zu einem zentralen Problem des Leasing insgesamt: In der Bundesrepublik Deutschland gibt es zur Zeit 572 Leasing-Gesellschaften, die vom Fotokopierer bis zum Kraftwerk alles an den Mann zu bringen versuchen. Da gibt es Firmen, die das klassische Leasing pflegen, also in jedem Fall Eigentümer bleiben und selbst aktivieren (etwa die Mietfinanz in Mülheim/Ruhr), bei denen also ein Leasing-Nehmer niemals Eigentümer des genutzten Objektes werden kann. Andere bieten die verschiedensten Mischformen an, mit und ohne Option. Wieder andere teilen ihr Geschäft exakt, wie etwa die Gefa in Wuppertal als Tochter der Deutschen Bank, die als Teilzahlungsinstitut sich einen Namen machte, nun aber auch klassisches Leasing – sozusagen als zweites Bein – anbietet.

Die Reihen des Marktes lichten sich

Doch die Reihen des überbesetzten Leasing-Marktes lichten sich. Auch hier wird die Inflation zurückgestutzt (Boots-Leasing, Arzt-Leasing, Jollen-Leasing). Die Erkenntnis in der Wirtschaft dämmert, daß Leasing nur dann Sinn macht, wenn betriebswirtschaftliche Vorteile sich mit dieser Finanzierungsmethode einstellen.

Die Refinanzierungschancen werden geringer für manche Leasing-Gesellschaften. Das erhöht die Chancen für jene Gesellschaften, die an Banken gebunden sind. Das muß – und sollte auch nicht – bedeuten, daß nur jene Leasing-Geber überleben werden, die an Banken gebunden sind. Damit würde nicht nur der Wettbewerb beschränkt, sondern das Leasing als Finanzierungsinstrument auch sofort unter Bankenaufsicht gestellt.

Aber nicht nur von der Refinanzierungsfähigkeit her steht dem Gewerbe ein Konzentrationsprozeß bevor. Mehr und mehr wird in dieser doch noch sehr jungen Branche deutlich, daß nur der im Rennen bleiben wird, der eine bankmäßig geschulte Truppe führt. Das Wort: „Ich bin nicht das Kindermädchen meiner Kunden", kann heute tödlich sein. Der Leaser muß die Verhältnisse seiner Kunden sehr genau kennen. Im Zweifelsfall muß vor Geschäftsabschluß ein Wirtschaftsprüferbericht eingeholt werden – selbst dann, wenn die Größe des Unternehmens keine Prüfungspflicht vorschreibt. Nur der „sichere" Kunde eignet sich für Leasing. Das hat die Vergangenheit gelehrt.

Und die sah in einigen Fällen so aus: Eine Immobilie (also etwa eine Verkaufshalle) kann man mieten, die Einrichtung läßt sich dann leasen (Kassen, Regale), die Ware, die man verkaufen will, kreditiert der Hersteller (Kommission), die Löhne und Gehälter bezahlt die Bank eine Zeitlang, nur die Pleite muß der „Unternehmer" dann noch selbst „machen".

Grundsätzlich hat sich herausgestellt, daß das Leasing die Investitionen aus eigenen Mitteln nicht überschreiten darf, weil sonst das Unternehmen finanziell ausgehöhlt wird. Vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt wird auch das Privat-Leasing immer kritischer betrachtet – vornehmlich beim Auto-Leasing. Wer ganze Flotten least, kann sich einen Vorteil ausrechnen. Wer als Privatmann ein Auto least, zahlt drauf, was er getrost tun soll, wenn er die Bequemlichkeit des Leasing nutzen und alle zwei oder drei Jahre ein neues Modell vor der Tür stehen haben will.

Da aber rund 80 Prozent aller privaten Autokäufe Teilzahlungskäufe sind, hat auch das Leasing für den Privatmann seinen Platz – auch wenn es nicht gerade billig ist. Für die Hersteller mag es kein rosiges Geschäft sein, aber es dient auch der Pflege der Marktanteile, der Auslastung der Kapazitäten also, der Reduzierung der Kosten.

Die Zeit der Flickerei ist vorbei

Spürt das Leasing die von Bonn angekündigte Wende? Gerd Koenig, Chef der Mietfinanz, die zu 90 Prozent vom Maschinen-Leasing lebt (Branchendurchschnitt 38 Prozent), läßt da keinen Zweifel. „Es geht aufwärts", sagt er. Die letzten Monate – vor allem nach dem 6. März – hätten eine deutlich verbesserte Investitionsbereitschaft gebracht. Die Zeit der Flickerei an den Maschinen ist für ihn vorbei. Ersatzinvestitionen kommen in Gang – nicht zuletzt, weil die neuen Generationen an Maschinen rentabler arbeiten.

Koenig benutzt zwar die große Vokabel von einem „schlagartigen Umschwung" nach dem 6. März. Er warnt aber davor, auf einen Boom zu setzen. Der kann nach seiner Meinung nur eintreten, wenn die Weltwirtschaft insgesamt wieder Tritt faßt.

IFO-UMFRAGE

Keine Rekorde zum 20jährigen Branchenjubiläum

DW. Bonn

Die längste und tiefste Rezession der Nachkriegszeit hat 1982 auch im Leasing-Geschäft deutliche Spuren hinterlassen und es den institutionellen Vermietern verwehrt, zum zwanzigjährigen Branchenjubiläum Rekordergebnisse vorzuweisen. Das zeigt die jüngste Erhebung des Ifo-Instituts bei den Leasing-Gesellschaften.

Im vergangenen Jahr war das Investitionsklima allgemein ziemlich unterkühlt, die gesamte Wirtschaft ohne den Wohnungsbau hat 1982 nominal um etwa drei Prozent weniger für Bauten und Ausrüstungsgüter ausgegeben als 1981. Gleichzeitig sind die Ausfallrisiken für alle Finanziers von Investitionsgütern wegen der ungebrochenen Konkurswelle ständig gestiegen. Im Gegensatz zu vielen anderen Branchen entsprang das verminderte Wachstumstempo des Leasing im Jahre 1982 nicht einer nachlassenden Nachfrage, sondern vielmehr dem Zwang zu verstärkter Risikovorsorge.

In der Vergangenheit bildeten die Mietobjekte, die ja in der Regel Eigentum der Leasing-Gesellschaften bleiben, den Schwerpunkt bei der Besicherung von Finanzierungen. Inzwischen steht allerdings die Kundenbonität bei Leasing-Geschäften fast genauso im Vordergrund wie bei der Vergabe von Bankkrediten, denn die Weiterverwertung von Mietobjekten wurde zunehmend schwieriger. Das führte dazu, daß im letzten Jahr bei zahlreichen Vermietungsgesellschaften mehr Anträge abgelehnt als akzeptiert wurden.

Besonders hoch war die Ablehnungsquote bei den beantragten Sale-and-lease-back-Finanzierungen, denn in diesem Instrument sahen viele angeschlagene Wirtschaftsunternehmen einen Rettungsanker, der den Zusammenbruch verhindern sollte. Neben den Risikoerwägungen hat wohl bei einigen Leasing-Gesellschaften auch der nicht unbegrenzte Refinanzierungsrahmen für vorsichtigeres Taktieren gesorgt.

Die Anlagenvermietung insgesamt rechnete nach den Ergebnissen des neuesten Ifo-Investitionstests für 1982 mit einem Wachstum von 3,2 Prozent auf 16,9 Milliarden Mark. Damit steigt der Anteil der Anlagenvermietung an den gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen (Leasing-Quote) voraussichtlich auf gut 7,1 Prozent.

Die Planangaben zur Geschäftsentwicklung für das Jahr 1982 differierten zwischen den einzelnen Leasing-Gesellschaften und auch den verschiedenen Unternehmenstypen sehr stark. Negative zweistellige Veränderungsraten waren keine Seltenheit, Investitionszugänge von mehr als zehn Prozent wurden jedoch auch vereinzelt gemeldet.

Am erfolgreichsten haben, wie auch schon 1981, die Immobilien-Leasing-Gesellschaften abgeschnitten. Deren Bauinvestitionen dürften 1982 um rund zwölf Prozent gestiegen sein. Auf den ersten Blick mag es verwundern, daß in einer Hochzinsphase gerade das Immobilien-Leasing so erfolgreich ist. Nachdem aber Gebäude, die meist auf Jahrzehnte vermietet werden, in Zeiten relativ hoher Kreditzinsen zunächst nur kurzfristig anfinanziert und die endgültigen Zinskonditionen im Leasing-Vertrag später festgelegt werden, überwiegt der Kostenvorteil, der sich derzeit durch das relativ günstige Preisniveau im Wirtschafts-

Fortsetzung Seite III

Konjunkturelle Bremsspuren dämpfen das Leasingwachstum

Im Jahre 1982 wurde der Zusammenhang zwischen der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur- und Investitionsentwicklung und dem Leasing-Wachstum relativ deutlich erkennbar. In den sechziger und siebziger Jahren hat die respektable Höhe der Zwachsraten im Leasing-Geschäft vielfach den Eindruck entstehen lassen, daß die Expansion der Vermietungsunternehmen nahezu unabhängig von gesamtwirtschaftlichen Strömungen sei. Mitunter wurde sogar vermutet, die Leasing-Gesellschaften wären „Rezessionsgewinnler".

Soll investiert werden oder nicht?

Ein Vergleich der gesamtwirtschaftlichen Investitionsentwicklung (ohne Wohnungsvermietung) mit dem Geschäftsverlauf des Leasing in den letzten zwanzig Jahren bestätigt diese Annahmen – zumindest in so vereinfachter Form – jedoch nicht. Bereits die Tatsache, daß das Leasing eine Form der Investitionsfinanzierung beziehungsweise ein Finanzierungssurrogat ist, muß generell zur Folge haben, daß es auch von gesamtwirtschaftlichen Einflußgrößen tangiert wird. Insbesondere ist das Leasing-Geschäft vom allgemeinen Investitionsklima und den Verhältnissen auf den Kapitalmärkten abhängig. Wenn die Investitionsbereitschaft der Unternehmen nachläßt, wird auch das Potential für Leasing-Finanzierungen kleiner.

Eine Ausnahme bilden hier lediglich das Sale-and-lease-back-Verfahren und teilweise auch das Buy-and-lease, das jedoch von geringerer Bedeutung ist. Nachdem Investitionsentscheidungen in erster Linie von ökonomischen Erwartungen der Investoren abhängen und nur sekundär von den gegebenen Finanzierungsmöglichkeiten, stehen Unternehmer primär nicht vor der Alternative mit Eigenkapital beziehungsweise Bankkrediten zu kaufen oder aber zu leasen. Die wesentliche Entscheidung wird bei der Frage gefällt, ob investiert werden soll oder nicht.

Diese Kernfrage läßt sich meist durch einen Blick in die Auftragsbücher und auf den Auslastungsgrad der Kapazitäten klären, soweit es sich nicht um unaufschiebbare Ersatz- oder Rationalisierungsmaßnahmen handelt. Erst wenn die Investitionsentscheidung als solche gefallen ist, stellt sich in der Regel das Finanzierungsproblem. Die angebotenen Alternativen, zu denen seit 1962 auch das Finanzierungs-Leasing gehört, sind dann unter Berücksichtigung der eigenen Liquidität, der Konditionen auf den Geld- und Kreditmärkten sowie betriebsinterner Anforderungen zu prüfen.

Dabei wird sowohl das Risiko von Fehlinvestitionen durch falsche Einschätzung der Entwicklung auf den relevanten Märkten, als auch von unterlassenen Investitionen und den damit eventuell verbundenen verpaßten Ertragschancen, ins Kalkül gezogen.

Investoren werden also im Normalfall nur wegen günstiger Finanzierungsmöglichkeiten keine waghalsigen Investitionsentscheidungen treffen, was generell auch für alle Investitionszulagen gilt. Denn das Investitions-Amortisationsrisiko bleibt stets beim Investor, auch bei Leasing-Investitionen. Schließlich sind Leasingraten während der gesamten vereinbarten und in der Regel unkündbaren Grundmietzeit zu bezahlen. Eine Ausnahme bildet hier lediglich die Kurzfristmiete mit jederzeitiger Kündigungsmöglichkeit (Operating-Leasing).

Wenn die Investitionsentscheidungen in der Wirtschaft üblicherweise vor der Finanzierungsfrage gefällt werden, muß auch zwischen der gesamtwirtschaftlichen Investitionskonjunktur und der Entwicklung des Leasing beziehungsweise der Anlagenvermietung ein Zusammenhang bestehen. Wie stark diese Interdependenz ist, läßt sich anhand einer Zeitreihenanalyse des Ifo-Instituts im Sektor Anlagenvermietung feststellen.

Unstete Entwicklung der Hersteller-Vermietung

Bei einem Vergleich der jährlichen Wachstumsraten der Bruttoanlageinvestitionen der gesamten Wirtschaft (ohne Wohnungsbau) und der Herstellervermietung sowie des Finanzierungs-Leasing für den Zeitraum 1962 bis 1982 fällt auf, daß die herstellerabhängige Vermietung relativ stark von der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit beeinflußt wird. Die Entwicklungslinie für deren Leasing-Geschäft oszilliert um die von den Gesamtinvestitionen vorgegebene Wachstumskurve. In mehreren Jahren expandierte die Herstellervermietung sogar unterdurchschnittlich, teilweise wurde dabei auch die Null-Linie unterschritten.

Diese etwas unstete Entwicklung der Herstellervermietung resultiert zum einen aus den im Zeitablauf unterschiedlichen Präferenzen der Produzenten entweder für den Verkauf oder Vermietung und zum anderen aus dem relativ begrenzten Bündel der in diesem Mietverfahren angebotenen Produkte.

Das Hersteller-Leasing wird aber nicht nur von den allgemeinen Konjunkturzyklen tangiert, sondern ist auch noch stark von technologischen Entwicklungen oder Sättigungserscheinungen auf seinen speziellen Märkten abhängig. Kompensatorische Effekte wie beim Finanzierungs-Leasing sind nur in geringem Umfang möglich; insbesondere fehlen für einen solchen Ausgleich jegliche Bauinvestitionen. Diesbezüglich sind die Unternehmen, die das Finanzierungs-Leasing betreiben in einer wesentlich günstigeren Position. Sie vermieten nahezu alle mobilen und immobilen Anlagegüter und werden dadurch von Sonderkonjunkturen auf Spezialmärkten weniger hart getroffen.

Obwohl die institutionelle Anlagenvermietung in Form des Finanzierungs-Leasing in der Bundesrepublik erst seit 1962 existiert und damit anfangs Basiseffekte dadurch auftraten, daß bei insgesamt recht niedrigem Geschäftsvolumen in den ersten Jahren nach der Gründung relativ leicht ansehnliche Zuwachsraten zu erzielen waren, ist im gesamten Beobachtungszeitraum ein gewisser Zusammenhang zwischen gesamtwirtschaftlicher Investitionskonjunktur und der Geschäftsentwicklung der Leasing-Gesellschaften zu erkennen.

Im Gegensatz zur Herstellervermietung besteht allerdings zwischen diesen beiden Kurvenverläufen ein erheblicher Niveauunterschied. Das Wachstum der Leasing-Investitionen war bisher auch immer überdurchschnittlich und bis 1982 weit von der Null-Linie entfernt. Dabei schwankte das Expansionstempo der Leasing-Branche jedoch weitgehend im Rhythmus der gesamtwirtschaftlichen Unternehmensinvestitionen, von gewissen – durch Sondereinflüsse bedingten – Abweichungen abgesehen, das heißt, in konjunkturellen Aufschwungphasen hatte das Leasing-Wachstum ebenfalls einen besonders starken Auftrieb, während in den Rezessionsperioden auch die Vermietungsgesellschaften geringere Zuwächse erzielten.

1972 war das Jahr der Rekorde

Trotz beachtlicher Wachstumsraten in den ersten Jahren nach der Markteinführung (1962), zwischen 25 und 70 Prozent, war das Finanzierungs-Leasing zunächst noch ohne volkswirtschaftliche Relevanz. Der Wert der neuvermieteten Anlagen belief sich am Ende der sechziger Jahre erst auf rund 600 Millionen Mark, das waren 0,6 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Investitionen (ohne Wohnungsbau). Trotzdem wurde dabei der relativ zügige konjunkturelle Abschwung der Wirtschaft – mit dem Tiefpunkt 1967 – in der Bewegung mitgemacht, ebenso wie der darauf folgende Aufschwung.

Allerdings erreichte der Durchschnitt aller Wirtschaftsunternehmen den Höhepunkt des Investitionsbooms bereits 1970, danach ließ die Investitionsbereitschaft von Jahr zu Jahr nach. Die Leasing-Gesellschaften hatten eine etwas längere und wesentlich steilere Aufschwungphase mit einem Rekordwachstum im Jahre 1972.

In diesem Jahr übertrafen die Anschaffungswerte der neuen Leasing-Anlagen erstmals die Grenze von zwei Millionen Mark. Dieser Wachstumszyklus muß allerdings im Zusammenhang mit zahlreichen Gründungen neuer Leasing-Gesellschaften sowie vor allem mit der Klärung von Bilanzierungsfragen durch die Erlasse des Bundesfinanzministeriums aus den Jahren 1971 (Mobilien-Leasing-Erlaß) und 1972 (Immobilien-Leasing-Erlaß) gesehen werden.

Damals gelang der Leasing-Branche der eigentliche Durchbruch. 1973 war allgemein ein schwaches Investitionsjahr, und auch die Leasing-Gesellschaften expandierten mit relativ geringem Tempo. Das reichte jedoch aus, um erstmals – auch vom Investitionsvolumen her – die Herstellervermietung zu überholen. Die verhaltene Entwicklung 1973 geht wohl auch auf das Konto der in diesem Jahr eingeführten Investitionssteuer sowie des recht hohen Zinsniveaus.

Der Wiederaufschwung der Investitionskonjunktur setzte bei den Leasing-Gesellschaften bereits 1974, gesamtwirtschaftlich erst 1975 ein. Den Leasing-Firmen kam die allgemeine Investitionszulage (Bestellfrist 1. 12. 74 bis 30. 6. 75) in besonderem Maße zugute, da auch sie diese Förderung bekamen und die Mittel über verminderte Mietraten an ihre Kunden weitergeben konnten.

Wie eine Untersuchung des Ifo-Instituts im verarbeitenden Gewerbe zeigte, wurden damals die mei-

Fortsetzung Seite III

Bohrer beißen auf Granit

Die Ausrüster für Erdöl-Exploration und -Förderung sind nicht nur von den hohen Zinssätzen und anderen Auswirkungen der Rezession in den USA betroffen, sondern sie werden vor allem durch den starken Rückgang der Geschäftstätigkeit dieser Branche infolge des Preisverfalls für Rohöl getroffen.

Bis Oktober 1981 herrschte ein Boom auf dem Markt für Förderausrüstungen. Wegen der lebhaften Nachfrage kam es gelegentlich sogar vor, daß gebrauchte Bohranlagen zum Neupreis verkauft wurden. Zu jener Zeit stiegen neue Unternehmer in das Fördergeschäft ein, weil die Nachfrage anhaltend hoch war.

Diese „Neulinge" im Bohrgeschäft hatten nicht allzu viel Erfahrung, und manche Investment-Firmen ließen es an der erforderlichen Vorsicht beim Abschluß der Kontrakte über Anleihen oder Leasing *fehlen. Es schien so, als befinde* sich die ganze Mineralölwirtschaft in einem Rauschzustand. Die Zinssätze lagen zwischen 20 und 25 Prozent. Und in den Wirtschaftsprognosen hieß es, der Boom werde mindestens bis 1985 anhalten.

Als dann 1981 die Exploration zurückgefahren wurde, setzte sofort ein Überangebot an Bohrgerät und anderen Ausrüstungen für die Erdölförderung ein. In der Zulieferindustrie mußten viele Auftragsstornierungen registriert werden.

Viele eingeführte Unternehmen, die auf Bohrausrüstungen spezialisiert sind und sich in den Boom-Jahren von 1979 und 1980 mit modernsten Werkzeugmaschinen ausgerüstet hatten, um die hohen Auftragseingänge bewältigen zu können, haben praktisch über Nacht den Boden unter den Füßen verloren.

Die Folge davon waren Zusammenbrücke von Unternehmen und Banken. Bedeutende Finanzzentren sahen sich beträchtlichen Verlusten ausgesetzt bei ihren Investitionen; die Schätzer der Banken veranschlagten den Wert der Ausrüstungen ziemlich gering, weil kein Markt mehr vorhanden war.

Die Lagerhäuser waren randvoll gefüllt mit Gerät für die Exploration, und mehr als 2000 Bohrtürme hatte man stillgelegt. Im Jahre 1982 kam es bei schwacher Nachfrage nur zu wenigen Verkäufen. Viele Firmen, die Bohrgeräte produzieren, gerieten in eine schwierige finanzielle Lage oder mußten gar Konkurs anmelden.

Auch die Baumaschinen-Industrie kam durch die allgemeine Wirtschaftsstagnation in Schwierigkeiten. Händler blieben auf großen Beständen sitzen, und Hersteller räumten beträchtliche Nachlässe ein.

In den letzten Wochen gab es freilich eine leichte Erholung. Zwar sind die Preise noch auf niedrigem Niveau, und die Verkäufer gebrauchter Ausrüstungen müssen Verluste in Kauf nehmen. Aber der Markt für hochwertige Werkzeugmaschinen zieht wieder an, Auktionen von Baumaschinen sind recht erfolgreich, und Versteigerungen auf einigen Ölfeldern finden wieder Interesse.

Ein anderer positiver Aspekt ist die vorsichtigere Verkaufspolitik der Leasing-Industrie. Auch die Kunden fragen erst nach handfesten Kalkulationen, ehe sie abschließen.

BERNIE DWORKIN

SERVICE-LEASING / Das Objekt wird zum „Maßanzug" des Kunden – Vom Hochregallager bis zum Verwaltungsgebäude

Die Summe aller Vorteile ausnutzen

D. M. Mainz

Gebäude-Leasing gehört heute zum Instrumentarium der Unternehmen, die knappes und wertvolles Eigenkapital lieber disponibel halten, statt es in Grund und Boden „zu begraben". Neben dem Erwerb bereits bestehender Gebäude kommen die Möglichkeiten einer Service-Leasinggesellschaft vor allem bei der Errichtung und langfristigen Nutzungsüberlassung von Neubauten zur Geltung.

Grundlage dieser Möglichkeiten ist die Stellung der Leasinggesellschaft als professioneller Bauherr, als ständiger Großeinkäufer von Bauleistungen. Je größer und erfahrener die Gesellschaft ist, um so besser können die Möglichkeiten genutzt werden.

Grundlage der Kostenreduzierung und Terminsicherheit auf ausgehandelter Basis ist das den Bauleistungen zugrunde liegende Vertragswerk, das die Leasinggesellschaft zur Voraussetzung der Auftragsvergabe macht. Der Auftragnehmer kontrahiert also nicht wie üblich auf eigenen, sondern auf Vertragsunterlagen der Leasinggesellschaft, die nicht die Interessen des Bauausführenden, sondern des Bauherrn wahrt. Kostentreibende Lücken und Versäumnisse gibt es dabei nicht.

Auch bei Änderungswünschen am Objekt während der Bauphase ist die Marktstellung der Leasinggesellschaft von Vorteil: Der einzelne Gewerksnehmer ist zumeist ständig bei irgendeinem Bauvorhaben der Leasinggesellschaft im Angebot und wird so gerade bei laufenden Bauaufträgen seine preisliche und qualitative Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Die mit Änderungswünschen meistens verbundenen ungerechtfertigten Kostensteigerungen im Rahmen eines einmal vergebenen Auftrages entfallen also.

Das gilt auch für die Einflußmöglichkeiten nach Fertigstellung des Objektes in der Garantiephase. Die Erwartung ständig neuer Bauaufträge bei neuen Bauvorhaben der *Leasinggesellschaft* ist die beste Grundlage für prompte und zufriedenstellende Erledigung anstehender Garantiearbeiten.

Bei der planerischen Gestaltung einer gewerblichen Immobilie stehen die besonderen Nutzungswünsche des Investors im Vordergrund. Hierbei gibt es keinerlei Einschränkungen, das Objekt soll zum „Maßanzug" des Kunden werden, er allein entscheidet über die betriebsoptimalen Abläufe, sei es bei Produktions-, Lager- oder Verwaltungsgebäuden.

Hier kommt wieder die Leasinggesellschaft auf den Plan: Sie hat jeden denkbaren Gebäudetyp – vom Hochregallager bis zum repräsentativen Verwaltungsgebäude – bereits mehrfach errichtet und verwaltet, was im Hinblick auf Folgekosten von Bedeutung sein kann.

Bei der Konzeption und Planung eines Bauvorhabens wird die Kreativität des vom Kunden ausgewählten und bestimmten Planungsteams durch die Erfahrung der Service-Leasinggesellschaft ergänzt. Konzeptions- und Gestaltungsfehler werden aufgedeckt, kostenoptimale Konstruktionsmöglichkeiten vorgeschlagen. Das heißt, die individuellen Vorstellungen des Leasingkunden als „Bauherr" werden nicht beeinflußt, sondern kosten- und nutzungsoptimal durchgeführt.

Erfahrungen aus der Objektverwaltung spielen hier eine Rolle. Die Folgekosten bestimmter Konstruktionsmerkmale liegen über lange Jahre vor und lassen sich frühzeitig in die Überlegungen einbringen. Als Beispiel seien hier Energie- und Wartungskosten oder Pflegekosten bestimmter Fassadentypen erwähnt.

Aus den speziellen Nutzungswünschen des Leasingnehmers und der konkreten Objekterfahrung der Service-Leasinggesellschaft läßt sich insgesamt eine optimale Baugestaltung herausarbeiten.

Die beschriebenen Service-Effekte werden durch fundierte und frühzeitige Kostenaussagen begründet, die Entscheidungen über Größe und Art eines Bauvorhabens zum richtigen Zeitpunkt ermöglichen. Häufig wird eine zu große Lücke zwischen optimalem Flächenbedarf und zumutbaren Kosten erst entdeckt, nachdem erhebliche planerische Vorleistungen und deren Kosten erbracht sind.

Die Datenverarbeitung einer Service-Leasinggesellschaft hat jedes einzelne vergebene Gewerk gespeichert, so daß auf der Grundlage tatsächlich verhandelter, augenblicklich durchsetzbarer Preise jedes Bauvorhaben frühzeitig kalkulierbar wird. Nicht die üblichen Kubikmeter-Schätzungen, sondern gleich oder ähnlich gelagerte konkrete Vergabeergebnisse ergänzen die Kostenaussage eines Vielfach-Investors. Die Datenverarbeitung ist auch Grundlage der laufenden Kontrolle der Kosten bei der Durchführung der einzelnen Bauvorhaben. Kostenstände und Erwartungen sind jederzeit abrufbar.

Ein leidiges Kapitel des Bauens läßt sich dank des umfassenden Überblicks einer Service-Leasinggesellschaft ebenfalls unterlaufen: Immer wieder stößt man auf eine ungewöhnlich *gleichförmige* Preisgestaltung der Anbieter von Bauleistungen bei gleichzeitig hohem Preisniveau. Die überregionale Nachfrage der Leasinggesellschaft macht es möglich, solche Absprachering leicht aufzubrechen. Denn während der Einzelinvestor beispielsweise im Süden Deutschlands kaum ein ernst gemeintes, *leistungsfähiges Angebot* eines Anbieters in Hamburg erwarten kann, um die Preiswürdigkeit seiner regionalen Anbieter zu kontrollieren, ist hier der überregionale Dauernachfrager Leasinggesellschaft in einer ganz anderen Position.

Bleiben aber die Interessen des Kunden, der das geleaste Gebäude für seine besonderen Nutzungswünsche errichtet haben will, gewahrt? Kann er seine speziellen Wünsche, auch im Hinblick auf die Auswahl des Architekten oder der Bauausführenden durchsetzen?

Der Kunde einer Service-Leasinggesellschaft braucht keinerlei Einschränkung in seinen persönlichen *Wünschen und Dispositionen* zu befürchten. Sowohl das architektonische Konzept als auch die Auswahl der durchführenden Architekten und Firmen bleibt in seiner Einflußsphäre. Mit der Unterschrift unter dem Leasingvertrag bleiben die Kundeninteressen nicht auf der Strecke.

Im Gegenteil, die Leasinggesellschaft steht dem Kunden zur Durchsetzung seiner Interessen zur Seite. Die erzielbaren Vorteile kommen ja gerade dann voll zur Geltung, wenn die Unabhängigkeit zwischen allen am Bau Beteiligten gewährleistet ist. Die Service-Leasinggesellschaft liefert ihre Marktmacht, der Leasingnehmer bringt seine individuellen Gestaltungs- und Nutzungswünsche zur Geltung.

Sicher liegt der Reiz der Zusammenarbeit für den Kunden gerade darin, die für ihn in aller Regel betriebsfremde Problematik des Bauens auf einen erfahrenen Dritten zu übertragen, ohne dabei seine Einflußmöglichkeiten auch nur im geringsten zu schmälern. Besonders deutlich werden die Vorteile einer *solchen Konstellation* in den vielen Fällen des wiederholten gemeinsamen Bauens mit demselben Kunden, auch und gerade in der Zusammenarbeit mit Großunternehmen mit eigener Bauabteilung, die die Leistungsfähigkeit der Leasinggesellschaft schätzen gelernt haben.

Häufig sind inzwischen nicht mehr die betriebswirtschaftlichen Aspekte eines Leasinggeschäftes Entscheidungsgrundlage, sondern gerade die sich aus dem Service ergebende Entlastung und Sicherheit.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die harte Wettbewerbssituation am Leasingmarkt Preisunterschiede weitgehend nivelliert hat. Die Entscheidung eines Leasingkunden braucht heute nicht mehr vom Preisunterschied abzuhängen, sondern kann sich am unterschiedlichen Leistungsprofil der Anbieter ausrichten.

Erfahrung, Größe und der damit verbundene Einfluß sowie kaufmännische Beweglichkeit bei der Lösung *individueller* Probleme sind entscheidend. Da die durch den Einsatz einer Service-Leasinggesellschaft erzielten Kostenvorteile in vollem Umfang dem Leasingnehmer zugute kommen, sollte die Entscheidung bei vergleichbaren Mietsätzen nicht schwerfallen. Die Interessenidentität zwischen Kunde und Leasinggesellschaft, das vom Kunden gewünschte Objekt zu den vereinbarten Standards kostengünstig zu errichten, ist die beste Grundlage für eine langfristige Zusammenarbeit.

INVESTITIONSERHEBUNG

Mehr Anträge abgelehnt als akzeptiert
Rezession hinterließ deutliche Spuren

DW. Bonn

Die Phase der Marktdurchdringung des Leasing ist – nach zwanzig Jahren – noch nicht abgeschlossen. Auch im laufenden Jahr kann wieder mit einem realen Wachstum der Anlagenvermietung und einer weiteren Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Leasing-Quote gerechnet werden. Allerdings: Die längste und tiefste Rezession der Nachkriegszeit hat auch im Leasing-Geschäft deutliche Spuren hinterlassen und es den Vermietern verwehrt, zum zwanzigjährigen Jubiläum Rekordergebnisse vorzulegen.

1982 war das Investitionsklima allgemein recht unterkühlt, die gesamte Wirtschaft hatte nominal um etwa drei Prozent weniger für Bauten und Ausrüstungsgüter ausgegeben als im Jahr zuvor. Gleichzeitig waren die Ausfallrisiken für alle Finanziers von Investitionsgütern wegen der ungebrochenen Konkurswelle ständig gestiegen. Heute steht deshalb die Bonität des Kunden bei Leasing-Geschäften fast ebenso im Vordergrund wie bei der Vergabe von Bankkrediten: Wer leasen will, muß kreditwürdig sein.

Das führt dazu, daß bei zahlreichen Vermietungsgesellschaften mehr Anträge abgelehnt als akzeptiert werden. Besonders hoch ist die Ablehnungsquote bei den beantragten Sale-and-lease-back-Finanzierungen. Sehen doch in diesem Instrument viele Wirtschaftsunternehmen einen Rettungsanker, der den Zusammenbruch verhindern soll.

In der Struktur der vermieteten Anlagen hat sich 1981 eine deutliche Verschiebung von den Mobilien zu den Immobilien ergeben. Trotzdem entfällt der größte Teil der Investitionen im Sektor Anlagenvermietung weiterhin auf Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen (30 Prozent). Den zweiten Rang (19 Prozent) nehmen wieder Fahrzeuge aller Art ein, gefolgt von Produktionsgebäuden und Lagerhallen (15 Prozent). Produktionsmaschinen haben einen Anteil von knapp zehn Prozent. Nachrichtenanlagen einschließlich Medizintechnik neun Prozent, Geschäfts- und Bürogebäude rund sieben Prozent.

Auf komplette Produktions-, Versorgungs- und Energieanlagen entfallen gut sechs Prozent und auf Handelsobjekte – Supermärkte und Warenhäuser – rund vier Prozent der gesamten Anlagenvermietung.

Von allen Leasinggütern expandieren die Fahrzeuge seit Jahren am zügigsten und gewinnen ständig Anteile am gesamten Leasingaufkommen hinzu, obwohl die Leasinggesellschaften wegen der Restriktionen des Güterkraftverkehrsgesetzes in der Lastkraftwagenvermietung (über vier Tonnen zulässiges Gesamtgewicht) noch nicht aktiv sein können.

Auch im Jahre 1981 ging der größte Teil der Investitionen des Sektors Anlagenvermietung wieder in das verarbeitende Gewerbe (38 Prozent) und in den Handel (18 Prozent). An dritter Stelle folgt jetzt die Energieversorgung einschließlich Bergbau mit gut 13 Prozent. Wegen des auch 1983 anhaltenden Investitionsbooms in der Elektrizitätswirtschaft dürften die Leasinggesellschaften hier weiterhin gute Marktchancen haben.

Den vierten *Platz* in der Rangordnung der Leasingnehmer belegt der Sektor „sonstige Dienstleistungen" (rund elf Prozent). In diesem Konglomerat von Gewerbezweigen, das vom Hotel- und Gaststättengewerbe über Rundfunkanstalten bis zu mittelständischen Selbständigen wie Ärzten, Rechtsanwälten, Architekten, Maklern, Friseuren reicht, konnten die Vermietergesellschaften nur sehr schwer Fuß fassen.

Auf Kreditinstitute und Versicherungen und auf den Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung entfielen 1981 je rund sechs Prozent der Investitionen der Anlagenvermietung. Der Staat gehört zwar nach wie vor zu den Wirtschaftsbereichen, die nicht sehr intensiv vom Leasing Gebrauch machen, 1981 ist sein Anteil an den gesamten Mietanlagen jedoch deutlich gestiegen und erreicht jetzt mehr als drei Prozent.

Das beachtliche Wachstum der Leasing-Investitionen im Jahre 1981 hat sich auch spürbar auf die Höhe des Anlagevermögens ausgewirkt. Die Anschaffungswerte ohne Berücksichtigung der Abschreibungen aus den rund 1,05 Millionen bestehenden Mietverträgen im Finanzierungs- und Herstellerleasing addieren sich zum Ende 1981 auf rund 56 Milliarden Mark. Davon entfielen allein auf die institutionellen Vermieter 42 Milliarden Mark aus etwa 455 000 Verträgen: die entsprechenden Buchwerte beliefen sich auf gut 32 Milliarden Mark. In der Herstellervermietung kumulieren sich die effektiven Anschaffungswerte ohne Abschreibungen am Ende 1981 zu einem Anlagevermögen von etwa 14 Milliarden Mark, verteilt auf 600 000 Verträge.

Die Bonitätsprüfung: Auch wer leasen will, muß kreditwürdig sein

K.-P. O. Hamburg

Die deutschen Leasinggesellschaften wurden in den vergangenen Monaten mit erhöhten Bonitätsrisiken konfrontiert. Eine der wesentlichen Ursachen für diese Entwicklung ist in der Hochzinsphase zu sehen, die im Jahr 1981 besonders ausgeprägt war und erst gegen Ende 1982 von einer Zeit deutlich sinkender Zinsen abgelöst wurde.

Die deutsche Wirtschaft mußte unter den hohen Zinsen vor allem deshalb besonders leiden, weil die Eigenkapitalquote der Unternehmen mit etwa 20 Prozent im Bundesdurchschnitt verglichen mit den Verhältnissen etwa in den USA oder in Großbritannien extrem gering ist. Viele Unternehmen sind somit zu einem hohen Prozentsatz auf das noch immer recht teure Fremdkapital angewiesen.

Hin und wieder trifft man auch in Unternehmerkreisen auf die Ansicht, daß das Leasing einen letzten Ausweg für solche Firmen bieten kann, die wegen fehlender Kreditwürdigkeit keine Mittel mehr von Banken erhalten. Nachdem aufgrund der anhaltenden Hochzinsphase in Verbindung mit einer rückläufigen Konjunktur zahlreiche Unternehmen in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind, haben viele von ihnen nach diesem Rettungsanker gesucht.

Die Leasinggesellschaften sahen sich deshalb mit Anträgen konfrontiert, bei denen der Antragsteller aufgrund seiner schwachen wirtschaftlichen Verhältnisse keine Basis für eine positive Beurteilung des Engagements bot. Als Folge davon stiegen die Ablehnungsquoten der Leasinggesellschaften erheblich: im Branchendurchschnitt mußte etwa ein Drittel der eingehenden Anträge abgelehnt werden, einige Leasinggesellschaften mußten sogar mehr Anträge ablehnen, als sie annehmen konnten.

Nicht verwunderlich, daß die Wachstumsrate der Leasingbranche bei einer solchen Entwicklung im Jahr 1982 erstmals gegenüber den stolzen Zahlen der früheren Jahre zurückging. Die hohe Ablehnungsquote macht deutlich, daß Leasing kein Sanierungsinstrument für „fußkranke" Unternehmen sein kann.

Ganz im Gegenteil: wegen der hundertprozentigen Finanzierung des Investitionsgutes muß die Bonitätsprüfung der Leasinggesellschaft an und für sich höhere Anforderungen an die Kreditwürdigkeit des Kunden stellen, als sie bei Banken normalerweise erforderlich sind. Dies ist auch deshalb notwendig, weil im Leasinggeschäft in der Regel auf bankmäßige Sicherheiten wie beispielsweise Grundschulden oder Verpfändung von Wertpapieren verzichtet wird. Als Eigentümerin des vermieteten Objektes ist der Leasinggesellschaft nur ein direkter Zugriff auf das Objekt selbst möglich. Kommt der Leasingnehmer seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nach und muß der Vertrag daher vorzeitig beendet werden, ist die Leasinggesellschaft darauf angewiesen, aus der Verwertung des Leasinggegenstandes ihre Restforderung zu befriedigen.

Bestimmte Kennzahlen werden ermittelt

Leasinggesellschaften prüfen insbesondere bei größeren Engagements die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Kunden vor einem Geschäftsabschluß eingehend. Sofern es sich um gewerbliche Kunden handelt, ist von einer bestimmten Größenordnung an die Vorlage aktueller Bilanzen durch den Kunden erforderlich. Das eingereichte Bilanzmaterial wird sodann gegliedert, und bestimmte Kennzahlen werden ermittelt. Aufschluß über die wirtschaftliche Situation des Kunden geben sowohl der Vergleich mit branchenüblichen Werten als auch die Entwicklung der Zahlen in mehreren aufeinander folgenden Jahren.

Die Leasinggesellschaften messen innerhalb ihrer Bonitätsprüfung der künftigen Ertragskraft des Leasingnehmers ganz besondere Bedeutung bei, denn die Gewinnsituation des Mieters entscheidet letztlich darüber, ob ein Leasingvertrag planmäßig bedient wird oder nicht. Stark expandierende Unternehmen mit guten Zukunftsaussichten können daher ihren Kapitalbedarf für Investitionen im Wege des Leasing oftmals auch dann befriedigen, wenn das Sicherheitenpotential für eine traditionelle Kreditfinanzierung nicht mehr ausreicht.

Die realistische Beurteilung der Ertragskraft eines Unternehmens setzt natürlich voraus, daß sich die Leasinggesellschaft eingehend nicht nur mit der Branche des Leasingnehmers, sondern darüber hinaus auch noch mit dem Leasingobjekt selbst befaßt. Die mit der Prüfung betrauten Mitarbeiter müssen in der Regel über fundierte Objektkenntnisse und eine betriebswirtschaftliche Ausbildung verfügen.

In die bei der Bonitätsprüfung oftmals erforderlichen Wirtschaftlichkeitsberechnungen gehen sowohl technische Details ein als auch Fragen der Werterhaltigkeit des jeweiligen Investitionsgutes im Zeitablauf. Je besser die Verwertungschancen eines Objektes sind, desto eher sind gewisse Abstriche bei den Anforderungen an die Ausstattung mit Eigenkapital beziehungsweise bei anderen Bilanzkennzahlen möglich.

Wenn auch Leasing in der Regel eine hundertprozentige, objektbezogene Fremdfinanzierung darstellt, sind Fälle denkbar, bei denen dies nicht zutrifft. In diesem Zusammenhang ist an Konstruktionen zu denken, bei denen der Mieter wegen nicht voll befriedigender wirtschaftlicher Verhältnisse oder wegen einer eingeschränkten Fungibilität des Leasinggegenstandes bereit ist, der Gesellschaft „leasingkonforme" Sicherheiten zu verschaffen.

Ein Beispiel hierfür bildet die vom Leasingnehmer bei Vertragsabschluß zu leistende Mietvorauszahlung. Diese zusätzliche Sicherheit für die Leasinggesellschaft kann auch dann erforderlich sein, wenn wegen der Langfristigkeit des Vertrages andernfalls unvertretbare Risiken vom Leasinggeber eingegangen werden müßten.

Die Untersuchung der Bonität eines Antragstellers mündet bei vielen Geschäftsverbindungen in die Festlegung eines für den Umfang von Leasinggeschäften vertretbar erscheinenden Rahmens. Im sogenannten Direktgeschäft beispielsweise kann der Leasinggeber seinem Kunden einen auf eine bestimmte Dauer befristeten Leasingrahmen einräumen: der Leasingnehmer kann dann ohne erneute Bonitätsprüfungen die von ihm benötigten Investitionsobjekte beschaffen und sie vom Leasinggeber über die Einsatzdauer mieten.

Was den Mietern zugute kommt

Im Vertriebs-Leasing hat es sich in vielen Bereichen als vorteilhaft erwiesen, wenn der Hersteller bereit ist, für von ihm gelieferte Objekte Rückkaufverpflichtungen einzugehen. Die Leasinggesellschaft muß dann nicht in jedem Einzelfall mit erheblichem Zeit- und Kostenaufwand die Bonität des Leasingnehmers prüfen, sondern kann in ihrer Annahmepolitik weitgehend auf den Hersteller abstellen und die ihr angetragenen Engagements zügig abwickeln. Die dadurch erreichte Schnelligkeit in der Bearbeitung und die geringeren Kosten kommen dann dem Hersteller in seinen Akquisitionsbemühungen und auch dem Mieter bei Abschluß des Leasingvertrages zugute.

Fazit: Wer leasen will, muß auch kreditwürdig sein. Leasing ist daher besonders geeignet für ertragsstarke Unternehmen in Wachstumsbranchen, die ihr knappes Eigenkapital sinnvollerweise für Zwecke der Finanzierung des Umlaufvermögens einsetzen und die die vorhandenen bankmäßigen Sicherheiten als Reserve für künftige Bedarfsfälle freihalten.

Keine Rekorde zum Jubiläum

Fortsetzung von Seite I

bau erzielen läßt, den Nachteil einer anfänglich höheren Zinsbelastung bei weitem.

Mit einem Investitionszuwachs von zwei Prozent expandierte das institutionelle Mobilien-Leasing 1982 ungewohnt moderat. Auch der Abstand zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen, die um etwa drei Prozent zurückgegangen sein dürften, ist geringer als in früheren Jahren. In der Herstellervermietung kam es 1982 sogar zu einer rückläufigen Geschäftstätigkeit.

Diese Unternehmen rechneten damit, daß ihre Investitionen in der Anlagenvermietung um rund 4,5 Prozent niedriger ausfallen als 1981. Zwar war die Herstellervermietung schon immer ziemlich konjunkturreagibel, neuerdings ergibt sich allerdings durch die zunehmende Bedeutung des Vertriebs-Leasing zusätzlich eine Verlagerung von Marktanteilen vom Hersteller- zum Finanzierungs-Leasing.

Die Investitionszulage im Rahmen des Beschäftigungsprogramms der Bundesregierung hat bisher weder in der Gesamtwirtschaft noch beim Gros der Leasing-Gesellschaften zu einer nennenswerten Belebung der Investitionstätigkeit geführt, von der Induzierung zusätzlicher Anlagenkäufe ganz zu schweigen.

Anfängliche Hoffnungen der Leasing-Branche auf einen Auftragsboom bereits im zweiten oder dritten Quartal 1982 haben sich nicht erfüllt. Ob zum Jahresende noch eine Antragsflut auf die Leasing-Gesellschaften zugekommen ist, die mit der Schwemme im zweiten Quartal des Jahres 1975 anläßlich der damaligen Investitionszulage von 7,5 Prozent vergleichbar ist, läßt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht endgültig beurteilen. Im Branchendurchschnitt dürften die zusätzlichen Bestellungen jedoch nicht sehr ins Gewicht fallen.

Das liegt unter anderem auch daran, daß Betriebs-Pkw, die anläßlich der Konjunkturzulage von 1975 relativ häufig bestellt wurden, für eine Begünstigung nach der neuen Investitionszulage – wegen der restriktiven Gestaltung des Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen – kaum in Frage kommen.

Wenig erfreulich war für die Anlagenvermietung auch die Tatsache, daß gerade die Kunden, die in der Vergangenheit besonders intensiv vom Leasing Gebrauch gemacht hatten, förderungsfähige Investitionsprojekte wegen des niedrigen Vergleichsvolumens teilweise in Eigenregie durchführten. Auch die Diskussion, die um die enormen Marktchancen junger Leasing-Gesellschaften – wegen des fehlenden Vergleichsvolumens und der damit unbegrenzten Bemessungsgrundlage (die Bemessungsgrundlage der Investitionszulage ist die Differenz zwischen dem Begünstigungs- und dem Vergleichsvolumen. Das Begünstigungsvolumen ist die Summe der 1982 durchgeführten bzw. bestellten Investitionen) für 1982 – entbrannt ist, steht wohl in keinem Verhältnis zu dem Mietvolumen, das auf diese Weise in der Anlagenvermietung akquiriert werden konnte.

Vermutlich hat sich die Investitionszulage wegen der langen Diskussion, der recht späten Verkündung im Juni 1982, und dem dadurch ausgelösten Investitionsattentismus per saldo auf die Entwicklung des vergangenen Jahres eher negativ als positiv ausgewirkt.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Leasing-Gesellschaften, deren hauptsächlicher Geschäftszweck das Investieren ist, sich mit dem Investitionszulagengesetz und den zugehörigen Ausführungsbestimmungen besonders gründlich befassen mußten. Ob allerdings der gesamte Aufwand und Papierkrieg, der im Zusammenhang mit der Investitionszulage zwangsläufig anfällt, in einem vernünftigen Verhältnis zu den damit erzielten Erträgen steht, muß bezweifelt werden.

Ungünstig wirkt sich für die Leasing-Gesellschaften auch die Tatsache aus, daß ihre Kunden oft eine sofortige Weitergabe des zulagenbedingten Kostenvorteils über die Leasing-Raten verlangen, die Leasing-Firmen selbst aber nicht sicher sein können, daß ihnen in allen Fällen die Investitionszulage letztlich auch zugestanden wird.

Denn die einschränkenden Bedingungen, die die Ministerialbürokratie an eine Zulagengewährung geknüpft hat, sind zahlreich und teilweise für die Anlagenvermieter schwer kontrollierbar. So gilt es vor allem die Verbleibensfrist (die begünstigten Investitionsgüter müssen mindestens drei Jahre in einem inländischen Betrieb verbleiben) strikt einzuhalten, in diesem Zeitraum ununterbrochen eine mindestens neunzigprozentige betriebliche Nutzung des Investitionsgutes im Inland zu erfüllen, eine Überführung der Anlage ins Umlauf- oder Privatvermögen zu vermeiden und schließlich auch die Konzernklausel (die sogenannte Konzernmißbrauchsklausel bestimmt, daß bei der Nutzungsüberlassung von Wirtschaftsgütern – Leasing, Leihvertrag – die Investitionen dem Nutzer zugerechnet werden, wenn der Vermieter an dem Unternehmen des Mieters zu mehr als 25 Prozent beteiligt ist) zu beachten.

Auch im Falle der Anlagenvermietung ist für die Gewährung der Zulage entscheidend, wie die Investitionsgüter beim Nutzer eingesetzt werden. Stellt sich bei einer späteren Außenprüfung im Betrieb des Leasing-Nehmers heraus, daß die Nutzungsvorschriften in dem vorgegebenen Dreijahreszeitraum nicht strikt eingehalten wurden, kommt es zu einer Rückforderung der Investitionszulage.

Wie die Finanzverwaltungen diese Prüfungsaufgaben bewältigen können, ist zwar noch nicht abzusehen, die Leasing-Gesellschaften müssen jedoch bei den Verträgen, bei denen sie von vornherein die Investitionszulage in den Mietraten berücksichtigen, mit der Gefahr rechnen, daß das Finanzamt die Anspruchsvoraussetzungen als nicht erfüllt ansieht und die Zulage zurückfordert. Schließlich bleibt den Vermietungsfirmen in allen Fällen, in denen sie eine Investitionszulage bei der Kalkulierung der Mietraten berücksichtigen, das Problem der Vorfinanzierung beziehungsweise der Diskontierung. Denn der Zeitpunkt, zu dem den Anlagenvermietern die Investitionszulage bei den einzelnen Verträgen zufließt, ist nicht genau prognostizierbar.

Wie lange sich die Klärung von Streitfragen im Zusammenhang mit Investitionszulagen hinziehen kann, ist daran zu erkennen, daß erst in jüngster Zeit Urteile ergangen sind, die die Konjunkturzulage von 1975 betreffen. Wegen dieser zahlreichen Unsicherheitsfaktoren und Probleme ist die „Mehrinvestitionszulage" im Rahmen des jüngsten Beschäftigungsprogramms bei den meisten Anlagenvermietern nicht sehr beliebt. Mehrere Leasing-Gesellschaften haben auch grundsätzlich darauf verzichtet, Verträge mit einer Berücksichtigung der Investitionszulage abzuschließen.

Bremsspuren dämpfen das Wachstum

Fortsetzung von Seite I

sten Projekte wegen der Investitionszulage nur vorgezogen, was sich bei den Leasing-Gesellschaften durch ein geringeres Wachstumstempo im Jahre 1976 auswirkte. Im Zeitraum 1977/78 expandierten die Investitionen der Leasing-Branche, gestützt durch eine Gründungswelle neuer Gesellschaften, den Boom bei Kraftfahrzeugkäufen sowie dem Vordringen des Vertriebs-Leasing wesentlich schneller als in der übrigen Wirtschaft.

Von 1979 an wuchs das Leasing-Geschäft mit vermindertem Tempo und folgte 1980 dem abwärts gerichteten Trend der gesamtwirtschaftlichen Investitionen. Der außergewöhnliche Wachstumsschub, den die Leasing-Investitionen im Jahre 1981 erlebten, wurde durch einige Großprojekte im Immobilienbereich ausgelöst. Bereits im vergangenen Jahr schwenkte das Leasing jedoch schon wieder auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklungslinie ein.

Künftig dürften die beiden Kurven noch deutlicher korrespondieren, da bei dem inzwischen erreichten Leasing-Volumen einzelne Großinvestitionen nicht mehr so stark auf die Veränderungsrate der gesamten Leasing-Branche durchschlagen werden.

Aufgrund der relativ schwachen Reaktion der Unternehmen auf die Investitionszulage, scheint es sehr fraglich, ob bei den Ausgaben für Bauten und Ausrüstungsgüter des Unternehmenssektors (ohne Wohnungsbau) 1983 ein realer Zuwachs erzielt werden kann. Von dieser Seite sind jedenfalls für das Leasing-Wachstum 1983 keine wesentlichen Impulse zu erwarten. Allerdings werden sich einige größere Projekte aus dem Immobilien-Leasing, die bereits 1982 projektiert wurden oder sich bereits im Bau befanden, im laufenden Jahr auf den Anlagekonten der Vermietungsunternehmen niederschlagen.

Auch einige Mobilien-Leasing-Gesellschaften gingen mit einem Vertragsvolumen ins neue Jahr, das bis zum Ende des Jahres 1983 im Zusammenhang mit der Investitionszulage kontrahiert wurde, sich aber erst 1983 bilanziell auswirkt. Nachdem außerdem die Marktdurchdringungsphase des Leasing noch nicht abgeschlossen ist, kann auch im laufenden Jahr wieder mit einem realen Wachstum der Anlagenvermietung und einer weiteren Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Leasing-Quote gerechnet werden.

ARNO STÄDTLER

SPANIEN / Leasing als Anreiz für Investitionen – 47 Gesellschaften tätig

Anomale Beschlüsse korrigiert

CARLOS VIDAL, Madrid

Das Leasing-Geschäft in Spanien ist im Jahre 1965 mit der Gründung des Unternehmens Alquiber SA angelaufen, das heute eine hundertprozentige Tochter der Holding-Gesellschaft Corporación Financiera Hispaner der Banco Hispano Americano ist. Diese Holding wurde geschaffen allein zu dem Zweck, Leasing in Spanien zu entwickeln.

Obschon gesetzliche Bestimmungen fehlten, nach denen eine solche Finanzierungsart für unternehmerische Investitionen angewendet werden kann, wurde sie gut aufgenommen. Innerhalb weniger Jahre entstand eine beträchtliche Anzahl von Leasing-Gesellschaften. Auf dem Höhepunkt der Gründerzeit waren es etwa 40.

Als dann im Februar 1977 der Gesetzerlaß 15/77 veröffentlicht wurde, der gesetzliche Voraussetzungen für die Abwicklung von Leasing-Geschäften festlegte, schrumpfte die Anzahl der Unternehmen, die beim spanischen Wirtschaftsministerium registriert waren, auf 25.

Bis dahin hatte es ein gesetzliches Vakuum in Spanien hinsichtlich der Leasing-Geschäfte gegeben, so daß in jedem Einzelfall eine Parallele zu den allgemeinen Normen des geltenden Rechts gezogen werden mußte. Das führte häufig zu Komplikationen.

Zu den mehr belächelten Schwierigkeiten gehörten die Entscheidungen verschiedener Gerichte, wonach die Beteiligung von Börsenmaklern an solchen Transaktionen vom rechtlichen Standpunkt aus unwirksam sei, da Leasing nicht als ein „merkantiler Vorgang" eingestuft wurde.

Tatsächlich sind im spanischen Handelsrecht keine Mietgeschäfte aufgeführt, und deshalb ging man davon aus, daß sie vom Zivilrecht erfaßt würden. Inzwischen ist diese Situation durch den erwähnten Gesetzeserlaß 15/77 bereinigt worden: Gerichte haben dementsprechend auch die anomalen Beschlüsse, die vorher getroffen worden waren, korrigiert.

Im Jahre 1976 wurde der vom 3. Juni stammende Ministererlaß über die „Verfügung des allgemeinen Rechnungsplanes für den Leasing-Sektor" veröffentlicht. Dessen Einführung brachte eine ausführliche und eindeutige Klärung und stellte zu dem damaligen Zeitpunkt eine erhebliche Verbesserung dar.

Leasing bedeutete eine wesentliche Neuerung auf dem Gebiet der Finanzierung. Mit dem Gesetzeserlaß aus dem Jahre 1977 wurden – unter anderen – die wichtigsten Anforderungen, die an eine Leasing-Gesellschaft zu stellen sind, folgendermaßen umrissen:

1. Ein Barkapital von hundert Millionen Pesetas;

2. keine anderweitigen Geschäftsinteressen als ausschließlich das Leasing;

3. geschäftliche Betätigung beschränkt auf den Kapitalgüter-Sektor;

4. offizielle Anmeldung beim spanischen Wirtschaftsministerium.

In Übereinstimmung mit der erklärten Politik, die Investitionen im Lande zu fördern, betrachten die Gesetzgeber die Nutzung des Leasing als Anreiz zum Investieren, wie es im Gesetzeserlaß 61 aus dem Jahre 1978 über die Körperschaftssteuer ersichtlich ist. Dieser Erlaß sieht steuerliche Vorteile für Investitionen, ebenso im Leasing-Bereich, gemäß Paragraph 5, Artikel 26, vor. Mit einem Königlichen Erlaß aus dem Jahre 1979 wird dies ausdrücklich bestätigt.

In den Jahren 1977 bis 1982 sind ungefähr zwanzig Ausführungsbestimmungen erlassen worden, durch die vorherige Verfügungen ergänzt beziehungsweise erläutert worden sind.

Diese Bestimmungen dienten auch dem Zwecke, die steuerlichen Vorteile hervorzuheben: Abzugsfähigkeit der Leasing-Kosten; steuerliche Gleichbehandlung von Gütern, die im Leasing-Verfahren beschafft wurden, mit anderen Erwerbungen; Anwendung der Steuerrate, die für den Umsatz großer Unternehmen gilt; Übertragung der Rückgewähr von Zöllen, die dem Vermieter eingeräumt wurde, an den Leasing-Partner, und schließlich die Begebung von Schuldscheinen mit festen Zinssätzen, wodurch der Zugang zu langfristigen Fonds der Versicherungen und Bausparkassengesellschaften eröffnet wird.

Im Laufe des Jahres 1965 wurde die Marketing- und Verkaufsoffensive für diese Finanzierungsart eröffnet, und dabei wandte man sich an dafür aufgeschlossene Geschäftsleute und Manager. Anschließend wurde eine Pressekampagne gestartet, wurden Vorträge und Kolloquien veranstaltet und Journalisten und Firmenvertreter in das Leasing eingeführt.

Heute weiß die Leasing-Branche allerdings, daß eine weitaus größere Publizität erforderlich ist. Daß es daran noch hapert, wird als ein Hauptgrund dafür genannt, daß dieser Geschäftszweig in Spanien nicht weit entwickelt ist.

Nach Angaben der Asociación Española de Leasing beträgt der gesamte Geschäftsumfang inzwischen mehr als 43 Milliarden Pesetas. Die Konditionen variieren von zwei bis fünf Jahren in der Vermietung von Anlagen und Betriebsstätten und mehr als sieben Jahren für Immobilien.

Hatte die Registratur des Handelsministeriums im Januar 1981 erst 25 Firmen im Leasing-Bereich *verzeichnet, so sind es mittlerweile* wieder 47. Davon werden 14 von spanischen und acht von ausländischen Banken kontrolliert, drei sind an Sparinstitute und weitere drei an Automobil-Hersteller gekoppelt. Zwei existieren als Bank- und Sparinstitut, während es sich bei den übrigen 17 um unabhängige Unternehmen handelt. Mit 50 Prozent oder weniger sind – direkt oder indirekt – ausländische Banken beteiligt.

Bis auf zwölf Spezialfirmen betreiben alle anderen Unternehmen Leasing-Geschäfte jeglicher Art im Produktivbereich. Von den zwölf haben sich fünf im Immobilien-Sektor, zwei bei Computer- und Ausrüstungs-Leasing, drei für modellgebundenes Auto-Leasing und zwei für den allgemeinen Fahrzeugbereich engagiert.

Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage in Spanien wird damit gerechnet, daß Leasing expandieren wird: Denn im Jahre 1982 wurden nicht einmal fünf Prozent der Investitionen – Grundbesitz ausgenommen – auf diese Art finanziert.

BRASILIEN

Rios Vermieter suchen größeres Einsatzgebiet

T. FELSBERG, Rio de Janeiro

In Brasilien setzen die Leasing-Unternehmen bei den Behörden ihre Bemühungen fort, ein günstigeres Umfeld für ihre heranwachsende Branche zu schaffen. Durch Lockerungen der Bestimmungen soll den Erfordernissen in der Praxis stärker Rechnung getragen werden.

Auf dem zweiten Kongreß der brasilianischen Leasing-Wirtschaft wurden unlängst in Rio de Janeiro die entsprechenden Schritte erörtert. Der meiste Druck kam aus den Sektoren des internationalen und des Agrar-Leasing.

Bestimmungen, die anfangs als Rahmen für eine Betätigung von Leasing-Unternehmen in Brasilien gedacht waren, sollten ein allmähliches und kontrolliertes Wachstum sicherzustellen. Heute besteht aber die dringende Notwendigkeit, das Einsatzfeld zu erweitern. Und das kann nur durch die Verbesserung bestehender Vorschriften geschehen.

Zu den Änderungen, die von der brasilianischen Leasing-Vereinigung gewünscht werden, gehört die Öffnung des Leasing-Marktes für die großen Unternehmen, aber auch für individuelle Mieter. Davon verspricht man sich vor allem eine wesentliche Belebung des Leasing-Geschäfts auf dem Agrarsektor.

Außerdem streben die Leasing-Firmen eine Änderung der Klausel an, nach der die Mietgebühren für benutzte Anlagen im Abstand von höchstens sechs Monaten zu leisten sind. Dies käme Farmern zugute, die in ihren Einnahmen großen saisonalen Schwankungen unterworfen sind.

Über diesen Teilbereich hinaus tritt die brasilianische Leasing-*Vereinigung für die Lockerung* bestimmter Vorschriften ein, die internationale Kontrakte dieser Branche sowie den Abschluß von Sale-and-Lease-back-Geschäften erschweren.

Ein Hindernis für grenzüberschreitende Leasing-Verträge besteht in der Maßgabe, daß bei Beginn der Vertragsdauer ein fester Preis für die Kaufoption vereinbart werden muß – in Brasilien mit hohen Inflationsraten freilich ein schwieriges Unterfangen.

JAPAN / Im Geschäftsjahr 1981/82 Neuabschlüsse für 8,4 Milliarden Dollar

Transaktionen auf Yen-Basis

Y. MIYAUCHI, Tokio

In Japan hat sich das Leasing-Geschäft in den zurückliegenden zehn Jahren trotz wenig ermutigender Steuergesetzgebung verfünffacht. Dank der im ganzen Lande operierenden Unternehmen ist es gelungen, bei der Industrie einen hohen Bekanntheitsgrad für Leasing zu schaffen.

Es dürfte auch in Zukunft gelingen, einen weiteren Aufschwung zu erreichen. Dabei kommt es auf eine zunehmende Diversifizierung des Angebotes an. Die Firmen engagieren sich immer mehr im Kredit- und Finanzierungsbereich und gehen zu Betriebs- und Wartungsverträgen über.

Die Zunahme des Umsatzes im Geschäftsjahr 1982 bis zum 31. März um zwanzig Prozent enthält nicht einmal die Flugzeug-Transaktionen auf Yen-Basis. Würde man diese einbeziehen, fiele der Anstieg noch spektakulärer aus. Die gesamten Neuabschlüsse im Geschäftsjahr 1981/82 beliefen sich auf 8,4 Milliarden Dollar.

Die Flugzeug-Transaktionen auf der Grundlage „bedingter Verkäufe" werden von den Luftverkehrsgesellschaften deshalb bevorzugt, weil sie in Yen abgeschlossen wurden und ein geringeres Währungsrisiko hinsichtlich der Zinsen enthielten als in den USA, in denen die Jahre 1981 und 1982 Höchstzinsen brachten.

In Japan weiß man aber, daß die günstigen Bedingungen nicht auf längere Zeit fortbestehen werden. Zum einen fallen die US-Zinsen, so daß der Yen-Vorteil schwindet, zum anderen spielt der Yen noch nicht die Rolle einer internationalen Leitwährung.

Vorteilhaft sollte sich freilich die Erfahrung auswirken, die in der vergangenen Zeit mit der Flugzeug-Finanzierung angesammelt wurde. Zu einem früheren Zeitpunkt trug die japanische Leasing-Aktivität nach dem sogenannten Samurai-Modell wesentlich dazu bei, Überschüsse in der Zahlungsbilanz zu erzielen.

Die größte Sorge der Leasing-Branche in Japan ist gegenwärtig die sinkende Gewinnspanne infolge des verschärften Wettbewerbs auf dem Markt. Eine Ursache dafür war auch die abnehmende Nachfrage nach Kapitalgütern wegen der – nach japanischen Maßstäben – Geschäftsflaute.

Berücksichtigt werden muß auch die relativ leichte Bedienung mit Krediten. Doch diese Bedingungen können sich schnell ändern, und dann könnte es erforderlich werden, andere Finanzierungswege als den direkten zu Kreditinstituten für das Leasing-Geschäft zu eröffnen.

Eine Belebung verspricht man sich auch aus der Schaffung von Steuerkrediten für Investitionen, die das Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (MITI) für kleine und mittlere Unternehmen einführen will.

Die japanischen Leasing-Firmen erwarten eine weitere Expansion auf dem internationalen Markt. Vorreiter unter den Unternehmen, die sich in der asiatischen und pazifischen Region, in den USA und in Europa ausgebreitet haben, ist die Orient Leasing. Das geschah zum Teil durch Joint Ventures mit führenden Firmen vor Ort.

Auf dem heimischen Markt wird Leasing nach Einschätzung von Marktbeobachtern weiterhin eine wichtige Rolle bei der Automatisierung, in der Produktion und in der Verwaltung spielen.

USA / Rückgang im Güteraufkommen spiegelt die Wirtschaftsrezession

300 000 Waggons auf dem Abstellgleis

W. HETZ, New York

Die schlechten Nachrichten über den ständigen Rückgang des Wagenparks für den Gütertransport auf den amerikanischen Eisenbahnen reißen nicht ab. Aber es gibt auch Silberstreifen am Horizont, die eine günstigere Entwicklung in der Zukunft erwarten lassen.

In den vergangenen beiden Jahren (1981/82) sind mehr als 120 000 alte Waggons verschrottet worden. Der Standard-Waggon (Plain Jane) und sein Zwillingsbruder, dieselbe Ausführung als Kühlwagen, machten die Hälfte der außer Dienst gestellten Wagen aus.

Von der Aktion war außerdem das offene Modell des amerikanischen Güterwagens betroffen. Stellt man nun eine überschlägige Rechnung an, dann stehen jetzt noch etwa anderthalb Millionen Güterwaggons zur Verfügung. Mehr als zwanzig Prozent davon befinden sich gegenwärtig auf dem Abstellgleis und harren des Einsatzes.

In den zurückliegenden beiden Jahren ist nur eine kleine Anzahl neuer gedeckter Getreide-Transporter und neuer Tieflader dem Wagenpark zugeführt worden. So spiegelt die schrumpfende Anzahl der Waggons nachdrücklich den Rückgang im Güteraufkommen in der gegenwärtigen Wirtschaftsrezession wider.

Wenn der Punkt erreicht wird, an dem die verfügbaren Waggons in etwa dem benötigten Frachtraum entsprechen, werden in den Vorständen schwierige Entscheidungen getroffen werden müssen. Die Frage lautet dann: Wird man auf die ausrangierten Waggons zurückgreifen und sie mit einem geschätzten Aufwand von 10 000 bis 15 000 Dollar überholen, oder entschließt man sich für den Kauf neuer Waggons, wobei das Standardmodell bereits 40 000 bis 50 000 Dollar kostet? Die dritte Möglichkeit: Der benötigte Frachtraum wird nur für die Dauer des Transportgeschäftes über ein Leasing-Unternehmen beschafft.

Der Neuwagen-Markt befindet sich zur Zeit in einer äußerst prekären Lage. Die Hersteller müssen ihre Waggons zum Teil unter den Herstellungskosten verkaufen. Bei gebrauchten Eisenbahn-Waggons sind die Preise noch tiefer in den Keller gegangen. Rollendes Material, das nicht älter als ein bis fünf Jahre ist, erzielt kaum mehr als die Hälfte des Neuwertes.

Unter diesen Umständen halten sich Eisenbahn-Gesellschaften, die finanziell gesund sind, von Verkäufen zu Schleuderpreisen zurück. Andere, die in Notverkäufe einwilligen müssen, *stoßen* Waggons schon zu Preisen von 5000 bis 8000 Dollar ab.

Aber die Preise für Bauteile für Güterwaggons ziehen jetzt allmählich an. Noch ist die Nachfrage am Markt für neue und gebrauchte Waggons schwach. Nach allen Regeln der Wirtschaft dürfte sich ein Durchbruch im kommenden Jahr wieder einstellen. Dann wird es auch zu dem Wettbewerb kommen: Welcher Prototyp findet in der Zukunft die meisten Interessenten?

GRENZÜBERSCHREITENDES LEASING

Vorteile durch „double dip" für Mieter und Vermieter

K. HUNTER-GORDON, London

Grenzüberschreitende Leasing-Kontrakte sind zu einer der erfolgreichsten Möglichkeiten bei der Finanzierung bedeutender Kapitalgüter-Investitionen in der ganzen Welt geworden.

Man könnte durchaus sagen: Leasing kam zum Aufschwung durch die Asymetrie bei der steuerlichen Behandlung von Eigentümern und Nutznießern der Ausrüstungen und die Möglichkeit, verfügbare Steuervorteile unter sich aufzuteilen.

Das gleiche gilt für das Wachstum auf dem Gebiet des grenzüberschreitenden Leasings. So kann ein Eigentümer/Vermieter die steuerlichen Vergünstigungen in einem Lande in Anspruch nehmen, während sich die Anlagen oder der Leasing-Partner in einem anderen Land befindet.

In vielen Fällen kann bei einer solchen Konstellation auch der Mieter die steuerlichen Vorteile für sich nutzen. In der Branche spricht man dann von einem „double dip", wenn also Vermieter und Mieter für ein und dieselbe Anlage Steuervorteile erzielen.

Grenzüberschreitende Leasing-Kontrakte sind zu einem wichtigen Verkaufsargument der Investment- und Handelsbanken in Großbritannien geworden, weil die *Kunden nach Angeboten mit einer* höchstmöglichen Ausschöpfung der Steuervergünstigungen fragen. Das gilt besonders für große Anlagegeschäfte.

Der beträchtliche Umfang der Abschlüsse in den Jahren 1981 bis 1982 in Großbritannien für überseeische Anlagen, vor allem in den Vereinigten Staaten, unterstreicht diese Entwicklung. Amerikanische Unternehmen konnten auf diese Weise bis zu anderthalb Prozent niedrigere Finanzierungen gegenüber traditionelleren Methoden erreichen.

Beträchtlicher Abschlag

Zu einem festen Kurs werden Sterling-Guthaben bei einer Bank in Großbritannien deponiert, mit denen zukünftige Leasing-Geschäfte abgewickelt werden. Unter Ausschöpfung der unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen ist es möglich, einen beträchtlichen Abschlag von den Kosten für die Ausrüstungen in den USA zu erzielen. In den Bilanzen kann überdies diese Summe als Profit für die Aktionäre ausgewiesen werden.

Der Unterschied in der steuerlichen Bewertung von Leasing in den USA und in Großbritannien ergibt sich daraus, daß die amerikanischen Steuerbehörden mehr auf den wirtschaftlichen Aspekt der Transaktion achten, wohingegen das britische Finanzamt mehr auf die Einhaltung der steuerrechtlichen Vorschriften sieht.

Auf dem Papier ist die Anwendung des „double dip" einfach. In der *Praxis allerdings etwas* schwieriger. Doch nachdem die US-Unternehmen den richtigen Weg gefunden hatten und sie staunend feststellten, welche Chancen sich ihnen damit eröffneten, setzte eine wahre Hausse ein.

Mehr als eine Milliarde Pfund Sterling machten die Leasing-Geschäfte dieser Kategorie aus – für komplette Produktionsanlagen, Flugzeuge, Eisenbahn-Waggons und Bohranlagen. Es kommt nicht überraschend, daß die britischen Steuerbehörden im März 1982 diesen Geschäften einen Riegel vorschoben, weil es einen Export von Steuervorteilen aus Großbritannien an nichtbritische Firmen bedeutet hatte.

Interessante Märkte

So wurde die Tür verschlossen für die Weitergabe von britischen Steuervorteilen ins Ausland, aber das grenzüberschreitende Leasing an sich nicht unterbunden. Einige Länder haben noch ein Steuersystem, das mit Steuervorteilen verbundene Geschäfte von grenzüberschreitendem Leasing ermöglicht. Dort sieht man nicht darauf, ob die Anlagen im eigenen Lande oder im Ausland genutzt werden.

In anderen Staaten gibt es auch Sonderregelungen für bewegliche Kapitalgüter wie Schiffe, Flugzeuge und mobile Bohrplattformen. Zu den Ländern, die nach wie vor Vergünstigungen für grenzüberschreitenden Leasing gewähren, zählen Großbritannien, die USA, Belgien, Norwegen und Singapur.

Überhaupt kann man weltweit diese Einteilung vornehmen: In bestimmten Ländern wird der Leasing-Vertrag gemäß seiner rechtlichen Form eingestuft, in anderen werden die ökonomischen Aspekte in den Vordergrund gestellt. Zur ersten Gruppe gehören Großbritannien, Irland, Spanien, Luxemburg, Norwegen, Schweden und Dänemark. Der zweiten Gruppe sind die USA, die Niederlande, Australien und Singapur zuzurechnen. Belgien und die Bundesrepublik Deutschland lassen sich nicht eindeutig klassifizieren; von Fall zu Fall trifft die eine oder andere Kategorie auf sie zu.

Besonders für Anlagen in Deutschland ist grenzüberschreitendes Leasing recht attraktiv. Großbritannien und die Bundesrepublik schließen sich Belgien, Spanien, Luxemburg und die Niederlande als interessante Märkte an. Generell gilt: Grenzüberschreitendes Leasing dürfte auf längere Sicht eine gute Finanzierungsmethode bleiben, weil sie beträchtliche Einsparungen gegenüber anderen bietet.

GROSSBRITANNIEN

Harmonisierung mit Neuregelung für Autoleasing

DW. London

Wenn die EG-Direktive zur Harmonisierung der Mehrwertsteuer in den zehn Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft in Großbritannien angewendet wird, wird es eine völlige Änderung der steuerlichen Regelungen für das Auto-Leasing zur Folge haben.

Danach soll die Absetzfähigkeit der Mehrwertsteuer bei Kraftfahrzeugen, Motorrädern und Privatflugzeugen aufgehoben werden, die sowohl für Geschäftszwecke, aber auch privat genutzt werden könnten. Damit würde der Mieter betroffen, während der Vermieter künftig die Mehrwertsteuer vom ursprünglichen Kaufpreis der mobilen Anschaffungen absetzen kann.

Die Leasing-Nachfrage in Großbritannien war in den ersten Monaten dieses Jahres vor allem aus dem öffentlichen Sektor lebhaft. Die Inflationsrate ging auf 4,9 Prozent zurück, die niedrigste seit Februar 1970. Dieser Stand übertrifft sogar die kühnsten Vorhersagen der Regierung, denn das Schatzamt war von der Annahme ausgegangen, daß die Fünf-Prozent-Marke erst im Laufe des Frühjahrs unterboten werde.

Aus dieser Ziffer kann auf einen frühen Wahltermin geschlossen werden. Gegen Ende des Jahres dürfte eher mit einem erneuten Ansteigen der Inflationsrate zu rechnen sein. Sie pendelt sich dann vermutlich zwischen sieben und acht Prozent ein, worauf schon jetzt steigende Einkaufspreise, die bis Oktober auf den Verbraucher durchschlagen werden, hindeuten.

Die OECD hat in ihrem Jahresausblick allerdings düstere Prognosen für Großbritannien gestellt – für dieses Jahr nur einen Anstieg um 1,5 Prozent im Bruttosozialprodukt, für 1984 nicht mehr als 1,75 Prozent. Das wäre wenig zu den Raten, die mit einer Konjunkturbelebung in anderen Ländern erwartet werden.

Von der OECD wird auch ein weiteres Schrumpfen des britischen Anteils am Welthandel prognostiziert. Dagegen entwirft der Zentralverband der Britischen Industrie sowohl im Hinblick auf den Aufschwung und den Export ein positiveres *Bild. Obwohl* sonst äußerst vorsichtig in seinen Stellungnahmen, wird bereits eine Wende in der Rezession attestiert. Daraufhin stiegen die Börsenkurse in den letzten Wochen auf neue Höhen.

